Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament

Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

93.098 Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren

93.098

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren
Politique extérieure de la Suisse dans les années nonante

Bericht des Bundesrates vom 29. November 1993 (BBl 1994 I 153)
Rapport du Conseil fédéral du 29 novembre 1993 (FF 1994 I 150)
Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Mehrheit
Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht
Minderheit
(Frey Walter, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Moser, Steffen)
Rückweisung an den Bundesrat
zur Überarbeitung, mit dem Auftrag
a. einer neuen Zieldefinierung – kein EU-Beitritt –, und
b. einer Neugestaltung des Neutralitätsanhangs.

Antrag Fehr
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag einer Überarbeitung des Neutralitätsberichtes zwecks klarer Erhaltung der dauernden, bewaffneten Neutralität.

Antrag Hafner Rudolf
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag,
1. die Folgen eines allfälligen EU-Beitritts für die Volksrechte umfassend aufzuzeigen;
2. aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die ökologische und soziale Situation trotz einem EU-Beitritt verbessert werden könnte;
3. die Möglichkeiten einer aktiven Friedenspolitik unter Einbezug der diplomatischen Guten Dienste darzustellen.

Antrag der SD/Lega-Fraktion
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag zu einer Neufassung, die
a. in Respektierung des Volkswillens vom 6. Dezember 1992 die Aussenpolitik in den 90er Jahren auf die Bewahrung der Unabhängigkeit der Schweiz ausrichtet;
b. angesichts der klaren Mehrheit im Volk, die keinen EU-Beitritt will, auf die Zielsetzung «EU-Beitritt» verzichtet;
c. den Neutralitätsanhang in dem Sinne ausgestaltet, dass an der Neutralität der Schweiz nicht nur formell (d. h. als leere, ihres Inhalts immer mehr entledigte Proklamation) festgehalten wird, sondern diese in einer auch tatsächlich gelebten Form weitervertreten wird, damit die Neutralität im Ausland als solche auch noch ernst genommen werden kann.

Proposition de la commission
Majorité
Entrer en matière et prendre acte du rapport
Minorité
(Frey Walter, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Moser, Steffen)
Renvoi au Conseil fédéral
en vue d'un remaniement du rapport avec le mandat
a. de redéfinir les objectifs – pas d'adhésion à l'UE – et
b. de remanier l'annexe relative à la neutralité.

Proposition Fehr
Renvoi au Conseil fédéral
avec mandat de remanier le rapport sur la neutralité en vue du maintien explicite de la neutralité permanente et armée de la Suisse.

Proposition Hafner Rudolf
Renvoi au Conseil fédéral
avec le mandat suivant:
1. exposer en détail les conséquences d'une éventuelle adhésion à l'UE sur les droits populaires en Suisse;
2. proposer des mesures visant à améliorer la situation de la Suisse aux niveaux social et écologique, indépendamment des conditions posées par une adhésion à l'UE;
3. énumérer les diverses possibilités offertes à la Suisse de mener une politique de paix active en tenant notamment compte de sa disponibilité en matière de bons offices.

Proposition du groupe DS/Ligue
Renvoi au Conseil fédéral
Celui-ci est chargé de le remanier de façon
a. à présenter un texte qui axe la politique extérieure des années nonante sur le maintien de l'indépendance de la Suisse, conformément au souhait que le peuple a manifesté le 6 décembre 1992;
b. à présenter un texte qui exprime la volonté des autorités de renoncer à poursuivre l'objectif d'une adhésion à l'Union européenne, conformément à ce que souhaite le peuple dans sa grande majorité;
c. à présenter un rapport sur la neutralité (en annexe du rapport sur la politique extérieure) qui envisage la neutralité de la Suisse non pas comme une profession de pure forme, sans contenu réel, mais comme une réalité choisie et vécue, suffisamment tangible pour être prise au sérieux par les pays étrangers.

Präsidentin: Die Berichterstatter zu diesem Geschäft sind der Präsident und der Vizepräsident der Aussenpolitischen Kommission. Die Sicherheitspolitische Kommission hat dem Büro beantragt, dass sie aus ihrer Sicht ebenfalls Bericht erstatten dürfe. Das Büro hat dieses Ansinnen aus folgenden Gründen abgelehnt:
1. Unser Reglement sieht grundsätzlich keine gemeinsame Berichterstattung von verschiedenen Kommissionen vor.
2. Die Sicherheitspolitische Kommission hat dem Büro auch nicht beantragt, in einem Mitberichtsverfahren mitkonsultiert zu werden.
Wir haben uns jetzt so geeinigt, dass Herr Hubacher und Herr Savary als erster und zweiter Redner nach den Fraktionserklärungen das Wort erhalten. Es steht ihnen dort selbstverständlich frei, die Haltung der Sicherheitspolitischen Kommission darzulegen.

Mühlemann Ernst (R, TG), Berichterstatter: Zum ersten Mal seit 1848 hat der Bundesrat einen aussenpolitischen Bericht verfasst, der von uns im Parlament eingehend diskutiert werden kann. Ich möchte dem Bundesrat herzlich danken und in diesem Dank auch den ehemaligen Bundesrat René Felber einschliessen, der hier eine grosse Vorarbeit geleistet hat.
Der Bericht selber geht von einer sehr viel komplexeren Situation im Bereich der Aussenpolitik aus. Es wird deutlich darauf hingewiesen, dass hier in vernetzter Weise nicht allein politische Machtpolitik, sondern auch wirtschaftliche Zusammen-

hänge, soziale Fragen oder auch Umweltschutzpolitik angeschnitten werden, die in einer globalen Weise sehr oft nur auf bestimmten Ebenen situationsgerecht gelöst werden können. Die Aussenpolitik findet also nicht nur auf einer politischen Ebene statt, etwa der nationalen, sondern hat heute eine globale Dimension erreicht. Sie ist aber für uns Schweizer besonders deutlich auch auf kontinentaler Ebene sichtbar, wo uns eine Neuorientierung in Europa im besonderen Masse herausfordert.

Selbstverständlich bleiben eigene aussenpolitische Züge, die auf die nationale Geschichte zurückzuführen sind. Unsere Neutralität ist nach wie vor im Vergleich mit der Politik anderer Staaten ein Unikat. Es darf auch darauf hingewiesen werden, dass sich heute die Aussenpolitik auf unterer Ebene fortsetzt, etwa im Bereich der Grenzregionen oder sogar im Bereiche der Kommunen, die in direkter Verbindung mit den ausländischen Nachbarn leben. Ich bedaure, dass dieser Aspekt im Bericht zu kurz kommt: Man kann aber dem Bundesrat zugute halten, dass er gerade heute morgen einen wichtigen Bericht zur Förderung der Grenzregionen verabschiedet hat, der dieses Thema zum Inhalt hat.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass mittlerweile sehr viel mehr Akteure in der Aussenpolitik auftreten. War es bis vor kurzem allein der Bundesrat, der hier das Primat hatte, so ist jetzt das Parlament sehr deutlich eingeschlossen, nicht nur in einen Informations-, sondern auch in einen eingehenden Konsultationsprozess. Es sind darin natürlich auch die Kantone verwickelt, im speziellen in den Grenzregionen, und es sind zahlreiche internationale oder ausserparlamentarische Organisationen, die heute die Aussenpolitik mitbestimmen. Dies alles führt dazu, dass wir sehr viel geistige Beweglichkeit aufbringen müssen, um in diesem Thema die aussenpolitischen Wahrheiten – in einer direkten Demokratie – auch auf das Volk zu übertragen.

Im bundesrätlichen Bericht ist das gesamte Umfeld, das diese Aussenpolitik unseres Landes bestimmt, klar dargestellt. An erster Stelle steht die westeuropäische Integration, die wohl das Bestimmendste ist, seit 1985 Chefarchitekt Delors die europäische Bühne betreten hat. Wir stehen hier vor Endergebnissen, mindestens theoretischer Art.

Seit dem 1. Januar 1993 ist der wirtschaftliche Binnenmarkt Europas in Kraft und funktioniert mit allen Mängeln, die menschliche Institutionen nun einmal haben! Seit dem 1. November 1993 ist der Maastrichter Vertrag akzeptiert, und damit ist die politische Union Europas theoretisch vorgezeichnet, aber noch nicht mit Blut und Leben gefüllt.

Das sind Ausgangssituationen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben und die der Bundesrat in seinem Bericht klar darlegt. Er zeigt später im Bericht dann auf, wie wir darauf zu reagieren haben.

Ein besonderes Kapitel widmet er dem Zerfall des Kommunismus und der Entwicklung im osteuropäischen Raum im Einflussbereich der ehemaligen Sowjetunion, wo man versucht hat, aus einer militärischen Abrüstungseuphorie heraus wirtschaftlich und demokratisch aufzurüsten – ein ganz zentraler Prozess, der heute in vielen Irrungen und Wirrungen steckengeblieben und dessen Ende vorläufig nicht abzusehen ist! Auch hier weist der Bundesrat deutlich darauf hin, dass wir nicht abseits stehen können, sondern uns, im Rahmen unserer Möglichkeiten, einschalten sollten.

Schliesslich widmet der Bundesrat ein besonderes Kapitel dem Thema der globalen Entwicklung. Er sieht hier vier neue Aspekte:

1. Die bilaterale Situation hat einer multipolaren Weltherrschaft mit neuen Machtzentren Platz gemacht, die das ganze System im globalen Bereich entscheidend verändern können.
2. Das Nord-Süd-Gefälle bildet nach wie vor ein gefährliches Spannungsfeld, das durchaus zu gewalttätigen Konflikten führen kann.
3. Die ökologischen Probleme sind so schwerwiegend, dass sie, global betrachtet, zu eigentlichen Existenzkrisen führen könnten.
4. Die riesige Völkerwanderung, die rund um die Erdkugel geht, zwingt uns dazu, in multikulturellen Gesellschaften zusammenzuleben.

Diese Fragen sind für uns nicht Fragen, die wir mit dem Stichwort «noli me tangere» versehen können; wir sind in diesen globalen Prozess involviert.

Der Hauptteil des Berichtes des Bundesrates umfasst fünf Kapitel:

1. die Sicherheits- und Friedenspolitik;
2. die Entwicklung im Bereich der Menschenrechte und der Demokratie;
3. die Wirtschaftspolitik, etwas altväterisch als «Wohlfahrtspolitik» bezeichnet;
4. die Verbesserung im Bereich der sozialen Unterschiede;
5. die Politik des Umweltschutzes.

In all diesen Fragen gibt der Bundesrat klare Ziele bekannt und zeigt auch die Wege auf, um diese Aufgaben zu lösen. So sagt er etwa im Bereiche von Friedens- und Sicherheitspolitik, dass wir hier in einer Doppelaufgabe stecken: Einerseits wollen wir die eigene Existenz bewahren, und andererseits wollen wir uns partizipativ an der Entwicklung im Ausland beteiligen. Dies führt im Bereich der Mittel dazu, dass wir zu allen Friedensbestrebungen der Uno oder bei den europäischen Organisationen ja sagen sollten.

Umgekehrt sollten wir unsere Armee nicht nur zur militärischen Selbsterhaltung einsetzen, sondern auch in den Dienst aktiver Friedenspolitik stellen. Im weiteren weist der Bundesrat darauf hin, dass die Solidarität einen wichtigen Stellenwert bekommt.

Im Bereiche von Demokratie und Menschenrechten sagt der Bundesrat zu Recht, dass es hier ein ganz besonderes Ziel der ältesten Demokratie sein müsste, überall auf der Welt für die elementaren persönlichen und politischen Freiheitsrechte des Menschen einzustehen. Deshalb müssten wir unsere Mittel auch verwenden, um im Bereiche der Menschenrechtsorganisationen der Uno mitzuwirken, aber ganz besonders in dem europäischen Instrument Europarat aufzutreten, wo man ja die «geistige Innenarchitektur» Europas aufbaut.

Ganz besonders wichtig ist das Kapitel Wohlfahrts- oder Wirtschaftspolitik. Hier wird unsere Politik zu Europa definiert, und hier weist der Bundesrat darauf hin, dass unsere Wohlfahrt davon abhängt, ob es uns gelingt, den Zugang zu allen Märkten, den Weltmärkten und den europäischen Märkten, sicherzustellen.

Der Bundesrat ist sich über die Mittel im klaren, und wir sind es wahrscheinlich auch. Es bleibt uns im Augenblick der bilaterale Weg, der mit Priorität beschritten werden muss: Der Bundesrat weist deutlich darauf hin. Er lässt die Option eines möglichen EWR-Beitritts offen, wohlwissend, dass der Europäische Wirtschaftsraum heute in einer Situation ist, die – in bezug auf seine Zukunft – kein Mensch richtig beurteilen kann. Niemand weiss, ob das eine Rumpforganisation wird oder ob mit osteuropäischen Staaten eine neue Aufwertung der Efta erfolgen könnte. Es bleibt also hier eine offene Möglichkeit.

Der umstrittene Punkt, der wahrscheinlich die Debatte beherrschen wird, ist die Frage: Wie stehen wir zur politischen Union Europas? Diese Frage beantwortet der Bundesrat sehr klar, indem er sagt: Es ist das strategische, langfristige Ziel der Schweiz, der politischen Union Europas beizutreten.

Wir haben in der Kommission sehr lange über diese Frage diskutiert. Es besteht kein Zweifel, dass diese Zielerklärung aussenpolitisch wahrscheinlich Vorteile bringt, uns in den bilateralen Verhandlungen das Terrain ebnet und günstig zubereitet. Es ist aber ebenso klar, dass innenpolitisch grösste Schwierigkeiten entstehen, wenn dieses Ziel als fixe Endstation bezeichnet wird und nicht nur als eine Option oder als eine Möglichkeit offengelassen wird.

Ein Teil des Schweizervolkes ist nicht ohne weiteres bereit, über die wirtschaftliche Annäherung hinauszugehen und eine politische Kooperation zu suchen; denn diese trifft – ob wir wollen oder nicht – unsere wichtigen, staatspolitischen Eigenschaften wie «direkte Demokratie», «dauerhafte Neutralität» oder «föderalistische Struktur». Hier ist zwischen den einen und den anderen ein ewiger Kampf im Gange. Sie selber werden diesen Kampf ausfechten, denn letztlich wird über etwas entschieden, das für unser Land grosse Bedeutung hat. Ich glaube nicht, dass dieses Problem nur eine semantische Frage ist. Es ist eine echte Frage, die uns zur Auseinandersetzung zwingt.

Im Bereich der sozialen Unterschiede hat der Bundesrat klargemacht, dass es hier darum geht, diese Divergenzen zu verkleinern und deshalb unsere Entwicklungshilfe qualitativ und quantitativ zu verbessern.
Im Bereich der Ökologie will der Bundesrat ebenfalls an den weltweiten Bestrebungen mitarbeiten, aber auch das eigene Beispiel so darstellen, dass wir gleichsam eine gewisse Vorreiterrolle spielen könnten.
Diese fünf Kapitel sind sehr eindeutig und klar dargestellt. Es ist eine redliche Art, einen Rapport zu präsentieren. Man wird sich nur über das Kapitel 3, welches der richtige Weg zur Wohlfahrt in der Schweiz sei, streiten.
Ein besonderes Kapitel ist schliesslich dem Thema gewidmet: Wie gelingt es, aussenpolitische Wahrheiten dem Volk verständlich zu machen? Das ist eine schwierige Aufgabe, weil erstens die Zeit so dynamisch ist, dass man oft Mühe hat, den rasanten Rhythmus mitzuverfolgen, und weil zweitens die Fragen so komplex sind, dass es nicht einfach ist, die aussenpolitischen Wahrheiten richtig zu verstehen.
Zu Recht sagt deshalb der Bundesrat, dass man auch im Apparat des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten eine Mentalitätsänderung herbeiführen müsse. Ein Diplomat sollte sich bewusst sein, dass das, was er im Ausland tut, auch für den Bürger im Inland verständlich sein muss.
Im weiteren muss eine engere Verbindung mit dem Parlament angestrebt werden. Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, dass Artikel 47bis a des Geschäftsverkehrsgesetzes bis jetzt in der Arbeit mit der Aussenpolitischen Kommission durch den Bundesrat in äusserst loyaler Weise gehandhabt wird. Wir können uns hier weder über den Bundesrat noch über einen Mangel an konstruktiver Kooperation innerhalb der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates beklagen.
Im weiteren verlangt der Bundesrat eine engere Zusammenarbeit mit den Kantonen. Ich würde meinen, man müsste beifügen: mit den Grenzregionen, die ja mehrere Kantone zusammenfassen. Im übrigen verlangt er eine bessere Informationspolitik und auch einen stärkeren Einbau all der Organisationen, die sich mit Aussenpolitik beschäftigen. Hier ist offenbar zu Recht ein pädagogisch-politischer Effort geplant, um unserem Volk klarzumachen, was aussenpolitisch geschieht.
Wir haben in unserer Kommission in einem Hearing den Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission des Deutschen Bundestages angehört, der sehr eindrücklich sagte, sehr oft betreibe die Schweiz Aussenpolitik aus eigener Nabelschau heraus und nicht ausgehend vom aussenpolitischen Szenario. Ich glaube, er hat recht. Wir müssen uns mehr darnach ausrichten, was aussenpolitische Wahrheit ist, und erst dann unsere Politik im Innern des Landes gestalten.
Schliesslich fasst der Bundesrat in den Schlussfolgerungen zusammen und gibt folgende drei Prioritäten bekannt: Erstens strebt er eine verstärkte Mitarbeit in den internationalen Organisationen wie der Uno sowie in den Organisationen Europas wie der Europäischen Union an. Dann möchte er eine bessere, operationellere Gestaltung der Aussenpolitik mit einer quantitativen und qualitativen Verbesserung des Apparates. Und schliesslich sagt der Bundesrat zu Recht: Ein aussenpolitisches Programm eines Kleinstaates ist entweder vollständig oder gut, und dementsprechend sind Schwergewichte zu bilden. Im Augenblick sind die Schwergewichte durch unseren Aussenminister klar deklariert. Es sind: Georgien, Ex-Jugoslawien, Südafrika und der Mittlere Osten. Hier hat der Bundesrat auch schon gezeigt, dass er bereit ist, ein verstärktes Engagement einzugehen.
Die Kommission hat in ihrer grossen Mehrheit den Willen geäussert, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt bei dieser Mehrheit allerdings auch Mitglieder, die am strategischen Ziel des Vollbeitritts zur EU Zweifel haben, aber diese nicht so stark gewichten, dass sie den Bericht zurückweisen möchten. Kollege Frey Walter allerdings hat vier Mitstreiter, die bereit sind, wegen dieses strategischen Ziels den Bericht zurückzuweisen und den Bundesrat zu bitten, ihn abzuändern.
Im Namen der Mehrheit der Kommission ersuche ich Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.
Wir hatten mehr Mühe mit dem Anhang, dem Bericht zur Neutralität – ein Wort von Schiller abwandelnd möchte ich sagen: Neutralität ist ein schönes Wort, wenn man's recht verstünde! Wir kommen nicht darum herum, uns auf unsere historische Wahrheit zu besinnen. Die Neutralität ist nie eine fixe Maxime gewesen. Sie wurde zwar 1674 als ewige und dauerhafte Neutralität erklärt, aber schon 1798 musste man sie unter dem Eindruck des Einfalls Napoleons durch die Armee ergänzen. Die bewaffnete Neutralität ist logischerweise so entstanden, und im Verlaufe der Geschichte sind viele weitere Anpassungen vorgenommen worden. Denken Sie an die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs, wo wir merkten, dass unsere Neutralität mit solidarischen Aktionen gekoppelt werden musste; wo wir deutlich erklärten, dass wir nie die Gesinnungsneutralität dulden werden, und wo wir uns auch nicht zur Wirtschaftsneutralität bekennen konnten. All dies sind Ergebnisse einer flexiblen Handhabung unserer Neutralitätspolitik. In diesem Sinne ist klar zu unterscheiden vom Neutralitätsrecht, wie es 1907 in Den Haag definiert wurde. Wir haben uns immer an dieses Recht gehalten, aber darüber hinaus eine eigenständige Neutralitätspolitik geführt.
Der Bundesrat beurteilt die aktuelle Lage als höchst labil und unsicher. Aber es gibt Optimisten, die auch heute noch glauben, durch die Entwicklung in Osteuropa seit den Reformen Gorbatschows ab 1985 sei der ewige Friede in Europa ausgebrochen, der kalte Krieg sei definitiv beendet, und man könne die Neutralität abschaffen, so, wie man dies in den siebziger Jahren mit der Kavallerie getan hat. Umgekehrt gibt es Pessimisten, die klar erkennen, dass ein neuer kalter Krieg bevorsteht, dass sich jetzt in Sarajewo schon wieder Mauern bilden, die an frühere, unliebsame Vorfälle erinnern. Diese Pessimisten sind deshalb der Meinung sind, dass die Neutralität traditioneller Art eine neue Bedeutung erlange.
Es ist sehr schwierig, hier Prophet zu sein. Eines ist sicher: Am Schluss dieser Lagebeurteilung erklärt der Bundesrat sehr klar und deutlich: Die Neutralität wird beibehalten. Er sagt vielleicht nicht, die «dauerhafte und ewige» Neutralität von 1674 werde beibehalten, aber er sagt klar: Die Neutralität wird beibehalten. Sie ist aber durch ein verstärktes Engagement im Bereich der Solidarität zu akzentuieren.
Andere Teile des Berichts sind umstrittener. Die militärische Zusammenarbeit mit der Nato oder der WEU gehört dazu: Hier ist ein Angebot vorhanden, wonach neutrale Staaten allenfalls kooperieren könnten. Die Frage, wie weit man gehen soll, ist aber völlig offen. Der Bundesrat will hier nur prüfen und geht nicht weiter. Aber es ist ganz klar, dass dabei ein gefährliches Annäherungsmanöver entstehen könnte, bei dem die Neutralitätspolitik in Frage gestellt würde.
Die Verbindung zur Uno wird vom Bundesrat sehr weitläufig, besonders das Ja zu allen möglichen Sanktionen, behandelt. Ausgehend vom Beispiel Irak wird klargemacht, dass man diesen Weg wahrscheinlich weiterverfolgen werde. Es stellt sich nur die Frage, ob alle Sanktionen dermassen eindeutig sein werden, oder ob es nicht Fälle gibt, wo wir durch Alleinstehen unsere Guten Dienste wieder besser anbieten könnten. Also auch hier gibt es noch offene Fragen, die geklärt werden müssen.
Schliesslich kommt die Frage, wo sich die Geister wieder scheiden: Ist der Eintritt in die politische Union Europas eine Verletzung der Neutralität, ja oder nein? Da scheiden sich die Geister natürlich. Die Österreicher gehen davon aus, dass man keinen Neutralitätsvorbehalt anbringen müsste. Ich bin nicht sicher. Hier ist meiner Ansicht nach auch noch alles offen; es hängt von der Entwicklung ab. Man muss die Sicherheitssysteme überprüfen und die gemeinsame Aussenpolitik beurteilen. Je nachdem können sich für unsere Neutralitätspolitik tatsächlich Schwierigkeiten ergeben.
Gesamthaft gesehen hat die Kommission diesem Antrag zugestimmt und bittet Sie, auch den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.
Wir hoffen, dass die anregende Diskussion den Bundesrat darin bestärken wird, eine klare und eindeutige Linie einzuhalten. Wir wünschen ihm die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die er nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die er ändern kann, und die politische Klugheit, das eine vom andern zu unterscheiden.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Quelle peut être, quelle doit être la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante? Telles sont les questions que beaucoup d'entre nous se posent, comme l'attestent entre autres les nombreuses interventions, sous forme de postulats et de motions. Je pense notamment à celles de MM. Hubacher, Rechsteiner, Ledergerber et Baerlocher, et en ce qui concerne le Conseil des Etats, à celles de MM. Zimmerli et Onken.
Les deux rapports répondent donc à nos préoccupations, et le Conseil fédéral a judicieusement présenté deux rapports absolument indissociables, consacrés, pour l'un, à la politique extérieure et, pour l'autre, à la neutralité.
Disons d'emblée que certains membres de la commission, afin d'avoir une vision plus juste du monde extérieur, et d'éviter que l'attention ne soit trop portée sur le monde européen et occidental, auraient souhaité disposer simultanément du 3e rapport consacré aux relations Nord-Sud. Nous avons reçu à ce sujet l'assurance qu'il serait prochainement publié par le Conseil fédéral, et qu'il nous serait possible, dans des délais relativement brefs, de faire le lien entre la matière abordée aujourd'hui et la teneur du prochain rapport.
Avant de faire quelques remarques générales sur le caractère des rapports et analyser brièvement quelques points de leurs composantes, permettez-moi d'attirer votre attention sur un élément du titre, à savoir «dans les années nonante». Le Conseil fédéral présente ses intentions pour le court terme, conscient des mouvements de précipitation de l'histoire qui commandent un certain nombre d'initiatives précises, sans pour autant se départir des valeurs fondamentales reconnues qu'il précise, voire redéfinit dans le contexte actuel. Ces rapports ont donc le mérite d'inscrire un projet de politique étrangère dans la dynamique d'un processus dont les aspects conjoncturels mettent à l'épreuve des structures et des institutions.
Les rapports prévoient des ajustements conjoncturels dictés par un programme à court terme. Ils sont néanmoins inspirés par une conception large, ouverte et cohérente de la politique extérieure. C'est dire que leur parution, notamment celle du premier, alors que la décennie est fort entamée, n'enlève rien à sa valeur, en tout cas pas à sa crédibilité, parce qu'il serait dépassé.
Dans sa partie introductive, le rapport consacré à la politique extérieure insiste sur le fait que la sauvegarde de l'indépendance exige de nouveaux engagements dans un contexte d'interdépendance de plus en plus marqué. Si la fonction première et universelle de la politique extérieure est bien la défense des intérêts nationaux, cette dernière, dans le contexte actuel, oblige à des engagements nouveaux, à des rapprochements, à des intégrations dans des groupements d'échelle internationale.
Faut-il insister sur les nécessaires prolongements sur le plan international de la plupart de nos politiques internes? Faut-il insister sur les mesures prises à l'échelle internationale, sur leurs éléments, sur leurs influences sur le plan interne? Tout le monde a compris. Pas plus tard qu'il y a deux semaines, un fiscaliste canadien m'a dit que le Gatt aurait des incidences sur la fiscalité des provinces au Canada, et il m'a incidemment, je ne dis pas insidieusement, posé la question: «Avez-vous examiné la situation dans les cantons suisses?»
Vouloir garder aujourd'hui un maximum d'indépendance consiste paradoxalement à s'intégrer aux organisations internationales, et à participer le plus étroitement possible aux diverses négociations, afin de faire valoir son point de vue. En cela, la politique extérieure devient progressivement responsable de la mise au point des mécanismes qui doivent réguler dans les meilleures conditions l'interdépendance, en pouvant même se référer aux valeurs fondamentales de l'éthique et de la politique, pour reprendre les termes du rapport.
Nous ne nous étendrons pas longuement sur le chapitre 3 intitulé: «Le contexte de la politique extérieure de la Suisse: état et perspectives».
La très forte majorité de la commission, sinon l'unanimité de ses membres en a approuvé le contenu.
Nous rejoignons le Conseil fédéral dans son appréciation de l'intégration de l'Europe occidentale et de son évolution, en soulignant comme lui que la Suisse n'aurait rien à espérer de positif d'un éventuel échec de l'Union européenne. Nous partageons les vues du Conseil fédéral sur le développement en Europe orientale en souhaitant, tout comme lui, que les organisations chargées de la mise en place des structures continentales parviennent à coordonner leurs efforts. Nous sommes d'accord enfin avec la liste des risques majeurs qui menacent à terme l'humanité et les formes nouvelles de conflits qui doivent déterminer les composantes principales de notre future politique extérieure.
En ce qui concerne la position de la Suisse, il était juste que le rapport insiste sur certaines de ses caractéristiques et signale, une fois de plus, que les rangs qu'occupe notre pays sur le plan international, d'après son produit national brut, son commerce international, ou les investissements directs à l'étranger, n'ont plus rien de commun avec ceux qu'elle occupe en fonction de sa superficie et de sa population. Il ne s'agit pas tellement en l'occurrence que la grenouille se fasse plus grosse que le boeuf, mais bien de souligner que notre poids économique dans le concert des nations implique des responsabilités et que, comme le dit le rapport, cette position contraste avec la relative insignifiance dans les grandes instances de décision en matière de politique de sécurité, telles l'Union de l'Europe occidentale et l'Organisation des Nations Unies. Il n'y a rien de présomptueux à démontrer cela.
Le rapport frappe d'emblée par l'ouverture et la globalité de sa conception de la politique extérieure, qui va du maintien et de la promotion de la sécurité et de la paix à la préservation du milieu naturel, en passant par l'engagement en faveur des droits de l'homme, la démocratie, le respect des principes de l'Etat de droit, l'accroissement de la prospérité commune et la promotion de la cohésion sociale. Comment s'opposer à de tels objectifs, comment mettre en doute que chacun d'entre eux contribue plus ou moins directement à la stabilité du monde et à notre propre sécurité? Comment ne pas se rallier au fait qu'en matière de sécurité des efforts doivent être déployés dans le cadre d'une politique d'asile coordonnée de la part des pays d'Europe occidentale afin de faire respecter les droits de l'homme dans les pays d'origine des migrants contraints de s'exiler? On vient de parler de la Turquie, Monsieur le Conseiller fédéral, je ne crois pas que l'allusion directe à ce pays soit déplacée dans ce contexte. Comment contester qu'aujourd'hui des problèmes de sécurité, qui nous concernent aussi directement, se débattent à l'ONU, à l'Otan, à l'Union européenne, à l'Union de l'Europe occidentale et à la CSCE, seule institution à laquelle nous appartenions?
Il est juste que le chapitre consacré à l'engagement en faveur des droits de l'homme, de la démocratie et des principes de l'Etat de droit débute par une reconnaissance de la portée universelle des droits de l'homme. Ces derniers ne sauraient être l'objet d'interprétation. Par ailleurs, il est de la plus haute importance de vérifier la mise en oeuvre et de contrôler le respect des règles en vigueur et, au besoin, de subordonner la coopération au développement au principe du «bon gouvernement», c'est-à-dire au respect des droits de l'homme. Nous saluons le fait que la Suisse mène, dans le domaine des droits de l'homme, une politique active au sein de la CSCE et du Conseil de l'Europe.
En politique nationale, on ne peut que se réjouir des engagements du Conseil fédéral à soumettre bientôt au Parlement la Charte sociale européenne et les diverses conventions de l'ONU, celles sur les droits de l'enfant, la discrimination des femmes, et l'abolition de la peine de mort. Le chapitre relatif à l'accroissement de la prospérité commune est celui qui souffre le plus de l'absence du volet Nord-Sud. Il est encore trop tôt, par ailleurs, pour juger de l'efficacité de l'instrumentation mise en place à travers le Gatt pour stimuler le commerce mondial, et voir si ses effets sont positifs ou non pour les pays du tiers monde.
Dans ce chapitre, le rapport revient à maintes reprises sur l'importance des institutions de l'Union européenne. On ne saurait faire le reproche au Conseil fédéral de souligner le rôle que joue cette institution aujourd'hui en matière de prospérité commune, non seulement en Europe occidentale à travers la création de fonds de développement, mais également en Europe centrale et orientale.

Sans adhésion, notre pays se trouvera toujours en marge des grandes opérations relevant de cet objectif. La cohésion sociale est intimement associée à l'accroissement de la prospérité commune. Comment obtenir l'une sans l'autre?
Accordant la priorité à la partie orientale et centrale de l'Europe, le rapport en cette matière évoque les programmes destinés aux pays de l'ancien bloc communiste. Améliorer le dialogue dans le cadre de ces programmes est un impératif. Il règne encore trop de malentendus sur les domaines qui doivent faire l'objet d'interventions. Le projet de loi sur cette aide à caractère spécifique devrait nous être présenté avec les évaluations des programmes exécutés jusqu'à présent. Nous convenons que le problème posé, ou les problèmes posés, sont délicats étant donné le caractère original de chaque pays et du traitement individuel que commande cette situation, mais il est judicieux d'établir des priorités, des priorités sectorielles et géographiques, de manière à accroître notre efficacité, et de tenir compte que nos ressources sont momentanément limitées.
La préservation du milieu naturel, enfin, fait partie d'un domaine devenu indéniablement enjeu d'importance internationale et, par conséquent, une composante de la politique extérieure pour tous les Etats du globe, Rio en a été la démonstration. L'émergence de la notion de «développement durable», sa prise en compte aux divers niveaux, y compris au niveau de l'économie mondiale, va entraîner désormais des discussions et des négociations déterminantes pour la survie de l'ensemble des peuples. La participation de la Suisse aux organismes de divers niveaux, sa participation, notamment, au Pnue, sa volonté d'établir définitivement le Fonds pour l'environnement mondial ne peuvent que rencontrer notre approbation. Quant à Genève, on ne peut que se féliciter qu'elle soit, en plus, aujourd'hui, le siège administratif pour la gestion des conventions sur le climat et la biodiversité.
Dans son introduction, le Conseil fédéral manifeste sa volonté de rendre la politique extérieure familière au peuple suisse, point de vue qu'il développe dans le chapitre intitulé «L'assise intérieure de la politique extérieure». Nous ne pouvons que le suivre sur ce plan-là. Etant donné l'adhésion de la forte majorité de la commission au contenu de la politique extérieure présentée, on peut s'attendre, de la part du législatif, de notre Parlement, qu'il prenne sa part dans une telle démarche. L'application bien comprise de l'article 47bis a LREC n'implique pas seulement un engagement plus grand dans la politique extérieure du Parlement vis-à-vis du gouvernement, mais également vis-à-vis du peuple.
Quelques mots maintenant du rapport sur la neutralité: la redéfinition de la politique extérieure de la Suisse pouvait difficilement faire l'économie d'un réexamen de la politique de neutralité, notamment dans la perspective affirmée par le Conseil fédéral d'une adhésion à l'Union européenne et à l'Organisation des Nations Unies. On sait qu'aujourd'hui la neutralité fait l'objet de débats nourris, passionnés parfois. Le Conseil fédéral avait d'ailleurs initié ce grand débat et commandé un premier rapport à un groupe de travail qui a contribué à alimenter les discussions. Pour certains, la neutralité doit être respectée de la manière la plus stricte et ne supporte aucune entorse. Elle est à la base de notre prospérité et dans l'intérêt de tous les peuples. A l'opposé, pour d'autres, elle n'a peut-être jamais pu être réalisée et, aujourd'hui, c'est une caractéristique de notre politique étrangère qui l'alourdit inutilement, qui la freine, voire même qui la parasite. Il serait grand temps de profiter des recompositions du monde moderne pour s'en débarrasser. Pour le Conseil fédéral, la vérité et le salut se situent dans le juste milieu privilégiant l'ouverture et la continuité. Lorsque l'on s'attelle à une opération d'aggiornamento sur une institution, il convient d'examiner au préalable si cette dernière est susceptible de supporter l'opération.
On retiendra de l'analyse historique de la neutralité faite par le rapport qu'à dessein elle n'est pas inscrite dans la constitution. La neutralité a, dès le début, été considérée comme un moyen et non comme une fin, codifiée partiellement en regard de la nature des conflits modernes en 1907 dans les Conventions de La Haye. Elle est considérée comme positive pour l'Etat neutre comme pour les autres Etats.
Mais au cours des ans, elle a été interprétée en fonction de situations nouvelles qui se présentaient. Rien de surprenant à ça, puisque la neutralité date d'une période aujourd'hui révolue où la guerre était encore considérée comme un moyen normal et légitime de règlement des différends nationaux.
Le Conseil fédéral rappelle très judicieusement pour mémoire qu'en 1920 la Suisse devint membre de la Société des Nations et s'engagea à prendre part aux sanctions économiques de ces dernières, mais elle refusa en revanche toute participation aux sanctions militaires. En 1938, elle changea encore une fois de position.
L'histoire récente montre qu'on peut adapter l'instrument. Pourquoi ne pas le faire devant les impératifs nouveaux? Mais quels sont ces impératifs nouveaux? A l'évidence, l'évolution récente du monde est venue atténuer certaines fonctions de la neutralité. La faible probabilité, par exemple, de voir éclater des conflits entre Etats qui nous entourent a singulièrement affaibli la fonction stabilisatrice de la neutralité en politique intérieure. Dans un autre domaine, le statut de neutralité de la Suisse, qui souvent la désignait pour remplir des missions de bons offices dans un monde polarisé par les tensions Est-Ouest, n'a plus le même attrait depuis 1989. Mais que des fonctions dérivées et traditionnelles de la neutralité soient entamées n'est pas l'aspect le plus déterminant dans le nécessaire examen de la politique de neutralité et de sa pertinence. Dans ses fonctions essentielles de défense et de sécurité, elle révèle certaines limites et doit être complétée.
Il n'est plus possible d'assurer aujourd'hui notre propre défense de manière autonome, au sens strict du terme. Les tragiques images de la guerre du Golfe ont même convaincu les derniers sceptiques qu'à l'ère des attaques aériennes sous forme d'engins balistiques la protection de la Suisse et des Suisses impose un système européen de défense antimissile. Face à de nouvelles menaces comme le terrorisme, les flux migratoires, la neutralité ne suffit plus à garantir la sécurité et doit s'accommoder de nouveaux instruments, de nouvelles structures avec lesquels la Suisse doit coopérer pour sa propre sécurité dans son propre intérêt. Ces structures ont pour nom Nations Unies et Union européenne, et leurs organismes de défense sont l'Otan et l'Union de l'Europe occidentale.
Conscient que le système de sécurité collectif en Europe prévu à terme par l'Union européenne doit encore être précisé pour pouvoir décider d'une adhésion ou non, c'est de manière déterminée que le Conseil fédéral va suivre, voire prendre part aux travaux de sa construction. Pour l'heure, il examine de quelle manière la Suisse peut se rapprocher des organismes existants, tel que le Cocona qui est l'élargissement de l'Otan prévu aux fins d'associer à ses travaux les pays d'Europe qui n'en font pas encore partie, spécialement les pays d'Europe centrale et orientale, et l'Union de l'Europe occidentale par ailleurs comme nouvelle institution.
Peut-on concilier le maintien de la neutralité avec un rapprochement des structures nouvelles, voire avec l'intégration à l'Union européenne? En rappelant que la Suisse n'a jamais pris part, par principe, à des sanctions militaires, le Conseil fédéral passe en revue les mesures qu'il a été amené à prendre ces dernières décennies à l'endroit de pays qui avaient rompu la paix, appliquant par solidarité des décisions prises par l'ONU. Il n'y a jamais eu de violation de la neutralité et le Conseil fédéral tient à se réserver le droit d'analyser cas par cas la nécessité de suivre les décisions du Conseil de sécurité, que celles-ci se rapportent à des sanctions économiques ou a fortiori à des sanctions militaires. La Suisse doit pouvoir faire la part entre la sauvegarde de ses intérêts et l'obligation de solidarité pour décider de l'opportunité de sa participation à des sanctions militaires.
Dans la dernière partie de ce rapport, le Conseil fédéral devait accorder une attention toute particulière à la question de la neutralité dans la perspective d'une adhésion à l'Union européenne, qui constitue un des objectifs de sa politique extérieure les plus controversés. En cas d'adhésion à l'Union européenne, la Suisse maintiendrait sa neutralité armée. Pour le Conseil fédéral, le chemin européen menant à un système de défense commun sera long. Tant que l'Union européenne ne sera pas dotée d'un système de sécurité assurant la défense

militaire de ses membres, la neutralité permanente et armée de manière crédible de notre pays conserve sa justification. La Communauté européenne l'a dit et l'Union européenne continue à le dire – cela a été confirmé par les experts que la commission a invités; il s'agissait d'un membre du Bundestag allemand et d'un membre de l'administration autrichienne: «Il appartient aux Etats neutres de juger si leur statut de neutralité est compatible ou non avec les exigences de l'Union européenne.»
La politique étrangère et de sécurité commune actuellement en vigueur ne peut inclure des décisions relatives à des pactes d'assistance militaire. Ceci rend tout à fait compatible le statut de neutralité avec l'intégration à l'Union européenne.
Il sera nécessaire pour la Suisse, effectivement, au moment où l'Union européenne parviendra à mettre sur pied une structure de défense commune, solide et durable, de repenser le principe même de sa neutralité. Pour l'heure, nous devons et pouvons conserver notre statut de neutralité. Telle est la conclusion du Conseil fédéral.
Permettez-moi quelques remarques personnelles en guise de conclusion. Dans un monde en proie à des désintégrations et à des recompositions successives, rapides, les Etats faisant preuve de cohésion interne et de détermination sont utiles et bienvenus pour tenter de prévenir les risques majeurs qui concernent tout le monde, «tout le monde» étant pris dans les deux sens du terme: chacun d'entre nous et l'ensemble de la planète.
En tant que partisan de la revitalisation de la politique en Suisse, et par conséquent de la politique extérieure aussi, je suis convaincu, en restant conscient des dimensions modestes de notre pays, que nous avons quelque chose à dire, que nous pouvons dire quelque chose sur le plan international. Le désintérêt politique dont nous avons fait preuve pendant longtemps à l'égard de ce volet de notre politique nous a rendu et nous rend encore actuellement un mauvais service.
Les rapports qui nous sont présentés aujourd'hui fournissent des éléments de réflexion fondamentaux, précieux, pour des interventions progressives et valables dans les débats relatifs au nouvel ordre mondial. En présentant les vraies dimensions d'une politique extérieure, en les abordant de la manière la plus large, en les plaçant à leur échelle de pertinence, en proposant des applications concrètes des principes généraux, le Conseil fédéral a fait oeuvre novatrice.
C'était bien là l'engagement qu'avait déjà pris M. Felber, ancien conseiller fédéral, celui de dépasser le cadre de la politique économique extérieure en proposant une conception globale. C'est aujourd'hui le mérite du Conseil fédéral, et plus spécialement de M. Cotti, conseiller fédéral, accompagné de M. Delamuraz, conseiller fédéral, de concrétiser cette intention, et de le faire avec succès, puisqu'une très forte majorité de la Commission de politique extérieure a pris acte avec satisfaction de ces rapports, tant leurs retombées positives sont multiples.
Il ne me semble pas exagéré de dire que, par leur clarté, les prises de position du Conseil fédéral peuvent à la fois sécuriser le citoyen, renforcer la confiance collective de l'ensemble de la population, et même augmenter sa propre autorité au niveau international.
C'est aussi le propre de tels rapports de susciter des avis divergents. Un certain nombre de commissaires n'ont pu se rallier à la position du Conseil fédéral relative à l'adhésion à l'Union européenne comme objectif, et à la nouvelle conception de la neutralité. M. Frey Walter n'a pas voulu se sentir coresponsable d'un engagement de la commission, qui irait dans le sens choisi par le Conseil fédéral; il aura l'occasion de développer sa proposition de minorité.
Je vous propose, quant à moi, de la repousser et de suivre la proposition de la majorité de votre commission qui, par 17 voix contre 5, a décidé de prendre acte de ce rapport.

Frey Walter (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Die Kommissionssprecher haben Ihnen den Bericht nähergebracht. Ich konzentriere mich auf meinen Rückweisungsantrag.
Auch ich habe vom Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren Kenntnis genommen. Ich bin aber mit seiner Hauptzielsetzung – der Bundesrat nennt sie strategische Zielsetzung – nicht einverstanden. Diese Hauptzielsetzung heisst: Beitritt zur Europäischen Union nach der Maastrichter Art. Es werden im Bericht weder die Bedingungen noch der Zeitpunkt präzise genannt, sie werden im Raume stehengelassen.
Ich möchte Sie kurz daran erinnern, was wir vom gleichen Bundesrat schon gehört haben. Galt doch da einmal der Slogan: «Beitrittsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen». Dann kam eine Zeit, wo es hiess «Beitreten über den EWR». Dann kam eine Zeit, in der der Bundesrat sagte, der EWR sei ein Konstrukt, das lebensfähig auf Dauer sei. Er stecke zurück in der Zielsetzung des Integrationsberichtes. Und nach dem 6. Dezember 1992 hat der Bundesrat gesagt: Jetzt hat das Volk gesprochen, wir müssen uns wieder alle Optionen offenhalten. Dies natürlich auch, nachdem dieser Rat – er hat sich seitdem nicht stark verändert – den Integrationsbericht des Bundesrates das letzte Mal zurückgewiesen hat, weil er das Gefühl hatte, er könnte der Vorlage des EWR schaden.
Und nun dies: Die strategische Zielsetzung des Bundesrates ist erneut ein EU-Beitritt. Ich glaube, nicht nur innenpolitisch, sondern auch aussenpolitisch macht ein solcher Slalom in der strategischen Zielsetzung den Bundesrat unglaubwürdig.
Wenn man nun mit dem Ziel des EU-Beitritts nicht einverstanden ist, was kann dann ein ehrlicher Parlamentarier überhaupt tun, wenn er dem Volk und dem Bundesrat, der Anrecht auf eine Meinungsbildung hat, noch in die Augen schauen will? Meiner Meinung nach kann er ihm nur die Wahrheit sagen, und die heisst in meinem Falle: Ich bin mit diesem strategischen Ziel nicht einverstanden und beantrage daher die Rückweisung.
Warum bin ich mit dieser Zielsetzung nicht einverstanden? Die Europäische Union nach Maastrichter Art will einen zentralen Bundesstaat mit aus unserer Sicht wenig Demokratie bilden, der eine gemeinsame Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Sozial-, Währungs-, Steuer- und in der Zielsetzung auch Aussen- und Verteidigungspolitik beinhaltet.
Ich persönlich halte ein solches Konstrukt zur Erfüllung der Zielsetzung der Europäischen Union, nämlich Friede und Wohlstand in Europa zu schaffen, für nicht tauglich. Gerade wir Schweizerinnen und Schweizer müssen es doch wissen, dass in einem multikulturellen Raum, wenn man Friede und Wohlstand haben will, der Weg nur über Föderalismus – oder über das Subsidiaritätsprinzip, wie es auch genannt wird – und Demokratie führen kann. Und das ist bei der EU «à la façon de Maastricht» eben nicht der Fall.
Sie wollen ein praktisches Beispiel? Das kann ich Ihnen geben: Die hehren Zielsetzungen der Währungspolitik sind in den letzten zweieinhalb Jahren schon zweimal gescheitert, und nicht zum Schaden der Länder, die mit der Zielsetzung nicht mehr einverstanden sein konnten.
Ein zweiter Grund, der mich die strategische Zielsetzung des Bundesrates ablehnen lässt: Ich bin überzeugt, dass das vollmundige Bekenntnis zu bilateralen Zusammenarbeitsverträgen mit der Europäischen Union durch diese Zielsetzung sabotiert wird. Wenn Sie mit einem grossen Unternehmen fusionieren wollen, als Juniorpartner mit 3 bis 5 Prozent Anteil, dann haben – glaube ich – Zusammenarbeitsverträge praktisch keinen Platz mehr, wenn jemand etwas geben sollte. Im ökonomischen Bereich würden dann alle schwierigen Probleme auf die Fusionsverhandlungen vertagt. Es kann so nicht klappen.
Es ist auch aussenpolitisch nicht glaubwürdig, hat doch der Bundesrat bewiesen, das nicht er oder das Parlament in der Schweiz die letzte Instanz ist, sondern beim EWR und beim Transitvertrag haben auch unsere europäischen Freunde festgestellt, dass in der Schweiz das Volk regiert.
Es geht wie ein roter Faden durch den ganzen Bericht. Es ist eine falsche Grundeinstellung, zu meinen, dass man Mitwirken an diesem Konstrukt der Europäischen Union mit einer unabhängigen, weltoffenen Aussenpolitik der Schweiz gleichsetzen könnte. Es ist auch interessant zu sehen, dass praktisch alle Verfassungsaufträge explizit wiederholt werden, dass aber ausgerechnet der Verfassungsauftrag aus Artikel 2 – der erste, nämlich «Behauptung der Unabhängigkeit

des Vaterlandes gegen aussen» – in diesem Bericht einen ganz kleinen Platz hat.
Einen kleinen Platz hat in diesem Bericht auch, was wir in bezug auf unsere demokratischen Grundrechte an Verlust entgegennehmen müssten, wenn wir eine gemeinsame Sozial-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Aussen-, Verteidigungs-, Währungs- und Steuerpolitik betreiben sollten. Wir verzichten auf basisdemokratische Grundrechte. Bis heute war es umgekehrt. Eine weltoffene, auch europaoffene Zusammenarbeit auf der Basis von Unabhängigkeit hat uns Erfolg gebracht. Ob eine Integration – man könnte auch sagen: eine Unterwerfung – diese gleiche, gute Chance für die Schweiz bieten könnte, das geht aus diesem Bericht nicht hervor. Eine Kosten-Nutzen-Analyse in dieser so wichtigen Streitfrage wurde nicht gemacht.
Das Schlagwort «Alles ist im Wandel» finden wir jedoch überall. Aber ich frage Sie, meine Herren Bundesräte, wenn alles im Wandel ist und auch die EU im Wandel ist: Wollen Sie auf einen Zug aufspringen, dessen Ziel Sie nicht kennen? Sie können mir mit zwei Sprichwörtern antworten: Jawohl, Herr Frey Walter, wir wollen es, denn den letzten beissen bekanntlich die Hunde; oder Sie können mir auch sagen: Nein, Herr Frey Walter, wir wollen es nicht; denn die Letzten werden die Ersten sein.
Fazit: Für die Schweiz gibt es nur eines: eine weltoffene Zusammenarbeit in Unabhängigkeit, im Sinne des Gatt. Das ist die Antwort auf die Probleme, die uns in Zukunft beschäftigen werden. Integration kann nicht die Antwort sein.
Wenn Sie dann sagen, die Schweiz sei nicht solidarisch, möchte ich Sie fragen: Ist ein Land, das heute den fünftgrössten Beitrag pro Kopf der Einwohnerschaft der Uno gibt, ohne bei der Uno überhaupt Mitglied zu sein, nicht solidarisch? Ist ein Land, das das Rote Kreuz unterstützt, nicht solidarisch? Ist ein Land, das wesentlich zur Verwirklichung der KSZE beigetragen hat, nicht solidarisch?
Es kann nur eines geben: Rückweisung an den Bundesrat in bezug auf die Zielsetzung EU-Beitritt.
Nun noch ganz kurz zum Anhang des Neutralitätsberichtes. Da haben wir nicht viel Neues, sondern viele diplomatische Redewendungen. Aber worum geht es uns eigentlich? Wir wollen doch wissen: Können wir unsere Neutralität, die flexible, schweizerisch bestimmte Neutralität mit einem EU-Beitritt vereinbaren, ja oder nein? Ich behaupte: Nein, wir können das nicht. Der Bundesrat sagt es in Ziffer 5 auch, aber sehr verschämt und sehr, sehr diplomatisch.
Ich verzichte auf das Zitat, möchte aber zum Schluss noch beifügen: Beim Kampf gegen den EWR war der Integrationsbericht des Bundesrates eine sehr gute Grundlage für die Gegner. Wenn wir hier in den wesentlichen Zielsetzungen nicht rückweisen und auch den Neutralitätsbericht zur näheren Abklärung zurückweisen, dann wird wieder das gleiche geschehen!

Fehr Lisbeth (V, ZH): Der Bericht zur Neutralität wurde aus logischen und naheliegenden Gründen auch von der SiK behandelt und dort von einer sechsköpfigen Minderheit (Bischof, Borer Roland, Hari, Hess Otto, Sandoz sind die Mitunterzeichner) mit einem klaren Rückweisungsantrag beantwortet, dem vom Büro des Nationalrates aus formalen Gründen nicht stattgegeben wurde. Ich habe nun hier die Gelegenheit, ihn als umgewandelten Einzelantrag zu begründen.
Nun, auf einen kurzen Nenner gebracht: Es fehlt das klare Bekenntnis zur dauernden bewaffneten Neutralität. So gleichsam in einem freudlosen Lippenbekenntnis weist der Bundesrat zwar auf ein Weiterführen der Neutralität als zweckmässiges Mittel hin, relativiert aber sogleich und dann seitenweise.
Zwei Beispiele: Auf Seite 63 heisst es, das Neutralitätsrecht habe an Bedeutung verloren und entspreche den Bedürfnissen der heutigen Völkergemeinschaft nicht mehr. Oder auf Seite 60: Die Schweiz habe keine völkerrechtliche Verpflichtung zur dauernden Neutralität übernommen. Darum bestehe für sie keine Pflicht, diesen Status für alle Zukunft aufrechtzuerhalten. Man könne sie neu definieren und den gewandelten Verhältnissen anpassen.
Auf der einen Seite steht die Beruhigungspille an die Adresse des Volkes, das sich – laut einer Studie der ETH – mit 52 Prozent für die Neutralität ausgesprochen hat, 55 Prozent davon ohne Wenn und Aber, ohne spitzfindige juristische Wortklauberei: Beruhigt euch, es bleibt alles beim alten! Andererseits lässt man sich einen weiten Gestaltungsspielraum offen – Seite 60 –, um die Neutralität aushöhlen zu können. Man löst eine Fahrkarte in die EU, in die Uno, und das ist ein Widerspruch in sich selber. Man kann nicht Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik derart verschieden handhaben. Sie müssen aufeinander abgestimmt werden, denn sie ergeben zusammen unsere Neutralität, unsere Identität schlechthin. Sonst ist dies Doppelbödigkeit im wahrsten Sinn.
Im Grunde hat der Bundesrat den Sinn der Neutralität nicht verstanden, weil er dauernd Argumente dagegen aufzählt; es ist eine Neutralität, die er nur als Mühsal, als Hindernis empfinden kann. Die Schweiz hat sich aber vor der Weltöffentlichkeit klar zur absoluten Neutralität bekannt. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Neutralität bestehen in diesem Fall bereits Rechte und Pflichten in Friedenszeiten für den dauernd neutralen Staat. Vor allem hat dieser grundsätzlich auf jegliche Machtpolitik zu verzichten. Das ist echte Friedenspolitik.
Machtpolitik wird aber in der EU betrieben, und Machtpolitik wird auch in der Uno betrieben. Darum hinkt der Vergleich mit anderen neutralen Staaten. Sie sind alle in diesen Machtapparat Uno eingebunden. Österreich hat nur eine fünfzigjährige Neutralität, die ihm von den Alliierten auf Druck der Sowjetunion hin mit Militärauflagen diktiert wurde; Finnland kennt die rein militärische; Schweden bekennt sich zur relativen, in der von Fall zu Fall entschieden wird, und heute ist dieses Land bereit, wegen dem EU-Beitritt bedingungslos auf die Neutralität zu verzichten.
Die schweizerische Neutralität ist die einzige grundsätzliche. Das Volk hat ihr die Treue bewahrt. Sie ist zu unserem Gütezeichen geworden. Sie geht nicht auf eine Haltung des Stillesitzens und Abseitsstehens, wie es auf Seite 89 heisst, nicht auf Egoismus und Sorge um die eigene wirtschaftliche Wohlfahrt zurück. Man will sich aus dem machtpolitischen Klüngel heraushalten und hat sich damit eine unbedingte Zuverlässigkeit gegenüber allen Völkern erworben.
Darum konnten wir unsere Solidarität weltweit auf dem Gebiete der humanitären Hilfe ausbauen. Es wäre nicht nur leichtsinnig, sondern auch töricht, wenn die Schweiz durch einfaches Nachgeben gegenüber irgendwelchen Solidaritätsforderungen ihre langerworbene Neutralität aufs Spiel setzen würde. Die machtpolitische Unbescholtenheit, eine der grössten Kraftquellen, die die Schweiz in den Dienst des Weltfriedens zu stellen vermag, kann sie nur ein einziges Mal verlieren.
Ich bitte Sie deshalb, ganz im Sinne auch der Minderheit der Sicherheitspolitischen Kommission, den entsprechenden Rückweisungsantrag der Minderheit Frey Walter der Aussenpolitischen Kommission zu unterstützen.

Hafner Rudolf (G, BE): Nach der Tat hält der Schweizer Rat: So kommt es einem ein bisschen vor, wenn man liest, wie der Bundesrat zu seiner Schlussfolgerung gekommen ist, einen EU-Beitritt direkt anzustreben.
Ich spreche nur im Namen einer Minderheit der grünen Fraktion. Es schien uns aber notwendig, das Wort zu ergreifen. Wenn auch die Fraktionsmehrheit diesen Antrag nicht unterstützt, so sind wir uns in der Fraktion doch weitgehend einig, was die Kritik an der EU als Institution betrifft. Es gibt in diesem Saal nicht nur eine bürgerliche Kritik, sondern es gibt auch eine ökologische und eine soziale Kritik an der Institution EU.
Seit langer Zeit gibt es nicht nur in der Schweiz, sondern in den meisten europäischen Staaten Gruppen oder ganze grüne Parteien, die einem EU-Beitritt skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüberstehen. Unter anderem darf ich auch das von grünen und sozialdemokratischen Kreisen mitgetragene Forum erwähnen.
Das Forum hat damals bei der EWR-Abstimmung 1992 immerhin an die 500 000 Exemplare einer kleinen Abstimmungszeitung in der Schweiz verteilt. Man darf feststellen, dass das einen Einfluss hatte. Die Abstimmung von 1992 über den EWR

ging sehr knapp aus; die kritische Haltung, die das Forum einnahm, war daher nicht ohne Ergebnis. Diese Gruppierung hat also bei der Abstimmung von 1992 zu den Siegern gehört; man muss sich schliesslich nicht Asche aufs Haupt streuen, wenn man in dieser Beziehung Erfolg verzeichnet hat. Wir wissen uns bei unseren Bemühungen auch solidarisch mit grünen oder sozial gestimmten Menschen in Österreich, Schweden, Finnland, Dänemark und anderen Ländern. Auch diese haben ihre Befürchtungen über die Auswirkungen der EU.
Nun zum Inhaltlichen: Im Bericht wird der Beitritt zur EU als Ziel der Schweiz deklariert. Es wird in diesem Saal wohl unbestritten sein, dass beim Erreichen dieses Zieles enorme Auswirkungen zu gewärtigen wären und dass man sich von daher gut überlegen muss, wie man ein solches Ziel anstrebt bzw. welche Auswirkungen zu erwarten sind.
Ich beginne mit den Volksrechten. Wir hören jeweils am 1. August, was uns allen die Volksrechte wert seien. Es kann aber nicht bestritten werden, dass ein EU-Beitritt die Volksrechte ganz einschneidend reduzieren würde. Bekanntlich geht das internationale Recht dem Schweizer Recht in jedem Fall vor, und deshalb wären sehr viele Volksinitiativen nicht mehr möglich oder nicht mehr zulässig.
Ich erwähne als weiteres Beispiel den Verkehr. Wir – ich meine hiermit grüne und sozial interessierte Kreise – haben der Alpen-Initiative zum Durchbruch verholfen. Wir haben auch gehört, welches Echo auf diese Alpen-Initiative aus Brüssel, aus Italien, aus Deutschland usw. kam. Es wurde sogar erzählt, die Schweizer Regierung sei nicht mehr in der Lage, internationale Verträge sicherzustellen. Man erwartet mit Selbstverständlichkeit, dass die Schweizer Regierung Volksabstimmungen unterlaufen würde. Ich glaube, anders kann die Schlussfolgerung nicht lauten. Die Alpen-Initiative ist gerade ein Beispiel, wo man sieht, was mit Volksrechten erzielt werden kann; ich denke, dass sich ein wesentlicher Teil der Schweizer Bevölkerung dieses Volksrecht nicht nehmen lassen will.
Ich erwähne weiter die Energiepolitik. Vielleicht äussert sich Herr Mühlemann oder einer der Bundesräte noch dazu, ob die Schweiz nicht mit einem EU-Beitritt auch die Politik der Euratom vollziehen muss. Euratom ist immerhin eine Institution, die im Bereich der Energiepolitik eine ganz klare Politik verfolgt. Ich weise darauf hin, dass die Kernstaaten der EU diejenigen Länder sind, welche die Atomenergie stark fördern.
Sie erinnern sich: Wir hatten in der Schweiz eine Abstimmung über ein Moratorium zur Kernkraftenergie. Wollen Sie auch diese Volksabstimmung unterlaufen? Oder wollen Sie das Risiko auf sich nehmen, dass beispielsweise die EU einen Beschluss über die Politik in Sachen Kernenergie fassen würde, in dem man zur Schlussfolgerung käme, dass auch diese Volksabstimmung nicht akzeptiert und abgeschrieben wird?
Es würde noch andere Beispiele geben; man sieht, die EU ist nicht auf dem Boden der direkten Demokratie entstanden. Immerhin kann man feststellen, dass 1957, als die damalige EWG entstanden ist, keines der Völker die Möglichkeit hatte, darüber abzustimmen. Man kann sich fragen, ob die Regierungen damals Angst vor der Bevölkerung hatten. Man kann sich auch fragen, warum die Bundesrepublik Deutschland heute keine Abstimmung darüber macht, ob die Bevölkerung mit der Entwicklung der EU einverstanden ist.
Betreffend die Ökologie: Wer die Extraausgabe des «Spiegel» gelesen hat – darin berichten Leute, die innerhalb der EU arbeiten, von ihren Erfahrungen –, der sieht klar, wie es sich im Bereiche der Ökologie verhält. Immerhin könnte man sich auch in der Schweiz noch Zeitungen wünschen – ich wende mich an die Pressetribüne –, die den Mut haben, die Sachlage so klar zu schildern, wie das im «Spiegel» zu lesen war. Ich erwähne schliesslich auch die Landwirtschaft, wo es für alle klar ist, dass ein EU-Beitritt verheerende Folgen haben würde.
Wenn Sie den Eindruck haben, Sie möchten doch die direkte Demokratie und die Volksrechte ernst nehmen, dann würde auch die Möglichkeit bestehen, beispielsweise eine Konsultativabstimmung zu einem EU-Beitritt zu machen. Fragen Sie doch das Volk: Wollen sie das? Dann könnten Sie sich auf die Antwort einstellen. Auf jeden Fall wäre das ehrlicher, als zu sagen: Wir wissen, was im Interesse des Volkes ist, und dann irgendein Beitrittsziel zu formulieren. Oder man könnte auch fragen: Wollen Sie die Unabhängigkeit der Schweiz aufgeben? In einem solchen Falle wüsste man auch, was das Volk davon hält.
Das Ganze erinnert an den Tanz um das Goldene Kalb. Früher ging es vielleicht mehr um die Finanzen, heute geht es mehr um Aspekte der Macht. Man hat den Eindruck, dass Brüssel einen Machtsog ausübt, der jedermann fasziniert. Ich frage mich auch, in welchem Stil dieses Geschäft erscheint. Ich stelle fest, dass in den verschiedensten Gruppierungen darüber gestritten wird und ein Geist der Intoleranz herrscht.
Ich möchte Sie bitten, sich daran zu erinnern, dass wir alle einen Eid oder ein Gelübde abgelegt haben. Diejenigen, die ein Gewissen haben, können wohl nicht mit gutem Gewissen dem Ziel eines EU-Beitritts zustimmen.
Ich bitte Sie, meinem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Bischof Hardi (D, ZH): Ende des vergangenen Jahres hat der Bundesrat den Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren mit einem Anhang zur Neutralitätspolitik vorgestellt. Der Bericht selbst beinhaltet aber einige Widersprüche. Hier im Bundeshaus ist in letzter Zeit die Bereitschaft, an der immerwährenden bewaffneten Neutralität festzuhalten, gewaltig ins Wanken geraten. Die Integration der Schweiz in die EU und damit in die politische Union ist dem Bundesrat anscheinend wichtiger geworden als die Weiterführung einer zuverlässigen Neutralitätspolitik.
Die SD/Lega-Fraktion ist der Meinung, dass mit diesem Bericht das Volks-Nein vom 6. Dezember 1992 nicht akzeptiert wird. Wir sind aber auch der Meinung, dass ein beabsichtigter Schritt in Richtung EU niemals am Volk vorbeigehen darf.
Ich erinnere mich daran, dass Sie, Herr Bundesrat Cotti, sich von der zentralen Aussage beeindrucken liessen, die europäische Integration sei nicht so sehr eine Frage der Wirtschaft, sondern eine Frage der Politik und vor allem der Sicherheit und des Friedens auf diesem Kontinent. Sie sind sich damals, Herr Bundesrat, nicht bewusst gewesen, oder Sie haben beim Bundeskanzler nicht interveniert und sich auch nicht nach dem Schicksal der Völker in Ex-Jugoslawien und der Ex-Sowjetunion und nach den Gründen des totalen Versagens der EG erkundigt.
Angesichts der Katastrophe in jenen Ländern ist es geradezu makaber, eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitspolitik anzupreisen. Wer über die friedenssichernde Aktivität der EU spricht oder schreibt, tut dies angesichts der Kriege und Gemetzel zwischen Serbien und Slowenien, angesichts der Kämpfe zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie angesichts der Kämpfe in Moldawien und Tadschikistan, die alle Folge des Zerfalls von Bundesstaaten mit mehrsprachiger Bevölkerung sind.
Nach Helmut Kohl gehört die Schweiz selbstverständlich in die EU, aber nicht um des Friedens in Europa willen, den einst die Staatsmänner Charles de Gaulle und Konrad Adenauer sichergestellt haben. Die Neutralität hat sich nicht nach Alternativen zu richten, sondern nach einer zeitgemässen Fortführung der Neutralitätspolitik. Gewiss war der tiefere Gehalt der Neutralitätsidee nicht immer klar im Bewusstsein der Nation und der Politiker gegenwärtig. Aber er war dauerhaft wirksam, da er Ausdruck des Friedens und Rechtscharakters der Eidgenossenschaft selbst war.
Ein Beitritt sowohl zur EU wie zur Uno ist nach wie vor abzulehnen. Wir würden uns auf keinen Fall in den Sog der Machtpolitik begeben. Der Uno- oder EU-Beitritt ist, gleich wie die Teilnahme an Nato- oder WEU-Aktionen, weit vom Konsens entfernt.
Die Schweiz nimmt jetzt schon an allen Aktionen der Uno teil, die der internationalen Zusammenarbeit und dem Frieden dienen. Die Neutralität ist nicht Eigentum der Classe politique, die mit ihr wie mit einer Handelsware verfahren dürfte. Sie ist eine geistige, moralische Verpflichtung, die der Schweiz von ihrer Gründung und Geschichte her aufgetragen ist. Der Bundesrat hat auch nicht das Recht, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und der sich ausbreitenden Tendenz zur Destruktion moralischer Qualitäten nachzugeben.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, den Antrag unserer Fraktion zu unterstützen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Il faut du courage pour parler ainsi aujourd'hui de politique étrangère. Les votes populaires semblent montrer que le peuple et les cantons suisses, dans leur majorité, s'accrochent au rocher alpin comme pour résister au vertige qui les prendrait.
Or, pour la Suisse comme pour tous les autres pays, l'évidence est pourtant là. Il n'est quasiment plus de domaines qui ne soient aujourd'hui à la fois de politique étrangère et de politique intérieure. Regardez l'Accord sur le transit: il est remis en cause par l'initiative des Alpes. Regardez le sort de Swissair: il pourrait être remis en cause à travers les négociations bilatérales par l'initiative des Alpes, encore une fois. Ce sont des exemples spectaculaires.
Par ailleurs, que de changements, nous le savons bien! Les références sûres sont bousculées, le rideau de fer est tombé, le communisme historique est mort, mais les risques de néo-communisme, de néo-fascisme et de nationalisme agressifs sont là, et bien là. On parle du dialogue Nord-Sud. Quel Nord, quel Sud, quel tiers monde, tant les situations sont diverses?
Oui, cela tourne, et cela tourne à toute vitesse. Précisément à cause de cela, jamais nous n'avons eu autant besoin de conceptions qui fussent à jour. Jamais le pays n'a eu autant besoin qu'aujourd'hui d'être conduit par des autorités qui sachent où elles veulent aller, et soutenu par des partis gouvernementaux qui savent où conduire le pays. Oh, mes amis radicaux, où sont les radicaux de 1848 qui ont fait cette Suisse moderne?
Seulement voilà, il y a servitude et grandeur de la démocratie, dirait Alfred de Vigny, il y a la démocratie directe. L'Accord sur l'Espace économique européen a été refusé, l'initiative des Alpes acceptée, et je l'ai dit, tant de choses peuvent être remises en question. En ayant élaboré ce rapport et en le présentant après ces derniers événements, le Conseil fédéral montre qu'il n'entend pas jeter l'éponge, qu'il n'entend pas se confiner dans la gestion du pays en attendant que ce dernier mûrisse. Cette attitude du gouvernement, le groupe libéral, plus gouvernemental que beaucoup d'autres, la salue et vous soutient.
Le Conseil fédéral, dans ce rapport, affiche donc ses cinq buts principaux. Je n'y reviens pas. Il en déduit une stratégie. Il présente les possibilités à court et à moyen terme selon des calendriers imaginables. Il a raison. Il serait faux d'avancer avec une sorte d'éventail d'options ouvertes. Respecter le peuple, c'est agir dans le court terme, conformément à ce qu'il a voulu et ne pas agir contre. Mais respecter le peuple, ce n'est pas, pour les autorités, renoncer à lui montrer la route, et il est du devoir du gouvernement d'avoir une stratégie. Cinq buts, donc, auxquels nous souscrivons.
L'essentiel, finalement, c'est bien de montrer que la poursuite de ces buts, tels la paix, la sécurité et la prospérité, demande la participation et l'imbrication de la Suisse dans les ensembles articulés économiques et politiques qui s'imposent aujourd'hui. Pour notre économie, pour nos chercheurs, pour notre jeunesse, il n'y a pas d'avenir véritable en tournant le dos à l'Union européenne, Monsieur Frey Walter. Cela, il faut le savoir et il faut le répéter. Il faut aussi arriver à en convaincre le peuple, mes chers collègues, notamment alémaniques. Je crois qu'en effet, pour ce qui concerne les Romands, sans rejeter cette majorité alémanique avec laquelle nous avons un destin et une histoire commune, vous nous entendrez, vous nous entendrez encore vous persuader que l'avenir de la Suisse, c'est la double respiration, nationale et européenne, et qu'il n'y a pas d'avenir pour la Suisse sans cette double respiration.
La dimension européenne – oui, Monsieur Blocher – est nécessaire pour l'illustration et la défense de ce à quoi vous tenez et de ce à quoi nous tenons. Pour nos intérêts, mais aussi pour la défense de nos valeurs, l'essentiel sera gagné et l'avenir sera ouvert lorsque vous, ou disons d'autres, en seront convaincus. Certes, il y a l'incertitude des temps, mais précisément la stabilité en Europe n'est pas imaginable sans une réussite de l'Union européenne, une réussite que nous voulons, et une réussite à laquelle nous devrions participer. C'est aussi à cause de cette incertitude que la Suisse, c'est vrai, doit toujours cultiver une défense nationale forte.
Les opposants à l'Union européenne avancent l'argument de la neutralité. Les libéraux mesurent la valeur de la neutralité. Dois-je vous rappeler que c'est un libéral genevois, Pictet de Rochemont, qui l'a fait reconnaître internationalement au Congrès de Vienne? Les libéraux n'auraient vraiment pas de leçon à recevoir quant à la connaissance et la conscience de ce qu'est la neutralité. Mais les libéraux ont toujours su que la politique de neutralité, son application et sa conduite, était dans nos mains, que c'était à nous de l'appliquer et de l'interpréter.
Nous l'avons fait au cours de l'histoire de façon différente. Le Parti libéral a d'ailleurs toujours insisté sur le fait que la neutralité n'est pas un but, mais qu'elle est un moyen. Si un jour il devait être dans l'intérêt de la Suisse d'y renoncer ou d'en modifier les termes, nous ne devrions pas être arrêtés par cela au mépris de l'intérêt général de la Suisse. Si nous devions trouver des moyens meilleurs de sauvegarder l'indépendance de la Suisse, la prospérité de la Suisse, nous devrions le faire.
Certains de nos collègues, notamment en commission, M. Frey Claude notamment, ont voulu avoir un débat sur la neutralité à propos de la politique d'intégration. Nous avons craint que ce débat soit propre à cristalliser artificiellement les positions et nous voyons que notre crainte était fondée, car c'est ce qui se passe. Nous ne devons pas nous laisser enfermer ici, dans cette enceinte politique, dans une sorte de séminaire académique où l'on dirait: «Voyons, s'il arrive ceci, est-ce que c'est compatible avec la neutralité? S'il se passe cela, est-ce que c'est compatible avec la neutralité?» Non, la politique de neutralité ne doit pas être définie de façon rigide. Elle doit rester, encore une fois, à notre libre interprétation. Il faut donc ne pas définir trop strictement la politique de neutralité pour laisser à notre politique étrangère la souplesse suffisante.
J'aimerais dire à M. Blocher et à M. Frey Walter, et à M. Frey Claude – qui n'est pas là je crois, mais qui s'est beaucoup manifesté en commission – que la politique de la neutralité ne doit pas être pour la Suisse une sorte de ceinture de chasteté dont nous donnerions les clés en dépôt à MM. Blocher, Frey et consorts, des clés d'ailleurs qu'ils se garderaient bien de nous rendre et qu'ils pourraient bien perdre. Non, la politique de neutralité ne doit pas nous empêcher d'avoir une politique étrangère.
Je termine par où j'ai commencé: le grand défi auquel nous nous trouvons confrontés, c'est, je l'ai dit, d'intérioriser dans notre politique interne la dimension de politique étrangère. Nous y sommes résolus, nous avons remarqué que le Conseil fédéral y est résolu. Nous le soutiendrons dans cet effort, et nous n'aurons de cesse dans ce pays, en épaulant, en ce qui concerne les Romands, les élites alémaniques qui sont de cet avis, de convaincre une majorité du peuple et des cantons que notre destin commun, notre destin historique, passe par l'ouverture au monde et, naturellement, aussi par l'ouverture à l'Europe.
Car, et j'en termine par ceci, le rapport, naturellement, cristallise notre discussion sur l'Europe. Il n'y a pas que cela dans le rapport, il y a toute la globalisation des échanges, la mondialisation des échanges. Nous savons bien qu'un de nos prochains défis sera l'Uruguay Round, nous savons bien ce que représente le Gatt, et nous ne voulons pas d'une Europe qui soit fermée sur elle-même, mais nous sommes persuadés que la participation à la construction européenne, ça n'est pas nous mettre dans une forteresse européenne, c'est participer à l'ouverture de l'Europe aux échanges mondiaux.
C'est dans cet esprit tout à fait patriotique, tout à fait suisse, mais également européen, parce qu'être Suisse demain, ça sera aussi être Européen et ouvert au monde, que nous prenons acte avec approbation du rapport du Conseil fédéral.

Oehler Edgar (C, SG): Wir glauben nicht, dass die Diskussion über den Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren ein Grund mehr für das Aufreissen von Gräben zwischen der deutschen und der welschen Schweiz sein sollte, im Gegenteil. Unserer Meinung nach sollte dieser Be-

richt dazu dienen, dass wir miteinander unsere Zukunft gestalten. Diese Einleitung an die Adresse von Kollege Eggly.
Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht des Bundesrates zur Kenntnis. Das bedeutet indessen nicht, dass die CVP-Fraktion diesem Bericht und namentlich den Schlussfolgerungen unisono zustimmt.
Wenn wir heute den Bericht vom 29. November 1993 über die Aussenpolitik beraten, stellen wir fest, dass sich nicht nur seit der Zeit der Erarbeitung des Berichtes, sondern vor allem auch seit der Veröffentlichung einiges geändert hat. Wir denken dabei namentlich an die Volksabstimmung über die Alpen-Initiative, dann aber auch über die Entwicklung im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU durch unsere ehemaligen Efta-Partner. Daraus ziehen wir den Schluss, dass der aussenpolitische Bericht des Bundesrates nie etwas in sich Abgeschlossenes sein kann, sondern Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung ist, der Vorgabe von Zielen dient, dann aber auch eine Leitlinie im politischen Prozess darstellt. Aus dieser Feststellung ist abzuleiten, dass es heute darum geht, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und über die Schlussfolgerungen des Bundesrates zu diskutieren.
Wir unterstützen die klare Definition der Aussenpolitik des Bundesrates, welche in diesem Bericht als Folge für seine zukünftige Tätigkeit zugrunde gelegt wird. Die fünf Kernziele, welche der Bundesrat umreisst, macht die CVP damit auch zur Grundlage ihrer eigenen Aussenpolitik.
Für uns bedeutet Aussenpolitik nicht nur die Gestaltung der Beziehungen zu den europäischen Ländern. Obwohl diese Beziehungen in den vergangenen Monaten und in der Folge der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 aus verständlichen Gründen im Mittelpunkt der Diskussion und der harten Auseinandersetzung standen, verkennen wir die Notwendigkeit der Neuformulierung der Beziehungen zu den Staaten und Völkern anderer Kontinente nicht. Wir wissen um die Bedeutung des amerikanischen Kontinentes für uns, der Entwicklung im südostasiatischen Raum, der Probleme der afrikanischen Staaten; wir räumen auch der Notwendigkeit gepflegter Aufmerksamkeit für die Entwicklung der neuen Staaten in der ehemaligen Sowjetunion höchste Priorität ein.
Für die CVP ist Aussenpolitik damit nicht auf eine wirtschaftliche Integration in die europäische Staatengemeinschaft reduziert. Das ist eine der Teilpolitiken, zumal wir als Staat und Volk im Zentralbereich Europas mit unseren Nachbarn eine Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen und Pflichten zu übernehmen haben. Wir unterstützen deshalb den Bundesrat, wenn er unser Land sozial, kulturell und politisch an Europa annähern will.
In den vergangenen Wochen und Monaten hat die CVP aus verschiedenen Gründen die Aufmerksamkeit wohlwollender Betrachter, dann vor allem aber auch der Kritiker auf sich gezogen. Namentlich mit Rückblick auf den Ausgang der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 fragte man uns, wie wir nun die Zukunft gestalten wollen, weil doch die sogenannten CVP-Stammlande sehr stark gegen den EWR-Vertrag stimmten.
Damit mussten wir – aber nicht nur wir von der CVP – unmissverständlich zur Kenntnis nehmen, dass unser Volk offenbar keinen Europäischen Wirtschaftsraum gemäss vorgelegtem Muster haben will. Für uns bedeutet das aber nicht gleichzeitig, dass wir uns von Europa abzuwenden haben. Wir interpretieren den Ausgang jener Volksabstimmung vielmehr als Auftrag, unsere europäische Zukunft anderswie zu gestalten.
Die CVP-Fraktion unterstützt die vom Bundesrat als prioritäre und pragmatische Zielsetzung definierte Weiterführung der europäischen Integration. Das bedeutet, dass wir die Absicht des Bundesrates unterstützen, die Weiterführung und die Intensivierung der bilateralen Verhandlungen so auszugestalten. Wegen der unterschiedlichen Systeme machen wir uns indessen nicht vor, dass die departementsweise geführten Verhandlungen das Erreichen der Ziele unseres Landes erleichtern, sondern wir sind der Meinung, dass sie dies vielmehr sehr stark erschweren. Der Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen noch intensiver zu koordinieren, verdient deshalb unsere Zustimmung.
Die Frage, ob unsere Fraktion die vom Bundesrat im Bericht geäusserte Absicht des Beitritts zur Europäischen Union als strategisches Ziel der Integrationspolitik übernehmen will, ist bei uns genauso diskutiert und umstritten wie in den meisten anderen Fraktionen und Parteien. Wir wollen uns indessen nicht in blossen Wortspielereien verlieren und diese Absichtserklärung des Bundesrates nunmehr in eine Option umfunktionieren.
Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Bundesrat diesen EU-Beitritt zu einem strategischen Ziel seiner Integrationspolitik erklärte. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, dem Bundesrat vorzuschreiben, was er zu denken, was er zu schreiben und wie er seine Aufgaben in diesem Bereich in allen Einzelheiten zu erfüllen hat.
Für uns hat die Neutralität auch in Zukunft einen hohen Stellenwert. Dabei teilen wir die Meinung nicht, dass eine weitere Annäherung an Europa oder gar eine volle Integration in Europa ohne Souveränitätsverluste vor sich gehen wird oder dass wir die Neutralität als lästiges Überbleibsel, welches der Vollintegration unseres Landes in die EU im Wege steht, über Bord zu werfen haben.
Die Grundrechte und damit auch die politischen Mitbestimmungsrechte unseres Volkes finden ihre Grenzen an den Erfordernissen anderer Staaten und Völker, namentlich aber an den Bedingungen der europäischen Völkergemeinschaft, welche diese aus grenzüberschreitenden Regelungen ableitet. Das bedeutet, dass eine Integration in eine europäische Gemeinschaft oder Union letztlich nicht ohne Souveränitätsverluste vor sich gehen wird. Wer etwas anderes behauptet, streut dem Volk entweder Sand in die Augen oder übersieht die tatsächlichen Gegebenheiten.
So, wie ein Bürger seine Rechte auf kommunaler Ebene durch die Integration in den Kanton relativiert sieht, wird diesen bereits begrenzten Rechten über die Erfordernisse eines Bundesstaates nochmals ein anderer Inhalt gegeben. Warum denn, so darf und muss man sich fragen, soll diese Relativierung nicht auch im Zusammenhang mit der Aufgabenverschiebung von Einzelstaaten auf eine europäische Einheit weitergehen? Die Frage ist nur, ob man das zu akzeptieren gewillt ist oder aber vorbehaltslos ablehnt.
Eine Neufassung unserer politischen Mitbestimmungsrechte ist aber nicht von vornherein etwas Negatives und des Teufels. Vielmehr sind wir alle aufgerufen, unsere politischen Rechte, ja die Grundrechte ganz allgemein neu zu umschreiben und zu verwesentlichen. Während wir wohl gegenüber einer wirtschaftlichen Integration in das Europa der Zukunft keine unüberwindbaren Vorbehalte machen, hat ein grosser Teil des Volkes Mühe bekundet, die Entwicklung im politischen Bereich zu akzeptieren.
Wir verstehen diese Angst vor dem Unbekannten, wie wir auch den Missmut verstehen, wenn man wohlerworbene und liebgewonnene Rechte gegen eine unbestimmte Grösse einzutauschen hat.
Unseres Erachtens liegt in diesem Bereich denn auch die Crux der politischen Diskussion der Gegenwart. Gerade deshalb erachten wir es als unabdingbar, dass wir auf Verfassungsstufe die Voraussetzungen schaffen, welche einen Beitrag zum politischen Dialog über die Aussen- und Europapolitik leisten können.
Je länger, desto mehr erkennen wir dabei die Tatsache, dass Aussenpolitik vor allem auch Innenpolitik ist. Der Bürger will wissen, welche Auswirkungen aussenpolitische Entscheidungen auf den inneren Bereich und damit auf die Innenpolitik haben.
Die CVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass die aussenpolitischen Entscheidungen nicht nur vermehrt, sondern ganz generell innenpolitisch abzustützen sind.
Vor diesem Hintergrund lehnt unsere Fraktion Rückweisungs- oder Ablehnungsanträge, wie sie Ihnen vorgelegt wurden, ab. Sie lehnt es ebenfalls ab, wenn mit der Kenntnisnahme des Berichtes des Bundesrates irgendwelche Verknüpfungen gemacht werden sollen.
Wir sind der Meinung, dass der Bundesrat – der Präsident der Aussenpolitischen Kommission hat es dargelegt – mit seinem Bericht über die Aussenpolitik der nächsten Jahre eine wertvolle Grundlage für unsere aussen- und vor allem auch für unsere innenpolitische Diskussion gelegt hat. Darauf wollen wir

uns, ohne jetzt und heute Stellung für oder gegen seine Strategie nehmen zu wollen, abstützen, damit wir gemeinsam, Herr Eggly, unsere politische Zukunft in Europa umreissen können: Diese Zukunft in diesem Europa – ob wir es wollen oder nicht – ist auch die Zukunft unseres Landes, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern in allen Bereichen der Politik.

Steffen Hans (D, ZH): Die SD/Lega-Fraktion stellt fest, dass der vorliegende Bericht des Bundesrates in seinen Zielsetzungen eigentlich nicht viel Neues enthält, ausgenommen die Neuinterpretation des Neutralitätsbegriffs im Anhang und die Umschreibung möglicher näherer Kontakte zur Nato und zur Westeuropäischen Union. Das strategische Ziel der bundesrätlichen Europapolitik bleibt bestehen, wie es schon vor der EWR-Abstimmung bekannt war, nämlich: der Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union.
Beim Lesen dieses Berichtes muss der Eindruck entstehen, es habe den 6. Dezember 1992 gar nicht gegeben. Die Classe politique gibt sich durch offensichtliche Bewusstseinsverweigerung nicht Rechenschaft darüber, dass eine respektable Mehrheit der Stände den Beitritt zum EWR abgelehnt hat. Auf internationaler Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild. Obwohl sich der Bundesrat bewusst ist, dass nach dem ablehnenden Entscheid von 1986 im Volk auch heute nur wenig Verständnis für einen Uno-Beitritt vorhanden ist, will er trotzdem an diesem strategischen Ziel seiner Aussenpolitik festhalten.
Man hat sich im Bundesrat und bei der Mehrheit des Parlaments für die Salamitaktik entschieden, was die Abstimmung vom 12. Juni dieses Jahres über die Schaffung von Schweizer Blauhelmtruppen belegen dürfte.
Zurück zur Europapolitik: Der Bericht enthält auch einen Zeitplan für die bundesrätlichen Massnahmen. Bis 1995 soll bilateral verhandelt werden. In der kommenden Legislaturperiode will er die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufnehmen, sofern die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind, wie sich der Bundesrat im Bericht ausdrückt. Die des weiteren angedeutete Möglichkeit eines EWR-Beitritts erscheint unserer Fraktion als fragwürdige Alternative. Das Festschreiben eines Massnahmenkatalogs und insbesondere eines Zeitplans durch den Bundesrat ist mit Blick auf die kommenden bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union ein Beweis für die unübersehbaren Schwächen unserer Aussenpolitik. Oder ist es gar ein Zeichen fragwürdiger Absicht?
Der Verdacht muss ausgesprochen werden, dass der Bundesrat zur Verwirklichung seiner Absicht, nämlich Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU, ein Scheitern der bilateralen Verhandlungen bewusst in Kauf nimmt, um so quasi künstlich die aussenpolitischen Voraussetzungen für die Verhandlungen ab Herbst 1995 zu schaffen.
Wenn ich mich in die Köpfe der Brüsseler Verhandlungspartner hineindenke, komme ich zu folgender Beurteilung der Lage: Der einzige Trumpf, mit welchem die Schweiz ein Luftfahrtabkommen und beispielsweise Ausnahmen in den Bereichen Freizügigkeit des Personenverkehrs und Ausverkauf der Heimat hätten erzwingen können, wurde vom Bundesrat durch übereilte Ratifikation des Transitabkommens ausgespielt. Nach der Veröffentlichung des Zeitplanes müssen die bilateralen Verhandlungen einfach so harzig geführt werden, dass sie Ende 1995 keine oder schlechte Resultate aufweisen, was den Weg zur Einleitung von Beitrittsverhandlungen öffnet. Ob diese Beurteilung der Ausgangslage durch die SD/Lega-Fraktion eine böse Unterstellung ist oder die Realität sein wird, dürften wir spätestens nach den nächsten Nationalratswahlen wissen.
Dass die Rahmenbedingungen für bilaterale Verhandlungen jetzt alles andere als komfortabel sind, ist wohl unbestritten. Aber wenn der Bundesrat, wie gesagt, ein Transitabkommen ratifiziert, ohne vorher mit aller Härte Gegenleistungen eingehandelt zu haben, hat er sich diese unerfreuliche Ausgangslage selber eingebrockt. Es ist äusserst unfair, wenn er die Schuld an der Situation dem sturen Stimmvolk anlastet.
Aus der Fülle des Berichts greife ich Ziffer 4.2, Innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik, heraus. Der Bundesrat erklärt, dass die Aussenpolitik stärker als bisher in der Bevölkerung verankert werden müsse. Als Massnahmen erwähnt er erstens den Ausbau des aussenpolitischen Apparates als Dienstleistungsbetrieb, zweitens die Verbesserung der Information der Bevölkerung über Aussenpolitik, drittens die Vertiefung des Dialogs und der Konsultation zwischen Bundesrat und Parlament, viertens die Vertiefung des Dialogs zwischen Bundesrat und Kantonen und fünftens die Bildung von ausserparlamentarischen konsultativen Kommissionen (Bericht S. 43).
Nachdem der Bundesrat den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union anstrebt und eine Mehrheit der Spitzen der Bundesratsparteien diese Politik mitträgt, stellt sich die berechtigte Frage, ob nicht die oben aufgezählten Massnahmen lediglich ein Mittel zum Zweck sind, nämlich den längst eingeleiteten Integrationsprozess breit abzustützen.
Als zweite Massnahme wird von der Verbesserung der Information der Bevölkerung gesprochen. Wenn man an die Papierflut aus dem Integrationsbüro denkt, z. B. an die aufwendigen Unterlagen für Schulen zum Thema Europa, sollte schon eher von Beeinflussung, Indoktrination und Manipulation und weniger von Information gesprochen werden! Oder greifen wir die vierte Massnahme heraus – Vertiefung des Dialogs zwischen Bundesrat und Kantonen –: Es kann festgestellt werden, dass allein schon mit der Einsetzung von hochbezahlten Europadelegierten in einzelnen Kantonen vollamtliche Multiplikatoren am Werk sind, welche die Integrationsziele des Bundes auf kantonaler Ebene durch Vorträge und Artikel im Volk zu vertiefen haben.
Es wäre bedauerlich, wenn neben dem durchaus notwendigen Dialog zwischen Bund und Kantonen die regierungsrätlichen Mitglieder des Kontaktgremiums und der Regierungskonferenz durch die ablaufenden gruppendynamischen Prozesse zu Politkommissaren umerzogen würden, welche letztlich die Aufgabe hätten, von oben nach unten Einfluss auf ihre administrative und politische Umgebung zu nehmen, und dies mit dem Ziel, die bundesrätliche Aussenpolitik zu stützen.
In einem letzten Punkt möchte ich noch kurz auf den im Anhang abgedruckten Bericht zur Neutralität zu sprechen kommen. Die wichtigsten strategischen Ziele der bundesrätlichen Aussenpolitik – nämlich: Annäherung an die Nato und an die Westeuropäische Union, Integration der Schweiz in der Europäischen Union und Beitritt zur Uno – brachten den Bundesrat in eine neutralitätspolitische Zwickmühle, die von ihm frühzeitig erkannt wurde.
Im März 1991 wurde die Studiengruppe «Neutralität» vom Bundesrat beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der uns seit März 1992 vorliegt. Die Auswahl der Experten muss wohl so getroffen worden sein, dass das Resultat für den Bundesrat absehbar war, nämlich eine Neuinterpretation des Neutralitätsbegriffs. Oder anders und vielleicht ein bisschen bösartig ausgedrückt: Wer als Gutachter oder Fachexperte vom Bundesrat auch künftig lukrative Aufträge erhalten will, wird sich vermutlich hüten, gegen den Stachel zu löcken und Resultate zu liefern, die nicht den strategischen Absichten des Bundesrates entsprechen. Oder liege ich hier falsch?
Nun aber zur Sache. Der Bundesrat schreibt im vorliegenden Bericht, die Neutralität sei eine zentrale Maxime der Aussen- und Sicherheitspolitik. Für mich und für viele in diesem Land aber ist die Neutralität die zentrale Maxime der Aussen- und Sicherheitspolitik. Unsere Neutralität kann insofern als einmalig bezeichnet werden, als sie nicht einfach ein situationsbedingtes, wandelbares Mittel zur Sicherung der eigenen Existenz ist, sondern direkt aus der Idee der Eidgenossenschaft abgeleitet werden muss. Sie war von Anfang an als Rechts- und Friedensordnung aufgebaut und als solche im Bewusstsein des Volkes verankert.
Unsere Auffassung von Neutralität bedingt den Verzicht auf Machtpolitik und auf Teilnahme an Konflikten anderer Staaten. Ich möchte noch weitergehen: Es geht um den Verzicht auf Einsätze auch zugunsten der Uno, denn die Weltorganisation ist in Konfliktfällen immer auch Partei. Die Schweiz muss ihren Dienst für den Frieden leisten, und sie kann dies auch, nämlich durch den Ausbau der Wirksamkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, durch Katastrophenhilfe, als Schutzmacht für verfeindete Staaten und für Bürgerinnen und Bürger kriegführender Staaten.

Abschliessend stelle ich die Frage in den Raum: Was trägt die Eidgenossenschaft zur Friedensförderung in dieser Welt bei? Seit 1848 verwirklicht und vertieft sie die direkte Demokratie und hielt bis vor kurzem der Unabhängigkeit und Neutralität die Treue. Sie lebte mit allen engeren und weiteren Nachbarn im Frieden. Würde man weltweit das von unserem Land praktizierte Prinzip der Nichteinmischung beachten, wäre der ersehnte Weltfriede greifbarer.
Die SD/Lega-Fraktion unterstützt die Rückweisungsanträge und bittet Sie, ein Gleiches zu tun.

Vollmer Peter (S, BE): Die Ankündigung dieses Berichtes über die Aussenpolitik hat so hohe Erwartungen geweckt, dass wir heute feststellen müssen: Es ist gar nicht möglich, dass er alle diese Erwartungen einlösen kann. Dennoch schätzt die sozialdemokratische Fraktion diesen Bericht sehr positiv ein. Er enthält eine äusserst realistische Analyse der heutigen Situation und der Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt. Endlich spricht der Bundesrat in seiner Analyse in bezug auf die nationalstaatliche Souveränität Klartext.
Die konkrete, faktische Selbstbestimmung, also die staatliche Souveränität, ist am wenigsten in einem sogenannten Alleingangs-Szenario gewährleistet. Die wirtschaftliche, soziale, umweltpolitische, kulturelle, aber auch sicherheitspolitische Verflechtung, die gegenseitige Abhängigkeit und Durchdringung sind heute so gross, dass jede andere Einschätzung zu einer Fiktion verkommt. Integration könnte eben gerade auch bedeuten, dass damit ein Zuwachs, ein Gewinn an Souveränität, an Selbst- und Mitbestimmung erreicht werden kann.
Die Analyse des Bundesrates ist insofern auch eine begrüssenswerte und klare Absage an diese mythologisierten und populistischen Betrachtungsweisen, von denen wir vorhin wieder gehört haben. Insofern verdient dieser Bericht unsere volle Unterstützung. Wir können keine Politik allein mit Optionen machen. Es braucht – da können wir dem Bundesrat zustimmen – klare Zielvorgaben, und die Zielvorgabe «Beitritt zur Europäischen Union» ist richtig, auch wenn es Vorbehalte gibt. Wie die Zukunft der EU aussehen wird, werden einzig und allein diejenigen bestimmen, die dabei sind. Wir können nicht über die Entwicklung der EU lamentieren, wenn wir nicht mitmachen, denn eines ist sicher und klar: Was in der EU in Zukunft geschieht, wird unser Land unmittelbar betreffen.
Erfrischend im Bericht über die Aussenpolitik ist insbesondere die Tatsache, dass man sich zu den Grundsätzen der Aussenpolitik diesmal sehr viel konkreter äussert als früher, als man meinte, man könne schon allein mit den alten Worthülsen der Universalität, der Disponibilität und auch der Neutralität eine eigenständige Aussenpolitik machen.
Wir werten es in diesem Bericht als sehr positiv, dass die Einsicht und der Wille vorhanden sind bzw. dass es einen Sinn machen könnte, sich allenfalls auch an kollektiven Sicherheitsstrukturen zu beteiligen – ohne dass man heute bereits dafür eintritt, dass wir uns an einem Militärbündnis beteiligen müssten.
Wir erkennen auch die Einsicht und den Willen, sich für die Überwindung der ökonomischen und sozialen Disparitäten einzusetzen, im Wissen, dass genau diese Disparitäten auf dieser Welt die wichtigsten Ursachen der globalen Instabilitäten sind. Und positiv ist ebenfalls zu würdigen, welche Bedeutung den Menschenrechten und der Demokratie in diesem Bericht zukommt und welchen Stellenwert auch den ökologischen Fragen beigemessen wird. Spätestens seit der jüngeren Entwicklung in Afrika weiss man, wie eng die Fragen der Demokratie, der Menschenrechte – denken wir nur an das Stichwort des sogenannten «Good governance» – zusammenhängen.
Das Wichtigste in diesem Bericht ist jedoch das Bekenntnis zur Kohärenz, also zur Einbettung der Aussenpolitik in die gesamte, sowohl in die innenpolitische wie auch in die globale Betrachtungsweise. Aussenpolitik darf nicht länger ein Eigenleben führen. Es darf nicht länger die Domäne einer würdigen Diplomatie sein.
Nach soviel positiver Würdigung sind zweifellos auch einige kritische Anmerkungen am Platz. Sie betreffen vor allem die strategisch-taktische Umsetzung der Ziele, wie sie im Bericht anvisiert werden. Da wirkt der Bericht oft recht schwammig. Viel Konkretes wird einfach in die nächste Legislatur verschoben. Gerade in der Europapolitik vertreten wir mit Nachdruck die Auffassung, dass es wichtig ist, die durch die abgelehnte EWR-Vorlage entstandene Situation so rasch als möglich zu deblockieren. Damit wir nicht wieder Schiffbruch erleiden, könnten Zwischenschritte sinnvoll sein, beispielsweise mittels eines konkreten Verfassungsauftrages oder, je nach dem Ausgang der Volksabstimmungen bei den beitrittswilligen Efta-Ländern, auch über einen zweiten Anlauf zum EWR. Mit den eingereichten Volksinitiativen hat der Bundesrat es in der Hand, allenfalls mittels Gegenvorschlägen seine integrationspolitischen Ziele auch vom Volk frühzeitig abstützen zu lassen. Dass den innenpolitischen Realitäten mittels einer entsprechenden Reformpolitik dabei vermehrt Rechnung zu tragen ist, ist eine Voraussetzung für den späteren Erfolg der Integrationspolitik, die der Bundesrat klar anvisiert.
Auch für das Stichwort «Kohärenz» gäbe es noch und noch Anwendungsfälle, um nicht zu sagen Nagelproben. Denken wir nur daran, wie schwer sich der Bundesrat mit seinem PC-7-Entscheid, ja mit seiner gesamten Waffenexportpolitik tut. Da kommt man nicht ganz vom Eindruck los, in vielen Fällen gelänge es einer bestimmten Aussenwirtschaftslobby immer noch zu stark, eine konsequente, kohärente Aussenpolitik zu verhindern. Denken wir auch an das Beispiel der Türkei, an ein Land, das die Menschenrechte der kurdischen Minderheiten immer mehr missachtet.
Wir wissen es: Die Öffnung in Richtung einer entmythologisierten und glaubwürdigen Aussenpolitik setzt vor allem einen intensiven innenpolitischen Informations- und Lernprozess voraus. Da bleiben leider oft noch Zweifel an der bundesrätlichen Politik, wenn wir z. B. an die Wechselbäder denken, welche man der Bevölkerung bezüglich von verschiedenen Wertorientierungen zumutet.
Wir wissen, im Jahre 1991 zelebrierte man mit der 700-Jahr-Feier vor allem die Mythologie. Im Jahre 1992 hat man der Bevölkerung mit der EWR-Vorlage eine nüchterne Realpolitik abverlangt. Im Jahre 1993 mobilisierte man für die F/A-18-Abstimmung wiederum die Vergangenheit, und in diesem Jahr wünschen wir von der Bevölkerung für die Blauhelme wieder das Bekenntnis zu einer offenen Schweiz. Auch da bräuchte es mehr Kohärenz. Nicht nur in der Sachentscheidung, sondern vor allem auch in der Vermittlung von Wertvorstellungen.
Der Bericht zur Neutralität macht dies ja sehr deutlich. Es war Zeit, einmal ganz klar festzuhalten – wir teilen hier die Einschätzung des Bundesrates –, dass unsere Neutralität immer nur ein Mittel zum Zweck war. Ein Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Selbständigkeit, zur Aufrechterhaltung unserer Souveränität. Dass diese Mittel angesichts neuer europäischer und globaler Verhältnisse überprüft werden müssen, ist offensichtlich. Wir teilen darum die Einschätzung, dass eine aktive und offene Aussenpolitik, wie sie in diesem Bericht über die Aussenpolitik vertreten wird, nicht mehr durch sogenannte neutralitätspolitische Vorbehalte in Frage gestellt werden kann. So können die europäische Integrationspolitik, wie sie der Bundesrat anvisiert, der Uno-Beitritt, aber auch die Blauhelmvorlage nicht mehr glaubwürdig mit neutralitätspolitischen Argumenten bekämpft werden.
Man müsste demgegenüber zum Neutralitätsbericht höchstens die Frage stellen, ob darin nicht allzusehr gezögert wird, die wahre Bedeutung der heutigen Neutralitätspolitik ungeschminkt darzustellen. Offensichtlich hält man die Öffentlichkeit diesbezüglich noch nicht für genügend vorbereitet. Diese Lücke schliesst man aber nicht mit überholten Bekenntnissen, wie sie im Bericht leider immer noch zu finden sind.
Unverständlich bleibt auch, dass der Nord-Süd-Bericht vom aussenpolitischen Bericht abgetrennt worden ist und später separat behandelt werden soll; das ist kein positives Beispiel einer kohärenten Betrachtungsweise. Verschiedene Einzelsprecher unserer Fraktion werden noch einige Themen zusätzlich ausleuchten.
Die SP-Fraktion nimmt vom Bericht positiv Kenntnis und bittet Sie, die Rückweisungsanträge abzulehnen, insbesondere auch den Rückweisungsantrag von Herrn Hafner, der zwar

gutgemeint ist. Natürlich gibt es auch aus unseren Reihen Kritik an den Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union. Diesen Entwicklungen begegnen wir jedoch nicht, indem wir diesen Bericht zurückweisen, sondern diesen Entwicklungen – auch im Zusammenhang mit der ökologischen und sozialen Frage – und ihren Auswirkungen auf unser Land begegnen wir einzig und allein damit, dass wir in unserem Lande eine aktive Politik betreiben, dass wir in unserem Lande eine Reformpolitik betreiben, die verhindert, dass negative Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union unsere Integrationspolitik negativ beeinflussen. Rückweisungen bringen deshalb nichts.
Wir bitten Sie: Lehnen Sie die Rückweisungen ab, und nehmen Sie positiv Kenntnis vom Bericht des Bundesrates!

Moser René (A, AG): Auch ich möchte Sie daran erinnern, dass wir bereits den letzten aussenpolitischen Bericht des Bundesrates zurückgewiesen haben. Wir haben ihn zurückgewiesen, weil damals selbst von den EWR-Befürwortern befürchtet wurde, dass die Aussage im Bericht, nämlich das Fernziel des Bundesrates sei der Beitritt zur EG, auf die Abstimmung vom 6. Dezember 1992 negative Auswirkungen hätte.
Wenn also die Mehrheit von damals ihre Redlichkeit – ich betone: ihre Redlichkeit – bestätigen will, dann müssen Sie den heute vorliegenden Bericht erst recht zurückweisen. Zurückweisen müssten ihn auch jene EWR-Befürworter, welche damals sagten, für sie käme ein EG-Beitritt nicht in Frage. So hätten wir schon einige Stimmen beieinander.
Wer aufgrund des Titels «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren» im Bereich Förderung der Wohlfahrt eine Grundsatzerklärung des Bundesrates über eine umfassende bzw. weltweite Aussenpolitik erwartete, wurde schwer enttäuscht. Der Bericht befasst sich nur vertieft mit der europäischen Integration, oder auf den Punkt gebracht: mit dem EU-Beitritt.
Angesichts der weltweiten Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Bildung des nordamerikanischen Wirtschaftsraumes mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) sowie des Anlaufs zur Bildung des asiatischen Wirtschaftsblocks, müsste man von einer Landesregierung erwarten, dass sie sich mit dieser Gegebenheit in der Wirtschaftspolitik mit ganz besonderem Effort auseinandersetzt. Im Bericht finde ich aber nur gerade drei Sätze dazu. Drei lausige Sätze über die Beziehungen zu den bedeutenden Wirtschaftsterritorien! Ich wiederhole hier, was ich in der Kommission schon gesagt habe: Würde mir ein Kadermitglied einer weltweit tätigen Unternehmung einen vergleichbaren Bericht über seine Marketingpolitik vortragen, würde ich es entlassen.
Der Bericht ist aber auch formal in seinem Aufbau zu kritisieren; er enthält ein Durcheinander von Zielen und Massnahmen. Eines muss ich allerdings zugestehen: Der Bundesrat bekennt klar Farbe und teilt uns mit, wohin er unser Volk mittelfristig führen will. Er will, ohne Rücksicht auf den Volksentscheid vom 6. Dezember 1992, der EU beitreten und sieht auf seinem Irrweg gleich noch den Uno-Beitritt. So nebenbei versucht er uns beliebt zu machen, dass eine Annäherung an die Nato für die Schweiz von Vorteil wäre.
Unser Bundesrat hat wirklich noch nichts gelernt. Die Zwängerei wird bei ihm zur Tugend. Ich hoffe nur, dass unser Volk dereinst, wenn es wieder an die Urne gehen muss, der ideologischen Schwärmerei unseres derzeitigen Bundesrates widerstehen kann.
Es wundert mich auch, dass der Bundesrat in diesem Bericht unverblümt unhaltbare Behauptungen aufstellt: Weder einen Uno- noch einen EU-Beitritt betrachtet er als Verstoss gegen unsere verfassungsmässige Neutralität. Darf ich Sie bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass mit den Maastrichter Verträgen eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik in der EU eingeführt worden ist? Artikel J1. Absatz 4 besagt: «Die Mitgliedstaaten unterstützen die Aussen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos, im Geist der Loyalität und gegenseitiger Solidarität.» Das hat beileibe nichts mit Neutralität zu tun. In Artikel J4 Absatz 1 ist zudem festgeschrieben, dass auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik zur Sicherung der EU gehört. Ein Beitritt zur EU wäre also ein Bruch von Artikel 2 der Bundesverfassung – ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht.
In seinem Bericht sagt der Bundesrat auch, dass er es als seine Pflicht erachte, bezüglich bilateraler Verhandlungen dem Volkswillen nachzukommen. Aber dass der Bundesrat seiner Pflicht bezüglich bilateraler Verhandlungen nicht ernsthaft nachkommen will, dokumentiert er im Bericht eindeutig, indem er sagt, dass er die bilateralen Verhandlungen bereits Ende 1994 beurteilen will, um dann das Vorgehen in Sachen Volksinitiative über den EWR-Beitritt festzulegen. Wer den steinigen Weg von bilateralen Verhandlungen kennt, weiss genau, dass innerhalb von einem Jahr absolut keine interpretierbaren Ergebnisse vorliegen können. Ergo, der Bundesrat will uns beweisen, dass bilaterale Verhandlungen nicht zum Ziel führen und nur ein EU-Beitritt möglich ist.
Kann sich der Bundesrat eigentlich vorstellen, was die EU-Kommission ihren Unterhändlern für Anweisungen geben wird, wenn alle Welt schon weiss, dass das strategische Ziel des Bundesrates der EU-Beitritt ist?
Zum Bericht zur Neutralität. Dieser Bericht, mit dem gestellten Expertengutachten im Hintergrund, zielt darauf ab, einen Beitritt zur EU unter dem neutralitätspolitischen Gesichtspunkt als unbedenklich erscheinen zu lassen. Sie haben es gehört: In der Aussenpolitischen Kommission hörten wir Experten aus Deutschland, Österreich – und auch einen hohen Schweizer Offizier – an. Alle Erläuterungen glichen sich wie ein Ei dem andern. Wir können frohlocken: Unsere verfassungsmässige Neutralität lässt ausser einer aktiven Beteiligung an einem Krieg alles zu. Bemerkenswert war die Aussage des österreichischen Delegierten, der gesagt hat, dass man vor dem Referendum zum EU-Beitritt Österreichs keinesfalls über die Aufgabe des österreichischen Neutralitätsgesetzes sprechen dürfe, ansonst die Abstimmung klar verloren wäre. Sie sehen also, auch in Österreich will man das Volk hinters Licht führen.
Es gibt Kräfte in diesem Land, die bedenkenlos unsere Neutralität als Staatsmaxime in Frage stellen. Sie deuten Neutralität nach ihrem eigenen Gutdünken. Ich zitiere hier einen gravierenden Beweis. Unter Ziffer 5.2 sagt der Bundesrat: «Sollte die EU eines Tages ihr Ziel einer soliden und dauerhaften gemeinsamen Verteidigungsstruktur erreichen, müsste unser Land auch bereit sein, seine Neutralität grundsätzlich neu zu überdenken.» Und weiter, unter 5.3: «Der Bundesrat beurteilt eine EU-Mitgliedschaft unter Aufrechterhaltung der Neutralität als rechtlich möglich.» Er folgert daraus auch, genau wie die Österreicher: «Daher würde der Bundesrat bei allfälligen Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU den Status der Neutralität als solchen nicht zum Verhandlungsgegenstand machen.» Schöne Aussichten sind das!
Ich glaube, der Bundesrat geht hier nach dem Motto vor: «Wer kriecht, stolpert nicht». Es ist eine Schande, wenn der Bundesrat feststellt, dass die Schweiz das Instrument der Neutralität immer wieder flexibel den internationalen Notwendigkeiten und den eigenen Interessen angepasst habe und das auch weiterhin so zu tun gedenke.
Ich habe immer geglaubt, Aussenpolitik sei, mit allen Völkern in Frieden leben und aktiv an der Förderung der internationalen Zusammenarbeit teilnehmen, um so die Machtbeziehungen zwischen den Staaten durch Rechtsbeziehungen zu ersetzen. Mit diesem Beitritt werden wir in den Sog der Machtpolitik kommen, ob Sie das wollen oder nicht.
Die Fraktion der Auto-Partei lehnt den aussenpolitischen Bericht des Bundesrates ab und unterstützt den Rückweisungsantrag.
Wir empfehlen Bundesrat Cotti, einen Bericht mit Visionen und Perspektiven im Bereich der Wirtschaftspolitik zu erarbeiten, welcher der weltweiten Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung Rechnung trägt. Dabei erwarten wir eine freiheitsorientierte Aussenpolitik unter Berücksichtigung einer aktiven Neutralitätspolitik. Die Grundpfeiler brauchen Sie nicht neu zu definieren, sie sind die längst bewährten und weltweit geschätzten Guten Dienste. Das sind die einzigartigen Stärken unseres Kleinstaates, dank denen wir weltweit einen guten Ruf geniessen. Wir wollen eine unabhängige Willensnation bleiben und

darin keinen Widerspruch zur Solidarität mit allen Völkern sehen. Eine glaubwürdige Schweiz mit ihren Guten Diensten gilt es auszubauen und nicht an der Neutralität herumzulaborieren, bis sie keine mehr ist!
Wer diesem Bericht zustimmt, will in die EU. Und Sie können versichert sein, dass wir diese Tatsache im Wahljahr unseren Bürgerinnen und Bürgern klar vor Augen führen werden.

Nabholz Lili (R, ZH): Namens der freisinnig-demokratischen Fraktion danke ich dem Bundesrat für seinen Bericht und den Anhang über die Neutralität.
Meine Fraktion erachtet diesen Bericht als eine äusserst wertvolle und umfassende Orientierungshilfe, die in klaren und vor allem auch verständlichen Worten offenlegt, wie sich die aussenpolitischen Realitäten für uns heute darstellen, welche Mitwirkungsdefizite bestehen und welche Marschroute der Bundesrat insgesamt einzuschlagen gedenkt.
Was am Bericht besonders besticht, ist die klare Strukturierung und seine konsequente Orientierung an der optimalen Interessenwahrung für unser Land.
Man hat dem Bundesrat, gerade im Vorfeld der EWR-Abstimmung, immer wieder vorgeworfen, er fahre einen Zickzackkurs, sei unschlüssig und wenig kohärent in seinen aussenpolitischen Aussagen. Einen solchen Vorwurf kann man diesem Bericht nun wahrlich nicht machen. Er trägt, gegenüber früheren Berichten, in mancher Hinsicht eine neue Handschrift.
Endlich, so möchte man sagen, wird die Aussenpolitik nicht mehr nach abstrakten, darum auch wenig fassbaren Maximen ausgelegt, sondern sie ist problembezogen dargestellt und denkt konsequent vom Ziel her, das es zu erreichen gilt.
Man merkt diesem Bericht an, dass der Bundesrat gewillt ist, seine Aussenpolitik im Interesse der erwähnten optimalen Interessenwahrung für unser Land aktiv und nicht bloss reaktiv zu führen. Das ist angesichts der georteten internationalen Interdependenzen und der Globalisierung zahlreicher Probleme auch notwendig, denn niemand wird bestreiten wollen, dass wir heute enger denn je mit vielen grenzüberschreitenden Problemen konfrontiert sind, die zeigen, wie kurz ein Denkansatz greift, der sich ausschliesslich an einer nationalen Problemlösungskapazität orientieren will.
Wir wissen zudem, dass die internationale Stellung eines Landes heute nachhaltig durch die praktizierte Solidarität und die Übernahme vom Mitverantwortung bei der Lösung existentieller Probleme mitbestimmt wird. Da wir selbst von solchen Problemen betroffen sind, haben wir auch ein eminentes Interesse, an deren Lösung mitzuarbeiten.
Der generelle Kurs des Berichtes, der sich am Ziel der Öffnung und der internationalen Kooperation orientiert, ist damit nichts anderes als eine selbstverständliche und logische Konsequenz der veränderten geo- und eurostrategischen Rahmenbedingungen.
Mit dem Ende des kalten Krieges ist eine multipolare Weltordnung im Entstehen, die ein starkes Engagement aller Nationen bedingt. Die Förderung von Friede und Sicherheit, der Schutz von Menschenrechten und von Minderheiten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat, die Schaffung von Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit sowie der Schutz der natürlichen Ressourcen müssen darum im Mittelpunkt aller Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft stehen, und die Schweiz kann sich hier nicht absentieren. Diese veränderte Ausgangslage zwingt uns ohne Zweifel auch zu einer Neuorientierung in der Aussen-, Innen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.
Mit ihren aussenpolitischen Grundsätzen hat die FDP-Fraktion deshalb deutlich hervorgehoben, dass unser bisheriges Konzept einer klareren Ausrichtung auf Solidarität und Universalität bedarf, damit eine Öffnung in den globalen, kontinentalen und grenzregionalen Bereichen ermöglicht wird. Das Nein zum EWR-Vertrag ist für uns kein Grund, uns aus der aktiven Aussenpolitik zurückzuziehen. Das wäre auch das Gegenteil des angestrebten Ziels, bestehende Mitwirkungsdefizite zu beheben.
Geklärt werden muss aber – und das tut der aussenpolitische Bericht nicht, wenn er sich an Mitwirkungsdefiziten orientiert –, wie das Neben- und Miteinander von unseren direktdemokratischen Rechten auf dem Hintergrund übernationaler Entscheidungen zu werten ist. Angezeigt ist darum, gerade auf dem Hintergrund unserer spezifisch demokratischen Struktur mit direktem Mitwirkungsrecht des Volkes, eine subtile und sehr sorgfältige Gangart, wenn das Thema «europäische Integration» angeschnitten wird.
Der vom Volk geäusserte Wille ist zu respektieren, und es sind deshalb vorerst alle bestehenden Möglichkeiten auszuloten, um eine eigenständige Zusammenarbeit mit dem Ausland zu erreichen. Bezogen auf Europa heisst dies, die bilateralen Verbindungen zur EU, unsere Mitwirkung im Europarat, in der KSZE und in der Efta sowie in grenzregionalen Gremien zu verstärken und dabei in enger Verbindung mit dem Europäischen Wirtschaftsraum bleiben. Die Möglichkeit zur Akzeptanz eines zweiten EWR-Anlaufs ist ebensowenig zu verbauen wie die Option eines Vollbeitritts zur EU.
Auf globaler Ebene heissen die Herausforderungen Gatt-Abkommen, zeitliche Abstimmung einer Uno-Mitgliedschaft auf die politischen Umstände, Stützung der Demokratisierungsbemühungen im ehemaligen Ostblock und aktive Mithilfe an friedenserhaltenden Operationen. Wie die Erfahrung zeigt, wird es nicht einfach sein, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer solchen Öffnung gegenüber der Welt und Europa zu überzeugen. Hier bestehen eklatante Defizite. Der Bundesrat hat dies erkannt.
Auch wir wollen dabei mithelfen, indem wir mit vereinten Kräften dafür sorgen, dass der Aussenpolitik vermehrt innenpolitischer Rückhalt verschafft wird. Es besteht ein enormer Nachholbedarf, um das Verständnis für die zunehmende Internationalisierung zu wecken. Dies ist nicht zuletzt auch für unsere innenpolitischen Aktivitäten von Bedeutung: mehr denn je müssen wir uns ja auch bei unserer innerstaatlichen Gesetzgebung an internationalen Standards orientieren.
Die Bevölkerung muss mit aussenpolitischen Anliegen ebenso vertraut werden wie mit anderen Politikbereichen. Sie muss spüren, dass Aussenpolitik nicht irgend etwas Alltagsfernes ist, das sich nur auf dem glatten diplomatischen Parkett abspielt, sondern konkrete, Herrn und Frau Jedermann tangierende Fragestellungen berührt. Gerade weil diese Brücke zur Bevölkerung so wichtig ist, gilt es in der Frage der europäischen Integration mit sehr viel Fingerspitzengefühl vorzugehen. Nach der Abstimmung über den EWR kommt bei jeder aussenpolitischen Debatte unserem Verhältnis zur EU ein besonderer Stellenwert zu, und Sie wissen, Herr Bundesrat, dass diese Frage hochsensibel ist.
Die FDP-Fraktion macht darum in ihrer Mehrheit einen Vorbehalt gegenüber der Formulierung, dass der EU-Beitritt im Bericht als strategisches Ziel bezeichnet wird. Wir betrachten den europäischen Integrationsprozess als einen offenen Prozess, und wir hätten es darum begrüsst, wenn der Bundesrat die in seiner Botschaft vom 24. Februar 1993 über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Vertrags gewählte Linie beibehalten und von einer strategischen Option gesprochen hätte.
Das ist mehr als eine blosse Wortspielerei, Herr Oehler. Der Bundesrat hat damals nämlich gesagt: «Wir werden sämtliche Optionen offenhalten, die geeignet sind, eine aktive und solidarische Zusammenarbeit mit der EG, mit ihren Mitgliedstaaten und den Staaten der Efta zu gewährleisten.» Und unter Option hat er festgehalten, dass sie die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zur EG und den EG-Ländern und ein späterer Beitritt zum EWR-Abkommen und den Beitritt zur EG beinhalte.
Angesichts der Unvorhersehbarkeiten in der europäischen Entwicklung, glaube ich, ist dies der richtige Ansatz, weil er für uns alle Möglichkeiten offenhält, uns jederzeit neu zu orientieren und für die Führung unserer Integrationspolitik flexibel unsere Entscheide treffen zu können.
Aus dieser Sicht sind einstweilen mit allen Kräften die bilateralen Verhandlungen zu führen, so schwierig sie auch sein mögen. Wir zweifeln nicht daran, dass der Bundesrat den festen Willen dazu hat und unsere Diplomaten loyal zu diesen Vorstellungen stehen und diese Verhandlungen mit Umsicht und Nachdruck führen, um auch hier unsere Interessen optimal zu wahren.

Sollte sich indessen der bilaterale Weg als unvorteilhaft oder gar als unbegehbar erweisen und die Frage eines EWR II aus irgendwelchen sich abzeichnenden Entwicklungen heraus nicht mehr in Frage kommen, dann könnte sich die Frage nach der Reaktivierung des Gesuchs um EU-Beitrittsverhandlungen stellen. Das Schweizervolk erhält so die Möglichkeit, sich in voller Kenntnis der Rahmenbedingungen und der veränderten Verhältnisse zu dieser Schicksalsfrage an der Urne zu äussern.
Der Bundesrat selbst knüpft sein strategisches Ziel des EU-Beitritts an die Erfüllung innen- und aussenpolitischer Voraussetzungen. An welche Voraussetzungen er dabei gedacht hat, lässt er allerdings offen. Ich wäre Herrn Bundesrat Cotti deshalb dankbar, wenn er hierzu noch einige Präzisierungen anbringen könnte.
Aus Sicht der FDP-Fraktion werden ganz sicher folgende Beurteilungselemente von zentraler Bedeutung sein:
1. die Stellung der EU im gesamteuropäischen Entwicklungsprozess;
2. die Haltung der anderen europäischen Mitgliedstaaten;
3. das Verhältnis der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU;
4. die Frage, wie sich der in den Maastrichter Verträgen dokumentierte Wille betreffend Subsidiarität effektiv konkretisiert und was zur Umsetzung dieser erst als Absichtserklärung gedachten Möglichkeit vorgenommen wird.
In diesem Sinne nimmt die FDP-Fraktion Kenntnis vom Bericht und lehnt die Rückweisungsanträge mehrheitlich ab.

Fischer-Hägglingen Theo (V, AG): Bei der Behandlung dieses Berichtes stand unsere Fraktion in einem gewissen Dilemma. Sie kann ihm auf weiten Strecken zustimmen, so der aussenpolitischen Lagebeurteilung, den fünf aufgelisteten und näher umschriebenen aussenpolitischen Zielen, und weitgehend auch dem Konzept der schweizerischen Aussenpolitik.
Wenn die Mehrheit der Fraktion den Bericht dennoch zurückweist, so nicht aus Geringschätzung des Berichtes, ganz im Gegenteil, sondern wegen der politischen und intellektuellen Redlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Unsere Fraktion kann den Aussagen des Bundesrates über den EU-Beitritt und seinem Bericht über die Neutralität nicht folgen, und dies will unsere Fraktion mit der Unterstützung des Rückweisungsantrages zum Ausdruck bringen. Das Reglement unseres Rates lässt uns gar keine andere Wahl, als dem Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.
Natürlich kann man über den Stellenwert dieses Berichtes diskutieren und auch darüber, was die Kenntnisnahme des Berichtes letztlich bedeutet. Natürlich ist es ein Bericht des Bundesrates. Aber die Diskussion über den Bericht in den Räten und die anschliessende Abstimmung macht den Bericht auch zu einem Bericht des Parlamentes. Zwar kann man Vorbehalte anbringen und zu Protokoll geben. Aber die Kenntnisnahme erfolgt für den ganzen Bericht, also nicht abschnittsweise, sondern integral. Das bedeutet doch eine Bindung des Parlamentes an diesen Bericht und an den vom Bundesrat aufgezeigten zukünftigen aussenpolitischen Kurs. Jedenfalls wird dies in der Bevölkerung auch so empfunden.
Natürlich wissen wir, dass der Rückweisungsantrag mit den zwei klar umschriebenen Auflagen abgelehnt wird. Ich warne Sie jedoch, daraus den falschen Schluss zu ziehen und zu argumentieren: Je stärker die Ablehnung, um so grösser die Zustimmung zum europolitischen Integrationskurs des Bundesrates. Wir haben die vielen Wenn und Aber aus den Fraktionssitzungen der FDP- und der CVP-Fraktion gehört.
Der Bericht definiert die Aussenpolitik umfassend. Jedes Geschehen, Handeln oder Nichthandeln, welches grenzüberschreitende Wirkungen zeitigt, fällt gemäss Bericht unter Aussenpolitik. Dies kann zur Folge haben, dass die Aussenpolitik kaum mehr fassbar ist. Zwar ist es richtig, dass aussenpolitische Themen ganzheitlich angegangen werden, also unter Berücksichtigung der innenpolitischen Auswirkungen, doch hat man das Gefühl, dass die traditionellen Prioritäten der schweizerischen Aussenpolitik, die sich nicht nur während der Ost-West-Konfrontation des kalten Krieges bewährt haben, zu kurz kommen.
Das oberste Ziel der schweizerischen Aussenpolitik muss die Wahrung der Unabhängigkeit gegen aussen bleiben. Solange keine Verfassungsänderung erfolgt, sind Parlament und Bundesrat verbindlich auf dieses Ziel verpflichtet. Man kann zwar über die Mittel diskutieren, wie dies erreicht werden soll, aber der Verfassungsauftrag kann nicht in dem Sinne relativiert werden, dass andere Ziele, die mehr oder weniger harmonieren, gleichwertig neben den Verfassungsauftrag gesetzt werden.
Mischt Euch nicht in fremde Händel, und stecket den Zaun nicht zu weit – das waren die Ratschläge von Bruder Klaus vor mehr als 500 Jahren. Die Richtigkeit dieser Ratschläge hat sich durch all die Wirrnisse der Geschichte immer wieder bewahrheitet; sie haben trotz der völlig veränderten Welt und trotz des veränderten europäischen Umfeldes an Aktualität nicht verloren.
Wir sind ein Kleinstaat. Dessen müssen wir uns bei der Formulierung der Aussenpolitik immer bewusst sein. Wir können nicht an allen Fronten tätig sein, sondern müssen uns auf das konzentrieren, was wir vermögen und was die Staatengemeinschaft von einem neutralen Kleinstaat an sinnvollen Beiträgen zur Stärkung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit auf dieser Welt erwartet.
Aussenpolitik ist letztlich immer Interessenpolitik. Da sollten wir uns nie etwas vormachen. Die Aussenpolitik ist darum so zu gestalten, dass sie in erster Linie unserem Land das bestmögliche Umfeld verschafft, damit unsere Bevölkerung in Wohlstand und Frieden leben kann. Das hat nichts mit Egoismus zu tun, sondern ist das primäre Ziel einer erfolgreichen Aussenpolitik.
Der Bundesrat umschreibt in seinem Bericht (S. 7) diesen Gedanken richtig mit den Worten: «Die Interessenwahrung ist nicht nur Ziel und Mittel der Aussenpolitik, sondern ihre primäre Aufgabe, ein alles durchdringendes Motiv, gewissermassen Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischen Aktivität. Aussenpolitik ist Interessenpolitik im Rahmen der Völkerrechtsordnung und international anerkannter Prinzipien und Verhaltensweisen, sie setzt sich aber auch ein für die Achtung ethischer und politischer Grundrechte.» Soweit das Zitat, dem nichts beizufügen ist.
Eng damit verbunden ist heute die Solidarität mit der Staatengemeinschaft, die Kooperation und Partizipation. Wenn auch die Globalisierung der Probleme eine Regionalisierung in der Problemlösung erfordert, ist noch nicht erwiesen, dass Lösungen in immer grösseren Verbänden längerfristig erfolgversprechender sind als Lösungen durch Kooperation unter Wahrung einer grösstmöglichen Selbständigkeit der einzelnen Staaten. Aussenpolitik hat immer auch auf die innenpolitische Empfindlichkeit eines Volkes Rücksicht zu nehmen. Diesem Punkt wird im Bericht zu wenig Beachtung geschenkt. Irgendwie scheint es, dass das Resultat vom 6. Dezember 1992 vom Bundesrat immer noch nicht richtig gedeutet wird. Die Mehrheit der Stimmberechtigten gab unter anderem zum Ausdruck, dass die Mitarbeit der Schweiz in Europa nicht in der Form der Integration und damit im langfristigen Aufgehen in einer grossen Gemeinschaft zu geschehen hat, sondern in der Form der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit ausserhalb eines EU-Beitritts aufgrund von bilateralen Verträgen ist sicher nicht der leichteste Weg, ist aber aufgrund der geschichtlichen Erfahrung unseres Volkes bei der heutigen Ausgestaltung der EU der einzige gangbare.
Ein Beitritt ist aufgrund der heute gültigen Ziele und der heutigen Strukturen der EU zu beurteilen und nicht aus einem Wunschdenken heraus, wie die EU einmal aussehen könnte. Darum ist es völlig verfehlt, heute schon den EU-Beitritt als strategisches Ziel der schweizerischen Aussenpolitik zu umschreiben, und dies zudem noch unter dem Titel «Förderung der Wohlfahrt». Auch der im Bericht enthaltene Zeitplan ist völlig unrealistisch und relativiert die ebenfalls im Bericht enthaltene Zusicherung, die bilateralen Verhandlungen seien voranzutreiben und mit Erfolg abzuschliessen.
Wie kann der Bundesrat Ende 1994 bereits eine erste Beurteilung des Verlaufes der Verhandlungen vornehmen, wenn sie erst 1994 zu laufen beginnen? Sich selber unter zeitlichen Druck zu setzen ist in diesem Fall fehl am Platz. Verhandlungen brauchen Zeit und können nicht auf dem öffentlichen

Marktplatz abgewickelt werden. Man untergräbt die Glaubwürdigkeit der Unterhändler, wenn der Auftraggeber bereits mit dem Gedanken eines möglichst baldigen EG-Beitrittes spielt.
Wir glauben an den Erfolg der bilateralen Verhandlungen, nur sollten wir dies nicht durch innenpolitische Entscheide torpedieren, wie dies am 20. Februar 1994 mit der Annahme der Alpen-Initiative geschehen ist. Das Ja am 20. Februar hat folgenschwerere Auswirkungen auf das Verhältnis zur EU als das Nein vom 6. Dezember 1992. Jetzt hat sich die Schweiz tatsächlich isoliert, denn jetzt werden EU-Länder an einer für sie empfindlichen Stelle diskriminiert. Darum war ich schon überrascht, wie sich einzelne EWR- und EU-Beitrittspromotoren während des Abstimmungskampfes und nachher verhielten. Das immer wieder gesungene Lied der Solidarität zu Europa entpuppte sich als schales Lippenbekenntnis.
Noch ein Wort zum Neutralitätsbericht. Wir erachten diesen Anhang als widersprüchlich. Einerseits enthält er ein Bekenntnis zur dauernden bewaffneten Neutralität, anderseits wird der Begriff so stark relativiert, dass eigentlich nur noch der Kerngehalt des Neutralitätsrechtes übrig bleibt. Falsch ist insbesondere der Hinweis, ein Beitritt zur Europäischen Union, die ja letztlich eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik verwirklichen will, lasse sich mit der schweizerischen Neutralität vereinbaren. Aber auch andere Abschnitte, zum Beispiel zur Sicherheitspolitik und zur Sanktionsproblematik, sind so abgefasst, dass von der schweizerischen Neutralität wenig übrig bleibt.
Für uns ist die Neutralität weiterhin ein zentrales Mittel zur Gestaltung unserer Aussenpolitik. Sie ist für uns kein Mythos. Wir möchten sie auch nicht ein für allemal festschreiben, weder auf diese noch auf die andere Seite. Mit einem klaren Bekenntnis zu einer eigenständig formulierten Neutralitätspolitik bleibt unsere Aussen- und Sicherheitspolitik auch für das Ausland berechenbar und voraussehbar.
Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, aus all diesen Gründen dem Rückweisungsantrag der Minderheit Frey Walter zuzustimmen.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Ich möchte Ihnen bekanntgeben, dass die LdU/EVP-Fraktion diesen Bericht des Bundesrates wohlwollend zur Kenntnis nimmt. Ich möchte mich zu drei Punkten äussern, vorab aber eine Bemerkung zu den Rückweisungsanträgen machen.
Einen Bericht kann man nicht zurückweisen mit dem Auftrag, ihn abzuändern. Der vorliegende Bericht ist der Bericht des Bundesrates und zeigt seine Sicht der Dinge, seine Strategien, seine Möglichkeiten, in Zukunft unsere Aussenpolitik zu gestalten. Es geht nicht um den Bericht der SVP oder des Herrn Walter Frey – der wäre bestimmt ein anderer –, aber Rückweisung mit Antrag auf Änderung würde ja die Glaubwürdigkeit dieses Bundesrates restlos untergraben. Es ist seine Meinung, er legt sie uns dar, wir können damit einverstanden sein oder nicht. Ich bitte Sie also, diese Rückweisungsanträge abzulehnen. Um die eigene Sicht der Dinge einzubringen, gibt es die persönlichen Vorstösse.
Nun zum Bericht selber. Ich habe Ihnen gesagt, ich möchte mich zu drei Punkten äussern:
1. Die Sicht des Bundesrats zur Europapolitik: Ähnlich wie Frau Nabholz und andere Vorrednerinnen und Vorredner erachte ich diesen Bericht als ausserordentlich klar, nüchtern und vor allem realitätsbezogen. Endlich wird die Aussenpolitik zu einem Stück Innenpolitik. Es wird nie mehr möglich sein, die Aussenpolitik als etwas Exotisches zu behandeln, sondern immer nur als integrierenden Bestandteil unserer eigenen Politik. Das kommt sehr klar, sehr deutlich zum Ausdruck. Ebenso klar umrissen ist die Integrationspolitik. Ohne Wenn und Aber befürwortet der Bundesrar den Beitritt zur Europäischen Union, und zwar ganz einfach, weil er die Situation realistisch einschätzt.
Welche Alternativen haben wir denn? Sie sind uns längst bekannt. Das erste wäre der Alleingang. Niemand in diesem Haus könnte sich wohl ernsthaft dafür einsetzen. Das wäre auf die Länge gesehen mehr oder minder politischer Selbstmord.
Das zweite sind die bilateralen Verhandlungen. Wie harzig diese vor sich gehen, wissen wir inzwischen, und das ist nicht verwunderlich.
Wir haben uns seinerzeit – am 6. Dezember 1992 – vom EWR distanziert. Es ist unser gutes Recht, das zu tun, aber wir müssen die Konsequenzen tragen. Dass man hinterher, im sogenannten autonomen Nachvollzug, einen «EWR ohne EWR» anstrebt, scheint mir eine gefährliche Sache, denn der Preis ist zu hoch. Was wir damals, geschützt durch das Vertragsrecht, bekommen hätten, müssen wir nun sehr viel teurer bezahlen, denn die einzelnen Mitglieder der EU oder des EWR sind nicht interessiert, ausserhalb dieses EWR mit einem Land, das sich offiziell verabschiedet hat, einzeln zu verhandeln – es sei denn, wir wären für sie von ganz besonderem Interesse, in einem ganz speziellen Fall. Aber das ist viel zu wenig, um eine Isolation zu verhindern. Also bleibt uns nichts anderes, als eines Tages dieser EU beizutreten.
Der Bundesrat hat, vermutlich aus taktischen Gründen, keinen Fahrplan festgelegt, aber er hat gesagt, wohin die Reise geht. Und für diese Klarheit sind wir ihm ausserordentlich dankbar. Persönlich hätte ich es zwar vorgezogen, er hätte doch mindestens ein paar fahrplantechnische Hinweise gemacht, denn meines Erachtens ist es von Bedeutung, dass wir möglichst bald Beitrittsverhandlungen aufnehmen, weil die vier anderen neutralen Efta-Länder inzwischen ihre Verhandlungen über einen EU-Beitritt beinahe beendet haben. Ein EWR wird sich dannzumal nur noch aus den Ländern Island, dem Fürstentum Liechtenstein und der EU zusammensetzen. Das ist nicht mehr von sehr grossem Interesse.
Ich möchte Sie auch davor warnen, Europa als fertig gebautes Haus zu betrachten. Wir haben ein solches Sicherheitsbedürfnis, dass wir anscheinend mit einer Idee, einer Bewegung, einem Prozess nicht leben können. Für uns muss alles fest gemauert, alles fertig gebaut sein. Dabei vergessen wir grosszügig, dass es immerhin 700 Jahre gebraucht hat, bis unser Haus, das Schweizerhaus, bestehend aus 26 Kantonen, so stand, wie wir es heute kennen.
Geben wir doch dieser EU etwas mehr Zeit. Sie ist immerhin noch keine 45 Jahre alt. Das ist keine lange Zeit. Das Areal besteht, das Fundament besteht, das Haus wird jetzt gebaut. Schauen wir also zu, dass wir uns einen Raum in diesem Haus besetzen und ihn mitgestalten. Was wir uns nicht leisten können: uns eines Tages plötzlich im Hundehaus zu finden – zwar auf dem Areal, aber ausserhalb des Gebäudes. Das kann nicht unser Ziel sein. Soviel zu Europa.
2. Es gibt aber auch die Beziehungen zu den aussereuropäischen Ländern, und hier, Herr Bundesrat, setzt unsere Kritik ein. Wir vermissen eine Antwort oder auch nur eine Antwortskizze auf die ungeheuerliche Herausforderung, die aus Südostasien auf uns zukommt. Ich denke dabei an Länder wie Vietnam, an Länder wie Südkorea oder Thailand.
Hier handelt es sich nicht mehr um Entwicklungsländer: Innert kürzester Zeit werden diese Länder unsere allergrösste Herausforderung sein, wirtschaftlich wie politisch – und zwar nicht nur für die Schweiz, sondern für den ganzen Westen, d. h. für die ganze Erste wie auch für die Zweite Welt.
Da hätte ich von Ihnen gerne gewusst – gewissermassen als Vorwarnsystem –, wie Sie mit dieser Herausforderung umzugehen gedenken. Ich werde im Namen unserer Fraktion einen diesbezüglichen Zusatzbericht verlangen.
3. Nun noch ein Wort zur Neutralität, diesem Kernstück helvetischen Selbstverständnisses. Es wird vermutlich noch mindestens dreissigmal wiederholt – ich selber wiederhole es jetzt zum vierten oder zum fünften Mal –: Die Neutralität ist kein Dogma, keine Religion, keine Herzensangelegenheit, sie ist nicht die Schweiz schlechthin, sondern sie ist ein simples Instrument, um unsere aussenpolitischen Interessen zu verteidigen, ein Werkzeug. Werkzeuge kann man benutzen, man kann sie nachschleifen, man kann sie abändern, auf jeden Fall kann man sie der jeweiligen Gegebenheit anpassen. Das haben wir weiss Gott lange genug gemacht.
Wir haben – ich möchte Sie auf den letzten Fall hinweisen – vor drei Jahren diese Neutralität verletzen lassen, als die amerikanischen Flugstaffeln über unser Land Richtung Irak flogen. Wo war da der Aufschrei der SVP: Achtung, Neutralitätsverletzung! Es war keiner.
Das war jedoch nur eine der Verletzungen unserer Neutralität. Wir bestimmen, wie wir mit dieser Neutralität umgehen, und

wenn wir es für opportun und für richtig halten, diese Neutralität locker zu handhaben oder gar zu ignorieren, dann werden wir das tun, und niemand wird uns dafür tadeln.
Andererseits dürfen wir auch nicht davon ausgehen, dass uns diese Neutralität in einem modernen Krieg mit seinen modernen Waffen innerhalb dieses Europas schützen wird, wie das im Zweiten Weltkrieg durchaus der Fall war. Unsere nationalen Grenzen sind in einem modernen Krieg nicht mehr in diesem Sinne zu schützen. In einer solchen Situation wären wir auf den Schutz einer grösseren Gemeinschaft angewiesen, und wir werden heilfroh sein um diese Hilfe – Neutralität hin oder her!
Ich bin aber auch nicht der Meinung, dass wir diese Neutralität abschaffen sollen – überhaupt nicht! Lassen wir sie da, wo sie ist: ein Werkzeug in der Werkzeugkiste. Man nimmt es hervor, wenn man es braucht, man lässt es dort, wenn man es nicht braucht. Wenn wir es gar nicht mehr brauchen, geben wir es ins Museum, wie andere Dinge auch. Lassen wir es also, gehen wir weiterhin nach Gutdünken und Bedarf damit um wie bisher und seit Beginn dieser Neutralität, und hören wir auf, daraus unsere aussenpolitische «raison d'être» zu konstruieren! Das ist dem Volk Sand in die Augen gestreut!
Das Werkzeug wird nun als Instrument gegen eine weltoffene, integrative Aussenpolitik benutzt, ohne die die Schweiz nicht nur in die Bedeutungslosigkeit versinkt, sondern auch keine Möglichkeit mehr hat, sich durchzusetzen. Nur eine Schweiz, die integriert ist, kann sich halten. Sonst werden wir zum «Heidiland» oder, wie ein Journalist gesagt hat, zu einem «wohlhabenden Albanien». Das kann doch kaum in unserem Interesse sein!
Ich bitte Sie, diesen Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen – so, wie das die einstimmige LdU/EVP-Fraktion tut.

Bär Rosmarie (G, BE): Die neunziger Jahre sind das Jahrzehnt der radikalen Veränderungen. Mitten in Europa ist die Bipolarität der Welt zusammengebrochen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind Strukturen gefallen, die mehr als vier Jahrzehnte die Weltpolitik beherrschten. Das ganze globale System befindet sich in einem Wandlungsprozess, der von der Konfrontation zur Partnerschaft führen sollte. Der Bundesrat bezeichnet diese Entwicklung als «Übergang von einer bipolaren Nachkriegsordnung zur Dynamik der Weltinnenpolitik».
Weltinnenpolitik ist ein guter Begriff. Bundespräsident Stich hat ihn den Diplomaten am Neujahrsempfang als gemeinsame Handlungsmaxime ans Herz gelegt, weil mehr Interdependenz mehr gemeinsame Verantwortung verlangt. Weltinnenpolitik ist ein ehrgeiziges Programm, das erst noch Realität werden muss. Es verlangt Solidarität, grenzüberschreitende Solidarität. Dass dabei die bisherige Formel der Neutralität ausgedient hat, wird für unsere Fraktion Laurent Rebeaud erläutern.
Nicht von Solidarität, sondern eher von Egoismus geprägt ist leider die Grundsatzaussage des Bundesrates zur Aussenpolitik (Bericht S. 7): «Die Interessenwahrung ist nicht nur Ziel und Mittel der Aussenpolitik, sondern ihre primäre Aufgabe, ein alles durchdringendes Motiv, gewissermassen Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischen Aktivität.»
Die SVP-Fraktion hat dieses Zitat auch gebracht, aber sie ist zu einem ganz anderen Schluss gekommen als die grüne Fraktion. Weltinnenpolitik heisst vor allem auch: Handeln im eigenen Land. Internationalisierung und Globalisierung der Probleme darf keine Ausrede für das Liegenlassen der Hausaufgaben sein. Nur ein Stichwort dazu: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
Weltinnenpolitik verlangt Kohärenz; das ist wohl das Schwierigste. Kohärenz in der Innen- und Aussenpolitik, Kohärenz vor allem in der Wirtschaftspolitik. Und hier muss die Schweiz den Tatbeweis erst noch erbringen. Das Nord-Süd-Leitbild hätte deshalb zusammen mit dem aussenpolitischen Bericht veröffentlicht werden müssen, denn die wirklich existentiellen Fragen, die unser Land zusammen mit der Weltgemeinschaft lösen muss, sind die Probleme zwischen Nord und Süd.
Weltgemeinschaft heisst für die grösstmögliche Mehrheit der grünen Fraktion unter anderem den Uno-Beitritt der Schweiz raschmöglichst zur Abstimmung zu bringen, nicht bloss als Ziel ohne Datum zu formulieren. Weltgemeinschaft heisst für uns Grüne auch, aktiv am Bau des gesamteuropäischen Hauses mitzuarbeiten, denn Europa ist ein Zentrum der weltweiten Veränderungen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat hier die grössten Möglichkeiten eröffnet und gleichzeitig mit dem Krieg in Ex-Jugoslawien die grössten Schmerzen verursacht.
Die Schweiz muss beim Aufbau und bei der Durchsetzung von tragfähigen Strukturen für Frieden und Freiheit ihre Verantwortung wahrnehmen. Europa darf sich nicht auf Kosten anderer Teile der Welt neu organisieren und zusammenschliessen. Das Europa des Europarates und der KSZE sind Garanten für eine gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten auf der Grundlage der Menschenrechte und der pluralistischen Demokratie; sie sind zu stärken und zu fördern.
Im Wissen darum, dass die grösste integrative Dynamik und gleichzeitig die sicherste friedensfördernde Stabilität heute von der Europäischen Union ausgeht, steht die grosse Mehrheit der grünen Fraktion hinter dem bundesrätlichen Ziel eines Beitritts zur Europäischen Union. Wir tun dies ohne Illusion und ohne Euphorie, weil unsere Vorstellungen, wie das gemeinsame europäische Haus aussehen soll, heute noch stark von den Bauplänen Brüssels abweichen. Wir sind aber überzeugt, dass der Prozess – ich sage bewusst: der Prozess – der europäischen Integration reformiert werden muss und sich reformieren wird. Nicht, damit die Schweiz beitreten kann, sondern weil die Vielfalt Europas dies verlangt und weil ein Weiterwie-bisher in die Sackgasse führt.
Es kann nicht sein, dass wir uns über den Demokratisierungsschub in Ost- und Mitteleuropa freuen und gleichzeitig feststellen müssen, dass Volksrechte und demokratische Strukturen als lästige Hindernisse oder gar als Risiko auf dem Weg zur Einigung bezeichnet werden. Der europäische Zusammenschluss hat nur mit der Zustimmung der Bevölkerung eine Chance, aber auch nur dann einen Sinn.
Deshalb muss die Schweiz mit klaren Rahmenbedingungen in die Verhandlungen gehen, die der Bevölkerung von Anfang an bekannt sind, sonst dürfte der nächste Integrationsschritt von vorneherein zum Scheitern verurteilt sein.
Jetzt ist eine aktive, eine kreative Innen- und Aussenpolitik gefordert. Nur so können die vom Bundesrat formulierten hohen weltweiten Ziele erreicht werden: Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, Förderung der Wohlfahrt, Abbau sozialer Gegensätze und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Weg zu diesen Zielen ist anspruchsvoll, aber er lohnt sich.
In diesem Sinne nimmt die grosse Mehrheit der grünen Fraktion den bundesrätlichen Bericht zur Kenntnis.

Rebeaud Laurent (G, GE): Vous venez de l'entendre, le groupe écologiste, dans sa grande majorité, approuve le rapport du Conseil fédéral, y compris l'objectif d'intégration de la Suisse à l'Union européenne. Il approuve également le rapport sur la neutralité.
Nous avons entendu tout à l'heure à cette tribune des déclarations extrêmement critiques et crispées de MM. Steffen, Moser, Frey Walter et Hafner Rudolf, hélas, qui semblent s'accrocher à une conception de la neutralité telle qu'elle existait dans nos livres scolaires il y a une trentaine d'années et telle qu'elle s'est fossilisée dans l'esprit des gens qui semblent vouloir conserver à la Suisse le fonctionnement qu'elle connaissait à la fin de la dernière guerre mondiale. On peut les comprendre, mais c'est impossible, et j'aimerais vous dire, Messieurs, que, dans tous les cas, même si nous admettons que la neutralité doit être revue et corrigée, nous y tenons comme vous. Vous n'avez pas, en aucun cas, le monopole du patriotisme.
La neutralité, si elle doit être revue et corrigée, n'est pas à abandonner – c'est le mérite du rapport du Conseil fédéral que de le dire clairement. Pour toutes sortes de raisons et pour une raison profonde qu'il faut reconnaître, la neutralité, comme concept général, à la différence de ce qui est le cas en Autriche ou en Suède probablement, est une partie constitutive de l'identité suisse pour un nombre considérable de nos concitoyens, et pour moi en particulier, mais pas une neutralité juridique, pas une neutralité fossilisée dans l'histoire, mais une

neutralité qui porte un certain nombre de valeurs, les valeurs positives de notre culture politique. Parmi celles-ci, je citerai notamment: le refus de la guerre comme moyen de résoudre les conflits; la limitation du rôle de l'armée, si tant est qu'il faille une armée, à des tâches purement défensives; l'obstination à vouloir, dans toutes les situations, que les conflits se règlent par la négociation.
Tout ça, c'est l'héritage de notre politique de neutralité, et nous y tenons. Ce n'est pas trahir des valeurs liées à la neutralité que de constater qu'aujourd'hui la manière dont elle a fonctionné traditionnellement n'a tout simplement plus d'objet. La Confédération suisse n'est plus, comme autrefois, coupée par deux fronts hostiles en Europe. Nous n'avons plus des tentations de solidarité divergentes entre francophiles et germanophiles, comme au siècle dernier et au début de ce siècle, ou entre catholiques et protestants, comme au XVIe siècle. Tout ça c'est terminé, mais il nous reste les valeurs positives de la neutralité et le fait que le peuple suisse, dans sa grande majorité, est profondément attaché à cette idée.
Je crois que la neutralité, revue et corrigée, adaptée à la situation, peut aussi être un projet d'avenir pour notre intégration à l'Europe et pourrait être une valeur européenne à terme. Je suis frappé, et je ne crois pas que les historiens me contrediront, en voyant qu'il y a une certaine similitude entre la situation de l'Europe en construction d'aujourd'hui et celle de la Suisse à l'époque de Nicolas de Flüe. Je crois que l'Europe ne peut se construire, en tout cas d'après ce qu'on peut voir aujourd'hui, que si elle est neutre par rapport aux conflits qui pourraient se dessiner à l'échelle planétaire. Nous avons des polarités, des espèces de solidarité naturelle entre, par exemple, la Grande-Bretagne et les Etats-Unis d'une part, ou entre la Turquie et le monde arabe d'autre part. Qu'est-ce qui se passerait pour l'Europe si elle devait prendre position dans des affrontements à l'échelle planétaire? Elle éclaterait, de la même manière que la Suisse aurait éclaté si elle avait pris position entre les républiques et les monarchies, ou entre catholiques et protestants, à l'époque où cette neutralité s'est forgée pour maintenir l'existence même de la Suisse.
Dans ce sens-là, nous considérons que la neutralité n'est pas un obstacle à notre collaboration à la coopération et à la construction européennes, mais au contraire un atout et une valeur que la Suisse pourrait promouvoir dans sa démarche européenne. Ce n'est pas exprimé en ces termes dans le rapport du Conseil fédéral, ce n'est d'ailleurs pas forcément de cette manière que l'Europe va se faire, mais nous avons le droit, en tant que Suisses, de l'espérer, car il n'y a pas de scénario plus favorable à une intégration harmonieuse de notre pays dans la Confédération des peuples d'Europe à laquelle nous aspirons.

Hubacher Helmut (S, BS): Ich bin zwar Einzelredner, aber ich berichte im Auftrag der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK). Diese Kommission hat sich eigentlich fast ausschliesslich auf den Anhang, auf den Bericht zur Neutralität, konzentriert, hat aber vom Bericht des Bundesrates mit 15 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zustimmend Kenntnis genommen.
Frau Fehr hat bei der Begründung ihres Antrages die Position der Minderheit der SiK dargestellt. Ich kann deshalb darauf verzichten, das zu wiederholen. Ich mache eher eine Einschätzung. Ich habe den Eindruck, für die Minderheit gibt es aus dem Neutralitätsdogma aussenpolitisch kein Entrinnen. Weg und Ziel sind identisch, d. h., der aussenpolitische Spielraum für die Schweiz im Jahre 1994 ist im 15. Jahrhundert unverrückbar vorgegeben worden. Damit wird eigentlich die Aussenpolitik zur Gefangenen der Neutralität und es bleibt, nach Meinung der Minderheit, kein Spielraum für den Beitritt zu Völkergemeinschaften, sei das EWR, EU, Uno, Weltbank oder Internationaler Währungsfonds. Es ist immer dieselbe Interpretation. Im Grunde genommen wird damit Neutralität fast zur Glaubenslehre. Sie wird zum Dogma.
Die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission sieht eigentlich diese Problematik anders. Sie ist sich aber sehr bewusst, dass die immerwährende bewaffnete Neutralität wie keine andere Staatsmaxime wahrscheinlich den Sonderfall Schweiz begründet hat, d. h. also, der geschichts- und symbolträchtige Begriff der Neutralität erträgt keine Handhabung nach Beliebigkeit. Neutralität ist nach Meinung der Mehrheit kein Selbstzweck, auch kein Mythos, keine Glaubensfrage, sie ist ein politisches Prinzip für das Staatswohl. Die Frage stellt sich, wie gross aussenpolitische Schritte sein können, um neutralitätspolitisch und innenpolitisch genügend abgesichert zu bleiben.
Eine persönliche Bemerkung: Ich vermisse im Bericht des Bundesrates etwas die historische Dimension. Der Bericht erweckt – völlig zu Unrecht, meine ich – den Eindruck, als ob der Neutralitätsbegriff, das Neutralitätsrecht und die Neutralitätspolitik völlig neu definiert worden wären. Ich empfehle allen Mitgliedern dieses Rates, beispielsweise die Botschaft des Bundesrates vom 4. August 1919 nachzulesen. Das ist die Botschaft zum Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Die Botschaft ist vom Völkerrechtler Max Huber geschrieben worden. Und ich meine, wenn ich diese beiden Berichte vergleiche, hat eigentlich damals der Bundesrat die Neutralität weitaus expansiver definiert, sehr viel flexibler, als das im heutigen Bericht der Fall ist.
Er hat schon damals nicht, wie es die Meinung der Minderheit ist, Neutralität als «Rühr mich nicht an» begriffen, sondern er hat die Neutralität in das strategische Umfeld hineingestellt und sie interpretiert. Und er hat die Definition der Neutralität weitgehend auf das militärische Verhältnis beschränkt.
Ich möchte zwei, drei Passagen zitieren. Es heisst in dieser Botschaft von 1919: «Nach zwei Richtungen erscheint unsere Neutralitätspolitik bei den Gesamtaktionen des Völkerbundes als gegeben. Auf militärischem Gebiete werden wir uns an die bisherigen Grundsätze strikter Neutralität gegenüber beiden Kriegsparteien halten. Im Bereich der wirtschaftlichen und der Verkehrsbeziehungen im allgemeinen werden wir im Interesse des Völkerbundes und in unserem eigenen mit dem Bunde solidarisch sein müssen.»
Vor der auch damals hitzigen und sehr entscheidenden Volksabstimmung – Beitritt zum Völkerbund: ja oder nein? – hat der Bundesrat am 11. Mai 1920 noch einen Aufruf an das Schweizervolk erlassen: «Der Völkerbund wird auch bestehen, wenn wir uns weigern, ihm beizutreten. Wenn wir ihm angehören, wird die Beteiligung an den wirtschaftlichen Sanktionen gegen den vertragsbrüchigen Staat die frei übernommene Pflicht der internationalen Solidarität ausdrücken. Bleiben wir ihm fern, so werden sich seine Sanktionen gegen uns wenden. Der Eintritt in den Völkerbund vermindert unsere Unabhängigkeit nicht, sondern sichert sie. Wir brechen nicht mit den überlieferten Linien unserer neutralen und friedlichen Politik, sondern führen sie weiter und vervollkommnen sie.»
Es gäbe eine ganze Reihe von Zitaten aus dieser hochinteressanten Botschaft des Bundesrates von 1919. Ich will angesichts der fortgeschrittenen Zeit die Fünf-Minuten-Limite nicht allzusehr strapazieren. Die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission ist der Meinung: So, wie der Bundesrat heute im Anhang des Berichtes die Neutralität definiert, liegt sie durchaus in der bisherigen geschichtlichen Tradition und bedeutet keinerlei Aufgabe der Neutralität.
Ich könnte Ihnen auch empfehlen, die Schrift von Professor Jürg Martin Gabriel von der Hochschule St. Gallen «Schweizer Neutralität im Wandel» zu lesen. Er fasst darin zusammen, dass Neutralität immer Festhalten an der militärischen Neutralität bedeutet hat. Alles andere ist entsprechend den Rahmenbedingungen – wenn wir so sagen wollen –, den internationalen Gegebenheiten auslegbar, muss auslegbar sein. Neutralität war nie einfach nur ein Dogma.
Herr Walter Frey hat nicht bei der Frage der Neutralität, sondern bei der Begründung des Antrages auf Rückweisung die Integration als Unterwerfung definiert. Es verhandeln jetzt in Brüssel vier kleinere europäische Staaten, Schweden, Österreich, Norwegen und Finnland, über den Beitritt; die Verhandlungen sind ja viel rascher und zügiger vorangekommen, als wir uns das alle vorgestellt haben.
Ich nehme nur Finnland als Beispiel: Finnland hat wahrscheinlich in den letzten Jahrzehnten – ich denke an 1939, Überfall der damaligen Sowjetunion – viel härter um seine Unabhängigkeit kämpfen müssen als die Schweiz. Finnland hat jahrzehntelang neben dem gefährlichen Nachbarn Sowjetunion in

einem schwierigen Balanceakt während des kalten Krieges seine Unabhängigkeit behaupten müssen. Dieses Finnland geht nicht nach Brüssel, um sich zu unterwerfen! Ich finde, es ist eine bösartige Unterschiebung, Länder, die in diese Europäische Union eintreten wollen, einfach zu diffamieren und zu sagen, man würde sich mit dem Eintritt unterwerfen. Was Finnland nicht tut, wollen auch wir nicht tun.

Savary Pierre (R, VD): Comme mon prédécesseur je m'exprimerai avant tout sur la politique de neutralité. Il est essentiel que le Conseil fédéral fasse le point sur cette importante notion qui représente beaucoup de choses pour nous.
Dans ce rapport le Conseil fédéral considère qu'il est nécessaire d'adapter la politique de neutralité aux conditions actuelles. Bien que la neutralité permanente et armée soit ancrée dans la mentalité des Suisses, bien qu'elle nous colle à la peau, elle reste un instrument au service de la politique extérieure. Elle ne peut donc pas être figée et définie une fois pour toutes. Elle reste une notion évolutive qui doit servir la paix à l'intérieur, comme à l'extérieur des frontières. Aujourd'hui une ouverture est nécessaire afin de pouvoir participer sur le plan européen à l'élaboration des mesures contre les nouvelles formes de menaces.
Entendons-nous bien: il ne s'agit pas pour notre pays de participer à une quelconque alliance militaire, mais bien de trouver des solutions pour préserver notre espace aérien, pour combattre les missiles de longue portée et pour nous opposer au grand terrorisme. On peut donc dire que la sécurité par la neutralité et l'indépendance devra être complétée tôt ou tard par les mots «neutralité par la coopération».
Concernant les sanctions économiques, je suis d'avis que la Suisse ne peut pas se tenir éloignée des sanctions que prend le Conseil de sécurité de l'ONU. Il est reconnu et admis que le droit de la neutralité n'est pas applicable aux mesures coercitives des Nations Unies appuyées par l'ensemble de la communauté internationale. Un Etat qui maintiendrait seul ses relations économiques avec un agresseur, alors que tous les autres Etats feraient des sacrifices pour appliquer des sanctions, mettrait en cause l'efficacité de ces mesures et perdrait à coup sûr sa réputation et sa crédibilité dans la communauté internationale.
Le seul chapitre discutable est celui où l'on parle de l'adhésion à la Communauté européenne et je trouve que le Conseil fédéral est un peu trop optimiste lorsqu'il déclare que la neutralité ne fait pas obstacle à l'adhésion de la Suisse à cette communauté. Chacun sait que tout pays visant l'adhésion est censé épouser les objectifs de l'Union européenne en matière de sécurité commune. Il eût été préférable de dire clairement que notre politique de neutralité permanente et armée devra être revue le jour où l'on entrera dans la Communauté européenne. Mais, en attendant cette hypothétique adhésion nous devons nous concentrer sur l'essentiel, sur l'idée fondamentale. Comme cela correspond à notre tradition séculaire, la Suisse ne doit pas à l'avenir prendre part à une guerre entre d'autres Etats. Elle ne doit soutenir militairement ni l'une, ni l'autre des parties en conflit et surtout, grâce à un armement militaire crédible, elle doit faire clairement comprendre qu'elle est prête à défendre son territoire contre tout agresseur.
En revanche, la Suisse ne doit observer aucune neutralité en matière politique, idéologique et économique. Il faut mettre à profit la grande marge de liberté d'action accordée par le droit de neutralité et développer une politique extérieure active et créatrice. La neutralité ne saurait conduire à l'immobilisme et à une attitude de repli. Elle doit être liée à l'engagement international et à la coopération au service de la paix.
C'est dans cet esprit que je prends acte de ce rapport que je qualifie de bon et de réaliste. La Commission de la politique de sécurité qui a également examiné ce rapport vous demande de l'approuver par 15 voix contre 6 et avec 3 abstentions.

Iten Joseph (C, NW): Ich nehme an, wir werden das Geschäftsverkehrsgesetz so elastisch interpretieren, dass wir auch dann verhandlungsfähig sind, wenn der zuständige Aussenminister nicht im Saal ist; wir haben mindestens einen zweiten Bundesrat zur Verfügung, und ich nehme an, er ist der Stellvertreter des Aussenministers. In diesem Fall würde ich ihn bitten, meine Fragen dem Aussenminister, wenn er ihn wieder sieht, zu unterbreiten.
Ich persönlich nehme Kenntnis vom Bericht des Bundesrates, aber ich würde nicht sagen, das ich ihm zustimme. Ob ich ihn begrüsse, hängt noch von der Beantwortung einiger Zusatzfragen ab. Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion zwischen der Regierung und der Bevölkerung als Vorbereitung für die Willensbildung an der Basis natürlich nicht nur auf der Ebene geführt werden kann, dass wir rein intellektuelle Argumente und statistische Daten austauschen. Wahrscheinlich braucht es wesentlich mehr. Jedenfalls wird sich unsere Regierung, um diesen Dialog mit der Bevölkerung zu pflegen, nicht nur mit den rein aussenpolitischen und institutionellen Fragen befassen müssen, sondern auch mit irrationalen Vorgängen.
In der Bevölkerung sind Ängste abzubauen. Sie haben sich mit Emotionen auseinanderzusetzen, im besonderen mit der Angst einer jeden einzelnen Bürgerin, eines jeden einzelnen Bürgers in diesem Land, mit der zunehmenden persönlichen Ohnmacht, wenn wir uns über unserem eigenen Staat nochmals «überorganisieren».
Ich vermisse Aussagen in der Botschaft des Bundesrates zur Frage, wie die Regierung beabsichtigt, die Bevölkerung in dieser Hinsicht «abzuholen» und sie an dieses Thema heranzuführen. Ich hätte deshalb dem Aussenminister persönlich gerne die folgenden drei Fragen gestellt:
1. Verfügt der Bundesrat – oder eben der Aussenminister – über Informationen und Kenntnisse, die für die Diskussion eines EU-Beitrittes der Schweiz relevant sind, die er aber bisher dem Parlament und der Bevölkerung noch nicht bekanntgegeben hat? Wenn nein, wie erklären Sie sich die durch mehrere Umfragen erhärtete Diskrepanz in der Beitrittsbereitschaft der Regierung und des Volkes? Falls Informationen vorliegen, über die wir noch nicht verfügen, frage ich Sie, bis wann Sie diese weitergeben?
2. Gemäss Ihrem Bericht verfolgen Sie im Grunde genommen eine Doppelstrategie. Sie kommen auf der einen Seite dem Auftrag des Parlamentes und des Volkes zu bilateralen Verhandlungen nach. Sie definieren aber auf der anderen Seite als strategisches Ziel für den Fall des Scheiterns der bilateralen Verhandlungen – oder auch im anderen Fall – den Vollbeitritt.
Als Anwalt irritiert mich diese Strategie. Ich weiss nicht, ob es besonders klug ist, wenn ich meinem Visavis, mit dem ich verhandeln will, zum voraus bekanntgebe, dass ich, wenn ich nicht erreiche, was ich möchte, meine Position aufgebe, im konkreten Fall: zur Integration bereit bin. Ich möchte einfach wissen, ob diese Strategie aus der Sicht unserer Regierung klug ist.
3. Meine letzte Frage an den Aussenminister: Er hat in verschiedenen Gesprächen gesagt, dass er den EU-Beitritt als strategisches Ziel befürworte, aber nicht zu jedem Preis. Ich möchte heute von ihm wissen, was das konkret bedeutet. Wo liegt konkret die Limite? Welches wären beispielsweise konkret die Forderungen der EU, die unser Aussenminister und mit ihm die Regierung nicht mehr akzeptieren würde?
Könnten Sie diese Forderungen jetzt einmal festmachen, konkretisieren und uns hier nennen – konkret mit Bezug auf die demokratischen Grundrechte, konkret mit Bezug auf den Transitverkehr, konkret mit Bezug auf den freien Personenverkehr, konkret mit Bezug auf den Grundstückerwerb und konkret auch mit Bezug auf die Frage der Währung?
Ich bitte Sie, in Ihrer Antwort zu diesen Fragen konkret Stellung zu nehmen.

Bundi Martin (S, GR): Der aussenpolitische Bericht des Bundesrates enthält meines Erachtens eine so grosse Fülle an interessanten Informationen, dass ich meine, man sollte diese über die heutige Debatte hinaus bis in die breitesten Volksschichten hineintragen. Damit berühre ich das Problem der Erklärung unserer Aussenpolitik hier im Innern unseres Staates. Ich möchte den Bundesrat ermuntern, in seinen Bemühungen, die Aussenpolitik innenpolitisch besser abzustützen, so

weiterzufahren und sich zu überlegen, welche erprobten didaktischen und methodischen Mittel man einsetzen könnte, um diese Informationen bis in die letzten Schulen hineinzubringen, und damit auch fixe Vorstellungen einer veralteten Aussenpolitik endlich aus den Köpfen verschwinden zu lassen. Ich meine das insbesondere auch im Hinblick auf gewisse überlebte Vorstellungen über die Neutralitätspolitik.
Nun möchte ich konkret nur zu einem Thema der Aussenpolitik Stellung nehmen, nämlich zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und zur Rolle der Schweiz in dieser Organisation. Der Bundesrat hält in seinem Bericht fest, dass die KSZE das einzige sicherheitspolitische Organ sei, in welchem die Schweiz voll mitwirken könne. Dem kann man sicher beipflichten. Nun stellen sich meines Erachtens in dieser Beziehung zwei Fragen, nämlich:
Kann die KSZE im heutigen Umfeld ihre friedenspolitische und konfliktverhindernde Aufgabe noch wahrnehmen, und wenn ja: Was für eine Rolle kann denn die Schweiz in dieser Organisation spielen?
Nun stellen wir fest, dass die KSZE am Anfang des Jugoslawienkonfliktes einiges unternommen hat, um zu verhindern, dass die Gewalt und ein schrecklicher Krieg in dieser Region ausbricht. Aber nach Ausbruch des Krieges war sie nicht fähig, erfolgreich zu intervenieren. Wenn man dann den entsprechenden Stellen die Frage stellte, warum das so sei, wurde einfach gesagt, die Strukturen würden noch nicht bereitstehen. Man habe nicht entsprechende Organe, um richtig zu intervenieren. In der Zwischenzeit, im Laufe dieser zwei Jahre, hat die KSZE nun etwas daraus gelernt. Sie hat nämlich mindest eine Erkenntnis gewonnen: Dass es heutzutage in Europa nicht mehr um die klassischen Kriege im früheren Stil geht, sondern dass es um Minderheitskonflikte geht, die man mit anderen Mitteln angehen muss. Aufgrund dieser Erkenntnisse hat man nun auch neue Instrumente, neue Organe geschaffen.
Ich möchte nur auf das eine Organ zu sprechen kommen, nämlich auf den Hochkommissar für nationale Minderheiten, der seine Tätigkeit vor einem Jahr aufgenommen hat. Wenn diese Tätigkeit auch nicht spektakulär ist, so ist sie trotzdem von sehr grossem Nutzen. Es ist diesem Hochkommissar nämlich in dieser Zwischenzeit gelungen, durch Kontakte, dort wo Spannungen ethnischer Natur auftraten, zu verhindern, dass diese Spannungen noch grösser wurden. Er hat vor allem neu die sogenannte präventive Diplomatie eingeführt, wodurch es ihm auch gelungen ist, die beteiligten KSZE-Regierungen frühzeitig zu warnen. Das sind gewisse Erfolge, die nun die KSZE aufweisen kann, die nicht spektakulär sind. Die Frage ist jetzt: Wie kann die Schweiz ihre Rolle in dieser KSZE noch besser wahrnehmen als bis anhin?
In der jüngsten Vergangenheit hat die Schweiz im Rahmen der neutralen und der nicht paktgebundenen Staaten einige sehr interessante Initiativen ergriffen. Nun ist die Gruppe dieser Staaten in Auflösung begriffen, und wenn die Stimme der Schweiz in diesem Gremium gegenwärtig noch gelten soll, dann muss sich die Schweiz bemühen, mit anderen Gruppierungen zusammen ihre Haltung abzustimmen.
Nun meine Frage an den Bundesrat: Ist man heute nicht in der Lage, unseren Diplomaten – der Bundesrat hat vor einem Jahr für die KSZE-Beziehungen eine Extrabotschaft in Wien eingerichtet – einen Auftrag zu erteilen, wonach die Schweiz im Bereich der KSZE einmal eine grössere Initiative unternehmen sollte? Ich frage mich, ob nicht vor allem das, was im Schlussdokument von Helsinki von 1992 vorgesehen ist – die Möglichkeit für jedes einzelne Mitgliedland, sich an friedenserhaltenden Operationen der KSZE zu beteiligen –, endlich in die Tat umgesetzt werden müsste. Ich glaube, dass gerade hier die Schweiz eine wichtige Aufgabe hätte.
Ich möchte den Bundesrat bitten, etwas in dieser Richtung zu unternehmen und uns Auskunft über seine Pläne zur erteilen.

Bircher Peter (C, AG): Ich betrachte den Bericht als gut, realistisch und kompetent; er hat einen hohen Informationsgehalt. Es wäre eigentlich wünschenswert, dass er den Stimmberechtigten der Schweiz als Informationsbroschüre zugestellt werden könnte.
Positiv ist sicher auch die Grundhaltung. Es wird mehrmals betont, dass man bilateral verhandeln will. Ich habe nirgends herausgelesen, dass der Bundesrat das Anliegen nicht ernst nimmt. Zu diesen Verhandlungen – es sollen bereits 16 Dossiers in Brüssel anhängig gemacht worden sein – ist ihm nur Erfolg zu wünschen. Sie bergen natürlich die Gefahr in sich, dass man zu viele Einzelkonzessionen machen muss.
Ein weiteres realistisches Feld – da erlaube ich mir aus bescheidener Warte eine direkte Beurteilung – öffnet sich auch bei den grenznahen Kontakten. Wir haben z. B. jetzt im Moment mit dem Landkreis Waldshut und dem Land Baden-Württemberg ein Strukturmodell laufen und konnten in diesen Verhandlungen am Rhein die konkrete Erfahrung machen, dass gerade das deutsche Bundesland Baden-Württemberg für eine mitteleuropäische Regionalpolitik sehr offen ist. Auch das scheint mir in den Grenzräumen der Schweiz ein realistischer Weg zu sein.
Aber ich staune doch – das ist der nächste Punkt, die ganze EWR-Geschichte – über die rasche Veränderung, die da eingetreten ist. Denken wir vor allem an die Europa-Neutralen, Schweden und unser Nachbarland Österreich. Diese Veränderung hat in einer gutbürgerlichen Zeitung meines Kantons ihren Niederschlag gefunden: Wurde noch Anfang Jahr das ganze EU-Dossier sehr zurückhaltend eingestuft, so stand am letzten Samstag schon der Titel «Bald einsam mitten in Europa» über einer Kommentierung des sehr raschen Verhandlungsprozesses mit den Europa-Neutralen Österreich und Schweden. Die Option EWR ist, auch wenn man sie in den Raum stellen will, wirklich innert kurzer Zeit eine eher fragwürdige geworden.
Ich empfinde auch absolut keine Euphorie gegenüber der EU, aber es bringt überhaupt nichts, hier eine lange Liste von Unzulänglichkeiten vorzulegen – die besteht schon. Man könnte endlos Unzulänglichkeiten aufzählen, die dann doch zum Teil wieder verblassen. Man muss doch immer wieder feststellen: «Und sie bewegt sich doch!»
Das ist z. B. bei den Verhandlungsresultaten mit Österreich festzustellen. Wir stellen einfach eine dauernde Summierung von Fakten fest, die das wohlbegründete Argumentationsgebäude des Alleingangs anknabbern oder sogar zum Einsturz bringen.
Ich sage aus meiner Sicht: Der Bericht des Bundesrates ist realistisch. Er leitet einen langen Informations- und Verhandlungsweg ein; keinen abrupten Kurswechsel, das ist klar und beruhigend, falls das einige doch übersehen haben.
Gemäss Seite 26 des Berichtes wird sich der Bundesrat selbstverständlich im ganzen Integrationsprozess «stets für die Wahrung der Grundelemente der politischen Kultur und Identität der Schweiz einsetzen». Ich betrachte dies als einen nicht unbedeutenden Kernsatz dieses guten Berichtes.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.50 Uhr
La séance est levée à 19 h 50

Siebente Sitzung – Septième séance

Dienstag, 8. März 1994, Vormittag
Mardi 8 mars 1994, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)

93.098

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren
Politique extérieure de la Suisse dans les années nonante

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 174 hiervor – Voir page 174 ci-devant

Haering Binder Barbara (S, ZH): Ich werde mich in den wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, dem Bericht zur Neutralität im Anhang dieses Berichtes über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren widmen. Dabei teile ich in wesentlichen Punkten die Position des Bundesrates.
1. Ich teile die Einschätzung des aussenpolitischen Bedeutungsverlustes der Neutralität. Die Neutralität hat ihre ursprüngliche Schutzfunktion verloren. Sie trägt heute nicht mehr zur Sicherheit unseres Landes bei, wie dies zur Zeit des kalten Krieges noch der Fall sein konnte. Ihre Bedeutung als Grundlage für Gute Dienste in internationalen Konflikten gehört ebenfalls der Vergangenheit an.
Aussenpolitisch betrachtet verkommt die Neutralität je länger, je mehr zum nationalen Dogma, das sinnentleert ist, das Schritt für Schritt zur aussenpolitisch funktionslosen Fiktion wird. Es ist mit der Neutralität wie mit den Schwimmflügeln meiner Tochter: Einmal waren sie hilfreich, heute sind sie hinderlich.
2. Ich teile die Einschätzung des Bundesrates bezüglich der Idealvorstellungen, der Probleme und der Grenzen eines Systems kollektiver Sicherheit. Nur, die Alternative zum Aufbau eines solchen Systems wäre ein Rückfall ins 19. Jahrhundert.
3. Ich teile die Schlussfolgerungen des Bundesrates für unser konkretes Handeln. Zusammengefasst ergeben sich für mich 6 Ja und 2 Nein: Ja zu einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union und ja zu «Maastricht». Ja zu einer aktiven Mitarbeit der Schweiz am Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit. Ja zu einem starken Engagement der Schweiz bei zivilen Vermittlungsaktionen der Staatengemeinschaft. Ja zur Uno. Ja zu den Uno-Blauhelmtruppen. Ja auch zu einer Gewährung kollektiver militärischer Sanktionen der Staatengemeinschaft. Aber ich sage nein zum Beitritt der Schweiz zu einer Militärallianz, zu einem Verteidigungsbündnis einzelner Staaten. Konkret: Nein zur Nato; und ich sage nein zu einer aktiven Beteiligung der Schweiz an militärischen Sanktionen der Staatengemeinschaft.
Aber, und hier unterscheide ich mich vom Bundesrat, ich begründe meine beiden Nein nicht neutralitätspolitisch, sondern friedenspolitisch.
Der Bericht und unsere Diskussion machen es deutlich: Unsere Neutralität ist kein aussenpolitisches, sondern ein innenpolitisches Problem. Die Mentaliät, die in breiten Kreisen der Bevölkerung mit diesem diffusen Begriff der Neutralität verbunden ist, verhindert, dass wir die innenpolitisch notwendigen und dringenden Entscheidungen im Hinblick auf eine Öffnung der Schweiz hin zur EU, hin zur Uno, mit anderen Worten hin zu einer solidarischen Zusammenarbeit der Schweiz mit der Staatengemeinschaft, finden können.
Der Begriff der Neutralität entfaltet eine Eigendynamik und zementiert die Mentalität der Isolation und der Isolationspolitik. Denken Sie nur an das Votum von Frau Fehr zurück. Ich möchte dazu beitragen, diese Mentalität der Selbstbezogenheit und der Selbstgefälligkeit schrittweise zu verändern.
Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Fehr abzulehnen.

Camponovo Geo (R, TI): In questo dibattito di politica estera voglio ricordare l'importanza della politica transfrontaliera. Salta agli occhi immediatamente questa importanza se solo si guarda alla intensità di popolazione in tutta la Svizzera che vive a diretto contatto con una realtà estera. Questo, la Svizzera l'ha capito da tempo, le regioni anche, prima fra tutte Basilea.
Nel contesto di una politica svizzera transfrontaliera la posizione del Cantone Ticino assume un carattere del tutto particolare. Se oggi parlo di politica transfrontaliera alla presenza del Consigliere federale Flavio Cotti, non faccio altro che sfondare porte aperte, perché proprio lui, in qualità di Consigliere di Stato del Cantone Ticino, è stato sostenitore e promotore dell'avvicinamento del Cantone Ticino alla realtà lombarda in particolare. E' una politica che il Cantone ha saputo sviluppare con l'intensità dovuta, frenata soltanto dalle difficoltà di contatto con le autorità italiane.
Pensiamo alla nostra missione ticinese di cinghia di trasmissione fra il nord ed il sud, fra due culture. Pensiamo a questo triangolo di Svizzera che è inserito in una realtà sociale, economica e politica di estremo interesse.
Se disegnate un cerchio di una cinquantina di chilometri di diametro attorno a Chiasso, vi trovate di fronte a una massa di popolazione dieci volte superiore a quella del Cantone Ticino e di poco inferiore a quella della Svizzera intera. Ed è una realtà viva ed una realtà ricca: la zona dell'Italia del Nord – Lombardia, Piemonte, Veneto – è fra le zone più dinamiche dell'Europa con il sud della Germania, con la zona di Lione, con quella di Barcellona.
Ora, noi abbiamo la grande occasione, grandissima per noi Ticinesi, di approfittare della presenza al Dipartimento degli Esteri dell'on. Flavio Cotti per dare un colpo sicuro e definitivo ai collegamenti, all'integrazione del Cantone Ticino e pertanto della Svizzera con questa realtà norditaliana. Forse abbiamo anche la fortuna di trovarci di fronte ad una Italia diversa, ad una Italia sempre più europea, ad una Italia più vicina alle regole politiche, sociali ed economiche della Svizzera. Vivere questa realtà non è sempre facile; si pensi solo che da un giorno all'altro l'economia ticinese si è venuta a trovare confrontata con una svalutazione della Lira del 30 percento è come se un Cantone vicino a Zurigo dovesse trovarsi da un momento all'altro con una economia del 30 percento più favorevole.
Ma questa realtà economica, culturale e sociale potrà essere di importanza enorme per il Cantone Ticino e per la Svizzera. E' con questo invito che io sfondo la porta aperta per Flavio Cotti, augurandomi che nel suo intervento due parole – non di più – tocchino anche questa grande realtà.

Fischer-Seengen Ulrich (R, AG): Mit der grossen Mehrheit der freisinnig-demokratischen Fraktion bin ich der Auffassung, dass die Mitgliedschaft der Schweiz in der EU zwar eine unter verschiedenen Optionen darstellen kann und muss, jedoch nicht als strategisches Ziel der schweizerischen Aussenpolitik deklariert werden darf. Wenn der Bundesrat heute diesen Beitritt als strategisches Ziel bekanntgibt, gleichzeitig aber die Absicht bekundet, unser Verhältnis zur EU mit dem Abschluss bilateraler Verträge auf verschiedensten Ebenen möglichst optimal zu regeln, dann kommt er mir vor wie jener Apotheker, welcher seiner Patientin ein Kopfwehpulver mit dem Hinweis verkauft: «Wenn das dann nichts nützt, dann habe ich noch etwas Besseres.» Eine solche Politik trägt nicht zur Glaubwürdigkeit unserer Diplomaten in den bilateralen Verhandlungen bei, sondern schwächt deren Verhandlungsposition. Die Bekanntgabe des strategischen Ziels eines Beitritts muss zwangsläufig dazu führen, dass die bilateralen Verhandlungen lediglich

als vorübergehende Zwischenlösung empfunden werden, bei denen es für die Unterhändler der EU höchst unzweckmässig wäre, bereits allzu grosse Konzessionen zu machen, die man besser für die später folgenden Beitrittsverhandlungen aufspart. Ich betrachte deshalb die Formulierung dieses strategischen Ziels als verhandlungstaktisch ungeschickt. Wenn ich den Bericht dennoch zur Kenntnis nehmen und den Rückweisungsantrag der Minderheit ablehnen werde, so geschieht dies vor allem deshalb, weil ich dessen Inhalt in den übrigen Punkten begrüsse und mich damit identifizieren kann. Es liegt mir indessen daran, meine Stellungnahme mit diesem Vorbehalt zu verbinden.
Eine zweite Überlegung: Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft über Osteuropa stellt wohl die wichtigste politische Entwicklung der letzten Jahre in Europa dar. Die ehemaligen Satelliten der Sowjetunion sind wieder zu freien Gliedern der europäischen Staatengemeinschaft geworden. Nach 50 Jahren kommunistischer Herrschaft ist es jedoch für diese Staaten mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, sich mit dem demokratischen System und einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zurechtzufinden. Hier eröffnet sich für die Schweiz mit ihrer demokratisch-freiheitlichen Tradition eine besondere Aufgabe und Chance. Die Schweiz, die in ihrer Grösse mit verschiedenen dieser Staaten vergleichbar und durch keine historischen Hypotheken belastet ist, sollte die Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten in besonderer Weise pflegen. Unsere Nichtmitgliedschaft bei der EU belässt uns bei diesen Aktivitäten einen Freiraum, über den die Mitglieder der EU nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in diesem Masse verfügen.
Es stellt sich auch die Frage, ob es organisatorische Formen der Zusammenarbeit gibt, welche der integrationspolitischen Situation der Schweiz und dieser Staaten spezifisch Rechnung tragen. Zu denken ist beispielsweise an die Europäische Freihandelsassoziation (Efta), die Organisation, welche 1960 von jenen Staaten gegründet wurde, welche sich vor allem aus politischen Gründen mit den weitgehenden Zielen der EWG nicht oder noch nicht identifizieren konnten. Nachdem ein Vollbeitritt der osteuropäischen Staaten zur EU zurzeit wohl noch nicht denkbar ist, könnte sich ein vorerst lockerer Zusammenschluss auf wirtschaftspolitischer Ebene im Sinne der Efta als gangbarer Weg erweisen. Dieses Vorgehen würde es – wie es der estnische Staatspräsident Lennart Meri in einer Tischrede am Freitag so treffend formulierte – den ost- und mitteleuropäischen Staaten erlauben, in einer Übergangszeit den politischen Strom mit dem Spaten der Überzeugungsarbeit in das richtige Bett, in dasjenige der Demokratie, zu lenken. Eine sorgsame Prüfung dieser Variante seitens der Schweiz drängt sich deshalb auf.

Allenspach Heinz (R, ZH): Ich habe den Bericht des Bundesrates sehr intensiv studiert und analysiert. Ich habe ihn damit zur Kenntnis genommen, aber Kenntnisnahme bedeutet nicht Zustimmung. Gegenüber dem Kommissionsreferenten möchte ich präzisieren, dass wir nicht über Zustimmung zu diesem Bericht zu diskutieren haben, sondern über Kenntnisnahme. Ich gestatte mir, drei Bemerkungen anzubringen.
1. Oberstes Ziel der Aussenpolitik sind die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes, die Gewährleistung des Rechtsstaates, der Schutz der Freiheit und der Rechte der Bürger sowie die Förderung der Wohlfahrt aller. Massgebend ist also Artikel 2 der Bundesverfassung. Die Aussenpolitik unseres Landes ist an Artikel 2 der Bundesverfassung gebunden, auch in einem veränderten internationalen Umfeld. Es wäre deshalb nicht verfassungskonform, wenn Bundesrat und Parlament zur Verwirklichung einer Vision Europas die vitalen Interessen unseres Landes und unserer Bevölkerung aufs Spiel setzen würden. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Integrationsprozess ist nur so weit und nur so lange möglich, als es die staatspolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes unabdingbar erfordern. Ziel der Aussenpolitik unseres Landes ist nicht der Beitritt der Schweiz zur EU oder zur Uno, Ziel ist und bleibt die bestmögliche Verwirklichung der Interessen der Schweiz. Diese Interessenwahrung ist legitim und keineswegs unmoralisch. Im einleitenden Überblick zum Bericht unterstreicht der Bundesrat zwar, dass Aussenpolitik primär Interessenwahrung nach aussen bedeutet, im Bericht überwuchern dann aber andere Zielsetzungen.
2. Wenn der Bundesrat schreibt, Mitwirkung und Mitentscheidung an den wichtigsten Schaltstellen der internationalen Politik seien wichtigstes Leitmotiv der schweizerischen Aussenpolitik für die neunziger Jahre, mag dies wohl für Regierungsmitglieder und Spitzen der Verwaltung gelten. Dieses Mithebeln an den Schaltstellen der internationalen Politik ist aber keine aussenpolitische Zielsetzung, Zielsetzung ist und bleibt die Wahrung der Interessen unseres Landes.
3. Der vorliegende Bericht skizziert das aussenpolitische Konzept des Bundesrates. Im Vordergrund steht ein umfangreiches Plädoyer für den möglichst baldigen Beitritt der Schweiz zur EU. Das ist sein Ziel, und alles andere wird ihm untergeordnet.
Dem Gatt beispielsweise wird in diesem Bericht nur ein Abschnitt von zehn dürftigen Zeilen gewidmet, obwohl der Entscheid über das neue Gatt-Abkommen und dessen Umsetzung unsere Kräfte in der noch verbleibenden Legislaturperiode voll beanspruchen wird. Ich bedaure, dass der Bundesrat das Gatt dermassen als Quantité négligeable behandelt hat. Wird ob der europäischen Zentrierung der Aussenpolitik übersehen, dass der Beitritt der Schweiz zum neuen Gatt-Abkommen für den Wohlstand unseres Landes unerlässlich ist? Ein Ausscheiden aus dem Gatt wäre mit unserem Ausscheiden aus der Weltwirtschaft identisch. Der Bundesrat hat die Gelegenheit versäumt, in seinem Bericht die essentielle Bedeutung des neuen Gatt-Abkommens für die Wohlfahrt unseres Landes darzulegen. Die innenpolitische Umsetzung des neuen Gatt-Abkommens ist meines Erachtens unsere prioritäre Aufgabe in den Jahren 1994 und 1995. Das schliesst meines Erachtens in dieser Zeit bundesrätliche Vorlagen oder Volksabstimmungen über EWR-, Uno- oder EU-Beitritt aus. Wollen wir durch eine forcierte Diskussion über den Beitritt der Schweiz zur Uno oder zur EU die Zustimmung des Volkes zum neuen Gatt-Abkommen gefährden? Ein altes Sprichwort sagt: «Wer zuviel will, erreicht nichts.» Schon die heutige Debatte könnte negativen Einfluss auf die Zustimmung des Souveräns zum Gatt haben, wenn wir uns in visionären aussenpolitischen Höhenflügen bewegen und den Boden der Realität verlassen, wenn der Eindruck erweckt wird, Bundesrat und Parlament strebten, entgegen dem manifesten Volkswillen, eben doch sofort die Vollmitgliedschaft in der EU an. Wenn wir auf diese Weise innenpolitisches Misstrauen und Verunsicherung schaffen, dann wird in diesem Klima des Misstrauens das Gatt-Abkommen gefährdet.
Führen heisst Prioritäten setzen. Erste und dringlichste Priorität der Aussenpolitik kann für mich derzeit und in der heutigen Situation nur die innenpolitische Umsetzung des neuen Gatt-Abkommens sein.

Berger Jean-Pierre (V, VD): Pour assurer la pérennité de notre Etat confédéral, il est des principes établis à respecter, à savoir les responsabilités politiques qui incombent plus particulièrement aux cantons, comme l'instruction publique, par exemple, et celles qui relèvent directement de la Confédération, comme la politique de sécurité, la politique économique et, bien entendu, le domaine qui nous préoccupe présentement, la politique extérieure. Si je me permets de rappeler ces principes, c'est simplement pour souligner tout le poids que nous devons accorder à ce débat sur le futur de notre politique extérieure et, ensuite, pour situer la responsabilité très limitée, voire nulle, de la compétence attribuée aux cantons dans ce domaine.
De ce rapport sur l'avenir de notre politique étrangère, je me plais à relever les trois axes qui me paraissent les plus sensibles. Premièrement, comme par le passé, l'équilibre économique, social et culturel de notre pays est étroitement lié, qu'on le veuille ou non, à la qualité des relations extérieures que nous entretenons, plus particulièrement avec nos proches voisins de l'ensemble européen. Deuxièmement, je constate que la direction proposée par ce rapport respecte la décision prise en votation populaire le 6 décembre 1992. Troisièmement, le rapport n'ignore pas les revendications largement exprimées

par une minorité nationale, et romande de surcroît, qui souhaite une intégration à l'Europe dans les meilleurs délais, une intégration qui, si la nécessité se présente, devrait nous permettre de déposer notre demande d'adhésion sans problèmes intérieurs particuliers par la suite.
Les cinq objectifs établis et proposés par le rapport constituent un ensemble équilibré pour une approche européenne cohérente, ouverte et respectueuse des droits et devoirs de chacune des parties. La majorité des citoyens suisses ayant préféré la voie de l'approche par la négociation bilatérale, il est donc impératif de respecter ce principe, pour autant, bien entendu, que nos voisins acceptent cette démarche et que des accords équilibrés puissent s'établir au bénéfice de chacune des parties.
A ce stade de la réflexion, il me plaît de relever l'analyse objective du dernier «Bulletin d'information du Conseil du Léman» – pour ceux qui ne le connaissent pas, ce conseil regroupe les départements français de l'Ain, de la Haute-Savoie et les cantons de Vaud, Valais et Genève. Il nous présente son optique, depuis l'ouverture au début de l'année du grand marché européen en l'absence de la Suisse. Je le cite: «Que peut faire le Conseil du Léman face à ces nouvelles frontières qui déchirent son territoire? Tout d'abord, ne pas rêver. En effet, la coopération transfrontalière, si ancienne soit-elle, ne peut suppléer au refus d'un peuple, d'un Etat, d'adhérer librement et entièrement au processus de l'intégration politique européenne. Il importe, à court terme, d'accepter ces nouvelles contraintes frontalières. Il importe également, à moyen terme, de suivre attentivement la politique helvétique face à la construction européenne, que ce soit dans les rapports du Conseil fédéral, aux Chambres fédérales ou dans les négociations bilatérales qui vont s'engager avec Bruxelles.»
Ainsi, comme chacun peut le constater, les perdants du 6 décembre 1992 respectent la décision de la majorité. Cependant, ils ne peuvent ignorer la réalité, qui est de s'activer par tous les moyens afin d'obtenir une meilleure intégration, particulièrement au niveau frontalier. Ils s'appuient, à court terme, sur les négociations bilatérales, en laissant ouvertes toutes les options à venir, voire, s'il le faut, celle de reconsidérer dans un deuxième temps des rapports plus étroits avec l'Union européenne et, si la nécessité s'impose, de renouer avec l'accord multilatéral ou celui, plus exigeant, mais plus gratifiant aussi, de l'adhésion.
Pour toutes ces raisons, je considère que ce rapport est un bon rapport. Il respecte et précise les données de nos engagements possibles dans l'immédiat, tout en préservant le futur. Objectivement, peut-il en être différemment? C'est pourquoi je prendrai acte de ce rapport, et je refuserai toute proposition de renvoi ou d'amendement, qui ne manquerait pas d'hypothéquer grandement l'avenir.
Pour ce qui est du rapport sur la neutralité, j'en prends acte, tout simplement, en me ralliant à ses conclusions. Notre pays a largement bénéficié des aspects positifs de ce statut, et nul doute qu'il en ira de même à l'avenir, pour autant que nous sachions adapter l'instrument aux exigences du moment. A noter en passant qu'un pays qui respecte la Convention européenne des droits de l'homme contribue aussi à promouvoir un climat de paix et de bien-être pour chacun, mais par une procédure d'approche plus active, plus ouverte et mieux partagée.
En résumé, j'approuverai donc les deux rapports présentés, et je vous engage à suivre les conclusions de notre commission.

Schmied Walter (V, BE): Après le vote du 6 décembre 1992, nous avons assisté au niveau national à un véritable psychodrame, il faut bien l'admettre aujourd'hui. Entre temps, beaucoup d'eau a coulé sous les ponts et surtout sous le pont du nom de EEE. Ce pont vieux de deux ans, pourtant oeuvre grandissime à en croire ses architectes, entrera dans l'histoire sans jamais avoir servi. Ses berges subissent l'érosion des flots et, plus grave, ses piliers de soutien s'effritent dangereusement au point de le rendre impraticable aujourd'hui déjà.
En d'autres termes, l'Espace économique européen avait bien pris vie, mais comme l'oisillon chétif est déformé à l'intérieur de son oeuf, il n'a pu s'extraire de la coquille et est mort de sa belle mort naturelle. J'en veux pour preuve la déclaration de M. Rhinow, conseiller aux Etats très engagé, rapportée dans le «Nouveau Quotidien» du 4 mars dernier: «.... l'option éventuelle de l'Espace économique européen est en train de s'éloigner .... avec l'Islande, le Liechtenstein et peut-être la Norvège, l'EEE n'a plus tellement de sens pour la Suisse.» Ah, quel réalisme! M. Rhinow doit être remercié pour la clarté et le courage de son langage. D'autres pensent comme lui, mais n'osent pas se l'avouer et pour cause!
Reconnaître aujourd'hui la banalité du destin, c'est admettre l'élément majeur avancé voici plus d'un an déjà par les opposants de l'EEE, car l'Autriche, la Norvège, la Suède et la Finlande avaient bien déposé leur candidature avant le vote du 6 décembre 1992. Toutes les données du problème étaient bien connues à la veille du vote prétendu historique. Affirmer l'inverse tiendrait de la tromperie. Mais le passé ne nous intéresse plus. Quoi qu'il en soit, ils sont mal pris aujourd'hui ceux qui ont fait rêver les auteurs de l'initiative dite «des jeunes». L'initiative a abouti; aujourd'hui, elle dérange, elle fausse le débat. Tous ceux qui ont incité ladite jeunesse à emprunter la voie de l'illusion devront bien assumer en leur expliquant l'erreur. L'EEE est réduit à la dimension d'un squelette inerte qui ne ressuscitera plus. En cela réside la première erreur du Conseil fédéral, celle de ne pas reconnaître formellement ce fait.
L'unique alternative de la Suisse est bien celle du bilatéralisme ou de l'adhésion. Or, le débat demeure faussé. Le Conseil fédéral dévoile son but à long terme, celui de l'adhésion. Mais il ne fournit aucune raison plausible. Mieux, il donne de lui, dans ce rapport, l'impression de fuir le débat, de ne pas vouloir entrer en matière sur cette initiative des jeunes évoquée plus haut, de chercher à étouffer cette dernière en détournant l'attention des observateurs avertis. Le Conseil fédéral fixe son but, celui de l'adhésion, mais bloque lui-même la demande qu'il avait maladroitement déposée de son propre chef devant l'Union européenne. Les questions restent ouvertes. Si, au dire du Conseil fédéral, le but d'adhérer est valable demain, pourquoi ne l'est-il pas aujourd'hui? Ou, à l'inverse, s'il n'est pas question d'adhérer à ce jour, pourquoi devrait-il en être autrement demain? On a beau lire, relire, on a beau écouter, les questions restent sans réponse.
Rester eurocompatibles ou le redevenir après le vote de l'initiative des Alpes, en y mettant le prix, voilà le but à viser. Le prix du bilatéralisme est connu. Il est essentiellement de nature économique et sera toujours à la mesure de nos avantages recherchés. La Suisse, en tant que partenaire sérieuse, ne cherchera pas à brader les avantages qu'elle convoitera, mais se déclarera prête à payer le prix réel des privilèges.
Quant à l'adhésion tant évoquée par le Conseil fédéral, son prix n'est pas connu. Ce que nous savons aujourd'hui, c'est qu'il sera de nature institutionnelle. Notre système politique est tout simplement incompatible avec la structure de l'UE. Il faut avoir l'honnêteté de le reconnaître aujourd'hui, n'en déplaise au comité de l'initiative des Alpes. Nous devrions, une fois pour toutes, renoncer à faire usage de tant d'arrogance et d'hypocrisie face à nos partenaires. Entre partenaires européens, nous devons apprendre à nous respecter réciproquement et à admettre nos divergences sans pour autant vouloir discerner systématiquement des erreurs chez l'autre. Chacun est contraint de construire son avenir avec les moyens de son bord.
Je conclus: si le Conseil fédéral souhaite conduire la Suisse dans l'UE, il lui appartient, premièrement, de définir le juste prix institutionnel que nous serions appelés à payer en l'occurrence. Cela, il ne l'a pas évoqué dans le présent rapport et je le déplore fondamentalement. Il s'agit là d'une lacune de première gravité qui fera que j'approuverai le renvoi de ce rapport.

Wittenwiler Milli (R, SG): Der 6. Dezember 1992 – ein Freudentag für die einen, ein schwarzer Sonntag für die andern. Ich konnte den Bundesrat grundsätzlich verstehen. Wer gehört schon gerne zu den sogenannten Verlierern einer Volksabstimmung! Was ich jetzt aber nicht mehr verstehen kann, ist, dass der Bundesrat in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren einen EU-Beitritt als stra-

tegisches Ziel anstrebt. Meine Herren Bundesräte, hat denn die Abstimmung über den EWR-Vertrag nicht ganz deutlich gezeigt, dass eine fruchtbare Aussenpolitik erst innenpolitisch abgestützt werden muss und dass eine einseitige Ausrichtung auf eine Mitgliedschaft der Schweiz bei der EU das innenpolitische Klima erneut enorm belasten würde? Wie erklären Sie, Herr Bundesrat Delamuraz, den Schweizer Bauernfamilien den aussenpolitischen Weg, der den EU-Beitritt als Ziel hat? Dies in einer Zeit, da der Gatt-Abschluss Realität ist, aber noch kein Mensch mit Sicherheit sagen kann, was dies für die schweizerische Landwirtschaft bedeutet! Herr Professor Hauser schrieb in seiner Studie: «Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft können nur grob abgeschätzt werden. Weniger Einkommen und eine Reduktion der Produktion aufgrund von grossen Importen und kleineren Exporten sind aber sicher.»
Jetzt wissen wir, dass es Einkommenseinbussen von beachtlicher Höhe geben wird. Die Frage, wie die Gatt-konformen Massnahmen verlässlich finanziert werden, damit die Bauernfamilien mit dem schweizerischen Lebensstandard mithalten können, ist aber immer noch offen. Nun soll nach Ansicht des Bundesrates der aussenpolitische Aktionsradius gerade jetzt beträchtlich erweitert werden. Man darf den Karren nicht überladen – vor allem dann nicht, wenn der Weg in einem schlechten Zustand ist.
Ich frage mich auch, inwieweit unsere Neutralitätspolitik mit den Zielen der EU vereinbar ist. Im Bericht zur Neutralität steht die Überschrift «Vereinbarkeit von Neutralität und EU-Mitgliedschaft». Es ist aber bekannt, dass im Falle eines EU-Beitrittes jedes Land gehalten ist, die EU-Vorgabe im Bereiche der gemeinsamen Sicherheitspolitik zu übernehmen. Der Bundesrat hält zwar an der Aufrechterhaltung der dauernden und bewaffneten Neutralität fest, aber: Wird er es auch in Zukunft tun? Das will ich und das will eine grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ganz genau wissen!

Müller Reinhard (V, AG): Der «Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren» beinhaltet auch für mich einige durchaus unterstützungswürdige Aussagen. Ich bin aber nicht ans Rednerpult gekommen, um diese besonders hervorzuheben, sondern um auf zwei zentrale Punkte hinzuweisen, welche in weiten Kreisen unserer Bevölkerung auf Ablehnung stossen. Damit meine ich das anvisierte Ziel EU und die damit verbundene Aufgabe der von uns praktizierten bewaffneten Neutralität.
Es ist äusserst schade, dass der Bundesrat mit seinem Ziel eines EU-Beitritts die Fronten in unserem Lande wieder aufreisst, im Innersten wohl wissend, dass die Mehrheit von Volk und Ständen seine Meinung nicht teilt, haben doch unsere Kantone bereits am 6. Dezember 1992 mit grosser Mehrheit nein zum EWR gesagt. Diese Stimmung, sprich Grundwelle, lässt sich auch mit der besten Propaganda nicht innert weniger Jahre in ein Ja zur EU umwandeln.
Ist sich der Bundesrat bewusst, dass vor der EWR-Abstimmung viele Befürworter klar sagten: EWR ja, EG nein? Wenn diese Wort halten, würde eine Abstimmung über einen EU-Beitritt zu einem Fiasko für unseren Bundesrat und seine Aussenpolitik werden. Halten Sie die Augen doch offen und anerkennen Sie, dass die von den Befürwortern prophezeiten Horrorszenarien bei einem EWR-Nein nicht eingetroffen sind. Der Schweizerfranken ist stabil wie kaum zuvor. Die Zinssätze fielen, was besonders auch im Interesse unserer stark verschuldeten Landwirtschaft ist. Die Investitionen ziehen bereits merkbar an. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich dieses Jahr stabilisieren, ja sie dürfte gar abnehmen. In diesem Umfeld will uns der Bundesrat in ein europäisches Machtgebilde einbetten, bei dem es für die Mehrheit unseres Volkes unter dem Stichwort Maastrichter Verträge nur Verlierer geben kann.
Der Bundesrat wäre gut beraten, sich – ohne das Ziel eines Beitrittes – voll auf die Zusammenarbeit mit der EU zu konzentrieren und die bilateralen Verhandlungen zu intensivieren. Wir müssen dabei nicht als Bittsteller antreten, haben wir doch einiges zu bieten. Gerade im Agrarbereich stehen die positiven Handelsbilanzen doch ganz eindeutig zugunsten der EU. Ich meine darum, dass dem Bundesrat der Auftrag erteilt werden muss, einen Bericht über eine umfassende Kooperation auf der Basis von Solidarität und Gegenseitigkeit vorzulegen und danach zu handeln.
So gesehen stellen sich die umstrittenen Fragen des Neutralitätsberichtes gar nicht. Es ist Pflicht auch der heutigen Schweiz, an unserer bewährten, dauernden, bewaffneten Neutralität festzuhalten und jetzt dafür zu sorgen, dass wir nicht am Tage X über die EU in eine Verteidigungsgemeinschaft eingebunden werden, die für unser Land verheerende Folgen haben könnte. Hoffen wir, dass wir, die Verantwortlichen, auch in diesen Fragen jetzt die Weichen für eine gute Zukunft unseres schönen Landes richtig stellen.
Ich unterstütze deshalb die Rückweisungsanträge.

Sandoz Suzette (L, VD): Après que le Parlement avait renvoyé, en août 1992, son rapport au Conseil fédéral afin qu'il complète notamment la partie concernant la neutralité, après le vote du 6 décembre 1992, la crédibilité de la politique étrangère du Conseil fédéral dépendait de l'excellence de son rapport. Malheureusement, les rapports qu'il nous remet aujourd'hui sont à peine médiocres.
Médiocre, le rapport sur la politique extérieure. Personne ne s'assoirait à une table de négociations en annonçant a priori son intention de céder sur les points essentiels du cocontractant. Par conséquent, on n'annonce pas, quand on s'assoit à une table de négociations, qu'on renoncera au bilatéralisme dès que le multilatéralisme sera à nouveau possible, on n'annonce pas que l'intégration est la seule issue. C'est rendre la tâche de nos négociateurs impossible. Comment pourront-ils obtenir quelque chose si l'adversaire sait déjà que l'on a cédé sur l'essentiel?
Médiocre, aussi, le rapport sur la neutralité. Certes, comme le Conseil fédéral, je considère que la neutralité n'est qu'un moyen au service d'un but. Encore faudrait-il que l'on s'entende sur le but, encore faudrait-il que l'on démontre que le moyen n'est plus adéquat, et non pas que l'on procède par a priori.
Mais la médiocrité apparaît à un autre point de vue. Qu'on le veuille ou non, c'est une question de fait: la neutralité est une partie de l'identité du pays. Or, lorsque l'on parle de l'identité d'un pays, on ne se permet pas le mépris, on ne se permet pas l'erreur, on ne se permet pas la contradiction. Ce sont précisément trois choses que l'on trouve dans le rapport du Conseil fédéral.
Le mépris, d'abord. Si vous lisez les pages 64 et 68 chiffres 23 et 33, respectivement, vous voyez qu'on a l'air d'assimiler la neutralité à une politique d'inaction et de fermeture. N'était-ce pas pourtant la neutralité qui a fait de nous un des pays qui a le plus de relations avec les autres pays du monde? On n'exprime pas un tel mépris à l'égard de l'identité. Ou bien encore, à la page 60, chiffre 14, ne dit-on pas que la neutralité a permis de «cultiver son petit jardin»? C'est peut-être bon pour l'éditorial d'un quotidien quelconque, ce n'est pas à trouver dans un rapport du Conseil fédéral.
Un rapport du Conseil fédéral sur la neutralité, identité du pays, ne doit pas contenir d'erreur non plus. Or, reprenez la page 60, chiffre 14. Quand le Conseil fédéral nous dit que la neutralité n'est plus nécessaire à la politique intérieure parce qu'il n'y a plus de vraie diversité ou de tensions culturelles et linguistiques, ignorerait-il donc que, depuis décembre 1992, il a fallu créer, dans ce Parlement, une Commission de la compréhension, qui vient de proposer vingt thèses pour essayer d'éviter les divergences semblerait-il croissantes entre les ethnies linguistiques; ou bien encore ignorerait-il combien, après les récentes votations, il y a de déclarations d'intolérance d'une partie du pays à l'égard de l'autre? Il vaudrait mieux que le Conseil fédéral regarde la réalité avant d'écrire des choses fausses qui concernent l'identité.
Contradiction, enfin: comment peut-on concevoir que dans l'introduction le Conseil fédéral puisse se déclarer convaincu que la politique de neutralité est encore, en ces temps troublés, un instrument important de notre politique de sécurité et préciser trente pages plus loin qu'en réalité, si des négociations s'ouvrent pour l'adhésion, la neutralité ne sera pas un sujet de négociation? S'il était convaincu de l'importance de la neutralité, il en ferait peut-être un préalable à toute négociation.

La sécurité du pays dépend de la crédibilité du Conseil fédéral. Pour recouvrer cette crédibilité, il importe qu'il modifie le contenu du rapport. C'est la raison pour laquelle je soutiendrai les demandes de renvoi.

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Der Bericht des Bundesrates enthält einige konstruktive Ansätze, wirft aber ebenso viele, wenn nicht mehr offene Fragen auf. Ich möchte mich in meinem Votum auf drei kritische Punkte zur Europapolitik konzentrieren.
1. Ende 1992 hat das Schweizervolk über den EWR abgestimmt. Ein gutes Jahr später, am 1. März 1994, droht der EWR, diese technokratische Seifenblase durch den Abschluss der EU-Verträge mit drei Efta-Staaten bereits zu platzen. Aus heutiger Sicht kann man mit grosser Wahrscheinlichkeit sagen, dass eigentlich nur noch drei Staaten in Frage kommen, nämlich Island, Liechtenstein und die Schweiz – eine Entwicklung, auf die ich bereits vor der Abstimmung über den EWR an diesem Pult hingewiesen habe. Dabei – da möchte ich Ihr Gedächtnis etwas auffrischen – hat man in der EWR-Kampagne darauf abgezielt, dem Volk diesen EWR als etwas Eigenständiges, als etwas von der EU Losgelöstes, als etwas Solides darzustellen. Heute müssen wir dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky zustimmen, der kürzlich am Fernsehen sagte, der EWR sei für sie «eine Aufwärmrunde».
Wir dürfen das Gedächtnis des Volkes in dieser Frage nicht unterschätzen. Mit Bezug auf den Bericht des Bundesrates würde ich sagen, dass er im Punkt «EWR als Option» bereits überholt ist, vor allem dann, wenn er vom EWR als von einer «ernsthaften Möglichkeit» spricht.
2. Der Bundesrat bezeichnet den EU-Beitritt als strategisches Ziel, das zum zweiten Mal. Wohlan! Dann hat er aber davon auszugehen, dass der Vertrag von Maastricht am 1. November 1993, also vor etwa fünf Monaten, in Kraft getreten ist. Dann hat der Bundesrat konsequenterweise in diesem Bericht dem Parlament und dem Volk zu sagen, was dieses Vertragswerk für die Schweiz bedeutet, zum Beispiel für unsere Währung, zum Beispiel für unsere Verteidigungspolitik, für unsere direktdemokratischen Institutionen und ganz allgemein für unsere Souveränität. Leider schweigt sich der Bericht des Bundesrates zu diesen absolut zentralen Fragen weitgehend aus. Der Bericht schafft daher in diesem Punkt nicht Klarheit, sondern Intransparenz.
Um Klartext zu sprechen: Wenn die EU auf dem Status von Maastricht mit dem zentralistischen Grossmachtgehabe verharrt, dann hat die Schweiz in einem solchen Gebilde nichts zu suchen! Ich bin überzeugt, dass ein solches Ansinnen in einer Abstimmung von Volk und Ständen vom Tisch gefegt würde.
3. Gerade im Zusammenhang mit der Frage um einen EU-Beitritt hat der Bericht des Bundesrates meines Erachtens eine Chance verpasst, indem er ein durchaus mögliches Szenario nicht aufgezeigt hat. Es gibt ernst zu nehmende Kenner der EU, die mit guten Gründen mittel- und langfristig eine Dezentralisierung der EU, eine Föderalisierung, eine Entwicklung der EU in Richtung eines Staatenbundes für möglich, ja sogar für wahrscheinlich erachten. Hier läge an sich eine echte Chance, um aufzuzeigen, dass eine solche Entwicklung jedenfalls die institutionellen Bedenken, die wir heute gegenüber dem Maastrichter Gebilde haben müssen, beseitigen oder zumindest abbauen könnte. Ich finde es schade, dass die Chance, den in unserem Land leider immer noch tiefen Graben zwischen Eurobefürwortern und Euroskeptikern zu überbrücken, nicht wahrgenommen wurde.

Pini Massimo (R, TI): Au sein de la Commission de la politique de sécurité du Conseil national, nous avons examiné ce rapport qui ne fait pas l'unanimité. Moi, je dois vous dire, Monsieur le Vice-président, Monsieur le Conseiller fédéral, Onorevole Signor Consigliere federale di lingua italiana – se fa parte ancora della Confederazione –, que j'avais exprimé de sérieux doutes sur ce rapport, car il me semble que nous ne pouvons pas parler de neutralité tout en acceptant des sanctions.
Celui qui vous parle ne peut pas avaler le fait que, dans le contexte d'une politique de neutralité, on veut parler de sanctions. Des sanctions qui, semble-t-il, émanent de l'ONU. J'étais pour l'ONU et le peuple suisse a dit non de façon extrêmement nette. Il faut donc être conséquent. Nous avons un non de la part du peuple concernant l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies et en même temps, plus papistes que le pape, nous appliquons les sanctions économiques. Vous savez très bien que les sanctions ne frappent pas la tête du chef de l'Etat qui est peut-être fautif, mais uniquement le peuple.
Moi, je suis contre et, de ce fait, je ne peux pas donner mon aval à ce rapport. Je ne veux pas le renvoyer au Conseil fédéral. Je m'abstiens, comme je l'ai fait à la Commission de la politique de sécurité, parce qu'un rapport sur la politique étrangère et sur la neutralité qui parle de sanctions n'est pas un rapport de neutralité. C'est le premier point. Le deuxième point concerne l'Union européenne. Vous savez toutes et tous que je suis un grand Européen, mais je suis aussi un grand fédéraliste. Or, en ce moment la confusion est totale. Il ne faut pas appuyer sur le champignon, Messieurs les Conseillers fédéraux. Malheureusement ou heureusement, la réalité fait que le peuple suisse est celui qu'il est en ce moment. Si nous sortons de cet aréopage et que nous demandons au peuple suisse: «Voulez-vous marcher en avant vers l'Union européenne, oui ou non?», il nous tue sur la place publique. Moi, comme maire, je serais tué ipso facto sur la place publique – il n'y en a pas tellement – de Biasca. Il est donc inutile de continuer à appuyer sur le champignon quand nous savons très bien que l'opinion publique du pays est tout simplement contre. Le problème, c'est d'avoir une approche beaucoup plus flexible, moins dogmatique, de faire comprendre avec beaucoup de patience à l'opinion publique suisse que l'Europe d'aujourd'hui n'est pas l'Europe de nos idées. Ce n'est pas l'Europe du fédéralisme; c'est une Europe en crise, mais dont nous ne pouvons pas nous séparer.
Ceci ne veut pas dire que nous pouvons mettre n'importe quel habit. Cela veut dire que le peuple suisse doit être renseigné au fur et à mesure sur l'évolution des faits et des réalités d'une Europe en marche. C'est dans ce sens que je vois finalement une participation dynamique. Il ne faut pas une participation figée, comme celle de la Suisse au Conseil de l'Europe, uniquement par le biais de la bureaucratie. L'Europe ne doit pas être bureaucratique. La politique est faite de psychologie, de petits gestes, de compréhension et aussi de renoncements.
Anche di rinunce, on. Sig. Consigliere federale; dobbiamo rinunciare a forzare il Paese a volere qualche cosa che suo malgrado non sente di poter ingoiare, digerire oggi – magari domani sì! Se a noi piace questa minestra, dobbiamo a poco a poco farla assaggiare e piacere alla nostra gente. Ma non possiamo ingozzare le persone con un cucchiaio: «Toh, mangia, che l'è bona!» Non possiamo, signori! Dobbiamo avere almeno quella flessibile sensibilità dell'approccio su di una problematica estremamente complessa in un momento di gravi difficoltà congiunturali!
Ieri sera mi ha fatto piacere la serietà dell'on. Peter Bircher, il quale ha detto: «Questo rapporto mi ha impressionato, è serio e competente.» E ho dovuto riconoscere la serietà, la competenza con cui è stato redatto questo rapporto da parte di alti funzionari, da parte di uomini politici. Ma non può convincere tutti, on. Mühlemann! Non può convincere tutti; nemmeno io sono convinto, perché io dico e ripeto: Eccellenza, un rapporto sulla neutralità riguardante, fra altro, l'accordo sulle sanzioni, io non lo posso accettare!

Stamm Luzi (R, AG): 1. Zu dem für mich positiven Teil dieses Berichts: Er geht davon aus, dass sich die Schweiz international mehr engagieren muss. Mit Konsternation habe ich in den letzten 30 Jahren miterlebt, wie die Nigerianer die Biafraner ausrotten konnten, wie in Uganda ein Bandit in Präsidentenuniform auftreten konnte, wie in Kambodscha ein Drittel der Bevölkerung ausgerottet wurde usw. Und die Haltung der Mächtigen in dieser Welt war: «Das ist ein Problem der Souveränität, die Staaten sind souverän, wir machen nichts.» Zum Glück ist diese Haltung in Änderung begriffen. Die Staaten haben eingesehen, dass es uns etwas angeht, was in der Welt läuft, dass die einzelnen Staaten nicht allein auf dieser Welt sind. Auch die Schweiz muss sich einbinden, z. B. auf dem Gebiet des Umweltschutzes, bei der Waffenkontrolle, aber

auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir müssen einerseits Wirtschaftsverträge abschliessen, wir müssen anderseits in der Welt draussen mehr von unserem Bruttosozialprodukt investieren als bisher. Das ist die positive Grundhaltung, die ich im Bericht entdeckt habe.
2. Der Teil, der in diesem Bericht fehlt: Es gibt Leute, die wollen diese von mir angesprochene internationale Problematik und diese skandalösen Wohlstandsunterschiede in unserer Welt dadurch lösen, dass sie mehr oder weniger bewusst einfach die Schweiz auf den Durchschnitt der Staaten hinunterwirtschaften wollen. Sie setzen sich z. B. zum Ziel, möglichst viele der Bedrängten auf dieser Welt in unser Land zu holen. Schauen Sie an, was unser Land in den letzten drei Jahren gemacht hat. Statt froh zu sein, dass in der Rezession über 200 000 Leute die Schweiz freiwillig verlassen haben, haben wir nichts Gescheiteres zu tun gewusst, als in nur drei Jahren etwa eine halbe Million Menschen (davon 372 000 Niedergelassene und Aufenthalter) zusätzlich bei uns aufzunehmen. Das hält keine Volkswirtschaft aus. Es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, dass wir international unser wirtschaftliches Niveau senken und gleichzeitig für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft – von den Rentnern bis zu den alleinerziehenden Müttern – eine wirtschaftlich gesunde Basis erhalten können. Das ist nicht möglich.
3. Ich will Ihnen ein Beispiel aus der Praxis erzählen: Der Stadtrat von Baden hatte seine Amtskollegen einer Schwesterstadt in Rumänien bei uns. Als ich den rumänischen Kollegen beiläufig erklärte, dass wir im Erziehungsheim Aarburg für Schwererziehbare 200 000 Franken pro Jahr und Zögling ausgeben, haben diese Leute die Welt nicht mehr verstanden. Sie erklärten, für 200 000 Franken könnten sie in Rumänien mehr als 200 Leute vollamtlich ein volles Jahr lang anstellen; sie könnten sie zum Beispiel in den schlimmen Spitälern mit aidskranken Kindern einsetzen und damit wirklich etwas Gutes tun. Sie warfen mir vor: «Wie kommt ihr dazu, Flüchtlinge in die Schweiz zu holen und mit solchen Kosten für diese Leute zu sorgen, wenn dieses Geld, im Ausland investiert, unendlich viel mehr Nutzen bringen würde?»
Die drei angesprochenen Punkte bewegen mich zu folgenden vier Forderungen, welche für unsere Aussenpolitik gelten sollten:
1. Wir müssen nicht die Neutralität abbauen, sondern wir müssen einen Teil der Souveränität abbauen. Wir müssen uns international einbinden, was allerdings nicht heisst, dass wir unbesehen internationalen Organisationen beitreten müssen.
2. Zur Aussenpolitik gehört dringend, dass wir eine Ausländerreglementierung einführen. Es gibt eine einfache Alternative: Entweder bleiben wir ein attraktives Land und die Leute wollen zu uns kommen – dann muss man die Zuwanderung regeln –; oder wir wirtschaften unser Land auf einen Durchschnitt hinunter, bei dem die Ausländer nicht mehr kommen wollen.
3. Betreffend Flüchtlingspolitik muss der Grundsatz gelten, dass wir so wenig Leute wie möglich hierher holen, weil unser Geld an Ort und Stelle viel, viel effizienter eingesetzt werden kann. Die Aids-Kinder in Rumänien, die Verhungernden im Sudan, die Minenopfer in Afghanistan usw. werden es Ihnen danken.
4. Das ist der wichtigste Punkt: Damit wir uns international engagieren können, ist eine gesunde wirtschaftliche Basis absolut unabdingbar. Wenn wir sie zugrunde richten, können wir nirgends mehr helfen. Ich bin der Meinung, wir sollten einerseits für wirtschaftlich optimale Verhältnisse sorgen und anderseits mehr Geld in der Welt draussen einsetzen. Es ist beschämend, dass das reichste Land der Welt einen so kleinen Bruchteil des Bruttosozialprodukts für die Hilfe für die Allerärmsten ausgibt.

Steinemann Walter (A, SG): Ich spreche zum Neutralitätsbericht. Die Schweiz ist das Land, welches die Neutralitätspolitik am längsten praktiziert. Nicht zuletzt dank dieser Politik wurde die politische Geschichte unseres Landes zu einer Geschichte der Freiheit. Freiheit und Selbstbestimmungswille, aber auch Solidarität und Rücksichtnahme galten bis anhin als feste Grössen in unserer Politik. Und das soll nun anders werden? Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa hätten Auswirkungen auf die dauernde Neutralität und seien eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion respektive für eine notwendige Anpassung in der Neutralitätsfrage, meint der Bundesrat in seiner Einleitung zum Bericht. Beim Lesen sträubten sich mir schon manchmal die Haare.
Aus der Glaubwürdigkeitsmaxime folgt, dass die Neutralitätspolitik das wichtigste Element der dauernden Neutralität darstellt. Erst diese füllt nämlich die dauernde Neutralität mit Sinn, und daran darf nicht herumgebastelt werden. Eine unparteiische Politik kann die Schweiz nur dann verfolgen, wenn sie nicht in fremdbestimmte Systeme eingegliedert ist, sondern ein Maximum an Unabhängigkeit und autonomer Entscheidungsgewalt aufweist. Für die Leistung Guter Dienste ist die Schweiz aufgrund ihres neutralen Status geradezu prädestiniert, schafft dieser doch die für Vermittlertätigkeiten notwendige Unbescholtenheit und Unparteilichkeit. Neutralität ist keineswegs mit Abseitsstehen gleichzusetzen. Darum ist auch der folgende Satz im Bericht so falsch und nicht akzeptabel: «Wer an der internationalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nicht teilnimmt, setzt sich der Gefahr der Isolierung und des Vorwurfs aus, ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer zu sein.» Das ist für mich nicht akzeptabel.
Die Schweiz hat keinerlei Solidaritätsdefizit. Um das Image unserer Aussenpolitiker zu fördern oder den Tatbeweis internationaler Solidarität zu erbringen, müssen wir beispielsweise der Uno, der wir gar nicht angehören, auch keine Blauhelmtruppen zur Verfügung stellen. Als Gastgeberin und Mittlerin für Friedensgespräche und mit unseren heute schon sehr grossen Leistungen auf verschiedensten Gebieten für die Uno und insbesondere für das IKRK, das beispielsweise zurzeit mit einem Grosseinsatz an Personal und Mitteln den Opfern des Krieges im zerfallenen Vielvölkerstaat Ex-Jugoslawien hilft, sowie mit der Katastrophenhilfe übernehmen wir seit Jahrzehnten die internationale Verantwortung für in Not geratene Menschen.
Der Bundesrat setzt weiter eine EU-Mitgliedschaft als Ziel und beurteilt die Aufrechterhaltung der Neutralität als möglich, schreibt aber zwei Abschnitte vorher im Bericht, dass unser Land dann bereit sein müsste, die Neutralität grundsätzlich zu überdenken. Das sind Ausführungen, die für mich nicht akzeptabel sind. Auch der angestrebte Uno-Beitritt – trotz einem Neinstimmenanteil von 76 Prozent bei der seinerzeitigen Volksabstimmung – ist mit unserer Neutralität keineswegs vereinbar. Da jede Parteilichkeit dem Grundprinzip der Neutralität widerspricht, kann es auch keine differenzierte Neutralität geben.
Insgesamt ist daher festzustellen, dass ein Beitritt zur Uno mit der dauernden Neutralität unvereinbar ist und dass es besonders auch keine halbe, mittlere oder modifizierte Neutralität geben kann. Es könnte sich dabei nur noch um eine Worthülse handeln. Dass die SPS die Neutralität aussenpolitisch als bedeutungslos bezeichnet und, wie sie ausführt, den Mythos der Neutralität zerstören will, empfinde ich als ungeheure Aussage und als absoluten Affront unseren Bürgern gegenüber. Gemäss einer kürzlich publizierten ETH-Untersuchung befürworten immerhin noch über 80 Prozent unserer Bevölkerung die Beibehaltung der Neutralität. Diese ist auch in ihrer Auslegung keinesfalls Eigentum der Classe politique, wie es schon gestern gesagt wurde. Sie ist geistig-moralische Verpflichtung, die der Schweiz von ihrer Gründung her aufgetragen ist. Die eigentliche Rechtfertigung findet unsere Neutralität darin, dass sie aus dem Ursprung und dem Wesen der Eidgenossenschaft selbst hervorgeht, und diese immerwährende Neutralität ist tief in den politischen Überzeugungen des Schweizervolks verwurzelt, da unser Volk in ihr auch das Mittel sieht, mit dem unser Land der Sache des Friedens am besten dienen kann.
Dieser Bericht muss zurückgewiesen werden.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich gehörte vor zwei Jahren zu jenen Ratsmitgliedern, die einen Beitritt der Schweiz zum EWR unterstützt hatten. Ich tat es aber ausschliesslich mit dem Ziel, dann nicht der EG beitreten zu müssen, also nach der Formel «EWR ja, EG nein». Der Souverän hat es anders gewollt. Er ging auf Distanz zu Brüssel, und er bekräftigte diese Distanz

auch am 20. Februar 1994 mit einem Nein zur Alpen-Initiative. Da kann unsere Ratspräsidentin von ihrem hohen Stuhl herab noch so sehr beteuern, das Ja zur Alpen-Initiative sei kein Nein zu Europa gewesen. Es war es trotzdem; wenigstens teilweise. Wer etwas anderes behauptet, der möge sich doch wieder einmal an irgendeinen Stammtisch im Lande setzen.
Doch zurück zum Bericht des Bundesrates. Ich bin und bleibe ein entschiedener Gegner des vom Bundesrat angestrebten Endziels. So entschieden, wie ich vor zwei Jahren das bundesrätliche Junktim «EWR gleich erster Schritt und Vorstufe zur EG» bekämpft habe, so entschieden widersetze ich mich heute der strategischen Zielsetzung des Bundesrates, unser Land als Vollmitglied in die EU zu führen. Mit dieser Zielsetzung verkennt der Bundesrat die innenpolitischen Realitäten. Die EU-Mitgliedschaft der Schweiz ist eine Illusion, und Illusionen kann ich nicht mittragen. Als Option, das heisst als eine im voraus nicht völlig auszuschliessende Variante, kann die EU-Mitgliedschaft meinetwegen im Raum stehengelassen werden, aber sicher nicht als strategisches Ziel. Deshalb kann und will ich diesen aussenpolitischen Bericht nicht einfach so zur Kenntnis nehmen. Kenntnisnahme heisst für mich, den Bundesrat weiter auf seiner realitätsfremden Marschroute laufen zu lassen, und das will ich nicht. Deshalb unterstütze ich den Antrag der Minderheit (Frey Walter).
Die EU-Mitgliedschaft muss als strategisches Ziel gestrichen und auf das Niveau einer gewöhnlichen Option hinuntergeholt werden. Was ist denn so attraktiv an dieser EU? Wenn wirtschaftspolitisch und finanziell angeschlagene Länder wie Schweden, Finnland usw. dort Anschluss begehren, ist das ihre Sache. Aber ob eine Union mit so hoher Arbeitslosigkeit, mit gescheitertem Währungssystem, mit desolatem Finanzzustand, mit einer demokratiefeindlichen Bürokratie das begehrte aussenpolitische Endziel unseres Landes sein soll, das möchte ich doch allen Ernstes bezweifeln. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der EU auf bilateralem Weg oder allenfalls über ein Assoziationsabkommen soll das aussenpolitische Ziel dieses Jahrzehnts sein. Das Ja zur Alpen-Initiative hat uns allerdings, wie bereits gesagt, auf diesem Weg etwas zurückgeworfen.
Schliesslich noch ein Wort zu einer eventuell doch noch nachzuholenden Mitwirkung im EWR. Als damaliger Befürworter des EWR-Vertrages sage ich dazu folgendes: Der EWR bleibt für mich eine Option. Aber als Ziel kann diese Option erst wieder in den Vordergrund gerückt werden, wenn Klarheit über folgende Fragen besteht:
1. Bleibt der EWR nach der Erweiterung der EU durch Schweden, Finnland usw. überhaupt bestehen? Das wissen wir erst, wenn die Volksabstimmungen in den betreffenden Ländern durchgeführt sind.
2. Welchen Erfolg bringen uns die bilateralen Verhandlungen mit der EU? Das weiss heute noch niemand. Spekulationen darüber bringen uns auch nicht weiter.
3. Die wohl zentralste Frage: Welche Vor- und Nachteile wird uns der am 6. Dezember 1992 vom Schweizervolk gewählte Alleingang bringen?
Erst wenn Klarheit über all diese Fragen besteht – was kaum vor Ablauf von zwei, drei Jahren der Fall sein wird-, wird sich weisen, ob die Option EWR in eine zweite Volksabstimmung ausmünden wird. Für heute aber kann die Devise nur lauten: Intensivierung der bilateralen Verhandlungen unter grösstmöglicher Offenhaltung jeglichen weiteren aussenpolitischen Handlungsspielraums.

Scheurer Rémy (L, NE): Une des grandes qualités du rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure réside dans la forte prise en compte de l'universalité des problèmes majeurs et des répercussions que peuvent avoir, jusqu'au pied de nos glaciers sublimes, les perturbations provoquées dans ce qui n'est pas encore un ordre mondial.
Les relations d'interdépendance entre pays, groupes de pays et continents sont désormais si diverses et si nombreuses que chacun des départements fédéraux doit traiter de questions importantes dans une perspective de politique étrangère. Même le Département fédéral de l'intérieur doit s'occuper d'affaires internationales.
Certes, le rapport du Conseil fédéral ne contient ni calendrier ni itinéraire. Mais pourquoi des calendriers quand nous ne sommes pas les seuls maîtres du temps? et à quoi bon des itinéraires quand les chemins sont encore à tracer? Pas de calendrier, pas d'itinéraire, mais par contre des principes généraux, clairs et essentiels. Mon voeu est qu'il existe au sein du Conseil fédéral, en guise de boussole, une volonté ferme et collégiale pour suivre sans dévier les directions ainsi tracées. L'incertitude de l'avenir n'exclut pas la clarté des propos. Nos partenaires doivent savoir qui nous sommes et ce que nous voulons.
Certains d'entre vous reprochent avec une farouche détermination au gouvernement de se fixer pour but l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne. Mais peut-on imaginer que la Suisse ne participe pas à la construction européenne? Où a-t-on pu lire dans ce rapport que le Conseil fédéral voulait faire adhérer notre pays à l'Union européenne telle qu'elle existe maintenant? L'Union européenne est en évolution et il n'est pas impossible que nous évoluions nous-mêmes. Les fossiles mêmes se modifient peu à peu!
Quant à la neutralité, elle n'a pas cessé d'être appliquée diversement tout au long de notre histoire. Pourquoi faudrait-il la figer dans des formes alors qu'il ne reste presque plus rien autour de nous de ce qui avait donné naissance à cette neutralité?
Aujourd'hui, nous n'avons pas à nous prononcer sur les voies et sur les moyens de notre politique extérieure, mais sur ses buts. Le Conseil fédéral a défini cinq objectifs et il est vrai que le maintien et la promotion de la sécurité et de la paix sont un objectif. En revanche, la neutralité peut être un moyen que les Suisses jugent bon, mais la neutralité ne saurait être un but, on n'est pas neutre par idéal.
Il est donc très significatif que ceux qui combattent jusqu'à l'idée d'un rapprochement avec l'Europe soient les mêmes qui font de la neutralité leur idéal identitaire. J'aimerais leur rappeler quelques phrases du professeur Dietrich Schindler: «La neutralité a eu pour effet d'éliminer les questions de politique extérieure de la vie politique suisse. Grâce à la neutralité, la vie politique de la Suisse a pu se concentrer presque entièrement sur la politique intérieure. La neutralité suisse est considérée, dans notre pays surtout, comme un moyen de protéger nos structures internes contre toute influence étrangère.»
Que nous le voulions ou non, nous ne pouvons plus continuer à abriter derrière la neutralité le vieillissement de nos structures internes. Notre salut n'est pas dans le terrier de la neutralité. Il est, comme le dit le Conseil fédéral, dans l'intériorisation des problèmes de politique étrangère. Nous nous sommes beaucoup observés nous-mêmes, nous avons beaucoup triturés nos problèmes domestiques, il nous faut désormais apprendre à plus et à mieux regarder vers l'extérieur.

Suter Marc (R, BE): Das Herzstück des aussenpolitischen Berichts ist das klare Ja des Bundesrates zur Schweiz und zu Europa. Ob man dies wahrhaben will oder nicht, die Schweiz befindet sich auf diesem Weg nach Europa. Aussenpolitik ist nicht zuletzt Interessenwahrung für die Schweiz. Das Ziel eines Beitritts der Schweiz zur EU ist daher – bei allen Vorbehalten – nur folgerichtig. Es beruht auf einer realistischen und pragmatischen Einschätzung unserer Interessen, aber auch unserer Kräfte und Möglichkeiten. Der Bundesrat bekennt sich in seinem Bericht zu einer weltoffenen und selbstbewussten Schweiz.
Mit dem Ziel der Integrationspolitik – Beitritt zur Europäischen Union – bin ich einverstanden und danke dem Bundesrat, dass er trotz viel Gegenwind zu seinen Überzeugungen steht.
Allen hier im Nationalrat, die viel Schlechtes mit Europa verbinden, möchte ich in Erinnerung rufen, dass «Europa» nicht bloss ein geographischer Begriff ist, sondern eine bereichernde Idee. «Europa» ist vor allem der Wille zur Freiheit. «Europa» ist auch Hoffnung auf Friede und Sicherheit, auf Wohlstand, auf Vielfalt in Kultur und Wissenschaft. «Europa» ist auch die Bereitschaft zum Ausgleich zwischen Arm und Reich und zur gemeinsamen Lösung der Gegenwartsprobleme. Die Europäische Union ist daher mehr als ein wirtschaftlicher Zu-

sammenschluss. Sie ist Fixpunkt der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas. Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und auch Norwegen – alles selbstbewusste und starke Staaten – unterstreicht die Kraft und Dynamik der EU.
Die Geschichte wird die Schweiz schneller zur Insel machen, als es manchem hier im Saal lieb ist. Der Bundesrat hat diese Gefahr erkannt und glaubt zu Recht weder an den Erfolg des Alleingangs noch an die Chancen des Abseitsstehens.
Die Schweiz ist ein kleines Land. Bruchlinien und Gräben kreuz und quer können wir uns nicht leisten. Wollen wir in der Aussenpolitik erfolgreich sein, müssen wir uns bei allen Unterschieden zu Einigungen zusammenraufen. Gegner und Befürworter der Integration sollten nicht ihre Differenzen zelebrieren, sondern sich fragen, wo Übereinstimmung herrscht, wo alle Befürworter und Gegner, denen die Schweiz am Herzen liegt, am gleichen Strick ziehen können.
Die grosse Mehrheit des Schweizervolkes erwartet diesen Willen zum Konsens. Ein Brückenschlag ist beispielsweise möglich in der Unterstützung für erfolgreiche bilaterale Verhandlungen oder in einer offenen Kommunikation zwischen Brüssel und Bern oder im Einsatz für die eminent wichtige Annahme des Gatt.
Glauben Sie mir, auch wir «Europäer» sehen, dass die Europäische Union viele Mängel hat, verbesserungsbedürftig ist und ihre Form und Architektur noch nicht gefunden hat. Warum nicht gemeinsam gute Ideen und Traditionen in das europäische Haus einbringen? Warum nicht zum Föderalismus, zum Umwelt- und Alpenschutz, zum Freihandel, zum Umgang mit Minderheiten einen gescheiten Beitrag leisten, warum nicht mittragen und mitgestalten, anstatt es besser zu wissen und abseits zu stehen? Könnten wir uns nicht auf dieser Ebene finden? Auch wenn sich unsere Ziele unterscheiden, können wir viele Wege miteinander gehen. Zu diesem Dialog sind wir «Europäer» bereit.

Rutishauser Paul (V, TG): Ich strebe keinen EU-Beitritt an, deshalb bin ich mit einigen Schlussfolgerungen des Bundesrates nicht voll einverstanden. Trotzdem nehme ich diesen Bericht zur Kenntnis. Ich stimme keinem der Rückweisungsanträge zu, möchte aber meine Bedenken anmelden.
Die Bedeutung der bilateralen Verhandlungen als erste Priorität kommt im Bericht zu kurz. Nach der Ablehnung des EWR und der Annahme der Alpen-Initiative sowie angesichts der zu befürchtenden Auswirkungen des Gatt sind vor allem wir Bauern nicht in einer komfortablen Lage. Wir werden wegen erhöhten Importen und kleineren Exportmöglichkeiten Marktanteile verlieren. Wir brauchen dringend einen besseren Zutritt zu den europäischen Märkten, deshalb sind bilaterale Verhandlungen über Marktzutritt und Harmonisierung von grösster Dringlichkeit. Der autonome Nachvollzug von EU-Richtlinien in verschiedenen Bereichen ist notwendig. Das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen sollte nach Möglichkeit dem entsprechen, was in den EWR-Verhandlungen ausgehandelt wurde. Es sollte mit allen Mitteln versucht werden zu verhindern, dass wir von der EU in den Drittlandstatus gedrängt werden. Wir haben den Eindruck, dass die Gründe für den mangelnden Fortschritt in den bilateralen Verhandlungen nicht nur in Brüssel, sondern auch in Bern liegen.
Mit der Offenhaltung der Option für einen eventuellen späteren EU-Beitritt kann ich mich einverstanden erklären. Ich erwarte aber vom Bundesrat, dass er vorerst alles daransetzt, auf bilateralem Weg Resultate zu erreichen. Wir dürfen nicht laufend Vorleistungen erbringen und Konzessionen machen, ohne konkrete Gegenleistungen zu erhalten.

Misteli Marguerite (G, SO): Die OECD-Staaten verfügen mit knapp 15 Prozent der Weltbevölkerung über etwas mehr als 75 Prozent des Welteinkommens. Die sogenannte Dritte Welt kommt mit ungefähr 75 Prozent der Weltbevölkerung gerade noch knapp auf 20 Prozent des Welteinkommens. Die Schweiz ist eines der reichsten, wenn nicht das reichste Land der Welt. Wir weisen ein fast zwanzigmal grösseres Volkseinkommen aus, als es unserem Anteil an der Weltbevölkerung entsprechen würde. Das Fernsehen hat unseren materiellen Wohlstand bis in die ärmsten Länder bekannt gemacht. Die armen Leute und ihre Regierungen fordern heute einen Teil des Wohlstandskuchens. Als Industrieland des Nordens haben wir Ressourcen, welche der ganzen Menschheit gehören, unverhältnismässig übernutzt. Trotzdem haben wir jahrzehntelang, jahrhundertelang unser Entwicklungsmodell mit aller Aggressivität in die Länder des Südens exportiert, ohne uns dabei Rechenschaft zu geben, dass unsere Lebensgrundlagen dem Raubbau einer Entwicklung zu einer Industrie- und Konsumgesellschaft nach diesem Muster für weitere 75 Prozent der Weltbevölkerung nicht standhalten würden. Das Nord-Süd-Gefälle mit den daraus resultierenden Konflikten wie Verelendung, Unruhen, Kriegen, Migrationsdruck, Umweltzerstörung usw. ist deshalb einer der Faktoren, welche in Zukunft unsere Aussenpolitik stärker bestimmen müssen.
Andererseits bescherte das System der freien Marktwirtschaft der schweizerischen Bevölkerung zwar einen weltweit einmaligen materiellen Wohlstand, unterwarf aber in der Konsequenz die Beziehungen zwischen den Menschen sowie der Menschen zu ihrem Lebensraum ebenfalls den Marktgesetzen. Auch in der Schweiz ist der Mensch zum blossen Kostenfaktor degradiert, welcher entsprechend den Gewinnaussichten an einem beliebigen Ort einsetzbar ist oder entlassen wird. Die Angst vor sozialem Abstieg, vor Verlust des heutigen Besitzstandes für einen grossen Teil der schweizerischen Bevölkerung ist für mich die zweite wichtige Rahmenbedingung für die schweizerische Aussenpolitik, für die schweizerische Weltinnenpolitik.
Mit der heutigen Globalisierung und Vernetzung der Wirtschaft in den Händen von wenigen transnationalen Konzernen, Finanzinstitutionen und Medien ist auch unsere innere Sicherheit nicht mehr ohne Engagement für eine weltweite menschliche Sicherheit, ohne verstärktes Engagement in der Sicherstellung der elementaren Grundbedürfnisse für die ganze Weltbevölkerung möglich. Das bedeutet, dass das inzwischen ein wenig aus der Mode gekommene Wort «Solidarität» mehr Gewicht bekommen muss, innerhalb der Schweiz und für die Schweiz gegenüber der Welt, und dass die Schweiz ein verstärktes Engagement in der Uno und in anderen internationalen Organisationen für die weltweite menschliche Sicherheit entfalten muss. Dazu muss die Schweizer Regierung unsere Wirtschaft und unsere Banken wieder stärker in die Verantwortung nehmen und in einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung über die Zusammenhänge und Auswirkungen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik treten. Die Grundaussage des Bundesrates, dass die eigene Interessenwahrung nicht nur Ziel und Mittel, sondern Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischer Aktivität sei, ist zu kurzsichtig, ja sie gefährdet eben unsere so hoch gelobte innere Sicherheit.
Ich erwarte einen stärkeren Einsatz des Bundesrates für die sogenannte «global human security» und hätte den aussenpolitischen Bericht gerne gemeinsam mit dem Nord-Süd-Leitbild diskutiert – und nicht abgekoppelt davon, wie der Norden eben den Süden des öftern abkoppelt.
Herr Bundesrat Cotti, können Sie uns sagen, wann das Nord-Süd-Leitbild erscheint? Ohne konkrete Aussagen, wie sich die Schweiz im Nord-Süd-Konflikt verstärkt engagieren will, ist für mich der Bericht zur Aussenpolitik in den neunziger Jahren unvollständig.

Keller Anton (C, AG): Die Neutralitätsfrage erscheint zwar in diesem Bericht nur als Anhang. In Tat und Wahrheit steht sie aber im Zentrum aller aussenpolitischen Überlegungen.
Die Neutralitätspolitik hat beigetragen, die Schweiz stabil zu machen. Die Neutralitätspolitik ist es aber auch, welche die Schweiz heute unbeweglich machen kann. Nach unserer Auffassung ist die Neutralität zwar nur das Mittel der Aussenpolitik; aber im historischen Bewusstsein des Schweizervolkes ist sie weit mehr, entzieht sie sich einer bloss sachlichen Beurteilung. Denn nach der Einschätzung vieler Generationen verdankt die Schweiz ihre Verschonung vor Kriegen der Neutralität. Sie müssen bedenken: Die Schweiz war in den letzten 500 Jahren nur während fünf Jahren von einem Feind besetzt. Dies schafft eine emotional starke Anhänglichkeit – das ist eine

politische Einflussgrösse, die man keineswegs vernachlässigen darf.
Kann man aber heute ein für allemal festschreiben lassen, dass wir die Neutralitätspolitik in der Zukunft nie ändern wollen, wie immer sich auch die Welt um uns herum ändern wird? Das kann man nicht; das wäre nicht nur illusionär, das wäre anmassend! Was wir sagen können, ist dies – auch der Bericht sagt es –: dass wir auf jeden Fall eine Aussenpolitik verfolgen, die uns aus Kriegen heraushält, dass wir die Neutralitätspolitik anpassen, wo unser Interesse und das Interesse der Völkergemeinschaft es gebieten, und dass wir die Neutralität in ihrer Kernsubstanz nicht aufgeben wollen, bevor wir etwas Besseres gefunden haben.
Aber Neutralität als etwas Absolutes sehen hiesse unseren aussenpolitischen Spielraum massiv einengen. Und gerade das kann heute und in der Zukunft nicht im Interesse unseres Landes sein. Denn nichts ist so richtig wie der Satz auf Seite 20 des Berichts. Man sollte ihn in die Schullesebücher aufnehmen und auswendig lernen. Er lautet: «Sicherheit und Frieden sind unteilbar, d. h., es gibt keine dauerhafte Sicherheit für die Schweiz, wenn nicht auch das europäische Umfeld Sicherheit geniesst, und es gibt keine dauerhafte Sicherheit für Europa in einer unsicheren Welt.» In dieser Formel liegt die Notwendigkeit der Oeffnung begründet. Es ist eine Absage an den Irrglauben, dass für die Schweiz alles gut werden kann, wenn sie nur neutral ist. Zwar werden wir auch in Zukunft selber definieren, was wir unter unserer Neutralität verstehen, aber wir müssen es so tun, dass nicht nur wir unsere Neutralität verstehen, sondern auch die andern. Denn welche Schutzwirkung hätte die Neutralität sonst noch als die eines nationalen Feigenblatts, welches die Blösse unserer Egozentrik zudecken soll?
Die Zeichnung der Neutralitätspolitik als eines beweglichen Instrumentes, wie sie der Bundesrat in seinem Bericht vorgenommen hat, findet meine Zustimmung.

Comby Bernard (R, VS): Un peu plus d'un an après le fameux vote du 6 décembre 1992, la Suisse cherche encore la nouvelle voie à suivre pour vivre avec les Européens au coeur de l'Europe. Pendant ce temps, nonobstant la crise économique et les difficultés structurelles et financières, malgré tous ses détracteurs, l'Europe continue sa patiente construction. Je cite le marché unique, le Traité de Maastricht, l'Espace économique européen, et l'adhésion prochaine de l'Autriche, de la Finlande et de la Suède à l'Union européenne.
Dans ce même laps de temps, la Suisse, pays qui fut l'image de la solidarité fédéraliste, de l'humanisme international, de l'harmonie consensuelle entre plusieurs langues, plusieurs religions et plusieurs cultures, ne parvient pas à trouver la voie du compromis pour s'intégrer à ce grand projet mobilisateur, à cette belle oeuvre de paix, de solidarité et de progrès.
La question qui se pose, face à ce constat, n'est pas que technique, structurelle ou politique. Elle est d'abord culturelle, au sens large du terme. Elle touche en effet à l'identité même de la Suisse, à sa capacité de retrouver le sens de l'intérêt général – qui n'a rien à voir, bien sûr, avec l'addition des intérêts particuliers – et à la volonté de participer à un large débat démocratique à l'échelle du continent.
Située au coeur d'une Europe organisée et structurée, la Suisse n'a aucun avenir scientifique, politique et culturel en dehors de cette communauté. A l'instar du Conseil fédéral, nous pouvons dire que l'adhésion à l'Union européenne est donc la seule perspective viable à long terme pour notre pays, au sein d'une Europe qui doit impérativement devenir plus démocratique et plus fédéraliste. Un projet de constitution européenne est actuellement à l'étude. La Suisse pourrait par exemple y apporter une contribution originale. En dehors de cette voie, la Suisse est condamnée à l'isolement.
Le vote négatif du 6 décembre 1992 et l'acceptation, le 20 février 1994, de l'initiative des Alpes contribuent à développer une politique de «réduit national» dommageable à l'avenir de notre pays. Les conséquences de l'acceptation de l'initiative des Alpes sont négatives à un double titre.
Sur le plan intérieur, d'abord, elles se traduisent par une aggravation du fossé qui sépare la Suisse romande de la Suisse alémanique. Ce n'est pas en pratiquant la politique de l'autruche, en occultant la crise, que l'on va résoudre ce genre de problème. L'analyse de cette délicate problématique requiert bien sûr de la lucidité et du courage dans le but de renforcer la cohésion nationale.
Ensuite, sur le plan international, les conséquences négatives se manifestent par un nouvel isolement de la Suisse sur la scène européenne en provoquant l'ire des transporteurs européens et en rendant plus difficiles encore les impossibles négociations bilatérales.
Dans ces conditions, le processus d'adhésion à l'Union européenne aurait le double avantage de renforcer la cohésion interne de la Suisse multilingue et pluriculturelle en pratiquant une politique européenne digne de ce nom. Paradoxalement, la Suisse pourrait en quelque sorte panser ses blessures internes en s'ouvrant davantage à l'Europe communautaire. Le modèle helvétique de la cohabitation pacifique de diverses langues, religions et cultures sur un territoire exigu ne serait plus une coquille vide. L'intégration de la Suisse à l'Europe doit constituer l'une des priorités majeures de la politique helvétique durant ces prochaines années.
Pour conclure, j'aimerais poser deux questions, sous forme de voeu. Je pense que, dans cette période transitoire, nous devons insister tout d'abord sur la nécessité d'offrir à l'agriculture et à la viticulture des moyens efficaces de s'adapter aux changements et, d'autre part, que nous devons insister aussi sur la nécessité de promouvoir la coopération transfrontalière en donnant aux régions frontières, qui sont de véritables passerelles naturelles sur le chemin européen, les moyens de mener une politique plus dynamique dans l'intérêt de l'ensemble du pays, en participant plus activement au programme Interreg par exemple, mais aussi aux programmes européens de recherche et de formation.
Je conclus en saluant le rapport du Conseil fédéral et en vous invitant à en prendre acte de manière positive.

Borradori Marco (D, TI): Se qualcuno si aspettava d'intravedere in questo rapporto un ripensamento, un riorientamento della nostra politica estera, sarà rimasto deluso. Il documento parla un'unica lingua, peraltro assai chiara. L'obiettivo finale del Governo rimane la piena integrazione nell'Unione europea. Questo a dispetto della volontà popolare che ha bocciato lo Spazio economico europeo e che dunque, a maggior ragione, non può essere d'accordo di integrarsi in un'Europa fatisciente, centralistica e antidemocratica.
Il recente schiaffo dato indirettamente all'Europa dal popolo svizzero con l'accettazione dell'iniziativa delle Alpi ne è solo un'ulteriore conferma. Il rapporto, già per questo, manca di credibilità. Inoltre denota delle importanti lacune. Le considerazioni relative ai negoziati bilaterali sono stringate, scarne e poco convincenti. Eppure, la strada indicata dal Sovrano con il suo voto del 6 dicembre 1992 andava proprio in direzione di un approfondimento degli accordi bilaterali. Ancora una volta sembra quasi che la votazione sullo Spazio economico europeo non sia mai avvenuta.
L'affermazione secondo cui il Consiglio federale intende impegnarsi seriamente negli accordi bilaterali non è dal canto suo credibile, già per il fatto che il Governo stesso sottolinea che, qualora i negoziati bilaterali dovessero fallire, sarebbe indispensabile entrare a far parte dello Spazio economico europeo o dell'Unione europea.
Ora, se ci sediamo al tavolo dei negoziati con questi presupposti e con questa motivazione, è chiaro che le trattative bilaterali non potranno che fallire, con grande gioia di chi pregusta, di chi prefigura già l'integrazione. Il tutto ha un po' l'amaro sapore dell'alibi, del capro espiatorio che ci si sta preoccupando di confezionare con largo anticipo per coprirsi un domani le spalle.
Nel rapporto si cerca poi, invano, una spiegazione logica che renda perlomeno plausibile perché mai dopo il «no» allo Spazio economico europeo si dovrebbe ora fare rotta verso l'Unione europea. La questione non mi sembra così irrilevante. Non fosse altro che per un doveroso rispetto nei confronti del voto espresso il 6 dicembre 1992, uno sforzo del Governo in questa direzione si imponeva. Invece niente. Volontà del Sovrano come «optional» di cui non è assolutamente necessario tenere conto? Sembrerebbe di sì.

L'insistenza con cui si focalizza la piena integrazione europea quale obiettivo è in ogni caso così marcata e penetrante da apparire come una vera e propria sfida alla volontà popolare.
Altrettanto sconcertante è la prospettiva di un avvicinamento all'ONU. La votazione popolare in merito ha avuto un esito che raramente è stato così netto e inequivocabile. Tre cittadini su quattro si sono pronunciati contro l'adesione e hanno con ciò manifestato la loro chiara volontà di tenersi alla larga da un'organizzazione di stampo centralistico e burocratico, retta da pochi Paesi potenti.
In virtù della sua neutralità e della sua tradizione, il nostro Paese ha potuto e potrà svolgere una politica di pace attiva ineguagliabile, anche stando al di fuori dell'ONU.
Il Consiglio federale manifesta inoltre la sua esplicita volontà di sopprimere a tappe la neutralità, di svuotarla dei suoi contenuti, riducendola all'ombra di se stessa, a inutile suppellettile che si può mettere da parte. E questo proprio oggi, in un periodo in cui più che mai il quadro strategico e bellico esistente all'interno del teatro europeo è caratterizzato da una profonda incertezza e da una pericolosa insicurezza.
Il fatto che il documento schiacci l'acceleratore verso l'integrazione europea dà in definitiva l'impressione che si voglia effettuare la classica fuga in avanti. Fallito il bersaglio piccolo, lo Spazio economico europeo, tentiamo ora con il bersaglio grosso, l'Unione europea. In altri termini: facciamo entrare dalla finestra ciò che il popolo ha buttato fuori dalla porta. Un atteggiamento inaccettabile che ci obbliga a respingere il rapporto.
Per essere credibile, il nostro Governo dovrebbe invece proporre una nuova politica europea della Svizzera, rispettosa della volontà popolare e il cui filo conduttore non sia accondiscendenza nei confronti dell'Unione europea, bensì apertura pragmatica e puntuale che continui a garantire al nostro Paese sovranità, indipendenza e neutralità.

Bührer Gerold (R, SH): Ich erachte den bundesrätlichen Bericht zur Aussenpolitik als eine wertvolle und umfassende Auslegeordnung. Er gewährt auch die notwendige Transparenz.
Ich möchte mich auf einige Ausführungen zur Neutralitätspolitik beschränken, weil hier – so meine ich –, losgelöst vom zweifellos stark mit Emotionen besetzten Mythos der Neutralität, Fragen zur Lagebeurteilung, zur Konsistenz und zu den Zielsetzungen des Bundesrates gestellt werden müssen. Es handelt sich nicht einfach um ein Instrument, sondern – wie die Geschichte gezeigt hat – um das zentrale Instrument nicht nur der Aussen- und Sicherheitspolitik, sondern auch der Innenpolitik, mit erheblich positiven Auswirkungen auf unsere Wohlfahrt.
Unser Status der dauernden Neutralität ist denn, wie wir wissen, auch nicht so einfach – und in bezug auf die integrationspolitische Frage schon gar nicht – vergleichbar mit der Neutralität anderer Länder in Europa. Können, sollen wir den Begriff der Neutralitätspolitik derart relativieren, dass er – wie der Bundesrat z. B. auf Seite 59 schreibt – zu einem «wandelbaren Mittel zur Interessenwahrung» wird? Als ein engagierter Befürworter des EWR, aber auch so entschiedener Gegner eines Automatismus bezüglich der Maastrichter Verträgen – und zwar nicht nur aus ökonomischen, sondern vor allem aus staatspolitischen Gründen – bin ich sehr überrascht, wie der Bundesrat diese neutralitätspolitische Frage zu relativieren scheint, so weit zu relativieren scheint, dass sie nicht frei von offenkundigen Widersprüchlichkeiten ist.
Wo man in bezug auf die Frage der ökonomischen Vor- und Nachteile eines Beitrittes zur Europäischen Union auch immer steht: Mir scheint die Ausführung höchst fragwürdig, dass die Neutralitätsfrage nicht einmal ein Verhandlungsgegenstand sein soll. Ich glaube, die Grundfesten der Neutralitätspolitik und das Verständnis der Neutralität im In- und Ausland lassen es nicht zu, dass diese Frage an derart kurzfristigem Zeitgeist orientiert abgehandelt wird. Meines Erachtens jedenfalls genügen die Hinweise auf die Beanspruchung der Bandbreite in der Neutralitätspolitik in den dreissiger Jahren oder in anderen Perioden dieses Jahrhunderts nicht, um eine derart starke Beschränkung des Stellenwertes der Neutralitätspolitik in Kauf zu nehmen. Ich glaube, dass gerade die Neutralitätspolitik in einer Phase des Umbruchs und der zunehmenden Instabilität eine ideale Basis ist, um unsere traditionelle Rolle der Zurverfügungstellung der Guten Dienste und der Solidarität mit der Welt aktiv wahrzunehmen. Ich teile von daher die Auffassung nicht, dass der Status der strikten oder relativ strikten Neutralität unsere Möglichkeiten in diesen Bereichen der Aussenpolitik einschränke.
Wenn schon festgehalten wird, dass uns der Status der Neutralität einen grossen politischen Handlungsspielraum gewähre, dann scheint es mir nicht logisch, ebendiesen Status über Gebühr zu relativieren. Wenn der Bundesrat schon schreibt, dass die sicherheits- und die verteidigungspolitische Finalität durch ein beitrittswilliges Land mitzutragen sei, dann scheint mir, dass der Gehalt der Neutralität durch einen solchen Beitritt eben tangiert wird.
Auch in der innenpolitischen Dimension, die im Bericht mehrfach angesprochen wird, glaube ich nicht, dass wir angesichts der sprachlichen und kulturellen Vielfalt die innenpolitische Dimension einer zunehmenden Aufweichung der Neutralitätspolitik einfach unter den Tisch wischen können. Ich glaube, dass gerade auch in bezug auf die innenpolitische Akzeptanz aussenpolitischen Handelns und der Integrationspolitik eine glaubwürdige Neutralität von eminenter Bedeutung ist. Ich komme zum Schluss:
1. Ich bin der Auffassung, dass der Bundesrat die verschiedenen integrationspolitischen Varianten als Optionen weiter ernsthaft prüfen und bearbeiten soll. Ich bin hingegen nicht der Auffassung, dass jetzt schon ein Szenario als übergeordnete Zielsetzung festgelegt werden muss.
2. Die Neutralitätspolitik soll aus innen- und aussenpolitischen Gründen auch bei weiteren integrationspolitischen Schritten voll gewahrt werden.
3. Mir scheint, dass die Neutralität gerade in einem Umfeld erhöhter Instabilität als ideale Basis für die traditionelle Rolle unseres Landes zugunsten von Humanität und Menschenrechten aktiv genutzt werden soll.
Ich nehme vom Bericht des Bundesrates Kenntnis, aber nur mit klaren Vorbehalten zu den neutralitäts- und europapolitischen Ausführungen.

Dünki Max (U, ZH): Ich spreche zum Kapitel 413, Förderung der Wohlfahrt. In seinem Bericht weist der Bundesrat nur ganz kurz auf die Wichtigkeit des Gatt-Abkommens hin, indem er auf Seite 34 schreibt: «Auf globaler Ebene bildet der Abschluss der Uruguay-Runde mit substantiellen Verhandlungsergebnissen ein zentrales wohlfahrtspolitisches Anliegen der Schweiz. Ein gestärkter Gatt-Rahmen .... würde u. a. dazu beitragen, unsere Beziehungen zu den ausserhalb Europas entstehenden regionalen Wirtschaftsräumen offenzuhalten.»
Der Bundesrat verspricht, sich künftig für einen weiteren Ausbau des Gatt-Regelwerkes einzusetzen. Das finde ich klug und vernünftig. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde haben wir eine wichtige Schlacht gewonnen, aber noch keinen Sieg erreicht. Die Uruguay-Runde ist ein beachtlicher Erfolg, aber kein Ersatz für eine schweizerische Europapolitik. Ich bezeichne das Gatt als aussenwirtschaftliches Auffangnetz für die Schweiz. Das Abkommen stärkt die Stellung der Schweiz sowohl im aussereuropäischen Bereich als auch in Europa selbst. Es muss aber betont werden, dass die neu ausgehandelten Spielregeln im allgemeinen doch viel weniger weit gehen als etwa die auf die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes gerichteten Regelungen der EU beziehungsweise des EWR. In diesem Sinne vermag das Gatt-Abkommen nicht die aktive Beteiligung der Schweiz am europäischen Binnenmarkt zu ersetzen. Trotz Gatt ist die Schweiz nach wie vor keine Anwärterin für einen Alleingang. Auch die vehementen Gegner der bundesrätlichen Europapolitik sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Schweiz keine Insel ist, sondern in einer nicht rückgängig zu machenden Weise vor allem mit Westeuropa, aber auch mit der übrigen Welt wirtschaftlich, kulturell, historisch und politisch verbunden ist. Wir können und dürfen in unserem Land nicht die Vorgänge in Europa nur passiv nachvollziehen. Im wohlverstandenen Eigeninteresse müssen wir versuchen, sie aktiv mitzugestalten. Ein aussenwirtschaftlicher Alleingang ist für die Schweiz keine Op-

tion. Die Zugehörigkeit zum Gatt allein vermag das heutige Wohlstandsniveau nicht zu sichern. Weitergehende Schritte in Richtung Europa sind unumgänglich. Wenn uns dies in den neunziger Jahren nicht gelingt, riskieren wir hohe Wohlstandsverluste.
Kurzfristig sind wir aus innenpolitischen Gründen gezwungen, mit der EU bilaterale sektorielle Verhandlungen zu führen. Als Angestelltenvertreter sind aber für mich Abkommen, die nur sektoriell die wirtschaftlichen und nicht auch die allgemein sozialpolitischen Aspekte berücksichtigen, nicht akzeptabel. Sektorielle bilaterale Abkommen werden von den Angestellten im Gesamtzusammenhang auch daran gemessen, wie sie die soziale Dimension beeinflussen beziehungsweise sichern. Sie dürfen die Option EWR- oder EU-Beteiligung der Schweiz in keiner Weise beeinträchtigen. Gerne hoffe ich, dass der Bundesrat und seine Vertreter in Brüssel sich dieser grossen Verantwortung bewusst sind.
Ich teile die Auffassung des Bundesrates, dass aus wirtschaftlichen, sozialen, sicherheits- und gesellschaftspolitischen Erwägungen längerfristig nur eine volle Beteiligung der Schweiz an der EU in Frage kommt. Die Schweiz soll ihre Einflussmöglichkeiten auf die definitive Ausgestaltung einer föderalistischen und demokratischen EU rechtzeitig sichern und wahrnehmen. Alles andere wäre langsamer Selbstmord. Ich bin davon überzeugt, dass auf globaler Ebene die Schweiz ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auch durch den Beitritt zur Uno konsolidieren muss, nachdem sie bereits dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank angehört.
Persönlich bin ich vom hervorragenden Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik befriedigt. Ich finde darin realistische Überlegungen, die ich im grossen und ganzen teilen kann. Beim Bericht handelt es sich um Zielvorgaben, die im wohlverstandenen Interesse unseres Landes liegen. Ich nehme von der Fleissarbeit des Bundesrates und der Verwaltung zustimmend Kenntnis.

Scherrer Werner (–, BE): Als Vertreter der Eidgenössischen Demokratischen Union möchte ich in aller Deutlichkeit bekunden, dass ich mit dem vorliegenden Bericht des Bundesrates über die zukünftige Aussenpolitik nicht einverstanden bin und deshalb auch alle Rückweisungsanträge unterstützen werde. Trotzdem möchte ich dem Bundesrat für die übersichtliche Aufgliederung, seine Beurteilung der Lage und die klare Darlegung der Perspektiven danken.
Wie einige meiner Vorredner lehne ich den Beitritt zur EU als strategisches Ziel unserer Integrationspolitik ab. Wir würden uns verkaufen und uns unter eine wenig demokratische, eher diktatorisch auftretende Zentralgewalt in Brüssel unterwerfen, und wir müssten wesentliche Volksrechte aufgeben. Wie die Diskussion zeigt, sind gewisse Parlamentarier bereit, aus finanziellen und ideologischen Gründen Seele und Herz unseres Vaterlandes zugunsten von multinationalen Kräften nachhaltig zu schädigen.
Die im Zeitplan bis 1995 vorgesehenen bilateralen Verhandlungen werden halbherzig angegangen. Sie werden vom Bundesrat eigentlich nur als Mittel zum Zweck eines späteren EU-Beitrittes geführt. Als besonders bedenklich ist auch zu werten, dass der Bundesrat den Neutralitätsbegriff neu definiert und seine Bedeutung stark herunterspielt. Angesichts der gegenwärtig unsicheren politischen Lage und der Gefahr von unberechenbaren Entwicklungen besteht kein Anlass, die bewährte Neutralitätspolitik in Zweifel zu ziehen oder von ihr abzugehen. Sie ist weder Mittel zum Zweck, noch ein simples Instrument, noch gehört sie in die Gerümpelkammer, wie jemand in diesem Rat despektierlich meinte.
Ich und die EDU sind mehr als besorgt über die Politik des Bundesrates, beunruhigt auch über die tiefgreifende Spaltung unseres Volkes in dieser zentralen Frage. Insbesondere lehne ich auch die im Bericht und hier im Rat geäusserte Absicht ab, dem widerspenstigen Volk den EU-Beitritt schmackhaft zu machen. Nach Kollege Mühlemann hätte dieses Volk einen pädagogisch-politischen Effort nötig, also eine Art Nachhilfeunterricht. Verkaufen Sie doch bitte unser Volk nicht für derart dumm und naiv! Der Versuch, ihm die angeblichen aussenpolitischen Wahrheiten beizubringen, wird ganz bestimmt wiederum Schiffbruch erleiden. Die Liebe zur Heimat und zu deren Unabhängigkeit ist keineswegs eine Mythologisierung oder eine populistische Betrachtungsweise. Wir sind offen für eine föderalistische Zusammenarbeit und Mitarbeit mit anderen Staaten in Europa, aber auch der ganzen Welt. Wir wollen jedoch frei bleiben, wie unsere Väter und Vorväter waren.
Wir werden uns mit allen demokratischen Mitteln und Möglichkeiten zu wehren wissen: einmal gegen die einseitige Medienkampagne, die bereits jetzt für den EU-Beitritt geführt wird, dann gegen die nächstens vorliegende Blauhelm-Vorlage, die auch in Richtung Aufgabe der Neutralität geht, aber auch gegen den «Eurokurs» des Bundesrates, den wir mehr als einseitig finden.

Maspoli Flavio (D, TI): Man kann alles und das Gegenteil von allem behaupten. Und man kann alles und das Gegenteil von allem auch begründen. Herr Kollega Gross Andreas und die Präsidentin dieses Rates wissen anscheinend z. B. ganz bestimmt, dass das Ja zur Alpen-Initiative kein Nein zu Europa ist. Woher wissen sie's? Das haben sie uns leider vergessen zu sagen. Ich glaube nicht, dass unsere Präsidentin oder Herr Gross einen sechsten Sinn besitzen, welcher ihnen sagt, was *unser Volk empfindet*.
Tatsache ist, dass das Schweizervolk, die Schweizerinnen und die Schweizer, zweimal die Gelegenheit hatte, nein zu Europa zu sagen, und es hat beide Gelegenheiten wahrgenommen, am 6. Dezember 1992 und kürzlich, am 20. Februar 1994.
Demokratieverständnis heisst, den Volkswillen zu akzeptieren. Man nennt das Volk nicht einfach so souverän; man nennt es den Souverän, weil seine Meinung letztendlich gilt. Und wenn die Meinung des Volkes zu gelten hat, hat der Bundesrat nicht in diesem Moment den Kurs auf Europa anzupeilen, mit dieser Schnelligkeit anzupeilen.
Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus diesem Rat erzählen. Vergangene Woche ging es darum, innerhalb des neuen Ausländergesetzes, oder besser gesagt der Zwangsmassnahmen für straffällige Ausländer, zu bestimmen, ob der Richter oder die Fremdenpolizei die eventuelle Haft auszusprechen hätten. Was ist passiert? Die erste Abstimmung endete mit 82 zu 82 Stimmen, die Präsidentin gab den Stichentscheid zugunsten des Richters. Ein Kollege, den ich übrigens sehr geschätzt habe in diesem Moment, hat spitzfindigerweise gesagt, die Anlage habe nicht funktioniert. Man hat noch einmal abgestimmt. Was ist passiert? Die Mehrheit obsiegte deutlich, und warum? Weil viele Kolleginnen und Kollegen es als unrichtig empfunden haben, dass man eine Abstimmung, die hieb- und stichfest mit einem Stichentscheid dastand, wiederholt hat. Das ist Demokratieverständnis, und dieses Verständnis hat dieser Rat bei dieser Gelegenheit ganz deutlich bewiesen.
Was zwingt uns so dringend, unbedingt in dieses nebulöse Europa einzutreten? Kein Mensch weiss es, und viele Menschen wissen es immer weniger. Nun, man darf das Volk nicht behandeln, als ob es ein «Juhu-Anhängsel» dieses Parlamentes sei. Das Volk hat nein gesagt: Es hat einmal nein gesagt, es hat zweimal nein gesagt, und ich habe das Gefühl, es würde beim drittenmal noch deutlicher nein sagen. Mir fällt da ein Zitat des österreichischen Kabarettisten Georg Kreisler ein, der eine Serie Lieder geschrieben hat, die er «seltsame Liebeslieder» nannte, und eines davon sagte: «Wenn eine Liebe 'pft' ist, dann ist sie wirklich 'pft'.» Und ich habe das Gefühl, wenn wir so weitermachen, ist die Liebe zu Europa seitens des Schweizervolks wirklich «pft», und dann brauchen wir überhaupt nie wieder darüber zu sprechen.
Mich dünkt es, dass wir uns hier absolut auf dem falschen Weg befinden. Heute sind bilaterale Verträge und bilaterale Verhandlungen gefragt und nichts anderes. Prioritäten in diesem Zeitpunkt zu setzen ist meines Erachtens völlig falsch.
On. Consigliere federale Cotti, mi permetta una considerazione squisitamente personale. Quando sono stato eletto in questo Consiglio nazionale sono venuto a Berna con la ferma volontà di difendere la politica e le idee del mio movimento e dei miei elettori. Nel contempo per, conscio dell'importanza per il nostro cantone di avere un rappresentante nell'esecutivo federale, mi ero ripromesso di assecondare comunque sem-

pre la politica del mio Consigliere federale. Oggi devo venir meno a questa promessa, on. Cotti. Spero che Lei non ne me ne voglia. Il mio comportamento oggi non intacca minimamente la profonda stima che io ho per Lei e la riconoscenza che io Le devo, ma che tutto il Cantone Ticino Le deve per ciò che ha fatto per la nostra patria e per il nostro cantone.

Meier Hans (G, ZH): Ich habe vor dem 6. Dezember 1992 gegen den EWR-Vertrag gekämpft, weil ich ihn als Vorstufe zum Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft ansah. Der Bundesrat ist sich treu geblieben. Vor dem 6. Dezember 1992 hat er den EWR-Befürwortern mit seiner Ehrlichkeit den Abstimmungssieg vermasselt. Heute erklärt er folgerichtig den Beitritt zur EU, zur Europäischen Union, zum strategischen Ziel. Der Bundesrat schreibt auf Seite 8 der Botschaft: «Unabhängigkeit, verstanden als möglichst hoher Grad der Selbstbestimmung der eigenen Zukunft, erfordert am Ende des 20. Jahrhunderts enge internationale Zusammenarbeit und umfassende Mitwirkung in internationalen und supranationalen Organisationen.»
Auch ich will mir treu bleiben: Internationale Zusammenarbeit ja; Uno-Beitritt ja; Blauhelme stellen ja. Aber dass ein EU-Beitritt unsere Unabhängigkeit und Souveränität fördern und erhalten solle, akzeptiere ich nicht. Der Bundesrat verschweigt in seinem Bericht, dass wir der EU nur beitreten könnten, wenn wir unsere direkte Demokratie, unsere typisch schweizerische Referendumsdemokratie opfern würden. Wenn die Europäische Union die Ziele des Maastrichter Vertrages erreichen will, so kann sie die Teilnahme eines direktdemokratisch organisierten Landes gar nicht zulassen. Die EU wird nie akzeptieren, dass ein Land sein Volk über die unter den Regierungen ausgehandelten Verträge befragt und damit riskiert, dass die mühsam ausgehandelten Kompromisse umgeworfen werden. Wo wäre wohl die Alpen-Initiative gelandet, wären wir bereits EU-Mitglied? Im Papierkorb! Die Initiative hätte ungültig erklärt werden müssen.
Demokratie war jahrzehntelang das Markenzeichen des Westens gegenüber dem sozialistischen Lager. Heute aber beginnen in Bedrängnis geratene Eliten die eingespielten demokratischen Regeln zu fürchten; dies auch in unserem Land.
Die Schweiz ist heute in Europa eine der fortgeschrittensten multikulturellen Gesellschaften. Und wenn man bei den in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen und Ausländern herumhört, sind nur jene für die Vision Europa, die selbst aus einem EU-Land stammen. Die Festung Europa könnte bald zu einer egoistischen Grossmacht werden, die zu Lasten und auf Kosten der übrigen – vor allem der Länder des Ostens und des Südens – ihren Reichtum nicht teilen, sondern vergrössern will. Ich halte es da mit unserem Bundespräsidenten, der in einem «Tages-Anzeiger»-Interview sagte: «Vor allem bin ich überzeugt, dass wir heute nicht einfach europäische, sondern globale Lösungen suchen müssen. Wir müssen globaler denken lernen, sei es im sicherheitspolitischen oder im wirtschaftlichen Bereich.»
1998 feiern wir den 150. Jahrestag der modernen Schweiz und der Bundesverfassung. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind mit Recht stolz auf unsere direktdemokratischen politischen Rechte. Wir werden eifersüchtig auf sie achten.
Mit einem EU-Beitritt setzen wir all dies aufs Spiel. Deshalb unterstütze ich den Rückweisungsantrag Hafner Rudolf, der vom Bundesrat klare Auskunft über die Folgen eines EU-Beitritts für die Volksrechte verlangt. Ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Spoerry Vreni (R, ZH): Der Bericht, den wir heute diskutieren, ist ein umfassender Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz. Er ist in diesem Sinne kein Integrationsbericht. Trotzdem, die Diskussion zeigt es: Das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union ist für uns zentral und erhitzt die Gemüter am meisten. Der absoluten Formulierung des Bundesrates, der EU-Beitritt sei das strategische Ziel der Integrationspolitik, kann nicht überall zugestimmt werden, auch nicht in unserer Fraktion. Zwar ist auch für uns ein EU-Beitritt selbstverständlich eine Möglichkeit. Aber wir können diese Möglichkeit heute noch nicht so exklusiv sehen, wie das offensichtlich der Bundesrat tut. Der Grund dafür ist einfach: Für die Festlegung auf eine einzige Option fehlen ausreichende Entscheidungsgrundlagen, die der Bericht nicht liefern kann. Das ist kein Vorwurf, ich möchte das betonen, denn gewisse Fakten sind schlicht und einfach heute noch nicht bekannt.
Die Europäische Union ist kein abgeschlossenes, statisches Gebilde, sondern sie ist ein Prozess, in dem sich viel bewegt. Ganz besonders im laufenden Jahr bewegt sich viel. Ich wundere mich daher ein bisschen über unsere Kolleginnen und Kollegen, die heute unabhängig von der Entwicklung rund um unser Land und von deren Ergebnissen heute schon mit so viel Sicherheit wissen, dass der EU-Beitritt nie eine Option sein kann. Was wir für unsere weitere Entscheidfindung brauchen, ist eine laufende Aufdatierung der innen- und aussenpolitischen Entwicklung.
Ich frage daher den Bundesrat an, ob er sich nicht bereit erklären könnte, spätestens Ende 1995 eine aufgearbeitete Analyse über die innen- und aussenpolitische Entwicklung vorzulegen. Ich denke hier ganz konkret an fünf Bereiche:
1. Ende dieses Jahres sollten die Volksabstimmungen bei unseren Efta-Partnern Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden über den EU-Beitritt erfolgt sein. Die Resultate werden die Stellung der Schweiz ohne Zweifel beeinflussen.
2. Ende dieses Jahres weiss man mehr über den Stand, über Erfolge und allfällig verlangte Gegenleistungen bei der Aushandlung von bilateralen Vereinbarungen.
3. Ende 1994 ist der EWR-Vertrag ein Jahr in Kraft, und eine Übersicht über dessen Auswirkungen auf Drittstaaten, wie die Schweiz jetzt einer ist, sollte besser möglich sein.
4. Auch im Innern der Europäischen Union findet eine Entwicklung mit Bezug auf Dezentralisierung und Subsidiaritätsprinzip statt. Nicht zuletzt die Verhandlungen mit den Efta-Partnern über deren Aufnahme haben deutlich gemacht, dass ein verstärktes Demokratieverständnis dazusein scheint. Es wäre interessant zu hören, wie der Bundesrat diese Entwicklung und deren Auswirkungen auf unser Land beurteilt.
5. In unserem eigenen Land wurden zwei Initiativen deponiert: einerseits die Initiative der Jungen, die eine Neuauflage der EWR-Abstimmung fordert, anderseits die Initiative der Lega, welche die Kompetenz zu weiteren Verhandlungen in die Hand des Volkes legen will. Auch hier sollte der Bundesrat bis Ende Jahr in der Lage sein, eine Beurteilung dieser Initiativen im Lichte seiner Integrationspolitik und der vorgängig erwähnten Weiterentwicklungen zu geben.
Ich danke daher dem Bundesrat zum voraus, wenn er sich in seiner Antwort über die Nützlichkeit eines in diesem Sinne aufgearbeiteten Integrationsberichtes bis Ende dieses Jahres äussert.

Keller Rudolf (D, BL): Sie tun so, als ob der 6. Dezember 1992 nicht stattgefunden hätte. Sie missachten, ja Sie verhöhnen teils gar den Volkswillen. Sie haben uns den wirtschaftlichen Niedergang prophezeit, wenn unser Land dem EWR nicht beitritt. Heute ist klar: Dieser Niedergang findet nicht statt. Es waren leere Abstimmungsdrohungen. Unser Volk wurde angelogen.
Sie wollen also in die Europäische Union. Sie wollen dorthin, wo über 15prozentige Arbeitslosigkeit herrscht. Ein Beitritt zu dieser Organisation würde uns längerfristig auch auf dieses wirtschaftliche Niveau hinabbringen. Wollen Sie das wirklich? Kann das effektiv ein Ziel unseres Staatswesens sein?
Bei der Annahme der Alpen-Initiative hat bekanntlich die Europäische Union ihr wahres Gesicht, ihre Art von Demokratieverständnis, sehr deutlich gezeigt. Wollen Sie wirklich mit Leuten eng zusammengehen, ja in einem Bett liegen, die demokratische Volksentscheide geringschätzig herabwürdigen?
Sicherheits- und friedenspolitisch ist festzuhalten, dass die Europäische Union unfähig gewesen ist, den Balkankrieg aufzuhalten. Während über zwei Jahren hat diese Organisation diesem Krieg in Europa zugeschaut, hat zugeschaut, wie Menschen abgeschlachtet wurden. Ja, man hat geradezu das makabre Gefühl, dass vielen in der Europäischen Union dieser Krieg gelegen gekommen ist. Zu dieser Europäischen Union sagen wir Schweizer Demokraten nein. Wir sind stolz, dieser Organisation nicht angehören zu müssen.

Ebenso froh sind wir, dass der Uno-Beitritt vor einigen Jahren abgelehnt worden ist. Deshalb dürfen wir künftig auch keine Blauhelmtruppen stellen. Im Zusammenhang mit diesen Blauhelmtruppen ist der Bundesrat aber jetzt darangegangen, unsere Neutralität auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen. Die SD/Lega-Fraktion steht aber überzeugt zu unserer Neutralität. Wir sind auch davon überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit unseres Volkes hinter dieser Neutralität steht und dass nach wie vor eine deutliche Mehrheit unseres Volkes zu einem Uno-Beitritt nein sagen und ganz sicher auch einen Beitritt zur Europäischen Union ablehnen würde.
Die Alternative zum bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik skizziere ich namens der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi wie folgt: Wir erklären hier, dass wir keine Abschottung unseres Landes wollen. Wir sind bereit abzuwarten und einmal zu schauen, was uns die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union bringen, und dann werden wir zusammen das Ergebnis ansehen.
Aber das Beitrittsgesuch zur Europäischen Union ist gemäss der Volksinitiative der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi sofort zurückzuziehen. Der Bundesrat hat gemäss Bundesverfassung keine Legitimation, in eigener Kompetenz solche Verhandlungen über den Kopf des Volkes hinweg zu führen.
Die erfolgversprechenden wirtschaftlichen Märkte für unser Land – und damit komme ich noch kurz auf ein anderes Thema – liegen nicht nur in Europa, sondern auch in China, Asien, Afrika und Südamerika. Mit dem Katastrophenhilfekorps, dem Roten Kreuz und der Bereitschaft, internationale Friedensverhandlungen auf unserem neutralen Boden durchzuführen, leisten wir einen grossen und wichtigen Beitrag zur Solidarität unter den Völkern. Genf soll auch weiterhin Standort für internationale Verhandlungen und internationale Organisationen sein.
Dazu stehen wir, dazu steht unsere Fraktion, und ich bitte Sie, diesen Weg weiterzugehen und diese Eckpfeiler stärker auszubauen. Das ist die Alternative zum Beitritt zur Europäischen Union!

Ziegler Jean (S, GE): Je parlerai sur les deux rapports en même temps.
Quelques remarques préliminaires: une époque se termine avec la fin de ce siècle, une époque qui aura duré presque deux siècles. Elle a commencé le 27 pluviôse 1792 avec le discours de Maximilien de Robespierre sur la nation. Trois jours après, la monarchie était abolie, la nation avait trouvé sa forme d'Etat, c'est-à-dire la République. Robespierre pensait qu'avec la naissance des nations allait naître un monde, un univers, une humanité fraternels puisque toutes ces nations, qui allaient naître successivement, allaient participer aux mêmes valeurs, aux mêmes critères de civilisation que la Nation française mise au monde par la Convention. Le contraire s'est passé: deux siècles de guerres, de guerres fratricides – surtout en Europe – où nationalismes, haines, subjectivités collectives se sont succédé.
Aujourd'hui, la nation meurt, disparaît. Vous lisez les journaux, il n'y a pas un sommet européen, un sommet de chefs d'Etat qui ne bradent pas des droits de souveraineté. L'Etat national meurt. Et il se met en place un nouveau système peu connu, peu discernable encore de rapports entre Etats. Une nouvelle société planétaire naît dont on ne commence à comprendre qu'à peine les contours.
Nous avons un débat de politique étrangère, c'est-à-dire un débat sur la position de notre pays dans ce monde nouveau. Nous demandons l'impossible à notre gouvernement. Nous lui demandons la solidarité et en même temps la neutralité. Nous lui demandons de participer à l'ONU – et on y participe formidablement; je félicite le Département fédéral des affaires étrangères qui vient d'avoir un nouveau succès à New York en obtenant un siège pour la Suisse à la Conférence sur le désarmement; c'est un formidable succès de notre diplomatie – et en même temps, on n'est pas membre de l'ONU. On veut participer à la construction du continent par des accords bilatéraux, mais on ne veut pas adhérer à l'Union européenne. Ce que demande le Parlement, c'est une acrobatie. Mais nous ne voulons pas un gouvernement de saltimbanques, nous ne voulons pas un gouvernement composé de ministres qui font, sur une corde raide au-dessus de l'abîme, leurs cabrioles, leurs grands 8, leurs figures acrobatiques. Il faut que la schizophrénie de ce Parlement, de sa politique étrangère, cesse. Il faut que nous options maintenant pour un nouveau vote sur notre adhésion à l'ONU, que nous entrions enfin dans l'Union européenne et que nous abandonnions, bien sûr, cette neutralité qui a vécu pendant trop longtemps et nous a permis cette politique de frilosité, d'indifférence et de non-engagement.
Il faut que le Conseil fédéral change, lui aussi, et pas seulement le Parlement. En 1986, M. Aubert, prédécesseur de M. Cotti, avait dit: «Votez pour l'adhésion à l'ONU, rien ne changera, vous ne risquez rien.» Pour l'Europe, on nous a dit la même chose avant le 6 décembre 1992: «Votez pour l'Espace économique européen, vous ne risquez rien, rien ne changera pratiquement.» Non, le gouvernement doit changer de langage, de projet et de stratégie, réveiller le peuple, même si MM. Blocher et Frey Walter continuent à dormir, et réveiller une grande partie du peuple et proposer des buts clairs et cohérents: l'adhésion à l'ONU, l'adhésion à l'Union européenne.
Je dis une dernière chose: la gauche aussi doit faire son autocritique. Je vais la faire tout de suite. Nous avons une votation essentielle devant nous en juin prochain: les casques bleus. Il y aura – je l'espère de tout mon coeur – un contingent de casques bleus suisses. Non pas à Chypre ou à Charm el-Cheikh, dans un petit coin, mais en Bosnie, mais en Somalie, là où ça compte, au Sahara occidental, pas quelque part dans une maison de retraite, mais sur un front effectif où il s'agira de participer solidairement à l'effort international.
Se posera le problème de notre adhésion à l'Otan qui, pour la gauche, était l'horreur de l'horreur pendant une génération, le refuge de la réaction des guerriers froids, vous le savez tous. Il faudra que nous adhérions à l'Otan. Nous n'avons pas le droit de mettre des soldats suisses sur le terrain tout en les privant de la protection aérienne. Sinon, il se passera la même chose qu'au Cambodge: un soldat japonais est mort au Cambodge, un seul. L'opinion publique japonaise s'est dressée comme un seul homme, M. Boutros-Ghali a dû faire un voyage d'urgence au Japon, sinon le puissant Japon aurait liquidé, retiré tous ses contingents de casques bleus. De même, des Suisses membres des casques bleus vont mourir, c'est évident. C'est triste, mais ce risque existe. A ce moment-là, le Conseil fédéral ne pourra pas annuler l'ensemble des conclusions de ce rapport et de la votation de juin prochain. Or, M. Boutros-Ghali l'a dit clairement – c'est le Secrétaire général en exercice, un homme extraordinaire, un homme du tiers monde, un Egyptien, un intellectuel, ancien professeur à l'Université de Genève, c'est une référence –: «Il n'y aura pas d'armée de l'ONU, il n'y aura pas de contingents intégrés, les forces que l'ONU aura à disposition, les armes lourdes, aériennes et navales – seront désormais celles de l'Otan.»
Comme homme de gauche, socialiste convaincu, je dis: il faut voter oui aux casques bleus. Enfin l'armée suisse servira à quelque chose. En même temps, il faut réfléchir à la sécurité collective de ces casques bleus suisses. Si nous voulons que ce peuple adhère à une nouvelle politique de solidarité active et armée de notre pays, il faut explorer les voies d'adhésion à l'Otan.
Je termine en disant que je remercie le Conseil fédéral et, notamment, le Département fédéral des affaires étrangères de ces deux excellents rapports. Il faut, évidemment, les accepter, et, si nous étions à l'université, je dirais: il faut les accepter avec les félicitations du jury.

Carobbio Werner (S, TI): Nelle loro linee generali, il rapporto sulla politica estera e quello sulla neutralità mi trovano d'accordo. In particolare non posso che appoggiare i cinque obiettivi di politica estera che sono analizzati in dettaglio nel rapporto stesso. Tutt'al più se una critica può essere mossa è che questi obiettivi devono tradursi, soprattutto per quanto riguarda il problema della difesa dei diritti dell'uomo, dello Stato di diritto e della democrazia, in atti concreti anche in quei settori – penso all'esportazione delle armi – dove spesso la posizione della Svizzera è ambigua.

Anche la proposta di rivedere la nostra neutralità è condivisa, con una riserva. Ma prima permettetemi di dire che, come socialista, mi distanzio questa volta dal collega Ziegler Jean che mi sembra correre molto sostenendo che non solo bisogna essere a favore dei caschi blu – e su questo punto sono d'accordo –, ma che dobbiamo porci anche il problema di entrare nella Nato.
Dicevo con una riserva, del resto chiaramente espressa nell'allegato: la neutralità non va abbandonata, ma ripensata. La collaborazione internazionale deve avere come condizione non la partecipazione ad alleanze militari, ma piuttosto un contributo attivo per costruire una politica di sicurezza, basata non sulle armi o su un sistema difensivo, ma su una politica che elimini le cause stesse di tensioni che sono essenzialmente sociali ed economiche.
In questa ottica mi opporrò a tutte le proposte di rinvio dei due rapporti e a tutte le richieste di rinunciare all'obiettivo, indicato dal Consiglio federale, di adesione all'Unione europea, o di riaffermare l'immutabilità, quasi fosse un dogma e non uno strumento, della nostra politica di neutralità, per di più armata.
Si tratta di posizioni che – a mio avviso – non possono che condurci in un vicolo cieco, difese da chi si rifiuta di confrontarsi con la realtà. Del resto credo che per certi aspetti le conseguenze del voto del 6 dicembre 1992 già indicano che questa posizione è una via senza uscita. Inoltre il continuo richiamo alla volontà popolare deve essere perlomeno analizzato criticamente. Non si tratta di non tener conto del voto popolare, ma nemmeno d'interpretarlo a senso unico, come ha fatto ad esempio il collega Maspoli che – come d'abitudine – non è più in sala, quando pretende che il voto sull'iniziativa delle Alpi sarebbe und secondo no all'Europa. A parte il fatto che il suo movimento, la Lega dei Ticinesi, aveva invitato a votare no all'iniziativa, tale interpretazione è arbitraria. Si tratta in ogni caso di una forzatura.
La realtà – come lo dice chiaramente il Consiglio federale – è sempre più fatta d'interdipendenza. Essa dimostra che, nonostante tutto, l'unità europea va avanti pur fra molte difficoltà. La direzione sembra oramai definita.
Proprio partendo da questa constatazione quindi, pur approvando il rapporto e pure comprendendo le prudenze del Governo alla luce dei risultati del voto del 6 dicembre 1992 e delle divisioni che ci sono nell'opinione pubblica, mi sembra che i fatti che stiamo vivendo in questi giorni, soprattutto se saranno confermati con i voti dei Paesi interessati – Svezia, Finlandia e Austria – dovrebbero incoraggiare il Consiglio federale ad agire con maggior decisione.
Per questo chiedo esplicitamente ai Consiglieri federali di essere più decisi nella loro risposta nel sottolineare che l'unica strada che resta alla Svizzera, se non vuole rimanere isolata, è quella di puntare decisamente all'adesione all'Unione europea, visto che gli accordi bilaterali incontrano difficoltà e visto che lo Spazio economico europeo arrischia molto probabilmente di essere superato dai fatti stessi.
Quindi mi auguro – proprio perché penso che solo così potremo convincere l'opinione pubblica a fare una scelta d'apertura – che il Consiglio federale, nella sua risposta, aggiorni le analisi contenute nel rapporto, sottolineando l'importanza di scongelare le trattative in vista dell'adesione all'Unione europea.

Epiney Simon (C, VS): Le rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure constitue à n'en point douter une carte de navigation fiable sur une mer agitée.
Le gouvernement a enfin pris ses responsabilités en indiquant le cap de l'adhésion. En tant que capitaine du navire, il incombe en effet au Conseil fédéral de ponctuer son action d'un esprit visionnaire, en dépit des réticences légitimes du souverain. Il appartient en revanche au Parlement d'adapter le rythme de progression et de choisir les itinéraires appropriés en fonction des vents. Mais c'est là le noeud du problème. La Suisse est-elle encore aujourd'hui maître de son destin? D'une part, sur le plan économique, l'EEE pourrait avoir vécu l'espace d'une année si l'Autriche, la Finlande, la Suède, voire la Norvège, rejoignent l'Union européenne. Cette nouvelle donne nous met, il faut bien le dire, dans une situation inconfortable. D'un côté, le souverain n'est assurément pas mûr pour une adhésion, aussi longtemps que la Suisse allemande n'aura pas goûté aux affres du chômage. D'un autre côté, la voie du bilatéralisme a malheureusement ses limites. En effet, en se comportant en enfant gâté et égoïste, notre pays irrite ses voisins et il oublie trop souvent qu'il a créé à l'étranger une bonne partie de sa prospérité.
Mais cette nouvelle donne pourrait aussi peut-être représenter une chance. En effet, l'Europe a besoin aujourd'hui de s'approfondir, de se rééquilibrer, donc d'évoluer. Or, l'apparition de ces nouveaux petits pays va apporter une bouffée d'air ainsi qu'une opportunité aux membres qui, au sein de l'Union européenne, veulent déjà aujourd'hui orienter l'Europe vers plus de fédéralisme et vers le principe de la subsidiarité. En effet, plus le cercle des membres s'élargit, moins jacobin sera le pouvoir de décision.
D'autre part, sur le plan économique, l'Union européenne est condamnée à réussir. La prochaine guerre mondiale est amorcée. Elle se déroulera sur le terrain miné de l'économie. De nouvelles puissances, des géants offrant des salaires de misère, gagnent régulièrement des parts de marchés sur lesquels nous ne sommes plus du tout concurrentiels. Les impératifs économiques pourraient dès lors dicter, à eux seuls, notre future approche européenne.
La Suisse, avec sa main-d'oeuvre trop chère, ses entreprises florissantes hors des frontières, accusant un déficit démographique et se caractérisant par un vieillissement de la population, ne pourra plus dorénavant tirer les ficelles du repli sur soi et du profit chez les autres. Les vifs débats sur l'intégration européenne pourraient devenir, à moyen terme, purement académiques. Le recul de notre prospérité ainsi que l'émergence d'une nouvelle Europe aux institutions démocratiques, respectueuse du droit à la différence des minorités et poussée vers un fédéralisme à l'américaine, seront peut-être les nouvelles réalités de cette fin de siècle, réalités qui, alors, seront de nature à convaincre jusqu'aux plus têtus partisans du réduit national.
En conclusion, ce pays ne bougera donc que sous l'effet des pressions extérieures, étant trop imbu de lui-même pour oser l'ouverture. Dès lors, restons eurocompatibles, nécessité fera loi.

Fasel Hugo (C, FR): Eine Strategie zu entwerfen, wie die Schweiz ihre Beziehungen zu Europa in der Zukunft gestalten und weiterentwickeln will, bedeutet für viele, ganz gebannt auf den 6. Dezember 1992 zu starren. Dieser 6. Dezember 1992 dient als Argument dafür, Europa auszublenden, den EWR rasch zu vergessen und die EU am liebsten als Schreckgespenst ad acta zu legen – oder mehr noch, sich Entwicklungen ausserhalb der Schweiz am liebsten überhaupt zu verschliessen. Viele tun es auch aus Angst davor, mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die neueren Entwicklungen zu diskutieren, teilweise auch – das spürt man – bereits aus gewissen wahltaktischen Überlegungen.
Zum 6. Dezember 1992 haben wir uns aber auch Fragen zu stellen: Soll dieser Volksentscheid die absolut einzige Maxime der Zukunft im aussenpolitischen Bereich sein? Das Schweizervolk hat nicht darüber entschieden, was zu tun ist, wenn die Schweiz ihre Efta-Partner verliert; es hat nicht darüber entschieden, was zu tun ist, wenn diese Länder nun der EU beitreten. Das Volk hat auch nicht darüber entschieden, ob es bei einer neuen Ausgangslage nicht doch auf die EU zugehen will. Das Volk hat nicht darüber entschieden, welcher Weg zu gehen ist, wenn die von ihm favorisierten bilateralen Verhandlungen eben dazu führen, dass wir nun mit den gleichen Forderungen konfrontiert sind, wie es beim EWR der Fall war. Und hier haben wir beizufügen, dass aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Organisationen die Frage zu stellen ist, ob sie nicht gerade den bilateralen Weg verhindern wollen und müssen, weil die seinerzeitigen Integrationsgegner vor der Freizügigkeit ständig gewarnt haben. Was tun sie jetzt? Sie sind bereit, diese Freizügigkeit für ein beschränktes Teilabkommen zu gewähren, aber – und siehe da – ohne soziale Schutzmechanismen, ohne bessere Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, ohne Einführung von Minimallöhnen, ohne Schutz vor Leiharbeit

über ausländische Firmen. Gerade das, wovor sie gewarnt haben, bringen sie jetzt ins Spiel, um ein gewisses Teilabkommen zuwege zu bringen. Als Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Schweiz müssen wir uns vehement fragen, ob wir hier nicht auch eine Verweigerungspolitik für den bilateralen Weg einleiten müssen.
Wenn der Bundesrat deshalb in seinem Bericht über den 6. Dezember 1992 hinausdenkt und auch den EU-Beitritt mit ins Auge fasst, dann tut er nichts anderes, als uns einzuladen, mit dem Volk die Weiterentwicklung, die in diesem Europa ständig stattfindet, zu diskutieren. Er ist in seinem Bestreben deshalb zu unterstützen.

Dettling Toni (R, SZ): Eine nüchterne Analyse des Abstimmungsergebnisses vom 6. Dezember 1992 zeigt, dass bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht das kalte und rationale Abwägen von Kosten und Nutzen, wie es leider auf europäischer Ebene gang und gäbe ist, den Ausschlag gab. Im Vordergrund standen vielmehr tief verwurzelte Werte wie die Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, ebenso die Befürchtung, im Zuge der Integration in das nach wie vor zentralistische Europa die schweizerische Identität zu verlieren. Aber auch die Angst vor wachsender Arbeitslosigkeit im eigenen Land und vor der Rolle eines blossen Zahlmeisters im Verbund der höchst unterschiedlich wirtschaftenden Nationen der EU verschlug viele ins Nein-Lager.
Nach übereinstimmender Beurteilung hat sich an dieser Haltung des Souveräns bis heute kaum etwas geändert. Leider vermag nun aber der jüngste aussenpolitische Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren im Lichte dieser Analyse nicht zu genügen. Nebst einer detaillierten und gewiss wertvollen Auslegeordnung der gegenwärtigen Situation finden sich darin kaum hoffnungsvolle Ansätze zu einer erfolgreichen Verhandlungsstrategie. Der bilaterale Verhandlungsweg wird zwar, mehr der Not gehorchend, vorgegeben; indessen schielt unsere Landesregierung allzu deutlich auf den direkten EU-Beitritt, sollen doch die Verhandlungen hierfür bereits nach den Neuwahlen im Jahre 1995 in Angriff genommen werden, wie zwischen den Zeilen zu lesen ist.
Bei dieser Strategie kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die in so kurzer Zeit ohnehin kaum erfolgversprechende bilaterale Verhandlungsphase dazu herhalten soll, Motivation und Begründung für einen forcierten EU-Beitritt zu liefern. Kommt hinzu, dass erfahrungsgemäss eine solche Doppelstrategie beim Verhandlungspartner alles andere als Konsens oder Konzessionsbereitschaft auslöst. Mit Verlaub gesagt: Offenkundig hat der Bundesrat die Lektion unserer direkten Demokratie nicht verstanden und versucht weiterhin, einem fragwürdigen Wunschziel nachzueifern.
Was ist zu tun? Ich will hier als Einzelsprecher nur einen Aspekt herausgreifen: Wir Schweizer sind gewiss nicht rückwärtsgerichtet, der Welt gegenüber verschlossen oder gar europafeindlich; dennoch stehen hierzulande die Erhaltung der direktdemokratischen Rechte und die eigene Souveränität im Vordergrund. Gerade diesbezüglich lässt aber der vom Bundesrat unterbreitete Bericht die Innovation weitgehend vermissen. Es werden darin keine Möglichkeiten aufgezeigt geschweige denn diskutiert, die dazu dienen könnten, unsere Souveränität und unsere direktdemokratischen Einrichtungen auch in einem Integrationsszenarium beizubehalten oder doch im wesentlichen in ein solches überzuführen.
Gewiss müsste auch die EU, die Gegenseite, in den weiteren Verhandlungen hierzu letztlich ihre Zustimmung erteilen. Solange wir jedoch nicht selbst die Initiative ergreifen und statt dessen die im Gang befindliche europäische Rechtsvereinheitlichung brav individuell nachvollziehen und die Neutralität relativieren, so lange wird die Gegenseite auch keine Veranlassung dazu haben und mit uns weiterhin nach der Schwarzweisstheorie, Beitritt ja oder nein, verfahren.
Anstelle dieser dringend erforderlichen Innovation konzentriert sich der bundesrätliche Bericht leider erneut auf die Beitrittsfrage. Es besteht damit ein weiteres Mal die erhebliche Gefahr, dass wir mit dieser angestrebten Alles-oder-nichts-Strategie erneut Schiffbruch erleiden werden.
Ich rufe daher den Bundesrat dringend auf, nebst den nun anstehenden Verhandlungen im wirtschaftlichen Bereich auch mit Initiative und Innovation den institutionellen Rahmen der künftigen Integration der Schweiz anzugehen und nach Lösungen zu suchen, welche unsere direktdemokratischen Einrichtungen sowie die Souveränität auch in einem Integrationsszenarium weitestgehend gewährleisten.

Darbellay Vital (C, VS): Je suis de ceux qui accueillent favorablement ce rapport, qui est une forme de message. Nous recevons ici un message d'espérance, riche et ouvert. Riche, plusieurs orateurs l'ont relevé. Ouvert, je ne citerai qu'un élément, mais sous deux aspects.
D'abord, ce rapport nous rappelle ce que nous avons dit très souvent durant le débat sur l'EEE: l'«Alleingang» – vous m'excuserez, mais il n'y a pas de mot français qui traduise aussi bien cette réalité, et nous nous demandons pourquoi, en Suisse alémanique, on a tant de peine à le comprendre – n'est pas possible. Nous n'avons pas à nous bander les yeux, nous savons que nous sommes d'Europe, nous sommes au milieu de l'Europe, nous travaillons avec tous les pays d'Europe, et l'Europe se fait. L'agent principal de construction, qu'on le veuille ou non, est l'Union européenne, et ceux qui font cette Union européenne, ce sont ceux qui ont fait hier la Communauté européenne, avant-hier la CEE et, au lendemain de la guerre, la Communauté européenne du charbon et de l'acier (Ceca).
Le rapport nous présente cette Europe qui se fait, d'une manière positive. On nous rappelle que ceux-là mêmes qui ont mis en place l'Europe de la paix, les Schuman, les Monnet, qui présentaient la Ceca en 1952, étaient déjà des messagers de paix. Mais nous n'avons pas voulu, nous, de la Ceca, pas plus qu'en 1957 nous n'avons accepté la Communauté économique européenne.
C'est peu dire que nous avons manifesté de la résistance, nous avons manifesté de l'opposition, et nous avons chaque fois cherché des solutions de rechange. Nous avons trouvé, à cette occasion-là, un allié – j'allais dire, un complice – en la Grande-Bretagne, et nous avons fondé, avec elle et cinq autres pays, l'AELE, qui pouvait être considérée comme une solution de rechange. Mais en 1970, lorsque la Grande-Bretagne quittait ce bateau pour l'autre, la faiblesse de l'AELE devenait patente, et à ce moment-là, aussi un peu à notre corps défendant, nous avons demandé à signer un accord de libre-échange avec la Communauté. Plus tard, quand la Communauté a parlé des quatre libertés, nous nous sommes intéressés à l'EEE, hélas, avec l'échec final que nous connaissons.
Aujourd'hui, nous devons nous poser la question: que sera l'AELE demain, quand peut-être l'Autriche, la Finlande, la Suède et, éventuellement, la Norvège l'auront quittée? Quelle valeur aura-t-elle encore? Alors, acceptons le rapport qui nous est présenté et demandons-nous ce que nous pouvons faire. Nous savons que l'Europe se construit et que, par conséquent, le fossé qui nous en sépare est chaque jour un peu plus grand. Et plus nous attendrons, plus le saut à faire sera important.
La question qui se pose est celle de l'Europe de demain. Nous savons que l'Europe de demain n'est pas l'Europe des Six, l'Europe des Douze agrandie à 24 ou à 28 Etats, mais que c'est une Europe nouvelle qui est en train de se faire.
Alors, voulons-nous être partie prenante ou non? Pour moi, la réponse est claire: nous devons participer en un premier temps par les négociations bilatérales, en présentant aussi d'une manière fort régulière au peuple suisse et, si possible, d'une manière positive, aussi bien l'Europe que les institutions internationales – l'Union européenne n'est pas faite d'aventuriers, elle est faite de gens qui savent construire. Ensuite, nous devrons aussi faire le grand pas et être présents, avec nombre d'autres petits pays, qui comme nous veulent une Europe fédéraliste, démocratique, une Europe qui ait le souci des minorités, qui ait le souci des plus faibles. Si nous voulons cette Europe-là, il faut aussi que nous en soyons.

Raggenbass Hansueli (C, TG): Der Bericht über die Aussenpolitik ist umfassend; sein neuer, problemorientierter Ansatz

ist zu begrüssen und seine Ausgestaltung zu loben. Nicht umsonst ist der Bericht lediglich wegen der Definition des Beitrittes zur EU als strategischem Ziel ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Es war weder glücklich noch richtig, den Beitritt zur EU als strategisches Ziel zu definieren. Der Beitritt zur EU kann nicht Ziel sein. Sinnigerweise ist denn auch das vieldiskutierte Ziel EU-Beitritt im Bericht unter dem Untertitel «Die Mittel» subsumiert.

Der Beitritt zur EU ist nicht Selbstzweck, kann nicht Selbstzweck sein. Er ist vielmehr Mittel zum Zweck: zum Zweck, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrt und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern sowie die Interessen der Schweiz im Ausland optimal zu wahren. Es drängt sich die Frage auf: Wie wahren wir unsere Interessen am besten? Und das führt zwingend zur Anschlussfrage: Worin bestehen denn unsere Interessen, worauf beruhen unsere Interessen? Sie gründen auf unseren Wertvorstellungen und ihrem Verhältnis zueinander.

Unsere Bundesverfassung gibt unsere Wertordnung wieder beziehungsweise sollte unsere aktuelle Wertordnung wiedergeben. Unsere Verfassung ist jedoch veraltet. Anstrengungen Richtung Totalrevision der Verfassung sind verpufft. Im Rahmen der heute vieldiskutierten und -zitierten EWR-Abstimmung haben wir eine Europadebatte geführt, ohne uns vorher damit auseinandergesetzt zu haben, was wir sind, welches unsere grundlegenden Werte sind. In der EWR-Abstimmungskampagne ist zwar eine Art Wertediskussion aufgeflammt, aber völlig ungenügend, einseitig und emotionsgeladen. Bevor wir wieder eine Europadiskussion führen, müssen wir Schweizer unsere eigenen Grundlagen bereinigen – Schwergewichte setzen, Inhalte formulieren – und dürfen uns nicht auf abgestandenen, vieldeutigen Begriffen «ausruhen». Was heisst schon Freiheit, was heisst Unabhängigkeit? Das sind Begriffe, die im Grunde nichts aussagen und von jedem anders interpretiert werden. Die Kulturrevolution der 68er Jahre zerstörte in vielen Lebensbereichen Autoritäten und Werte und bereitete einer stillen Revolution den Weg, die auf eine Umwertung vieler Werte hinauslief. Unsere Verfassung ist davon praktisch unberührt geblieben.

Führen wir eine inhaltliche «Schweizdiskussion», bevor wir eine zweite Europaabstimmung initiieren! Selbstverständlich hat diese «Schweizdiskussion» die Aussenpolitik mit zu umfassen – eine Aussenpolitik, die immer wichtiger wird, die die Innenpolitik bald vom ersten Platz verdrängen wird. Der Bundesrat hat diese Diskussion in verdankenswerter Weise sequentiell bezüglich des uns vorliegenden Neutralitätsberichts in Gang gesetzt.

Was haben wir konkret zu tun, wie ist vorzugehen? Im Rahmen einer Verfassungsdiskussion – ob partiell oder ganzheitlich – sind unsere neuen Wertvorstellungen zu umschreiben, unsere tragenden Begriffe wie Freiheit, Unabhängigkeit mit neuen Inhalten zu füllen. Es sind überdies die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, um verfassungsrechtlich darauf vorbereitet zu sein, zum Zeitpunkt X einmal der EU beitreten zu können. Es sind insbesondere das antagonistische Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Unabhängigkeit beziehungsweise Demokratie und Föderalismus, die Rolle des Regierungschefs, die Homogenität der Regierungsmannschaft, das Konkordanzsystem und die Neutralität zu überdenken. In diese Verfassungsdiskussion sind stets das Ausland, Europa, die EU und deren Entwicklungen einzubeziehen. Eine permanente, glaubwürdige und objektive Information insbesondere über die EU hat die Auseinandersetzung über die Verfassungsrevision zu begleiten. Dies wird auch – was mir sehr wichtig erscheint – das Verhältnis zur EU entemotionalisieren.

Schreiten wir zur Tat, schreiten wir zur Verfassungsrevision, zur Erneuerung im Innern, um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein und um auf einen allfälligen späteren Beitritt zur EU gedanklich, mental und verfassungsrechtlich vorbereitet zu sein!

Robert Leni (G, BE): Ich habe den Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren mit grösstem Interesse gelesen, und ich finde ihn ausgezeichnet. Wenn gestern deshalb, weil Kollege Hafner Rudolf einen Rückweisungsantrag gestellt hat, im Rat der Eindruck entstanden ist, die grüne Fraktion stehe diesem Bericht negativ gegenüber, so ist dieser Eindruck falsch. Die grosse Mehrheit der grünen Fraktion ist dem Bundesrat dankbar für diesen Bericht, den sie ausgezeichnet findet.

Man mag bedauern, dass das Leitbild und die Leitlinien über die Beziehungen der Schweiz zu den Entwicklungsländern noch nicht vorliegen. Es stimmt, das hätte dazugehört, leben doch ungefähr 80 Prozent der Menschheit nicht in Europa, sondern in der Dritten Welt.

Trotzdem: Dieser Bericht zeigt deutlich, dass der Bundesrat von dem Abschied nimmt, was in unserem Land allzulange und von allzu vielen praktiziert worden ist: vom gebannten Starren auf den kleinen Teil Europas, den wir die Europäische Union nennen, das Europa der Zwölf. Damit ist es nach diesem Bericht endgültig vorbei.

Das zweite, was der Bericht in aller wünschenswerten Klarheit deutlich macht: dass es keine Innenpolitik mehr gibt, die nicht auch Aussenpolitik ist, und dass es keine Aussenpolitik mehr gibt, die nicht auch Innenpolitik ist, und dass beides zusammen Weltinnenpolitik ist. Dieser Ansatz wird weitreichende Konsequenzen auf unsere Aussen- und Innenpolitik haben.

Das dritte, was in diesem Bericht deutlich wird – und dafür danken wir besonders –: dass der Bundesrat nicht mehr an Tabus, Mythen und Legenden festhält, sondern diese endlich auf den Boden der Realität herunterholt – Legenden und Mythen, die allzulange unser Denken und das Gespräch blockiert haben. Anstatt mit Mythen Aussenpolitik zu machen, wird nun mit den wirklichen Problemen und mit den wirklichen Aufgaben Aussen- und Innenpolitik gemacht.

Der Bundesrat hat diese Aufgaben und Ziele in fünf Punkten formuliert. Sie wurden schon genannt: die Förderung von Sicherheit und Frieden, die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie, die Wohlfahrt der Gemeinschaft, der Abbau sozialer Gegensätze und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Nirgends wie bei diesen fünf Zielen zeigt sich deutlicher, dass das nicht nur Aussenpolitik ist, sondern genau gleich auch Innenpolitik. Und nirgendwo sonst zeigt sich so deutlich, dass das heute die Prioritäten aller Länder sind und sein müssen, der Schweiz und der ganzen Welt.

Das einzige, was mir fehlt, ist der Hinweis auf die Multikulturalität jeder modernen Gesellschaft. Wir leben in einer multikulturellen Welt. Alle Länder dieser Welt sind multikulturell, und die Tendenz in verschiedenen Regionen der Welt, diese Multikulturalität zugunsten ethnischer «Sauberkeit» und Säuberung zu vernichten, scheint mir eine der allergrössten Gefahren. Kein Land hat heute mehr eine einzige Identität, auch die Schweiz nicht. Wir haben Identitäten, und das ist die grosse Chance, darauf müssen wir bauen und daran arbeiten.

Der Bericht insgesamt ist für uns eine Wende, ein notwendiger Aufbruch. Er ist schon fast revolutionär. Ich denke, er wird sehr vielen Menschen in unserem Land, die die schweizerische Enge schlecht und immer schlechter ertragen – das gilt vor allem für die Jungen –, wieder Zuversicht geben, sie wieder atmen lassen. Für mich jedenfalls war diese Vision von Aussenpolitik, wie sie der Bundesrat präsentiert, wie eine Befreiung.

Es wurde viel von den Strategien geredet, nach denen der Bundesrat handeln will (EU, Uno usw.). Sind sie richtig? Sind sie falsch? Das Wort «Strategie» passt mir nicht mehr, wenn wir von Politik reden. Strategie bedeutet Heerführung. Der Bundesrat hat sehr viele Qualitäten. Er eignet sich für sehr vieles, aber er ist kein Heerführer, und wir sind kein Heer. Wir sollten andere Ausdrücke finden und diese kriegerischen Ausdrücke der Vergangenheit nicht weiterhin für den Aufbau der Zukunft strapazieren.

Für uns sind die «Strategien», die der Bundesrat aufzählt: Beitritt zur Uno, Beitrittsziel EU, konsequente und logische Folgerungen aus der Politik des Bundesrates der letzten Jahre, kein Salto mortale; sie sind absolut konsequent und logisch. Die grüne Fraktion ist überzeugt, dass die EU unsere Zukunft und unser Schicksal ist, dass sich diese Union – wie auch wir – in einem Prozess befindet und dass wir uns irgendwo finden werden, in einem Europa, das demokratischer, friedlicher und gerechter ist.

Wir glauben aber, dass die heutige Diskussion um einen Europaartikel oder gar einen Neutralitätsartikel in der Verfassung einmal mehr zu kurz greift. Was wir brauchen, ist ein Fundament in der Verfassung, das die ganze Aussenpolitik, wie sie der Bundesrat in diesem Bericht aufzeigt, abstützt, und nicht eine Neuauflage der Europadiskussion, die wieder nur polarisieren kann, weil die «Fronten» immer noch die gleichen sind.
Die Aufgabe wird sein, diesen Bericht nun mit aller Kraft in die Tat umzusetzen. Ich wünsche dem Bundesrat und uns viel Glück dazu, und ich hoffe auf einen Verfassungsartikel, der diese Politik abstützt, damit wir unseren Weg zielbewusst gehen können.

Schmidhalter Paul (C, VS): Ich möchte mich kurz zur Mitwirkung des Parlamentes im Bereich der Aussenpolitik äussern. Wir haben nämlich seit dem 1. Februar 1992 im Geschäftsverkehrsgesetz einen neuen Artikel 47bis a. Er wurde auch von Kommissionspräsident Mühlemann erwähnt. Der Bundesrat erwähnt ihn in der Botschaft auf Seite 43: Der Bundesrat spricht von «Vertiefung von Dialog und Konsultation zwischen Bundesrat und Parlament». Aber wenn etwas noch nicht besteht, kann man es auch nicht vertiefen! Daher möchte ich einige Kernsätze oder Schwerpunkte dieses Artikels hier doch noch zu Protokoll geben.
Absatz 1: «Die beiden Räte .... begleiten die Verhandlungen der Schweiz mit auswärtigen Staaten und internationalen Organisationen.» Absatz 2: «Der Bundesrat informiert die Ratspräsidenten sowie die Aussenpolitischen Kommissionen regelmässig, frühzeitig und umfassend ....». Eine Konsultation des Parlamentes erfolgt, bevor der Beschluss festgelegt ist (Abs. 3). Aber auch wir, das Parlament, sind gefordert. Wir müssen unsere Sicht zum Verhandlungsmandat dem Bundesrat bekanntgeben (Abs. 4), und das tun wir eigentlich heute. Auch weitere ständige Kommissionen – wie z. B. die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen – sind in ihrem Bereich in die Konsultation miteinzubeziehen.
Sie sehen also, Herr Vizepräsident, auch Sie im Präsidium sind aufgefordert, diesen neuen Artikel als Auftrag anzunehmen und diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.
Eine zweite «Vertiefung», die ich in der Botschaft auf Seite 43 gefunden habe, ist diejenige des Dialogs zwischen Bundesrat und Kantonen. Dieser Auftrag ist auf die Grenzregionen auszuweiten, einerseits auf bestehende interkantonale Organisationen wie z. B. die Regio Basiliensis oder den Conseil du Léman, aber andererseits auch auf grenzüberschreitende Organisationen wie die Pro Simplon Internationale.
Persönlich werde ich den Bericht des Bundesrates zur Kenntnis nehmen.
Als Ingenieur würde ich den Fahrplan oder das Programm der Integrationspolitik nicht mit Definitionen wie «Optionen» oder «strategisches Ziel» usw. versehen. Für mich gibt es drei Phasen:
Die erste Phase ist die bilaterale Phase, die Phase der bilateralen Verhandlungen, und dies nicht nur mit der Europäischen Union, sondern mit Ländern in der ganzen Welt. Die Ausführung erfolgt sofort und umfassend.
Die zweite Phase wäre ein neuer Wirtschaftsvertrag in Analogie zum abgelehnten EWR, eventuell auch mit Staaten, die noch in der Efta verbleiben, oder eventuell auch mit anderen europäischen Ländern. Die Ausführung erfolgt mittelfristig.
Erst die dritte Phase wäre ein Beitritt zur Europäischen Union, und auch hier ist die Ausführung eher als langfristiges Fernziel zu verstehen.
Zur zweiten Phase: Wir müssen eine Volksinitiative unserer Jugend für einen neuen Wirtschaftsvertrag behandeln. Spätestens im Hinblick auf diese Volksabstimmung müssen wir einen Gegenvorschlag vorbereiten, der bei einer gleichzeitigen Abstimmung eine Chance hat, angenommen zu werden.
In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass bei der Abstimmung über den EWR im Dezember 1992 auch Fehler gemacht wurden. Wir müssen lernfähig sein und vor allem nicht die gleichen Fehler nochmals machen. Ein erster Fehler war sicher, dass der Bundesrat sechs Monate vor der Abstimmung die Einreichung des Gesuchs um Beitrittsverhandlungen beschlossen hat. Aber auch das Parlament hat Fehler gemacht, und zwar den Fehler, dass es sich zeitlich unter Druck setzen liess und 60 Gesetze in Raumfahrtgeschwindigkeit durchgepaukt hat. Wir liessen uns mit dem Datum Inkrafttreten 1. Januar 1993 erpressen. Die Geschichte hat uns Skeptikern recht gegeben: Der EWR wurde erst auf den 1. Januar 1994 wirksam. Dies war das erste Eigengoal in unseren Beziehungen zu Brüssel.
Das zweite Eigengoal war die Alpen-Initiative. Auch hier verstanden wir es nicht, einer Mehrheit des Volkes beizubringen, dass wir einen guten Transitvertrag aufs Spiel gesetzt haben. Bis heute konnten wir die LKW-Lawine am Gotthard nur mit der 28-Tonnen-Limite und dem Wochenendfahrverbot verhindern.
Das dritte Eigengoal könnte die Abstimmung über die Blauhelme sein. Hüten wir uns vor diesem dritten Morgarten.
Zur dritten Phase: Ein Beitritt zur Europäischen Union muss langfristig vorbereitet werden. Die EU muss sich zu einem föderalistischen Staatenbund entwickeln können. Schwerpunkte sind demokratisch und weitgehend autonom geführte Staaten auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips: Was der einzelne Staat selber besser lösen kann, muss er auch selber lösen können. Wir müssen in einer grossen Fleissarbeit einen Beitritt ins Auge fassen und vorbereiten. Es wird ein Geben und Nehmen sein. Beide Partner stehen vor einer Entwicklung, die Zeit braucht, und wir müssen diesen Weg wie ein Bergführer angehen: langsam, zielbewusst und risikobewusst, dafür ohne Unfall. Es ist also kein strategisches Ziel, sondern ein wichtiges und langfristiges Ziel. Herr Bundesrat Cotti: Chi va piano va sano!

Schmid Peter (G, TG): Ich habe keinen Grund, den Bericht über die Aussenpolitik an den Bundesrat zurückzuweisen und diesen zu veranlassen, meine Meinung zu übernehmen. Ich will ja mit dem Bundesrat den Dialog pflegen, und ein Dialog geht von unterschiedlichen Meinungen aus. Das Resultat eines Dialogs ist die sukzessive Annäherung der Standpunkte im Gespräch und in Würdigung der sich auch ständig ändernden Lage in Europa.
Der Bundesrat bezeichnet eingangs seines aussenpolitischen Berichts die Aussenpolitik primär als Interessenwahrung nach aussen. Versteht man darunter lediglich das, was für uns hier in der Schweiz kurz- und mittelfristig erstrebenswert ist, dann bleibt Aussenpolitik letztlich immer ein untergeordnetes Anliegen, um das wir zwar nicht herumkommen, aber das eben nur so weit betrieben wird, als es uns Vorteile verschafft. Ich glaube, wir haben den Status der Neutralität lange Zeit auch in diesem Sinne verstanden, nämlich als ein Instrument der ausschliesslich eigenen Interessenwahrung. Allerdings galt schon von jeher die Devise, dass militärische Neutralität, also das Sichheraushalten aus kriegerischen Konflikten, keineswegs bedeutet, sich politischer Stellungnahmen zu enthalten oder gar geistige Neutralität zu praktizieren. Der Neutralitätsstatus ist deshalb kein Hindernis für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in vielerlei Belangen, Sicherheitsfragen inbegriffen.
Hingegen ist zu fragen, welchen Zielen diese Zusammenarbeit dient. Der Bundesrat behandelt in seinem Bericht fünf solche Zielsetzungen, die nicht nur für die Schweiz, sondern für Europa, ja die ganze Welt ihre Richtigkeit haben und wahrgenommen werden müssen. Dass sich die Schweiz an diesen Aufgaben beteiligt, ist für mich unbestritten, und ich teile mit dem Bundesrat auch die Auffassung, dass sich unsere Aussenpolitik nicht nur an klaren Zielen und Prioritäten orientieren soll, sondern dass sie ganz konkret auch länderbezogene Schwerpunkte setzen muss, um einen wirkungsvollen Mitteleinsatz zu gewährleisten. So besehen kann eine europäische Zusammenarbeit tatsächlich dem Frieden dienen.
Betrachtet man hingegen die zurzeit noch gängige Europapolitik der EU, deren oberstes und fast einziges Ziel die Realisierung eines grenzenlosen Handels- und Güteraustauschs ist, kann nicht einfach behauptet werden, einem Einigungsprozess wohne automatisch eine Friedensfunktion inne. Ganz im Gegenteil: Dieser sogenannte Einigungsprozess besteht in der Vereinheitlichung von Vorschriften, die auf die regionalen Verhältnisse oft keine Rücksicht mehr nehmen und darum

mehr Spannungen und Zwietracht erzeugen. Überhaupt ist dieser freie und grenzenlose, mobilitätswahnsinnige Handel ein Fetisch, der mit Freiheit nichts, mit Zwang und Hang zur Unersättlichkeit dagegen sehr viel zu tun hat. Wer also glaubt, es gelte einfach zu Europa oder zur EU ja oder nein zu sagen, macht es sich allzu einfach.
Wir sagen ja zu einem Europa mit ausgebauten demokratischen Rechten, mit föderalistischer Struktur und dennoch intensivem Gedanken- und Erfahrungsaustausch, einem Europa der gegenseitigen Achtung unter den Völkern und mit einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaft. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht auch einiges anzubieten, und sie soll es nicht aus falscher Bescheidenheit für sich allein bewahren. Mir scheint, auch im Bericht des Bundesrates komme diese ideelle Seite einer aktiven schweizerischen Aussenpolitik durchaus zum Ausdruck. Man darf aber nicht übersehen, dass gerade dort, wo die EU gegenüber der Schweiz Druck aufsetzt, nicht ideelle Anliegen, sondern materialistische Forderungen gestellt werden. Dagegen müssen wir uns auch künftig verwahren. Denn um partieller wirtschaftlicher Vorteile willen dürfen wir unsere demokratischen, humanitären und ökologischen Errungenschaften nicht aufgeben – auch auf die Gefahr hin, bei den hohen Herren zu Brüssel in Ungnade zu fallen.
Mit dem Ja zur Alpen-Initiative hat der Souverän den Wertprioritäten des Lebens Nachachtung verschafft. Dieser Entscheid wirkt beispielhaft, und wir dürfen jetzt ruhig auch ein wenig zuschauen, was dadurch in Europa in Bewegung gesetzt wird. Vielleicht könnten noch andere Völker überlegen, weshalb sie zu den wirklich wesentlichen Fragen europäischer Zukunftsgestaltung denn nichts zu sagen hätten. Und wer weiss: Möglicherweise lösen unsere Volksabstimmungen so viel aus, dass bis zum Jahr 2000 eine modernere europäische Union mit ausgebauter Demokratie entsteht, der wir uns vorbehaltlos anschliessen könnten. Das aber heisst wiederum nicht, dass wir uns jetzt schon bis zum genannten Zeitpunkt dieses Ziel vornehmen können. Ausschlaggebend wird vielmehr sein, wie sich diese EU entwickelt und dannzumal präsentiert.
Vielleicht braucht es unsererseits, und das muss für mich weiterhin praktizierbar sein, noch einige Nein für eine bessere Idee von Europa und als Antworten auf ein allzu dominierendes materialistisches Ja.

Bäumlin Ursula (S, BE): Dieser an sich gute aussenpolitische Bericht für die neunziger Jahre hat mit dem Neutralitätsbericht als Anhang eine schwere Hypothek aufgeladen erhalten, und zwar deshalb, weil dieser alleine angefügt wurde. Das gibt ihm, meiner Meinung nach, ein viel zu grosses Gewicht. Wenn neben dem Neutralitätsbericht noch der Aussenwirtschaftsbericht, das Nord-Süd-Konzept und die Botschaft zum kommenden Rahmenkredit für die entwicklungs- und menschenrechtliche internationale Solidaritätspolitik beigefügt worden wären, dann könnten wir uns jetzt «en connaissance de tout et de l'ensemble» über eine kohärente Aussenpolitik der neunziger Jahre unterhalten. Nun aber streiten wir uns mit den Gegnern des EU-Beitritts, ob dieser das Hauptziel der bundesrätlichen Aussenpolitik sei, ob er die schweizerische Neutralität noch zulasse oder ausser Kraft setze und ob deswegen der Neutralitätsbericht zwecks Entschärfung – sowie der Bericht über die Aussenpolitik auch noch gerade zwecks Köpfung der Option Europabeitritt – zurückgewiesen werden müsse oder nicht. Was für ein defizientes, partielles, immer noch kaltkriegerisches Verständnis von Aussenpolitik!
Der Bericht des Bundesrates vermeidet ein solches weitgehend und gibt sich Mühe, die gesamten anstehenden internationalen Aufgaben, Gefahren und Probleme wirklich aufzuzeigen. Dabei wird ganz klar, dass die alte Neutralität und Neutralitätspolitik nicht allzuviel zu deren Lösung beitragen können. Die bundesrätliche Aussage im Neutralitätsbericht, wonach sich die Neutralitätspolitik in einer Übergangsphase befinde, ist eigentlich klug und angemessen. Nur leider argumentiert der Bundesrat gerade in dieser Passage wieder rein sicherheitspolitisch. Sicherheitspolitik jedoch ist immer Verteidigungspolitik und damit in Gefahr, egozentrisch und egoistisch zu werden. Aber dieser Vorwurf trifft nicht nur sie alleine, sondern auch die anderen unintegrierten Aussenpolitiken: Aussenwirtschaftspolitik, die völlig dereguliert ist, geht unter Umständen auch über Leichen, zum Beispiel im Gebiet der Waffenexporte. Die verlangte kohärente Aussenpolitik muss deswegen integrale Aussenpolitik sein und werden, wie das der Bericht auch in Aussicht stellt. Und diese Politik muss Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Erde umfassen. Das ist das Hauptziel, und dem ist auch der EU-Beitritt als strategisches Ziel unterzuordnen.
Ich wurde gestern von der Ratspräsidentin dazu verknurrt, gerade auch noch zu meinem Vorstoss auf der Zusatzliste Stellung zu nehmen. Der Titel meines Postulates 93.3182 lautet: Verstärkung des Nahost-Friedensprozesses. Entstanden ist es anlässlich der Beratung des Bundesbeschlusses zum Freihandelsabkommen zwischen der Efta und Israel. Damals war auch Herr Bundesrat Delamuraz im Saal und hat die Ankündigung meines Vorstosses entgegengenommen, und ich denke, er hat ihn auch beantworten lassen. In der Begründung habe ich geschrieben: «Wirtschafts- und Handelsvereinbarungen mit Problemländern werfen regelmässig Fragen der Auswirkung auf andere Politikbereiche auf, insbesondere des Minderheitenschutzes, der Entwicklungshilfe und der Menschenrechte. Deswegen ist darauf zu achten, dass das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Chancen aller an einem solchen Vertrag Beteiligten nicht gestört, sondern vielmehr weiter gefestigt wird.» Damit passt dieser Vorstoss tatsächlich in meine vorher geäusserten Auffassungen und Ansprüche an die schweizerische Aussenpolitik.
Die Stellungnahme des Bundesrates respektive seiner Verwaltung zu meinem Postulat ist sehr interessant und sehr ermutigend. Diese Stellungnahme würde wirklich helfen, die Friedenspolitik weiter zu unterstützen. Danach aber folgt leider eine Erklärung des Bundesrates, in der er beantragt, das Postulat abzuschreiben. Dieser Antrag trägt das Datum vom 5. Mai 1993; damals war der Durchbruch in den Friedensverhandlungen noch nirgends in Sicht, und schon deswegen konnte ich diesen Antrag auf Abschreibung nicht akzeptieren. Aber auch heute ist der Friedensprozess im Nahen Osten noch weit vom Ziel entfernt. Es besteht also immer noch kein Grund, die Bemühungen zur Verstärkung des Friedensprozesses als erfüllt abzuschreiben. Ich hoffe, dass der Bundesrat mein Postulat in diesem Sinne akzeptiert und die Friedenspolitik weiter unterstützen hilft.

Thür Hanspeter (G, AG): Ich äussere mich zum Neutralitätsbericht. Ich bin mit der überwiegenden Mehrheit der grünen Fraktion mit diesem Neutralitätsbericht einverstanden. Er zeugt von einer beachtlichen Differenziertheit und gibt Entwicklungen wieder, in welchen sich die Schweiz heute befindet, auf die sie zu reagieren hat. Ich bin mit der Feststellung einverstanden, dass die Neutralität die Sicherheit des Landes fördern und nicht die Verteidigungsfähigkeit schmälern soll. Ich bin auch einverstanden damit, dass Sicherheit in Zukunft vermehrt miteinander erzeugt werden muss, und bin deshalb froh, dass der Bundesrat die bisherige restriktive Haltung in Richtung vermehrter Zusammenarbeit geöffnet hat.
Ich habe die Debatte zu diesem Punkt der Neutralität aufmerksam verfolgt und habe sehr viele Schlagworte gehört. Die Positionsbezüge aus dem Lager der Schweizer Demokraten, der Auto-Partei und der Schweizerischen Volkspartei haben mich nicht überrascht. Mehr überrascht hat mich dann die Position des Freisinnigen Gerold Bührer, der ausführte, dass er aufgrund dieses Neutralitätsberichtes die Grundfesten der Neutralität in Frage gestellt sehe, dass er an der strikten Neutralität festhalten wolle und keine Aufweichung dieses Begriffes dulde. Ich habe mich dann gefragt, Herr Bührer, welches für Sie diese Grundfesten sind; Sie haben das nicht ausgeführt. Was verstehen Sie denn unter strikter Neutralität? Sie haben auch das nicht dargelegt. Sind Sie der Auffassung, dass die Wirtschaftssanktionen beispielsweise, welche die Uno gegen den Irak und Jugoslawien verhängt hat, von der Schweiz nicht hätten befolgt werden sollen? Oder sind Sie der Auffassung, dass die Schweiz bezüglich der Uno-Blauhelme abseits stehen müsste? Oder wie hätte der Bundesrat beispielsweise reagieren müssen, als im Irakkonflikt im Auftrag der Uno Nato-Flugzeuge die Schweiz überflogen? Sie haben alle diese kon-

kreten Fragen elegant umgangen, sind uns die Antwort schuldig geblieben und haben damit munter an einem undefinierten und mythologisch überhöhten Neutralitätsbegriff ohne aktuellen Bezug weitergewoben. Das hat mich überrascht.
Überrascht hat mich aber auch Frau Grendelmeier, die umgekehrt ausführte, dass Neutralität ein Werkzeug sei, das man nach Belieben in die Werkzeugkiste zurücklegen könne, wenn es einem gerade nicht mehr passe. Frau Grendelmeier vergisst dabei, dass sich dieses Werkzeug sehr schnell entwertet und unbrauchbar wird, wenn es nach Belieben eingesetzt wird.
Herr Keller Anton hat richtig festgestellt, dass es nicht nur darum gehen kann, unser Neutralitätsverständnis den heutigen Gegebenheiten anzupassen, sondern auch darum, dass unser Verständnis von der Neutralität von den anderen auch verstanden wird. Das machen wir sicher nicht, wenn wir die Neutralität im Sinne von Frau Grendelmeier benützen. Neutralität erlaubt keine Handhabung nach Belieben, das muss klar sein.
Für uns heisst das, dass Neutralität nach wie vor eine bedeutsame Staatsmaxime bleibt. Wenn man darunter die Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen, die Nichtteilnahme an militärischen Aktionen versteht, sind wir damit sehr einverstanden. Herr Rebeaud hat gestern ausgeführt, dass wir darin auch die Absage an Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sehen, eine Maxime, die wir auch im gesamteuropäischen Kontext als zukunftsträchtige Option betrachten.
Frau Bär hat gestern die Haltung der grünen Fraktion zum Bericht dargelegt und ausgeführt, dass eine grosse Mehrheit unserer Fraktion hinter dem bundesrätlichen Ziel eines Beitrittes zur EU steht.
Herr Hafner Rudolf hat dann einen Rückweisungsantrag begründet, der in der heutigen Medienberichterstattung den Eindruck entstehen liess, als ob dieser Standpunkt von einer starken Minderheit der grünen Fraktion getragen werde. In einzelnen Medien ist sogar behauptet worden, die Grünen würden pauschal den bundesrätlichen Bericht zurückweisen, seien gegen den Bundesrat angetreten.
Ich möchte Ihnen nach dem Votum von Frau Robert noch die zahlenmässigen Proportionen darlegen, damit auch das ins richtige Licht gerückt wird. Der Rückweisungsantrag Hafner Rudolf wird von zwei Mitgliedern der grünen Fraktion unterstützt. Die übrigen zwölf Mitglieder der grünen Fraktion werden – im Unterschied beispielsweise zur CVP-Fraktion – von diesem Bericht in positivem Sinne Kenntnis nehmen.

Kühne Josef (C, SG): Die Debatte hat klar an den Tag gebracht, dass die Meinungen in der Europafrage weit auseinandergehen. Das schweizerische Verhältnis zu Europa kommt mir vor wie ein völlig ungleiches Pferdegespann, welches von den Fuhrleuten – sprich Bundesrat – nicht zum Gleichschritt gebracht werden kann. Während das eine Pferd im Galopp vorwärts strebt, schockt es das andere, und dieses wird völlig verängstigt und blockiert. Die Kreise, die ich damit anspreche, sehen in der Europäischen Union (EU) nur Mängel und Gefahren, während viele von Ihnen die Einschnitte des Gatt-Abkommens in unsere eigenständigen Entscheidungsbefugnisse herunterspielen. Sie werden noch sehen, wie wenig die Schweiz dort dann einmal zu sagen hat. So wahren wir unsere Interessen nach aussen nicht, und wir schaffen Spannung im Innern.
Nach den Äusserungen, die gestern und heute in der Debatte zum Teil gefallen sind, möchte ich immerhin feststellen, dass es in der EU – um weniger abstrakt zu sein: in Italien, Österreich, Holland, Deutschland oder in Frankreich usw. – viele intelligente, arbeitsame und flotte Menschen hat. Entspannen wir doch unser Verhältnis zu Europa schrittweise! So ist es viel leichter, unsere Interessen zu sehen und auch zu wahren.
Das Ziel des EU-Beitrittes ist kontraproduktiv und führt uns letztlich in die Isolation, und dieses Ziel kann auch ich nicht mittragen. Es fördert Abwehrreflexe; dies ist sicher auch ein Grund für die Annahme der Alpen-Initiative. Das Rezept kann nur «Eile mit Weile» heissen, also Öffnung mit Beibehaltung grosser Eigenständigkeit. Das wird zu einem Resultat führen.
Nun möchte ich vor allem wirtschaftspolitisch argumentieren. Die europäischen Länder sind interessante Wirtschaftspartner für die Schweiz, insbesondere im ersten und zweiten Sektor. Beispielsweise gehen 82 Prozent der Exporte im Bereich Käse nach Europa, in die EU – als Vergleich dazu: nur 1,4 Prozent gehen nach Asien. Ähnlich ist es bei den verarbeiteten Lebensmitteln. Ein Beispiel aus meiner Region: Hier hängen sehr viele Arbeitsplätze an der deutschen Autoindustrie und an der deutschen Bauwirtschaft. Von deutscher Seite her wäre es also durchaus möglich, einige Hundert Arbeitslose zu «exportieren», und vielleicht geschieht es mit der Zeit auch, wenn Leute vom Managertyp Lopez das Sagen haben.
Während gerade vom Gatt vom ersten Sektor Opfer gefordert werden und das letztlich zu Verstärkung der Position der Dienstleistungen führt, müssen wir verlangen, dass der Zugang zum Markt für schweizerische Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche in Europa offenbleibt. Das ist eine Überlebensfrage für diese Wirtschaftszweige. Es geht nebst der Landwirtschaft um 72 000 Arbeitsplätze in der Nahrungsmittelindustrie. Wir können nicht nur mit dem Rücken zur Wand mit mehr oder weniger Erfolg unser kleines Märktlein abschirmen, sondern wir müssen zwangsläufig eintretende Erosionen wieder durch Gewinne im Export kompensieren können.
Nebenbei gesagt wird dazu ohne Zweifel die Ernährungswirtschaft wettbewerbsfähiger werden müssen, und das kann sie nur, wenn sie in einem grösseren Markt tätig sein kann. Das allein jedoch genügt nicht. Der Zutritt zum europäischen Binnenmarkt für unsere Produkte muss verbessert werden. Das geschieht, indem die Präferenzen im Bereich Milch ausgedehnt werden – wie es im EWR-Abkommen vorgesehen gewesen wäre –, indem die Probleme beim Ausgleich der preislichen Rohstoffnachteile für verarbeitete Produkte gelöst werden, indem in den Bereichen Zucht- und Nutzviehexport eine Harmonisierung der Seuchenbestimmungen herbeigeführt wird und indem bei Milch- und Frischprodukten die EU-Vorschriften erfüllt werden können. Das muss geschehen, damit die Schweiz nicht auf Dauer mit dem Drittlandstatus konfrontiert werden muss; denn im Hinblick auf die Hygiene kann die Schweiz nicht als Drittland betrachtet werden, da wir einen hohen Hygienestandard aufweisen.
Priorität haben also bilaterale Verhandlungen ganz allgemein und – so finde ich – auch im Bereich der Landwirtschaft im speziellen; das wird uns einen Schritt näher an unsere Nachbarn heranbringen.

Gross Andreas (S, ZH): Der Ton, den der Bundesrat in seinem Bericht anschlägt, überzeugt mich mehr als andere, harschere, selbstverliebtere, aber auch martialischere Töne, die wir seit gestern gehört haben und die wir in den nächsten beiden Voten noch hören werden. Dieser Diskurs des Bundesrates hilft uns vielmehr, die Wirklichkeit, die grundlegenden Veränderungen der Wirklichkeit, wie wir sie erleben, zu verstehen und zu merken, wie wir sie beeinflussen können. Denn das ist doch das Entscheidende, das, was die Freiheit ausmacht: die Handlungsfähigkeit, unsere Handlungsfähigkeit als Nation. Diese ist nicht gegeben, wenn man sich an vergangene Wirklichkeiten klammert und die Veränderungen verkennt.
In der Musik, die der Bundesrat komponiert, lässt er aber auch einige alte Melodien erklingen, welche dann Disharmonien zur Folge haben mit anderen Klängen, die er selber anstimmt. Diese Vielstimmigkeit garantiert noch kein gelungenes Konzert, weil ein gelungenes Konzert mehr ist als die Summe der einzelnen Melodien, weil der einzelne nicht einfach ausblenden kann, was ihm nicht passt, sondern es muss als Ganzes stimmen.
Es verträgt sich beispielsweise sehr schlecht, wenn betont wird, dass sich die alten Trennungen von innen und aussen relativiert haben – der Bundesrat hat sogar den Mut, erstmals wahrscheinlich in einem solchen Bericht, von der Weltinnenpolitik zu sprechen –, gleichzeitig aber diese Weltinnenpolitik wieder in den Kategorien der alten, klassischen staatlichen Interessenpolitik des 19. Jahrhunderts definiert wird, mit dem staatlichen Interesse als Säule aussenpolitischen Handelns. Wenn man von diesem Begriff des Interesses ausgeht, muss

man sagen – darin besteht das Weltinnenpolitische –, dass wir europäisch, aber auch überkontinental zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengerückt sind und dass sich die elementaren Interessen der Schweiz, wie der Bundesrat sie in bezug auf Frieden, Wohlfahrt, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit usw. definiert, nicht unterscheiden von denjenigen Österreichs, Belgiens oder Dänemarks. Ist diese Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren nicht einfach einer opportunistischen Beliebigkeit geschuldet, wie das gestern zum Beispiel ein Radiokommentator meinte, als er sagte, jeder müsse halt herauszupfen können, was er möchte, dann müssen Sie sich um eine Kohärenz bemühen. Die Voraussetzung dafür ist, dass sich die Leute von Ihren neuen Thesen überzeugen lassen.
Führung aussenpolitisch in einer direkten Demokratie heisst überzeugen können, damit wir gemeinsam zu lernen verstehen. Das alte Aussen müssen wir durch ein gemeinsames Inneres ersetzen. Aber bei dieser neuen Innenpolitik dürfen wir die Ansprüche der alten Innenpolitik nicht verlieren, sondern müssen uns fragen, wie wir ihnen Geltung verschaffen können. Beispielsweise – und das ist das Problem mit dem Anhang –: Die Erosion des Nationalstaates zwingt uns eindeutig zu einem anderen Neutralitätsverständnis. Die Erosion des Nationalstaates darf uns aber nicht zwingen zu glauben, dass wir die Demokratie aufgeben müssen; sondern dort müssen wir uns fragen, wie wir auf dieser weltinnenpolitischen, transnationalen Ebene die demokratischen Handlungsfreiheiten neu einrichten können. Im bundesrätlichen Bericht vermisse ich dazu das Aufzeigen einer Dynamik, die die Europäische Union schon lange erfasst hat. Zum Beispiel wehrt sich der englische Aussenminister heute in einer englischen Zeitung dagegen, dass die institutionelle Debatte in Europa zu schnell gehe. Er möchte nicht, dass sich die Europäische Union eine Verfassung gibt, dass sich in der transnationalen, europäischen Innenpolitik die Demokratie des Föderalismus konstituiert. Er möchte das nicht, andere möchten das.
Der Bundesrat sagt in bezug auf diese Dynamik wenig aus und in seiner Antwort auf meine diesbezügliche Interpellation gar nichts. Diese geht wieder hinter den Bericht zurück, und deshalb bin ich sehr enttäuscht. Aber es ist nicht so relevant, ob ich enttäuscht bin; das Problem ist vielmehr, dass Sie so dem Problem nicht gerecht werden. Sie müssen einem Herrn Frey Walter, der glauben macht, es gehe ihm um den Föderalismus und die Demokratie, und der deswegen nein sagt zur Integration, doch aufzeigen, wie eine verfasste Europäische Union eine Konstituierung des Machtgefüges erlauben könnte, das auch auf dieser Ebene Föderalismus und Demokratie einrichtet.
Mit anderen Worten: Die Staaten Europas stehen heute dort, wo die Kantone vor 150 Jahren gewesen sind. Damals haben sich gewisse Kantone über die Frage Bundesstaat oder Staatenbund gestritten. Auch damals haben viele Kantone Angst gehabt, Souveränität zu verlieren. Faktisch war es aber so, dass ein Zürcher 1848 an Souveränität gewonnen hat, weil er nicht nur die Freiheit hatte, in Zürich zu handeln, sondern er hatte die Freiheit, auf gesamteidgenössischer Ebene zu handeln. Er hat Freiheit gewonnen, weil er in jenen Bereichen, die sein Leben bestimmten, mehr zu sagen hatte als vorher.
Dieser Prozess steht Europa bevor. Gerade «Maastricht» hat eine Perspektive eröffnet, dass dieses Problem im Hinblick auf 1996 angegangen werden soll. Es steht allerdings nicht im Vertrag, wie man es tun will; es steht nur drin, dass man versuchen will, dieses Problem zu lösen. Hier diese Dynamik aufzeigen, wie das Herr Bonny auch angesprochen hat, aufzeigen, was aussenpolitisch passieren kann, und vor allem auch aufzeigen, wie wir das als Bürger, als Gruppen, als Parteien mitbeeinflussen können: das hiesse uns zeigen, dass in Europa aussenpolitisch eine Perspektive möglich ist, dass ein anderer, neuer Zustand möglich ist, der uns innenpolitisch viel mehr Handlungsspielraum und Möglichkeiten eröffnet. Man kann dann innenpolitisch auch zeigen, dass das Ja zu Europa kein Nein zur Demokratie oder zum Föderalismus bedeuten muss. Dieser Lernprozess steht uns bevor. Um diesen Lernprozess bewältigen zu können, müssen wir mehr tun als nur zuschauen, beobachten und diplomatisch Rücksicht nehmen.
Das ist vielleicht auch ein Problem, Herr Bundesrat Cotti, dass die alte Aussenpolitik sehr von der Diplomatie geprägt war. Wenn sie aber eine neue Innenpolitik werden soll, müssen wir auch den Mut haben, zu sagen, welche europäische Verfassung wir zum Beispiel unterstützen möchten, weil sie dem Willen der Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer entspricht, und welche Verfassungen den Integrationsprozess der Schweiz eher hemmen würden.
Da bitte ich Sie, auch in dieser Dynamik, in diesen Konsequenzen eine neue Musik anklingen zu lassen – so, wie Sie das im analytischen Teil Ihres Berichts tun. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass wir innenpolitisch besser, zukunftsgerechter handeln könnten und weniger vergangenheitsbezogen, wie das zu viele verlangt haben.

Aubry Geneviève (R, BE): Le rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante est un rapport ambitieux. Il permet, au moins, au Parlement, et même au peuple, de mieux connaître les objectifs de son gouvernement. J'en prendrai donc acte.
Sur le plan positif – car il y a des choses positives, il faut les dire –, j'ai apprécié que le Conseil fédéral tienne compte du vote négatif du souverain sur l'EEE et qu'il s'engage à fond dans les accords bilatéraux. Pour ma part, des démarches d'adhésion à l'Union européenne relèvent d'une bonne tactique de marche en avant, et cela ne me dérange pas, car nous n'y sommes, de loin, Messieurs les Conseillers fédéraux, pas encore. Il suffit d'observer les difficultés de la Suède et l'imbroglio dans lequel nous place le oui à l'initiative des Alpes pour comprendre que nous n'allons pas si aisément franchir de nombreux obstacles. Et puis, observons les problèmes de nos voisins français avec l'agriculture, la pêche, la chasse dont les restrictions ont été décidées par Bruxelles, pour savoir, aussi, que Maastricht, pour l'instant, n'est pas la panacée.
Ensuite, quelle sera la configuration de l'Union européenne dans deux, trois, voire cinq à dix ans? Ambitieux, ce rapport l'est et, à mes yeux, peut-être ou même certainement trop ambitieux. Avons-nous les moyens de faire une telle politique, de foncer tous azimuts comme si nous étions le nombril du monde, et d'un monde qui attend de la Suisse des miracles? Je pense que nous devrions, d'abord, nous attaquer à notre cohésion à l'intérieur même du pays, car elle est pour l'instant en péril. Je me pose aussi toujours la question de savoir si le peuple suivra, lui qui a été si souvent négatif lors de votations concernant la politique étrangère. Attendons la prochaine votation sur les casques bleus, ce sera déjà un test!
Je juge, par contre, moins positivement le rapport sur la neutralité, car elle nous semble bien amoindrie dans sa conception helvétique. Est-ce la volonté d'adhésion à l'UE qui a fait rétrécir notre neutralité comme une peau de chagrin? Que nous imaginions un rapprochement pour la sécurité commune de l'Europe avec les forces de l'Otan me semble encore compatible avec la neutralité. Mais un rapprochement pour une défense commune n'est pas une alliance à laquelle la Suisse devrait se conformer en tous points. Notre neutralité stipule aussi que nous ne pouvons participer à aucun conflit armé sauf pour la défense de notre territoire.
Il m'apparaît que certains commis confondent notre neutralité avec celle de l'Autriche, car le gouvernement autrichien en a une autre conception. Pour lui, en excluant les alliances et les bases étrangères sur son territoire, la neutralité restera, en somme, une sorte de filet de sécurité de l'indépendance. Il ne voit aucun empêchement à la marier avec un système que nous ne pouvons pas accepter, qui est une sécurité collective demandée par le Traité de Maastricht. C'est en ce moment un jeu curieux qui se joue entre la Suisse et Vienne. Je ne suis pas rassurée sur l'issue d'une probable imitation de la Suisse, car on adapte facilement le droit lorsque cela vous arrange.
N'oublions pas que notre neutralité nous a servi, nous sert encore et toujours à abriter des institutions humanitaires internationales, à permettre de négocier des pactes de paix sur notre territoire et à abriter les Conventions de Genève sur les droits de l'homme. Pourrions-nous encore offrir nos bons offices et notre assistance si nous devions réellement prendre parti lors de conflits armés?

En conclusion, notre neutralité est un peu notre bouclier que nous pouvons adapter – je vous l'accorde – et moderniser selon les circonstances. Mais de grâce, ne la jetons pas aux orties, car la neutralité au cours des siècles a fait ses preuves! Nous avons su maintenir notre souveraineté et notre indépendance, gardons-les précieusement.
Je prends acte de ce rapport avec les remarques qui ont précédé.

Blocher Christoph (V, ZH): An diesem Bericht interessiert die Gretchenfrage: Wie hältst du es, Bundesrat, mit der Unabhängigkeit und der Neutralität? Das ist das einzig Interessante an diesem Bericht. Die Gretchenfrage wird sehr unbefriedigend beantwortet, in einer verfassungsmässig gefährlichen Weise und im Widerspruch zum Volkswillen und zur Mehrheit der Stände der Schweiz. Das ist demokratisch bedenklich.
Das Volk und die Stände haben sich 1992 für eine Kooperation ausgesprochen und nicht für eine Integration, für eine Zusammenarbeit und nicht für eine Einbindung oder Eingliederung in ein solch akademisches, politisch und ökonomisch ausserordentlich fragwürdiges europäisches Gebilde. Und nun geht man hin und sagt: «Das Volk hat zwar nein gesagt zum EWR, *aber wahrscheinlich wollte es noch einen Schritt weiter gehen*, also gehen wir gerade in die Europäische Union!»
Ich habe das Gefühl – das ist das Verdienstvolle an diesem Bericht –, dass der Bundesrat sehr ehrlich sagt, was wir schon lange bemerkt haben, was aber hier nie klar ausgesprochen worden ist: dass hier die Grundsäulen unseres Landes, die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und die dauernde, bewaffnete Neutralität – das sind kräftige Säulen, die politisch und wirtschaftlich die Stärke der Schweiz ausgemacht haben –, eingerissen werden sollen. Und womit ersetzen wir sie? Mit so dürren Strohhalmen, und erst noch auf sehr schlechtem Baugrund! Das ist doch keine Konstruktion für das Schweizer Haus! Auch die Aussenpolitik hat die Interessen des Landes zu wahren.
In diesem Saal wird gesagt, das müsse man nicht so wörtlich nehmen, das könne auch eine Option sein; man nehme den Bericht zwar zur Kenntnis, sei aber nicht recht dafür. Sie haben nun die Frage zu beantworten, ob Sie mit diesen Aussagen einverstanden sind oder nicht. Ich nehme es niemandem übel, wenn er einverstanden ist, aber er kann sich nicht um die Frage herumdrücken: Will ich in die Europäische Union? Und er muss sich auch fragen, was die EU für eine Konstruktion ist.
Wenn Herr Eggly sagt, er sei aus patriotischen Gründen für eine Schweiz, für eine schweizerische Schweiz, für eine europäische Schweiz, dann mache ich mit. Aber das ist doch ausserhalb der Europäischen Union möglich! Beitritt in die Europäische Union heisst klar, dass wir die Unabhängigkeit des Landes weitestgehend aufgeben. Wir müssten die Neutralität – das ist ein sicherheitspolitisches Instrument; Herr Eggly hat gesagt: «C'est un moyen»; natürlich, aber es ist ein Mittel – aufgeben und darauf verzichten. Alles andere ist Illusion. Wir müssten die eigene Aussenpolitik aufgeben, auch die Sicherheitspolitik, das ist doch ganz klar: Diese steuert jetzt auf Brüssel zu. Sie muss also dorthin delegiert werden – nicht sofort, aber früher oder später. Der Schweizerfranken, auf den könnten Sie verzichten. Die Währungsunion ist vertraglich vereinbart. Die schweizerische Landwirtschaftspolitik würde in Brüssel bestimmt. Die Besonderheiten der Schweiz würden einer europäischen Harmonisierungswut geopfert. Darum die politische Frage: Wollen wir das, oder wollen wir das nicht?
Das gleiche ist über die Neutralität zu sagen. Wenn ich da noch sehe, was aus diesen Berichten in Reden von Bundesräten und in die Verwaltung einfliesst, namentlich in Armeekreise, dann schaudert es mich. Woher kommen Behauptungen wie «Neutralität hat ihre Schutzfunktion verloren»? Was ist das für eine Lagebeurteilung? Oder: Konflikte zwischen europäischen Ländern seien – hören Sie gut – nicht mehr denkbar, also nicht nur nicht wahrscheinlich, sondern man könne sie nicht einmal mehr denken! Was sind das für Lagebeurteilungen? Das sind pubertäre Lagebeurteilungen; jeder sieht nur gerade den heutigen Tag und die Nachrichten und glaubt damit auch die Zukunft beurteilen zu können. Es wird von «Anpassung» der Neutralität gesprochen. Ein sehr gefährliches Wort, solche Dinge anzupassen! In diesem Jahrhundert haben wir das auch schon gehört.
Mit Blauhelmen und gleichzeitig mit einem merkwürdigen Liebäugeln mit der Nato wird die Neutralität unglaubwürdig gemacht. Da gibt es nichts zu rütteln. Es wird wörtlich betont, dass mit der Nato und der Westeuropäischen Union strukturelle Beziehungen aufgebaut werden sollen, dies in einem Vortrag eines Bundesrates vor Offizieren im Kanton Zürich. An Offizierskursen – Herr Mühlemann, von Ihnen an aufwärts – wird gesagt, man müsse die Armee «bündnisfähig» machen. Ja Donnerwetter, für welches Bündnis denn? Jetzt beginnen Sie wieder mit militärischen Bündnissen. Es wird weiter gesagt, Neutralität sei eine Einengung der Aussenpolitik. Herr Mühlemann: Das ist der Sinn der Neutralität. Neutralität ist eine Einengung für die Aussenpolitik der Regierung und der Politiker, wie Sie einer sind, Herr Mühlemann; denen muss man Schranken setzen, sonst beginnen sie Machtpolitik zu betreiben, wollen in die Nato und überallhin. Die Neutralität bietet Schranken gegen solche Eskapaden.
Ich schliesse mit einem Satz, den Herr Bundesrat Wahlen 1962 in Brüssel gesagt hat. Er hat nicht gesagt: Ich, Bundesrat, will neutral sein; so ehrlich war er. Er wäre wahrscheinlich lieber *nicht neutral gewesen*, denn das gibt Handlungsfreiheit. Er hat wörtlich zum Ausdruck gebracht: «Die immerwährende Neutralität ist tief in den politischen Überzeugungen des Schweizervolkes verwurzelt, das in ihr das Mittel sieht, mit dem in unserem Land am besten der Sache des Friedens gedient werden kann.» Er hat einen Auftrag des Volkes verkündet. Darum müsse er sich daranhalten.
Wer die Neutralität schwächt, der macht im Grunde genommen genau das gleiche, wie wenn er die Armee schwächt: Er schwächt die Sicherheit und den Frieden unseres Landes.
Darum müssen Sie dem Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit zustimmen, dann können diese zwei Dinge, meine Herren Bundesräte, geändert werden, und dann werden Sie einen ganz guten Bericht haben.

Stamm Judith (C, LU): Ich gebe Ihnen gern noch etwas Zeit, das Votum meines Vorredners auf sich wirken zu lassen.
Nach langen Jahren der Abstinenz lernen wir Schweizerinnen und Schweizer recht mühsam, aussenpolitisch zu denken und zu handeln, wobei unsere Stellung in Europa ein zentrales Thema bleibt. Das EWR-Nein und das Alpen-Ja waren Paukenschläge, mit denen wir uns europaweit in Szene gesetzt haben. Aber jetzt folgt die weniger spektakuläre Knochenarbeit. Beide Entscheidungen haben Auswirkungen, wir müssen Sie verarbeiten. Das ist mit viel Unsicherheiten verbunden. Unsicherheiten ertragen wir Schweizerinnen und Schweizer, hochversichertes Volk, sehr schlecht. Natürlich stapfen wir jetzt bei den bilateralen Verhandlungen so selbstbewusst als möglich im Warteraum herum. Aber bilateral heisst ja, dass beide Seiten nehmen und geben wollen. Unser Angebot ist umschrieben: Wir warten auf die andere Seite. Das Schicksal des Europäischen Wirtschaftsraumes ist unbestimmt, aber absehbar. Wir warten auf die Volksabstimmungen in den beitrittswilligen Ländern, soviel Geduld bringen wir noch auf. Entscheide können wir erst fällen, wenn die Situation geklärt ist.
Das strategische Ziel einer Mitgliedschaft bei der Europäischen Union, wie es der Bundesrat formuliert, bejahe ich. Für mich heisst das nämlich, dass wir um das Jahr 2000 herum, es kann auch 2005 oder 2010 sein, eine Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union haben werden. Ich bin froh, dass der Bundesrat das vorbereitet.
Dass wir uns, im Sinne der Ausführungen von Kollega Raggenbass, vorbereiten müssen, dass wir unser Haus in Ordnung bringen müssen, versteht sich von selbst. Sollte die Stellung der Schweiz in fünf, zehn, fünfzehn Jahren so kraftvoll sein, dass wir es bei einer losen Kooperation mit der zukünftigen Europäischen Union bewenden lassen können, wird das Schweizervolk entsprechend entscheiden.
Es könnte aber auch sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung, dass die grenzüberschreitenden Probleme uns in den nächsten Jahren zu neuen Einsichten führen. Es könnte sein, dass wir in Zukunft unsere Unabhängigkeit nicht darin sehen, allein zu entscheiden und dann doch alles, was andere ent-

schieden haben, nachvollziehen zu müssen. Es könnte sein, dass wir dannzumal, im Interesse unseres Landes, anstreben, im grösseren Verbund mitentscheiden zu können. Auch in diesem Fall wird uns eine Volksabstimmung über einen allfälligen Beitritt zur Europäischen Union gelegen kommen.
Wenn wir über unsere Landesgrenzen hinaussehen, sehen wir eine Welt im Umbruch und Aufbruch. Das politische Beben, das die Welt erfasst hat, macht auch vor der Schweiz nicht halt. Was in der Welt, was in Europa passiert, wirkt sich auch bei uns rasch und merkbar aus. Eidgenössische Standfestigkeit braucht es nach wie vor, aber ebensosehr benötigen wir Flexibilität und Souplesse in der Aussenpolitik. Diese Haltung hat der Bundesrat in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht; dafür gebührt ihm Dank.
Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Nebiker Hans-Rudolf (V, BL): Ausgehend von der zunehmenden Verflechtung in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft stellen sich der Schweiz neue Aufgaben und Pflichten. Die Schweiz kommt nicht darum herum, im Rahmen der internationalen Organisationen mitzuwirken und auch hier ihren Beitrag zu leisten. Nur auf der Basis von Mitgliedschaft, Kooperation und Solidarität können die aussenpolitischen Ziele, wie sie der Bundesrat formuliert hat, erreicht werden. Aber jede Kooperation, jede Mitgliedschaft und auch bilaterale Verträge schränken die Entscheidungsfreiheit eines Landes ein. Also müssen wir uns die Frage stellen: Wieweit wollen wir uns über Kooperation einschränken lassen? Wieweit wollen wir eigenständig bleiben, und wieweit wollen wir mitwirken? Soll es nur bei einer Kooperation bleiben, oder wollen wir uns integrieren, einfügen, unterordnen?
Der Bundesrat geht leider in seinen Schlussfolgerungen zu weit, indem er das strategische Ziel eines EU-Beitrittes setzt. An mehreren Stellen des Berichtes stellt der Bundesrat richtigerweise fest, dass die Aussenpolitik auch Innenpolitik sei. Ohne breite Abstützung in der Bevölkerung, ohne deutliche Mehrheiten lässt sich Aussenpolitik nicht erfolgreich betreiben, und es lassen sich keine entsprechenden Mehrheiten finden. Die Erfahrungen bei der EWR-Abstimmung sollten dem Bundesrat ein deutliches Zeichen sein.
Im heutigen Zeitpunkt liesse sich insbesondere keine Mehrheit für einen Beitritt zur Europäischen Union finden. Das ist auch in der Westschweiz so, wenn man aufzeigt, was ein Beitritt effektiv darstellen würde. Selbst die Liberale Partei könnte einen Beitritt nicht befürworten, wenn auch Herr Eggly gestern mit fulminanten Worten dafür gesprochen hat; denn ein Beitritt zur EU würde einen Grossteil unseres föderalistischen Gedankengutes, wofür sich die Liberale Partei so sehr einsetzt, über Bord werfen.
Der Bundesrat stellt aber gleichzeitig fest – und das ist richtig –, dass unsere Verhältnisse zu den europäischen Staaten schwergewichtig auf der Basis von bilateralen Verhandlungen geregelt werden müssen. Es bleibt ihm auch keine andere Wahl. Man kann aber nicht gleichzeitig ernsthaft bilateral verhandeln und den Beitritt anstreben. Das ist keine glaubwürdige Politik. Das ist auch keine konsistente Politik. Die Möglichkeit des Beitritts kann durchaus offengelassen werden. Wir werden dann sehen, wie sich die EU weiter verhält und was aus ihr wird. Aber innenpolitisch ist es falsch, heute den Beitritt als Ziel zu deklarieren. Der Bundesrat hat die Chance verpasst – das wurde schon mehrmals gesagt –, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter seine aussenpolitische Konzeption zu bringen.
Das Ziel eines späteren Beitrittes zur EU schwächt aber auch im aussenpolitischen Bereich unsere Position in bilateralen und multilateralen Verhandlungen. Wie will die EU mit einem Land, das ohnehin beitreten will, ernsthaft verhandeln? Da kann es sich bestenfalls immer nur um Übergangslösungen, um Provisorien und nicht um etwas Dauerhaftes handeln. Nur mit dem Willen und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, nicht mit dem Ziel eines Beitrittes, kann der Bundesrat mit Aussicht auf Erfolg verhandeln und befriedigende Ergebnisse erzielen.
Zum Bericht über die Neutralität: Dieser Bericht ist an sich interessant. Es ist durchaus richtig, dass die dauernde und bewaffnete Neutralität immer wieder auf ihren Gehalt hin überprüft wird. Man muss sich damit auseinandersetzen und sich bewusst werden, dass die Neutralität auch vom Umfeld abhängig ist und sich in diesem Sinne auch verändert. Neutralität hat sowohl innen- als auch aussenpolitisch viel zum Bestand unseres Landes beigetragen, hat es geprägt, wie es heute ist. Die Neutralität hat sich grundsätzlich bewährt, und ohne sie wäre unser Land nicht unabhängig geblieben. Auch der Wohlstand und der Friede wären nicht gesichert gewesen. Die Neutralität hat zweifellos auch ihre negativen Seiten: Sie kann zu Isolation, sogar zu Überheblichkeit führen. Sie wird zu Unrecht mythologisiert. Trotzdem muss man sehr sorgfältig sein, wenn man den Inhalt der Neutralität zur Diskussion stellt.
In diesem Zusammenhang ist es absolut verfehlt, zu sagen, die dauernde und bewaffnete Neutralität könne bei einem EU-Beitritt beibehalten werden. Das ist falsch, denn die EU strebt ja eine europäische Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Aussenpolitik an. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, von Neutralität zu sprechen. Neutralität ist undenkbar in einem kollektiven Sicherheitssystem. Das eine schliesst das andere aus. Darüber muss man sich im klaren sein. Der Bundesrat ist leider in seinen Aussagen zu diplomatisch. Die diplomatische Sprache eignet sich nicht für die Auseinandersetzung mit den eigenen Bürgern.

Engler Rolf (C, AI): Ich habe die Integrationspolitik seit 1987, seit ich in den Nationalrat gewählt wurde, aus der Nähe verfolgt. Wenn ich jetzt zurückblicke, dann sind es doch drei Komponenten, die diese Integrationspolitik für mich geprägt haben. Erstens diskutieren wir immer wieder über Worthülsen, über Begriffe. Zweitens ist es ein permanenter Glaubenskrieg statt eine Auseinandersetzung um die Sache. Drittens gehen wir Irr- und Umwege und werden dies wahrscheinlich auch weiter tun. Ich möchte begründen, wieso diese drei Komponenten für mich von Bedeutung sind und auch von Bedeutung bleiben werden.
Beim ersten Integrationsbericht war ich Fraktionssprecher. Wir haben damals auf den bilateralen Weg gesetzt. Wochen später war dieser erste Integrationsbericht Makulatur. Unsere Diplomatie war nicht in der Lage, in Brüssel den Puls zu nehmen und entscheidende Wendungen und Änderungen in der EG überhaupt wahrzunehmen. Das verunsichert.
Wir haben damals über Worthülsen, über magische Worte diskutiert. Ich erinnere an den Ausspruch «Beitrittsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen» und anderes mehr. Wir haben diese Worte hier am Rednerpult bis zum Exzess durchexerziert, etwa in ähnlicher Form, wie wir heute über das «strategische Ziel» diskutieren, was ebenso unerspriesslich ist. Ob wir hier von Optionen reden oder von strategischen Zielen, ändert doch nichts daran, dass wir uns mit der Sache selbst auseinandersetzen müssen.
Das Volk hat zum EWR-Abkommen nein gesagt. Der Bundesrat gibt die Antwort und sagt: Strategisches Ziel ist der EU-Beitritt. Ich finde, das ist doch keine vernünftige und sachgerechte Antwort auf die Aussage des Volkes. Ich bin der Meinung, wir brauchen keine grossen Worte, wir brauchen kleine Taten. Wir brauchen die Diskussion um die Sache. Ich war und bin nach wie vor EWR-Befürworter. Ich habe nach wie vor meine Zweifel an bilateralen Verhandlungen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Schweiz einfach den Weg des Alleingangs geht. Aber dieser Glaube, die Hoffnungen, all das nützt nichts. Wir müssen doch Belege haben. Wir müssen uns einer gefestigten Position annähern, und wir müssen zu Wissen gelangen.
Ich stelle deshalb dem Bundesrat folgende Fragen, um die Politik etwas zu versachlichen: Herr Bundesrat Delamuraz, worüber wollen wir in diesen sechzehn Bereichen überhaupt verhandeln, was wollen wir erreichen? Können Sie uns zu allen sechzehn Bereichen wirklich eine exakte und genaue Antwort geben? Womit sollen wir diese sechzehn bilateralen Vertragswerke bezahlen, was wollen wir dafür geben? Im Bereich der Verkehrspolitik ist wenig übriggeblieben. Wollen wir nur noch mit Franken in einen Kohäsionsfonds bezahlen, oder was wollen wir hier wirklich entgegenbringen? Wie sollen diese Vertragsverhandlungen ablaufen? Wenn wir beim elften Vertrag das elfte Pfand gegeben haben, was geben wir dann bei der sechzehnten Verhandlung? Wie sieht der zeitliche Ablauf aus?

Ich habe gehört, dass sich die EU im Laufe des Monats April oder später vier Mandate geben lassen will. Wie sieht der zeitliche Ablauf aus, und wie sollen diese Mandate der EU aussehen?
Sehen Sie, mir kommt das Ganze etwas vor wie die Frau, die am Morgen aufsteht und sagt, sie gehe jetzt einkaufen, die aber nicht sicher ist, ob der Laden überhaupt geöffnet wird. Sie nimmt sich vor, möglichst viel in den Wagen zu stopfen, weiss aber nicht, wie sie die Einkäufe letztlich bezahlen will. Deshalb bin ich sehr skeptisch, ob solche bilaterale Verhandlungen zum Erfolg führen können.
Noch ein Letztes: Ich begreife wirklich nicht, Herr Bundesrat Cotti, dass man den Einbezug der Kantone in die Aussenpolitik nicht vom Bund her fördern will. Sie wollen nicht einmal die gleichlautenden Motionen von Ständerat Cottier und mir akzeptieren (93.3175 bzw. 93.3169), die eine Mitwirkung der Kantone in den Bereichen anstrebt, wo die Kantone noch souverän sind. Wie soll der Bürger, der demokratisch gesinnt ist und der für den Föderalismus eintritt, dem Bundesrat hier noch Vertrauen entgegenbringen?

Brunner Christiane (S, GE): Si je partage le point de vue du Conseil fédéral sur les grands objectifs qu'il a tracés dans son rapport en ce qui concerne la politique de paix et la politique d'ouverture, je tiens à me faire ici la porte-parole de la jeunesse engagée en faveur de l'intégration européenne.
Cette jeunesse s'est mobilisée au lendemain de la votation du 6 décembre 1992 de manière exemplaire: manifestation réussie à Berne, 15 jours à peine après la votation, manifestations de jeunes de manière décentralisée, soutien à M. Delamuraz, conseiller fédéral, au Conseil des Etats, organisation d'un large mouvement dans toute la Suisse pour relancer immédiatement le débat. Dans un délai record, les jeunes du mouvement «Né le 7 décembre» ont élaboré un texte pour une initiative populaire et l'ont lancée deux mois après la votation populaire. Cinq mois après, les signatures nécessaires étaient réunies, tout cela sans aucune infrastructure et dans un scepticisme ambiant quasi général.
Les jeunes ont réussi à catalyser l'ensemble des forces vives en faveur de l'Europe, toutes générations confondues. Le soutien n'a pas seulement été donné là où c'était le plus simple, du côté de la Romandie, les jeunes initiants se sont donné la peine de récolter des signatures dans l'ensemble de la Suisse, faisant fi du «Röstigraben» et portant le débat jusque sur la place de Schwytz. Les jeunes Suisses romands du comité ont ainsi amélioré leurs connaissances géographiques, linguistiques et culturelles et ont renouvelé le pacte confédéral qui nous lie.
Le texte de cette initiative peut paraître aujourd'hui quelque peu dépassé face au développement actuel de l'Union européenne, mais peu importe le contenu, c'est l'engagement qui compte. Pour beaucoup de jeunes, c'était la première approche de l'engagement politique et la première fois qu'ils faisaient usage des droits de la démocratie directe. On leur a souvent opposé le respect de la volonté du souverain, mais une démocratie qui ne supporterait pas que la jeune génération demande à rouvrir un débat essentiel pour son avenir serait à mon sens une démocratie à l'agonie. La capacité de se remettre en question a toujours été un signe de vitalité pour une société, et je partage sur ce point l'opinion du célèbre comique français Coluche qui disait: «Ce n'est pas parce qu'ils sont nombreux à avoir tort qu'ils ont raison.»
Aujourd'hui, la période de deuil postvotation est largement achevée, et nous pouvons reprendre la discussion et accélérer le mouvement. C'est là mon principal reproche à la démarche proposée par le Conseil fédéral: il ne propose aucun calendrier et aucune réponse précise à l'initiative des jeunes. Ces derniers attendent du Conseil fédéral qu'il traite leur initiative avec la même célérité qui est parfois vouée à d'autres objets, qu'il la soumette à discussion aux Chambres fédérales ou qu'il lui impose un contre-projet direct ou indirect, mais enfin qu'il fasse quelque chose au lieu de se cantonner dans un attentisme prudent.
Les jeunes ne sont pas seulement préoccupés par les problèmes de chômage, de drogue, ou par leur propre confort matériel. Ils ont besoin d'un projet de société capable de soulever les enthousiasmes et dans lequel ils aient leur mot à dire. Ils doivent être considérés comme des partenaires à part entière de ce débat politique qui concerne, en premier lieu, leur avenir. Nous avons, en tant que politiciens et politiciennes, une lourde responsabilité par rapport à cette jeunesse nouvellement engagée. Son incompréhension est grande de voir à quel point nous nous complaisons dans les atermoiements et à quel point nous sommes plus préoccupés par nos résultats électoraux que par la volonté de lui donner l'audience qu'elle revendique. Les stratégies et les tactiques politiciennes ne font pas partie de la conception que ces jeunes se font de la politique, et nous allons à jamais les dégoûter de l'engagement social si nous n'apparaissons que comme une force de blocage de leurs enthousiasmes.
Si l'initiative «Pour notre avenir au coeur de l'Europe» propose l'adhésion de la Suisse à l'Espace économique européen, c'est en raison de l'analyse très lucide des étapes qui sont nécessaires dans notre pays pour accepter un rapprochement avec l'Union européenne. Pour ces jeunes, toutes les perspectives d'intégration européenne sont néanmoins ouvertes. Leurs priorités portent sur la volonté de participer à une Europe en construction et sur la volonté d'ouverture vers l'extérieur. Les valeurs que nous leur proposons en Suisse sont trop restrictives, les jeunes se sentent à l'étroit dans notre monde étriqué et suranné.
L'Europe est en mouvement, et la Suisse est immobile et passéiste. La force d'une société se mesure à la force d'intégration des jeunes. S'ils sont dynamiques, intéressés et contestataires, notre avenir sera riche et vivant. S'ils sont déçus, passifs et abstentionnistes, nous n'avons tout simplement pas d'avenir.
Messieurs les Conseillers fédéraux, c'est en raison de votre absence de prise de position concrète sur les éléments que je viens de soulever, qui aurait répondu en partie à l'interpellation urgente (93.3398) du groupe socialiste du 21 septembre 1993, que le groupe socialiste ne peut se déclarer que partiellement satisfait de votre réponse.

Rychen Albrecht (V, BE): Der Stellenwert des Berichtes ist für mich entscheidend: Wir haben ihn lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Damit verpflichte ich mich zu nichts. Ich behalte als Mitglied dieses Parlamentes in allen aussenpolitischen Entscheiden der Zukunft den vollen Handlungsspielraum. Aus diesen Gründen sehe ich nicht ein, warum man eine Rückweisung des Berichtes beschliessen sollte. Den Bericht beurteile ich als eine realistische und gute Analyse. Diese ist problemorientiert und nimmt Rücksicht auf die tatsächlich stark veränderten Verhältnisse in Europa und in der Welt.
Zum EU-Beitritt: Ich bedaure persönlich, dass der Bundesrat dieses Ziel heute festlegt. Warum bedaure ich dies? Weil sich die Frage heute und hier politisch gar nicht stellt. Wir haben die Resultate der bilateralen Verhandlungen mit der EU abzuwarten. Das kann noch zwei oder drei Jahre dauern. Wir wissen es nicht. Wir sollten die definitiven Entscheide der Völker Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens abwarten, und dann ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen Lagebeurteilung. Ich bedaure, dass die heutige Diskussion um den EU-Beitritt nichts bringt, höchstens die Verhärtung altbekannter Fronten. All jenen, die schon genau wissen, wie es im Jahr 2000 aussehen wird, möchte ich sagen: Seien Sie etwas gelassener, und lassen Sie die Frage des Beitrittes doch einfach offen. Das haben wir doch nicht heute zu entscheiden und wahrscheinlich auch nicht morgen und übermorgen, sondern viel später. Seien Sie doch bitte so gelassen und bringen Sie damit auch eine Politik in Gang, die sich konkret mit Europa auseinandersetzt, denn heute ist es aufgrund der innenpolitischen Lage und der Mehrheitsverhältnisse im Volk unrealistisch, diese Zielsetzung formulieren zu wollen. Ich bin überzeugt, dass es kluge Politik ist, diese Frage offenzulassen.
In der Diskussion gestern und heute haben mich einige Voten nachdenklich gestimmt. Da gab es eine ganze Reihe von Belehrungen gegenüber unseren europäischen Nachbarstaaten, dass sie das und jenes falsch machen würden und dass das und jenes gut oder nicht gut sei. Ich glaube, wir sind gut

beraten, wenn wir in den Belehrungen gegenüber Europa zumindest Zurückhaltung üben. Ich zitiere den ehemaligen Aussenminister, eines meiner grössten politischen Vorbilder, Mitglied meiner Partei, Bundesrat Wahlen selig: «Es steht uns nicht zu, in den Ratssälen die Politik anderer Länder zu beurteilen und Zensuren auszuteilen.» Unabhängig davon, ob wir je einmal EU-Mitglied sein werden oder nicht, ist eines sicher: Wir Schweizer müssen daran interessiert sein, dass sich die grossen Kulturnationen Europas an einem gemeinsamen Ziel orientieren, und dieses Ziel heisst Frieden auf diesem Kontinent. Das ist auch in unserem Interesse. Ich erinnere an den konservativen Staatsmann Churchill, der in Zürich sinngemäss gesagt hat: Hört endlich auf, Ihr Europäer, pro Jahrhundert zwei oder drei Mal einander die Länder mit blutigen Kriegen zu zerstören. Hört damit auf, schliesst euch eher zusammen.
In welcher Form das geschehen wird, wird noch lange nicht feststehen. Aber es muss auch in unserem Interesse sein, dass diese Länder nicht wieder gegeneinander aufgebracht werden. Ich zitiere wieder Friedrich Traugott Wahlen. Er sagte: «Unsere Mitarbeit an der Einigung Europas kann ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit eines Kontinentes werden, dessen Geschichte und Zugehörigkeit zur westlichen Kultur wir Schweizer teilen. Unser Land ist im Herzen dieses Kontinentes gelegen, ein Stück Europa. Europas Schicksal wird letzten Endes auch unser Schicksal sein.»
Da sind Belehrungen nicht am Platz, sondern es ist im Interesse aller, dass Deutschland und Frankreich, Grossbritannien und Russland einigermassen in Frieden nebeneinander leben.
Kurz zur Neutralität: Im Bericht wird zu Recht an der Neutralität festgehalten. Es gibt heute keine Alternative zur Neutralität. Aber viele tun so, als ob sich die Welt nicht verändern würde! Wir haben vor kurzem beim Irakboykott der Uno mitgemacht; ob wir wollten oder nicht, wir mussten mitmachen. Das war eine qualitative Veränderung der Neutralitätspolitik, und es geht in diesem Bericht um die Beschreibung dieser Politikänderung und um nichts sonst. Die Neutralität bleibt.

Segmüller Eva (C, SG): Der klare Bericht des Bundesrates situiert die Schweiz in der Welt. Ergänzend folgen soll und muss aber das Nord-Süd-Leitbild, das unsere Beziehungen zur Dritten Welt behandelt. Ebenso begrüssenswert ist der Anhang, der die Neutralität als Mittel und nicht als Ziel definiert.
Aus Aktualitätsgründen stehen heute in der Diskussion die Beziehungen der Schweiz zu Europa zur Diskussion. Die Optionen kennen wir. Nach dem EWR-Nein heisst es für die nächste Zukunft bilateral verhandeln; dies wurde durch die Annahme der Alpen-Initiative erschwert.
Erinnern wir uns: Mit einer Motion hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates 1991 vom Bundesrat ein aussenpolitisches Konzept verlangt, und mit dem vorliegenden Bericht kommt der Bundesrat diesem Auftrag nach, indem er das strategische Ziel nennt: Integration in der Europäischen Union. Hätte der Bundesrat das Ziel nicht genannt, wäre ihm der doppelte Vorwurf sicher gewesen, er stochere führungslos im Nebel herum, oder, noch schlimmer, er verschweige Ziel und Absichten.
Ab 1995, wenn wir vermutlich von vier Mitgliedländern der Europäischen Union und einem EWR-Land umgeben sein werden, wird die Schweiz in der Tat eine Insel sein. Die Frage ist also nötig: Wohin soll denn unsere Reise gehen? Das Feindbild «Europäische Union» zu pflegen ist obsolet. Es ist müssig, alle ihre Defizite aufzuzählen. Die Europäische Union ist ein Prozess auf dem Weg zu mehr Subsidiarität, mehr Föderalismus, mehr Demokratie. Die Frage ist eigentlich nur: Warten wir ab, bis die EU unseren Standards entspricht, oder arbeiten wir daran mit?
Im Zweckartikel unserer Bundesverfassung steht: «.... Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes ....» Die sukzessive Aufgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit mit Draussenbleiben und autonomem Nachvollzug aus meist wirtschaftlichen Gründen erscheint mir eine unerträgliche Perspektive. Es gibt daher eigentlich keine Alternative zum strategischen Ziel des Bundesrates, mit zu machen und mit zu entscheiden mit vollen Rechten und Pflichten. Klar ist, dass keine Zeitachse vorgegeben werden soll und dass es gilt, innenpolitisch den Boden für alle Integrationsschritte zu bereiten, Akzeptanz zu fördern, Feindbilder abzubauen.
Gestern konnte und heute kann sich die Schweiz noch frei gegen ein EWR-Abkommen entscheiden. Ich hoffe, dass die Schweiz nicht eines Tages durch sich rasch ändernde äussere Umstände vorwiegend wirtschaftlicher Natur gezwungen sein wird, EU-Mitglied zu werden. Ich hoffe vielmehr, dass wir das aus einer Position der Stärke heraus werden tun können, wenn wir dazu bereit sind – im Bewusstsein, dass die beste Selbstbehauptung eines Landes in der Mitentscheidung liegt, wenn Unabhängigkeit im klassischen Sinn wegen der Interdependenz der Probleme nicht mehr gegeben ist.
Der Schlüsselsatz für sein Konzept steht im Bericht des Bundesrates auf Seite 47: «Mitwirkung und Mitentscheidung sind notwendige Voraussetzungen für die Wahrung der Interessen des Landes.» Es sei daher nötig, die Mitwirkungsdefizite zu beheben.
Dies und nichts anderes will der Bundesrat, und in diesem Sinne unterstütze ich Ziele und Mittel des Berichtes und weise alle Rückweisungsanträge zurück.

Frey Claude (R, NE): Le rapport du Conseil fédéral a le mérite de la clarté. L'objectif stratégique, c'est l'adhésion à l'Union européenne sans condition et sans réserve.
La politique du gouvernement est claire, le Parlement avait le devoir de l'être aussi. L'a-t-il été? Après quelque 70 orateurs qui se sont exprimés ici, on peut en douter et en douter sérieusement. Il y a toujours le quarteron habituel des enthousiastes de Maastricht; il y a le gros bataillon des réservistes qui prendront acte sans vraiment appuyer le Conseil fédéral; enfin, il y a le camp des opposants déclarés à Maastricht qui renverront symboliquement le rapport, symboliquement, parce que le renvoi ne sera suivi d'aucun effet. Vous oubliez le précédent rapport sur l'intégration: tous les groupes s'étaient mis d'accord pour le renvoyer, pour ne pas voter sur ma proposition de désapprouver ce rapport. Vous l'avez renvoyé avec une foule de questions. Aucune réponse n'a été donnée et vous ne demandez aucune réponse. Sur les 70 orateurs, aucun n'a demandé des rapports complémentaires.
Le rapport clair du Conseil fédéral n'a pas clairement mobilisé le Parlement sur la politique d'adhésion. Il n'y a pas ici, dans cette salle, une majorité, un souffle pour appuyer le Conseil fédéral s'il venait à réactiver sa demande d'adhésion à Bruxelles. On pratiquera la langue de bois pour ne pas dire non, mais on ne dira pas oui. Et pourquoi? Sans doute parce que la clarté du rapport du gouvernement a mieux mis en lumière les contradictions fondamentales de sa politique. J'en relèverai deux ici.
Première contradiction: le Conseil fédéral veut respecter le verdict populaire du 6 décembre 1992 tout en maintenant l'objectif de l'adhésion à l'Union européenne et au Traité de Maastricht. Mais, Messieurs les Conseillers fédéraux, c'est une mission impossible! C'est impossible parce qu'il faut se rappeler le climat de la votation du 6 décembre 1992. Il faut se rappeler les arguments échangés alors. On a parlé avant le 6 décembre de tout; on a surtout parlé de Maastricht; on a parlé de l'agriculture; on a pratiquement parlé de tout sauf du Traité sur l'Espace économique européen. Et pourquoi? Parce qu'en mai de la même année, en mai 1992, le Conseil fédéral avait décidé le dépôt de la demande d'adhésion à la CE. Dès lors, il y avait amalgame, dès lors il y avait dérapage. Et en Suisse alémanique, on a voté essentiellement sur la politique d'adhésion, ce qui me permet de dire que le refus du 6 décembre est un rejet de la politique d'adhésion du Conseil fédéral. Première contradiction.
Deuxième contradiction: selon le Conseil fédéral, la neutralité n'est pas incompatible avec la politique d'adhésion. Mais, c'est objectivement faux! La neutralité ne peut pas être réduite ici, comme on l'a vu trop souvent hier et aujourd'hui dans cette salle, à une caricature, à sa seule signification géostratégique, à sa seule définition formelle et juridique. La neutralité, c'est en premier lieu un moyen d'affirmer son indépendance, un moyen de choisir ses institutions, son gouvernement. Je dirai

qu'en matière de politique internationale la neutralité, c'est un peu le droit à l'objection de conscience. La politique de neutralité, c'est aussi un moyen de maintenir l'essentiel des prérogatives d'un Etat indépendant: la monnaie, la fiscalité, le régime social, les structures économiques, la politique agricole et jusqu'aux institutions, au droit démocratique et au fédéralisme. Le Conseil fédéral s'essoufflera, le Conseil fédéral s'épuisera à rappeler que ces souverainetés subsisteront, mais dans une souveraineté collective. Le pays légal n'arrivera jamais à convaincre sur ce point le pays réel. Les dérapages sont dès lors programmés.
Je conclus: en mai 1992, le dépôt à Bruxelles de la demande d'adhésion à la CE a complètement faussé la votation sur l'Espace économique européen. Je regrette que le Conseil fédéral maintienne l'objectif stratégique de l'adhésion comme si rien ne s'était passé. Je crains fort que le débat de politique étrangère n'en soit fortement altéré ces prochaines années, et cela juste au moment où il faudrait une politique qui rassemble, une politique qui unisse et qui ne divise pas le pays.
Je soutiendrai résolument le Conseil fédéral dans ses négociations bilatérales que l'on sait difficiles avec l'Union européenne, mais je ne peux pas approuver une politique qui persiste dans une voie sans issue.

Hess Peter (C, ZG): Wenn ich gegen Ende dieser breiten Debatte über den aussenpolitischen Bericht Bilanz ziehe, stelle ich ein Zweifaches fest: Einerseits wird allgemein anerkannt und begrüsst, dass der Bundesrat mit diesem Bericht erstmals eine vertiefte Analyse des Umfeldes vornimmt, in das die Schweiz nach aussen hin eingebettet ist. Diese gegenseitige Gebundenheit in Fragen der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Sicherheits- oder Migrationspolitik ist eine Gegebenheit, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben, ob wir das nun wollen oder nicht. Wer heute noch vorgibt, es gelte nur die Eigenheiten oder Stärken unseres Landes hervorzuheben, um Wohlstand und Prosperität ins nächste Jahrtausend hinüberzuretten, streut unserem Volk Sand in die Augen.
Auf der anderen Seite hat sich die Debatte im wesentlichen um die Frage gedreht, ob der Bundesrat mit der strategischen Zielsetzung eines EU-Beitritts richtig liege oder nicht. Diese holzschnittartige Verkürzung des aussenpolitischen Berichts auf die Frage «EU-Beitritt: ja oder nein?» ist wohl für den medienwirksamen und elektoral ausgerichteten politischen Schlagabtausch geeignet. Sie wird aber weder der Verunsicherung in unserer Bevölkerung noch den realpolitischen Bedürfnissen nach einer gesicherten Zukunft unseres Landes in einem sich ständig wandelnden Europa gerecht.
Im Zentrum des Berichts stehen fünf aussenpolitisch relevante Ziele, die sich mit dem Bundeszweck gemäss Artikel 2 der Verfassung durchaus vereinbaren lassen: Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden, Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, Förderung der Wohlfahrt, Abbau sozialer Gegensätze sowie Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Im Zusammenhang mit diesen unbestrittenen Zielen nennt der Bundesrat Mittel und Wege, wie diese Ziele nach seiner Auffassung am effizientesten realisiert werden können: Es ist eine aktivere, engagiertere Mitwirkung unseres Landes auf internationaler Ebene. Er nennt dabei nebst der bereits heute bestehenden Mitarbeit in Institutionen und Konferenzen, nebst unseren massgeblichen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen als langfristiges strategisches Ziel auch den Beitritt zur EU. Gleichzeitig bringt er aber – allerdings zuwenig deutlich, das muss kritisiert werden – zum Ausdruck, dass vor der Aufnahme von Verhandlungen über die multilaterale Integration der Schweiz die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen; dies steht auf Seite 33 unten.
Mehr als auf den Streit um Begriffe wie Option oder Zielsetzung müssen wir uns in der Tat auf die Frage konzentrieren, welche Voraussetzungen denn erfüllt sein müssen, um die gewünschte aktivere Mitarbeit realisieren zu können. Aussenpolitisch wird unser zukünftiges Verhältnis zu Europa massgeblich davon abhängen, wieweit Grundwerte wie die Wahrung der direkten Demokratie, die Akzeptanz eines föderalen Bündnisses nach dem Grundsatz der Subsidiarität, die Gewährleistung der kulturellen Vielfalt, die Kündbarkeit der Verträge oder die Selbstbestimmung der Schweiz in entscheidenden Fragen der Aussen- oder Sicherheitspolitik respektiert werden.
Innenpolitisch müssen die genannten aussenpolitischen Zielsetzungen besser abgestützt werden. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass Mitwirkung und Mitentscheidung nach aussen vom Schweizervolk mitgetragen werden müssen, ansonsten noch so schöne Zielformulierungen zu Makulatur werden.
Die CVP-Fraktion wird im Wissen um die zentrale Bedeutung der innenpolitischen Abstützung der Aussenpolitik in den nächsten Tagen in der Form einer allgemeinen Anregung einen Verfassungsartikel vorschlagen, der die Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit beinhaltet. Mit diesem Vorstoss wollen wir die politische Diskussion über die Aussenpolitik neu ankurbeln. Wir wollen damit aber auch einen Ausbruch aus der gegenseitigen Lähmung versuchen, die seit dem 6. Dezember 1992 wichtige politische Kräfte in Untätigkeit bindet. Es gilt, mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen und Unterstellungen aufzuhören und endlich wieder zu handeln, nach vorne zu blicken und die dringend einer Lösung harrenden grenzüberschreitenden Probleme gemeinsam anzupacken.
Ich lade Sie alle ein, mit uns in diesem Bestreben zusammenzuarbeiten, nach dem Motto: «Vereint schlägt sich's besser!»

Tschopp Peter (R, GE): D'abord une constatation. Le Parlement se montre d'autant plus divisé et réservé face à des rapports du Conseil fédéral lorsque ceux-ci sont clairs, courageux et prospectifs. Pour s'en convaincre, il suffit de songer à l'accueil que ce Conseil a réservé au rapport du 18 mai 1992 qui érigeait en but de la politique extérieure l'adhésion de la Suisse à la CEE. Il fut renvoyé.
Cette même controverse resurgit aujourd'hui et nous vaut des propositions de renvoi. Dans l'abstrait, nous passons notre temps à revendiquer un Conseil fédéral décidé et qui arrête des stratégies gouvernementales. Mais, dans le concret, nous sommes des nostalgiques du bon vieux temps où le Conseil fédéral pouvait se contenter de gérer et d'administrer des affaires courantes.
La qualité du rapport qui nous est soumis tient aux faits suivants:
D'abord, l'analyse est globale. Elle aborde la question de notre intégration dans l'ensemble des organisations internationales et forums qui permettraient – pour autant qu'on y participe – de défendre activement notre souveraineté sur les lieux mêmes où les décisions nous concernant se prennent. Dans ce monde si interdépendant, la politique de la chaise vide est la plus dangereuse forme de démission. Elle débouche sur la satellisation du pays.
Deuxièmement, le rapport séduit par sa clarté, par le fait qu'il sépare scrupuleusement l'analyse, l'énoncé d'une stratégie, la formulation d'objectifs et l'énumération des moyens. C'est cette clarté qui inquiète et qui amène les frileux à déclencher une guerre des mots. Le terme «objectif stratégique» fait peur. On veut lui substituer celui d'«option».
Je félicite pour ma part le Conseil fédéral d'être revenu aux termes «objectif stratégique» pour ce qui est de l'adhésion à l'Union européenne et de l'ONU. Le retour à la formule vague d'«option» à la suite du rejet de l'EEE a été mal accueilli par une moitié de la population et par nos voisins européens. Et pour cause, car, en français en tout cas, «opter» et «option» sont des termes qui se réfèrent à un choix entre deux ou plusieurs choses que l'on ne peut pas avoir ou faire ensemble.
Puisqu'on ne peut pas avoir le beurre et l'argent du beurre, les linguistes d'occasion qui parlent d'«option» souhaitent en réalité «l'Alleingang», sans l'avouer. Si l'on envisage sérieusement de rejoindre l'Union européenne, seul le terme «objectif» peut convenir, étant entendu que les conditions de politique intérieure devront être réunies pour que le peuple et les cantons puissent suivre un jour ce parti pris, hélas encore seulement gouvernemental à l'heure actuelle. L'évolution des esprits ne se fera pas sans un effort conjoint de la classe politique, Parlement et gouvernement confondus.

Pour conclure, je vous demande de prendre acte de ce rapport, sans des «oui, mais», sans des caricatures se référant à un Maastricht qui hante certains cerveaux, sans donner dans le mythe de la neutralité. Ce faisant, vous restaurerez tant soit peu la crédibilité de notre gouvernement aux yeux du reste du monde qui existe lui aussi. Cette crédibilité est indispensable pour mener une politique étrangère qui puisse sauvegarder les intérêts à long terme du pays sur l'échiquier mondial.
Il est clair que la stature du Conseil fédéral a été ébranlée à la suite des votes populaires du 6 décembre 1992 et du 20 février 1994. En disant cela, je ne mets aucunement en cause la légitimité de ces deux décisions populaires. Je constate simplement que nous avons été désavoués – le Conseil fédéral et nous avec – et qu'une expression de solidarité de notre part pourrait aider le Conseil fédéral dans son difficile travail.
Est-il raisonnable de flirter avec le splendide isolement, 479 ans après Marignan? Notre politique extérieure ne prend-elle pas un tour présomptueux dont nous n'avons pas les moyens? Pourquoi finalement refuser une intense coopération avec ces démocraties éprises de paix et de prospérité qui forment aujourd'hui l'Union européenne? Cela revient à continuer à les considérer comme des ennemis virtuels. Quelle fondamentale myopie et erreur d'appréciation!
En réalité, j'aurais encore dû chanter un requiem sur une interpellation que j'ai eu l'honneur de déposer le 17 décembre 1992 et qui a traîné dans les tiroirs ou sous le derrière de quelques stratèges futés. Je pense que cette interpellation eût été intéressante, mais la décence et vos estomacs me contraignent à vous renvoyer aux livres d'histoire la concernant.

Zbinden Hans (S, AG): Ich nehme an, dass ich aus alphabetischen Gründen ans Ende gesetzt worden bin.
Wir erleben im Moment eine Premiere. Zum ersten Mal versucht der Bundesrat, sein aussenpolitisches Konzept nicht nur gleitend und ad hoc zu verändern, sondern er versucht, ein Konzept vorzulegen und zusammen mit dem Parlament ein neues aussenpolitisches Profil zu entwickeln, gemeinsam eine neue aussenpolitische Rolle zu definieren. Ich kann das jetzt als letzter sagen, da wir diese Definitionschance bis jetzt mehr oder weniger vergeben haben. Beispiel für mich war das Votum von Herrn Blocher, der Goethes «Faust I» auf die Gretchenfrage reduziert hat. In Goethes «Faust I» steckt aber wesentlich mehr!
Genauso ist es mit diesem aussenpolitischen Bericht. Er enthält eine Menge Rohmaterial, das wir verwenden können, um präzisere Zukunftsvorstellungen zu entwickeln. Ganz kurz: Unsere bisherige Rolle haben wir 50 Jahre lang gespielt, und es ist schwierig, nach 50 Jahren eine neue Rolle zu entwickeln. Wir haben eine Nischenpolitik gehabt, wir haben Gute Dienste angeboten, wir hatten eine Art Verhandlungshotellerie oder Verhandlungsparahotellerie bei uns in der Schweiz, und daneben haben wir ganz still und leise systematisch eine gute Aussenwirtschaftspolitik aufgebaut, praktisch camoufliert durch die andern erwähnten Dienste.
Jetzt müssen wir uns neu definieren. Das ist eine schwierige Aufgabe. Die Kulissen der Welt haben sich verändert. Ich bin der Meinung, dass es immer schwieriger wird, im Rahmen der wirtschaftlichen Verflechtungen noch eine unverkennbare, originale Aussenpolitik zu entwickeln. Die Aussenpolitik der verschiedenen Länder wird immer mehr harmonisiert. Deshalb finde ich es auch wichtig, dass wir bei dieser zukünftigen Rollendefinition nicht nur den Gemeinsinn – also die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die Öffnung – verstärken, sondern ebenso gemeinsam etwas Eigenwilliges, Eigenständiges entwickeln.
Ich bin der Meinung, dass der Bundesrat da zuwenig Vorarbeiten geleistet hat. Nur zwei Beispiele – ich kann das machen, weil Herr Rychen vorher aus Zeitgründen die Fundamentalismusfrage nicht wie beabsichtigt ansprechen konnte –: Der Islam hat 800 Millionen Anhänger; es gibt 50 Länder, die durch islamische Regierungen dominiert sind. Wir wissen genau, dass das für uns eine Zukunftsfrage ist. In allen Frontstaaten, von der Türkei über Aegypten bis nach Algerien, gibt es schwierige, sehr komplexe Erschütterungen. Ich frage mich: Wer befasst sich mit dieser religiösen Herausforderung? Wer spezialisiert sich, wer erarbeitet sich die Kompetenz, um zu diesen Ländern eine Art Brückenfunktion aufzubauen? Ich bin der Meinung, dass wir uns wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr universell den Ländern widmen können, dass wir uns spezialisieren müssen, zum Beispiel spezialisieren auf diese islamische Herausforderung. Da gibt's unwahrscheinlich viele Vorurteile und aus der Geschichte heraus viele Animositäten.
Eine weitere Möglichkeit wäre folgende: Es gibt Länder, die sogenannte weisse Flecken darstellen, Länder, die geostrategisch, ökonomisch, auch kulturell nicht mehr interessant sind für die Erste Welt, auch nicht interessant für die Zweite Welt. Ich denke zum Beispiel an Afghanistan, ich denke an Sri Lanka, ich denke an Kuba. An diesen Ländern läuft die Welt vorbei, und niemand fühlt sich verpflichtet, mit ihnen zu kooperieren. Da sehe ich zum Beispiel eine spezifische Aufgabe für die schweizerische Aussenpolitik, damit wir auch in Zukunft gegenüber der Welt noch eine glaubwürdige, eigenwillige Politik betreiben, eine Politik, die auch nach innen nachvollziehbar ist, die auch nach innen vertreten werden kann. Momentan sind wir daran, eine etwas amorphe Aussenpolitik zu entwickeln.
Ich komme zum Schluss: Ich würde behaupten, dass uns im Moment die Geschichte den Weg versperrt. Die Geschichte hindert uns daran, offener zu werden, das Schicksal mit andern zusammen zu meistern, das Schicksal natürlich auch in die Hände anderer zu legen. Und ich sage als Letztes: Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie einmal war, nämlich berechenbar, aus der Geschichte ableitbar. Es gibt unheimlich viele Ungewissheiten, Unklarheiten, und da gibt's nur eines: Man muss die eigene Geschichte relativieren, man muss sich lösen von dieser Geschichte, auf Distanz gehen und auch offen sein für Neues. Und ich hoffe, dass wir die Diskussion, die wir jetzt begonnen haben, noch viel vertiefter weiterführen können, damit Bundesrat und Parlament eine aussenpolitische Position definieren können, die für viele verständlich ist, die für viele nachvollziehbar ist.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Präsidentin: Wir sehen vor, die Kommissionssprecher und die beiden Bundesräte morgen früh um 08.00 Uhr zu Wort kommen zu lassen und etwa um 09.00 Uhr über die Rückweisungsanträge abzustimmen.

Ducret Dominique (C, GE): Je constate, une nouvelle fois, que le débat qui doit être consacré par notre Conseil à la lex Friedrich est reporté à je ne sais quand. Nous l'avions engagé lors de la session à Genève. Nous l'avions suspendu parce qu'on nous avait promis qu'il serait à l'ordre du jour de la session du mois de décembre. Il a été renvoyé une fois encore à la session du mois de mars et, à nouveau, nous apprenons que ce débat n'aura pas lieu.
Je demande que le Bureau se penche sur la question et qu'il trouve le moyen de nous permettre de discuter de cet objet à l'occasion de la présente session.

Präsidentin: Ich stelle fest, dass Herr Ducret gegen die Traktandenliste von morgen einen Protest abgegeben hat.

Bär Rosmarie (G, BE): Ich möchte keinen Protest abgeben, sondern ich stelle den Ordnungsantrag, dass man das alte Programm hervornimmt und das Gleichstellungsgesetz morgen um 08.00 Uhr traktandiert. Sie wissen, dass das Büro beschlossen hat, diese Debatte im Fernsehen live zu übertragen, und dass sehr viele Leute speziell für diese Debatte morgen nach Bern reisen werden. Ich möchte, dass man zuerst das Gleichstellungsgesetz behandelt und anschliessend die aussenpolitische Debatte zu Ende führt.

Präsidentin: In meinem persönlichen Namen beantrage ich Ihnen, den morgigen Tag so abzuwickeln, wie ich ihn vorhin skizziert habe. Ich habe mit den Berichterstattern und mit dem

Bundesrat intensiv diskutiert; ich glaube daran, dass wir den Schluss der aussenpolitischen Debatte innert einer Stunde bewältigen können. Unter diesen Umständen – mein Engagement für die Gleichberechtigung steht ausser Zweifel – halte ich es für verantwortbar, die Aussenpolitik abzuschliessen, bevor wir zum anderen sehr wichtigen Thema übergehen.

Gysin Hans Rudolf (R, BL): Ich bin ganz der Meinung der Präsidentin, dass die morgige Sitzung so durchgeführt werden soll, wie sie sie angesagt hat. Wenn Sie jetzt über den Ordnungsantrag Bär abstimmen wollen: Es ist – unter Berücksichtigung der aktuellen Präsenz im Ratssaal – nicht gerade fair, jetzt einen Antrag zu stellen. Frau Präsidentin, ich bitte Sie, das Quorum feststellen zu lassen, bevor Sie abstimmen lassen.

Präsidentin: Es ehrt mich, dass Herr Gysin meiner Ansicht ist. Ich bin nicht seiner Ansicht, dass es jetzt geschickt ist, so vorzugehen. Immerhin kommen wir damit in Zusammenhang mit der elektronischen Abstimmungsanlage zu einem neuen Schritt: Sobald der Bildschirm aufleuchtet, werden Sie gebeten, Ihre Anwesenheit mittels Druck auf die Taste «Ja» kundzutun. – Es sind nur 67 Ratsmitglieder anwesend, das Quorum ist nicht mehr erreicht. Ich hätte es vorgezogen, wenn wir über den Ordnungsantrag abgestimmt hätten, aber wir können das nicht tun.

Schluss der Sitzung um 13.20 Uhr
La séance est levée à 13 h 20

Achte Sitzung – Huitième séance

Mittwoch, 9. März 1994, Vormittag
Mercredi 9 mars 1994, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)

93.098

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren
Politique extérieure de la Suisse dans les années nonante

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 194 hiervor – Voir page 194 ci-devant

Mühlemann Ernst (R, TG), Berichterstatter: Nach einer lebhaften und anregenden Debatte kommen wir heute zum Abschluss mit den Beratungen über den aussenpolitischen Bericht. Wir müssen dabei leider feststellen, dass die Gräben aus der EWR-Abstimmung noch nicht überall zugeschüttet sind. Das ist bedauerlich, denn wer aussenpolitische Erfolge erzielen will, der muss Geschlossenheit vorweisen können. Der Bundesrat kann bei seinen Gesprächspartnern nur Eindruck machen, wenn er sich einig ist. Dasselbe gilt für das Parlament, und das gilt natürlich auch für das Volk. Es ist hoch an der Zeit, dass wir versuchen, uns hier auf Gemeinsamkeiten zu einigen, und dass wir aus dieser Geschlossenheit heraus in erfolgreicher Weise bilaterale Verhandlungen führen und anderseits das Volk, das verunsichert ist, von einem richtigen Kurs überzeugen.
Ich würde meinen, es gibt vier Gemeinsamkeiten, zu denen alle stehen können. Ich habe keinen einzigen Votanten gehört, der sich gegen diese vier dringlichen Sofortprogramme gewendet hätte.
1. Das erfolgreiche Abschliessen des Gatt-Vertrages und die mögliche Präsentation bei unserem Volk: Wir haben hier eine entscheidende politische Auseinandersetzung zu führen, bei der wir natürlich komplexe Materien darstellen müssen, aber es scheint möglich zu sein, für unsere Wirtschaft eine solch wichtige Vertragsmasse vor dem Volk glaubwürdig zu vertreten, weil ich spüre, dass Sie alle im Grunde genommen hinter dieser Vorlage stehen.
2. Die bilateralen Verhandlungen: Es hat keinen Sinn, kleinlaut jetzt schon zu behaupten, sie seien von vornherein zum Scheitern verdammt. Wir haben einen ersten Teilerfolg erfochten. Die Vereinbarung über die Ursprungsregeln ist eine bedeutende Leistung unserer Diplomatie, und es können weitere ähnliche Taten folgen. Es ist aber nicht zu verkennen, dass wir nach der Abstimmung über die Alpen-Initiative in einer besonders schwierigen Lage stecken. Im Ausland versteht man, dass wir die Alpen schützen wollen. Man hat aber Mühe zu begreifen, dass dieser Schutz der Alpen nur von den Ausländern respektiert werden soll und nicht von den Schweizern. Wenn wir die schweizerischen Lastwagen gesondert behandeln, schaffen wir hier eine Diskriminierung, die uns aussergewöhnliche Probleme in den Verhandlungen bereiten wird. Der Bundesrat wird sich beim Vollzug der Alpen-Initiative sehr viel Mühe geben müssen, damit das Ausgangsklima für die bilateralen Verhandlungen günstig wird.
3. Die Aufrechterhaltung der Neutralität: Es ist auch unbestritten, dass wir die Neutralität nicht nur als Selbstschutz unseres Landes verstehen wollen, sondern als eine Möglichkeit, über eine verstärkte Solidarität zur Lösung globaler und kontinentaler Probleme beizutragen. Es gehören dazu auch die sogenannten Blauhelmaktionen. Ich sehe nicht ein, warum unsere humanitären Aktionen durch ukrainische und ägyptische Soldaten begleitet werden müssen. Wir haben schon im Ersten Weltkrieg unsere Lebensmitteltransporte nach Rumänien selber bewacht. In diesem Sinne sind die Blauhelmeinsätze keine kriegerische Masse, die wir in irgendwelche Schlachten werfen, sondern sie sind schlicht und einfach eine Form der solidarischen Leistung, dort wo humanitär unterstützt werden sollte.
4. Die Möglichkeit, den kleinen Grenzverkehr zu verstärken: Unsere Grenztore sind offen. Die Stadtoberhäupter von Genf, Basel, Kreuzlingen, Chiasso sind alles kleine Aussenminister, jeden Tag an einer Aussenfront. Wir haben sie zu unterstützen in diesen Möglichkeiten, über die Grenze hinweg Verbindungen zu suchen. Ich bitte Sie, den Bericht des Bundesrates, der am Freitag der Presse vorgestellt wird, sehr ernst zu nehmen. Damit verknüpft sind auch Möglichkeiten, nicht nur eigene finanzielle Mittel für diese Aufgabe einzusetzen, sondern die beträchtlichen Mittel des Interreg-Fonds der EU in der Höhe von 3 Milliarden Schweizerfranken stehen auch für unser Land zur Verfügung.
Wenn Sie den Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik zur Kenntnis nehmen, dann geben Sie dem Bundesrat freie Fahrt, um diese vier dringenden Sofortprogramme zu verwirklichen. Alles, was darüber hinausgeht, bewegt sich im Nebulösen. Es ist zuzugeben: Der Bundesrat hätte es leichter gehabt, wenn er das strategische Ziel, den Beitritt zur EU, durch eine offene Türe oder ein offenes Fenster im Sinne einer Möglichkeit ersetzt hätte. Er hat es nicht getan. Ich persönlich bedaure das, weil damit natürlich Angriffsflächen gegeben sind. Wenn etwas im Nebel liegt, kann man keine Ziele setzen. Darum begreife ich den Widerstand gegen diese Zielsetzung. Aber gleichzeitig muss ich natürlich sagen: Die Rückweisungsanträge sind relativ verfrühte Kriegserklärungen in einer politischen Auseinandersetzung, die erst im nächsten Jahrhundert stattfinden wird. In Abwandlung eines Satzes von Gorbatschow würde ich gerne warnen: «Auch wer zu früh kommt, den bestraft das Leben.»
Ich glaube auch, dass es klar ist, dass in bezug auf die Neutralität im Zusammenhang mit einem EU-Beitritt zu Recht kritische Fragen aufgeworfen werden. Das muss aber nicht dazu führen, dass wir die Rückweisungsanträge annehmen, denn sie werden den Bundesrat hemmen, bremsen und werden ihm nicht erlauben, so schnell und zielgerichtet zu arbeiten, wie das jetzt dringend notwendig wäre.
Ich bitte Sie also im Namen der Mehrheit der Kommission, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Sie sagen damit nicht ja zu sämtlichen Vorschlägen des Bundesrates, Herr Allenspach, sondern wir sagen eindeutig: Wir wollen den Bericht zur Kenntnis nehmen und nicht mehr und nicht weniger. Ich darf Sie aber auch bitten, die Rückweisungsanträge abzulehnen.
Darf ich noch etwas sagen? Wir brauchen in diesem Lande dringend hie und da wieder Erfolgserlebnisse. Wer politischen Erfolg hat, ist motiviert. Wir brauchen dringend das Erfolgserlebnis des Gatt-Vertrages, wir brauchen dringend das Erfolgserlebnis bilateral erfolgreicher Verhandlungen, wir brauchen dringend das Erfolgserlebnis, dass man uns nicht in der ganzen Welt als schrankenlose Egoisten bezeichnet, indem wir solidarisch sind, und wir brauchen auch Erfolgserlebnisse an unseren Grenzen. Wer unmittelbar in Grenzlandschaften lebt, weiss, dass hier der Nachbar nicht unbedeutend ist und dass wir mit ihm zusammenleben müssen, Herr Steffen!
Ich bitte Sie also, heute morgen den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Rückweisungsanträge im Sinne einer raschen Zukunftsbewältigung von Aufgaben, die lösbar sind, abzulehnen.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Après cet appel vibrant du président de la commission, je me permettrai de faire quelques commentaires sur la teneur des débats et les idées fortes qui s'en sont dégagées.

A la fin de nos débats, certains parlementaires ont exprimé leur déception et ont dit que nous avions raté l'occasion de mener un réel débat sur la politique extérieure. A qui la faute? Les rapports étaient riches et clairs, de nombreux parlementaires l'ont dit. Et, à la qualification d'«à peine médiocre» accordée par la professeur de l'Université de Lausanne, il y a eu, en réponse, la motion «avec les félicitations du jury» du professeur de l'Université de Genève. C'est donc que les avis étaient divergents, même dans le milieu universitaire, mais, malgré tout, d'une manière générale c'est une approbation.
Il n'est pas question de reprendre ici le détail des débats, mais grâce à ces rapports nous avons vu, de manière évidente, que sur le plan politique, même et surtout en Suisse, la frontière entre l'extérieur et l'intérieur disparaissait rapidement. Dans ces conditions, devant la paradoxale nécessité pour les Etats d'affirmer leur indépendance dans des constructions de niveau international, c'est la conception de l'étranger, la conception des rapports que nous avons avec autrui, qui sont déterminantes. Au «décrispons-nous!» de M. Kühne, qui soulignait qu'il y avait aussi des gens travailleurs, des gens intelligents, dans les autres pays, comme l'Allemagne et les Pays-Bas, répondait la formule lapidaire de M. Frey Walter, «intégration = soumission».
Etait-il possible, ainsi, à travers cette formule, de faire de la Finlande, de la Suède et de l'Autriche des pays en passe d'être soumis? Je crois que, véritablement, cette question devait être posée, et que l'on doit y répondre par la négative, comme l'a fait M. Hubacher.
Répondant, ou plutôt reprochant au Conseil fédéral d'emprunter une double voie pour approcher la Communauté et, ensuite, l'Union européenne, Mme Sandoz a dit: «Lorsque j'ai en face de moi un adversaire, je ne m'y prends pas comme ça.» Elle avait assimilé l'Union européenne à un adversaire. Etrange conception de l'ensemble qui est notre principal partenaire en économie et en politique!
Peu de groupes échappent à des divergences fondamentales, tant dans les opinions que dans les prises de position. Chacun de nos groupes devra encore approfondir un certain nombre de domaines. Ce thème va prendre de l'importance, et ceux qui croient pouvoir se dispenser de l'aborder et éviter une votation avant les élections de 1995 doivent être convaincus que ce thème va prendre de la force et que, surtout, la génération montante va nous poser des questions et exiger de nous des réponses claires.
Mme Brunner Christiane et M. Eggly ont souligné l'importance de l'enjeu européen aux yeux de la jeunesse. Il est évident que, pour cette jeunesse, l'Europe, telle qu'elle est conçue dans l'Union européenne, est porteuse d'espoirs, espoirs de fraternité et espoirs de paix. Il était absolument frappant de voir le fossé qui sépare les prises de position de M. Blocher et de M. Rychen à ce sujet, les deux appartenant à la même formation politique.
C'est parce que nous croyons aussi à cette vocation de paix, sur le continent européen, que nous approuvons le principe de l'Union européenne, et je crois qu'il était juste que le Conseil fédéral mette en relation les deux notions de neutralité et de solidarité pour montrer dans quelle mesure on devait repenser la notion, sinon le concept, de neutralité en fonction de cet engagement progressif aux différentes échelles, y compris, bien sûr, à l'échelle européenne qui est la plus proche de la nôtre.
J'aimerais terminer en soumettant à votre réflexion un scénario tout à fait plausible, qui montre bien combien nous sommes en face d'une réflexion profonde sur la position de notre pays vis-à-vis de l'extérieur, et notamment en raison de la neutralité. Imaginons que l'Union européenne se fasse comme elle désire se faire – et, nous l'avons dit à maintes reprises, nous n'avons rien à espérer d'un échec de l'Union européenne. Imaginons donc qu'elle se fasse, sans nous. Progressivement, un système défensif se mettra en place, incluant l'Europe occidentale dans un premier temps, l'Europe centrale dans un deuxième. Que deviendra notre neutralité vis-à-vis de cette formation sur le plan politique, incluant la défense? Que deviendra notre neutralité en termes de défense? Que deviendra notre neutralité en termes de solidarité? Vis-à-vis de qui pourrons-nous rester neutres dans ces conditions? Telles sont les questions qui se posent, et je crois que c'est un service que nous a rendu le Conseil fédéral en nous soumettant ces deux rapports.
Avec la très grande majorité de la Commission de politique extérieure, je vous invite à prendre acte de ces deux rapports et à repousser la proposition Frey Walter.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Je pense que personne n'aurait imaginé un débat de politique étrangère dans ce Parlement, qui n'aurait pas mis en évidence des vues différentes. Comme le disait M. Mühlemann il y a un moment, il faudra bien à courte échéance se concentrer sur certains éléments non controversés. Il est aussi important que les opinions parfois divergentes soient mises en évidence de manière claire et nette également en matière de politique étrangère. De l'avis du Conseil fédéral il serait vain et inutile d'imaginer faire part de nos visions du futur sans tenir compte des positions de départ qui sont objectivement très différentes dans ce pays. Je dirais donc que la culture du débat politique, avec tous les avis différents qu'il comporte, est la base essentielle pour promouvoir ultérieurement notre politique étrangère. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral – je le dis sans rien cacher – a eu pas mal de difficultés à s'unir, comme il l'est à l'unanimité maintenant, derrière ce rapport.
Je suis ici pour défendre un rapport qui est le résultat d'un vaste débat au sein du Conseil fédéral. Mais, il est aussi très utile que le Parlement ait joué son jeu et que les différentes opinions aient été mises en évidence, de manière à pouvoir construire ultérieurement tout en sachant que ces opinions évolueront.
Si notre opinion publique est de plus en plus confrontée aux perspectives de notre politique étrangère, qui ne sont pas seulement à court terme, cela sera encore plus nécessaire puisque les dernières décisions en Suisse – il y a dans cette constatation beaucoup de fierté – sont prises par le peuple et par lui seul, aussi en politique étrangère.
Je voudrais vous dire maintenant quel a été l'esprit qui a poussé le Conseil fédéral à vous présenter le bref, court et synthétique rapport, qui ne cède pas à la tentation de transmettre trop de détails, qui ne veut pas être un programme politique pour les trois ou quatre prochains mois, il va bien au-delà, et qui n'est pas non plus un plan de législature. C'est une vision – on a utilisé ce mot –, c'est la volonté de projeter notre politique étrangère dans des directions nouvelles qui demanderont nécessairement beaucoup de temps et qui seront soumises à tous les avatars des modifications de la situation internationale.
M. Eggly avait raison quand il disait que ce pays nécessite des conceptions plus ouvertes et qu'il lui faut des autorités qui savent où aller. Or, nous nous trouvions confrontés à deux alternatives: ou bien utiliser des mots mélangés, mêlés, équivoques, sans contenu réel, applicables aux opinions profondes du pour et du contre, ou bien présenter un rapport clair et net, qui appelle les choses par leur nom. Nous avons fait ce deuxième choix. Cela a été d'autant plus facile pour le Conseil fédéral qu'il avait reçu du Parlement le mandat d'établir ce rapport. Le Parlement ne voulait pas un rapport avec une vision limitée, il voulait un rapport stratégique, et c'est cela que nous vous avons présenté.
Permettez-moi d'ajouter ceci: le seul frisson que je ressens, face à la définition de vision, est celui qui provient de la confusion facile entre vision et rêverie. Je dois donc dire clairement que le Conseil fédéral, en présentant des visions, ne présente pas un rêve. Il sait que la politique qu'il propose est difficile, qu'elle sera confrontée à beaucoup d'obstacles, mais que c'est une politique réaliste, la seule politique réaliste proposable à ce pays, à titre stratégique, et nous verrons pourquoi.
J'ajoute que le Conseil fédéral a voulu faire aussi un rapport ouvert. Essayez donc de vous imaginer ce que le Conseil fédéral aurait écrit si un rapport stratégique lui avait été demandé il y a 10 ans, avant la chute du Mur de Berlin, avant la révolution qui s'est manifestée dans les rapports internationaux! Il va de soi que le rapport qu'il aurait présenté à ce moment-là serait aujourd'hui, probablement, inutilisable. Notre rapport se veut

donc ouvert, adaptable, et apte à servir de base de discussion en regard de l'évolution des faits internationaux, de l'évolution même de l'histoire. Il faudra toujours conserver la «vision» du rapport, et la comparer et l'adapter si nécessaire à ce qui se passe, souvent indépendamment de notre volonté, autour de nous et dans le monde entier.
Avant tout, c'est le Conseil fédéral qui est impliqué dans le grand débat suscité par ce rapport pour les prochaines années, parce que sa fonction est celle de conduire la politique étrangère. Mais je peux vous assurer, Monsieur Schmidhalter, que le Parlement y sera également impliqué; d'ailleurs, les premières expériences faites conformément à l'article 47bis LREC ont été excellentes, et je tiens à dire cela en particulier aux représentants de la Commission de politique extérieure.
Et les cantons aussi y seront impliqués davantage. Nous présenterons vendredi prochain un rapport concernant la participation des cantons à l'élaboration de la politique étrangère, et non seulement de la politique transfrontières. Nous sommes donc engagés sur une voie de collaboration plus intense aussi avec les cantons.
Pour terminer, je signalerai que ce sera surtout le contact avec le peuple tout entier qui engagera le Conseil fédéral ces prochaines années.
Zur Bemerkung von Herrn Blocher: Ich nehme sie gerne auf als Signal für zukünftige Debatten über Aussenpolitik in diesem Land und in diesem Parlament.
Herr Blocher hat immerhin dem Bericht attestiert, er sei klar und ehrlich. Und in der Tat: Der Bundesrat wollte einen klaren und ehrlichen Bericht präsentieren, einen Bericht, der sich der leichten Versuchung eines Wischiwaschi in einem unsicheren Umfeld entzieht, einen Bericht, mit dem man einverstanden sein kann oder nicht, aber einen Bericht, der auf alle Fälle klaren Wein einschenkt. Ich bin dem Parlament dankbar, dass es die Ziele des Bundesrates aufgenommen hat. Die Diskussion in der Aussenpolitik ist noch nicht zu Ende, sie beginnt erst.
Ich hoffe, dass die leidenschaftlichen Töne, die für ein offenes Gespräch wenig Raum lassen, je länger, je mehr der Offenheit und der klaren Gegenüberstellung von Thesen Platz machen werden. Dies ist auf alle Fälle der Wunsch des Bundesrates. Ich anerkenne aufgrund meines Eindrucks von dieser Debatte, dass von seiten des Nationalrates – einige Ausnahmen bestätigen die Regel – anscheinend die gleiche Praxis eingeführt wird.
Ein letztes Wort zu einer Bemerkung, die auch gefallen ist: Der Bundesrat hätte mit diesem Bericht besonderen Mut gezeigt. Ich danke, aber ich bezweifle, dass dies zutrifft. Wenn der Bundesrat seine Meinung nämlich nicht klipp und klar ausgedrückt hätte, hätte man höchstwahrscheinlich den Vorwurf «verworrenes Wischiwaschi» erhoben, bei dem mit verschiedenen Begriffen operiert werde, oder man hätte ihm gar vorgehalten – das hat man der Diskussion auch entnehmen können –, aus Gründen der Taktik würde er seine tiefsten Überzeugungen verschweigen, er sei unehrlich. Viel besser ist es, Sie werden mir beipflichten, hier mit offenen Karten zu spielen.
Noch zur inneren Abstützung der Aussenpolitik: Wir sind uns im Bundesrat darüber im klaren, dass jede Politik, nicht nur die Aussenpolitik, in diesem Lande einer inneren Abstützung bedarf. Je kleiner die innere Abstützung, um so schwieriger das Operationelle in der Politik.
Frau Robert hat gesagt, dieser Bericht – als eine absolute Neuigkeit – gebe Anlass zu einer breiteren Diskussion. Es besteht kein Zweifel, dass in der Öffentlichkeit die Aussenpolitik nie ganz oben im Kurs stand. Der Bundesrat verpflichtet sich zu dieser Wende. Wir werden – das kann ich Ihnen garantieren – in den nächsten Monaten und Jahren Aussenpolitik weit mehr als in der Vergangenheit nach aussen tragen, damit das alte Wort, wonach Aussenpolitik reservierte Domäne irgendwelcher hehrer Diplomaten im Elfenbeinturm sei, endlich hinfällig wird. Bei der Aussenpolitik geht es um wesentliche Interessen des Schweizervolkes, und das muss je länger, je mehr auch klar dargelegt werden, obschon die Fakten in den nächsten Jahren für sich sprechen und weit mehr noch als die Worte von Bundesrat oder Parlament den Beweis liefern werden.
Ich komme kurz auf einige Punkte zum Inhalt unseres aussenpolitischen Berichtes zu sprechen.
Die Interessenwahrung, als gleichsam alles durchdringendes Element unseres Berichtes, wurde zum Teil kritisiert. Aber wie kann man bestreiten, dass die Interessenwahrung die legitimste Zielsetzung jeder Aussenpolitik sein muss?
Wir haben als eindeutige Neuigkeit die fünf bekannten Zielsetzungen dargelegt: Also nicht mehr die schönen und bekannten alten Wertvorstellungen wie Solidarität, Universalität usw. Die neuen Ziele messen sich an einzelnen wesentlichen Problemen, die unsere Bevölkerung direkt betreffen und interessieren. Denken Sie an die ganze Frage der Sicherheit, an die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstandes. Denken Sie auch an das allgemeine Umfeld der Umwelt und der Natur, in welchem wir leben. Das sind Zielsetzungen, die problemgerichtet sind, wobei die erwähnten hohen Wertvorstellungen deshalb nicht etwa in Vergessenheit geraten.
Herr Moser hat die Kritik erhoben, der Bericht sei nichts mehr als ein Europabericht. Meine Damen und Herren, haben Sie diesen 50seitigen Bericht tatsächlich gelesen? Betrachten Sie doch bitte auch den quantitativen Anteil der Themen, zählen Sie die Zeilen, die Seiten, und Sie werden feststellen, dass der Bericht allumfassend ist, dass der Bericht eine Reihe von Themen berührt, die weit über die europäischen Zusammenhänge hinausgehen. Ich erwähne sie stichwortartig: die Uno, die allgemeine «Sicherheitsarchitektur», auch weltweit, die wirtschaftlichen Fragen – darüber wird Herr Bundesrat Delamuraz Wesentliches berichten –, die Umweltfrage, die Nord-Süd-Beziehungen usw. Herr Vollmer, wir werden den am Montag vom Bundesrat angenommenen weiteren Nord-Süd-Bericht erst etwas später publizieren, weil wir an die Gefahr dachten, dass er in dieser Debatte untergehen könnte.
Ich denke auch an Anforderungen der Kohärenz unserer Aussenpolitik. Der aussenpolitische Bericht behandelt also eine Mehrheit an Themen, die nichts mit der Europapolitik zu tun haben. Es ist zu bedauern, dass die Europafrage in dieser Debatte praktisch als einzige – vielleicht noch zusammen mit der Neutralität – hervorgehoben worden ist.
Damit möchte ich aber die Bedeutung der Europafrage in diesem Bericht nicht etwa herabmindern, da wir uns mitten in einem Kontinent befinden, in welchem etwa 70 Prozent unseres Aussenhandels abgewickelt werden. Wir leben in einem Kontinent, in dem die wesentlichen Kulturen des Landes vertreten sind, ja uns in den befreundeten Nachbarländern umgeben. Ich füge noch hinzu – das ist neu und muss besonders betont werden –: Wenn wir an die Vergangenheit denken und wissen, dass alle Bedrohungen gegenüber der Schweiz immer nur aus diesem Kontinent gekommen sind, dann muss man verstehen, dass die Europafrage vom Bundesrat als ein ganz zentrales Thema dargestellt worden ist und dass man ihr besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat.
Wir haben im aussenpolitischen Bericht klar den Weg in der Europafrage gezeigt. Der Bundesrat ist unserem Souverän gegenüber verpflichtet, ohne Wenn und Aber für die nächste Zukunft den Weg der bilateralen Verhandlungen zu gehen. Wir werden diesen Weg mit grossem Einsatz und voller Überzeugung gehen, auch wenn er wohl nicht sehr leicht sein wird. Wir werden eine erste Bilanz ziehen – wenn möglich noch in diesem Jahr, möglicherweise auch später, je nach Entwicklung der Verhandlungen. Auch darüber wird Ihnen Herr Bundesrat Delamuraz Näheres sagen können.
Der Bundesrat hat aber gleichzeitig erklärt, dass er als strategisches Ziel, d. h. als längerfristiges Ziel, eine volle Mitwirkung der Schweiz im Rahmen der Europäischen Union anstreben wird. Der Bundesrat hat auch hinzugefügt, dass er dieses Ziel, Herr Iten Joseph, selbstverständlich nicht um jeden Preis mit geschlossenen Augen erreichen will. Ich erinnere Sie daran – das muss ja nicht besonders betont werden –, dass vor Erreichung dieses Zieles noch langwierige und sicher harte Verhandlungen geführt werden und dass der Bundesrat in diese Verhandlungen wesentliche Elemente einbringen wird.
Darf ich Sie einfach bitten, den ganz zentralen Satz des Berichtes zu lesen, wo es heisst, dass sich der Bundesrat im ganzen Integrationsprozess stets für die Wahrung der Grundelemente der politischen Kultur und der Identität der Schweiz einsetzen wird. Dass zu dieser politischen Kultur direkte Demokratie, Föderalismus, Dezentralisierung gehören, ist eine Selbstver-

ständlichkeit. Dazu kommt natürlich eine Reihe von wesentlichen Elementen wirtschaftlicher Art, auf die ich nicht eingehen werde.
Sie haben vielleicht ab und zu den Eindruck, der Bundesrat sage «strategisches Ziel», und wir befänden uns morgen oder übermorgen mit geschlossenen Augen in der EU. Wenn Sie diese Meinung haben, möchte ich Sie schnellstens korrigieren. Lesen Sie bitte den Bericht! Sie werden sehen, dass sich der Bundesrat wohl aller Schwierigkeiten bewusst ist, die entstehen werden. Aber der Bundesrat ist sich auch im klaren, dass Verhandlungen dazu da sind, um die Schwierigkeiten zu beheben.
Es wurde auch kritisiert – und zu diesem Thema möchte ich noch kurz Stellung nehmen –, dass der Bundesrat mit der langfristigen Zielerklärung in irgendeiner Form den Volkswillen verletze. Wer mit dem Hinweis auf die Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 dem Bundesrat verbieten will, überhaupt noch langfristige Ziele zur Diskussion zu stellen, der dürfte konsequenterweise – aber wir wissen, es ist ein Wortspiel – letzten Endes auch nicht von Optionen sprechen; denn auch nur die Möglichkeit, etwas offenzuhalten, was das Volk vermeintlich verworfen hätte, würde in irgendeiner Form gegen den Volkswillen verstossen. Aber das darf natürlich nicht die Philosophie sein. Das Volk hat beschlossen, dass die Schweiz den bilateralen Weg – ich wiederhole: ohne Wenn und Aber – weitergehen soll. Das hindert uns natürlich nicht, etwas weiter zu denken.
Das war in der Vergangenheit auch immer so! Ich darf Sie an zwei Beispiele erinnern: Vor etwa 40 Jahren hat das Schweizervolk das Frauenstimmrecht verworfen. Das hat nicht bedeutet, dass dieser notwendigen Lösung für immer die Türen verschlossen blieben. In der Tat, etwa ein Jahrzehnt später beschloss das Volk, das Frauenstimmrecht doch einzuführen, aufgrund einer klaren Initiative, welche vom Bundesrat und Parlament kam.
Darf ich Sie an 1985 erinnern: Damals hat das Schweizervolk einen Kulturartikel verworfen. Was passierte dann? Einige Wochen später haben 95 Parlamentarier – Herr Blocher, darunter habe ich auch Ihre Unterschrift gefunden – mit einer Motion den Bundesrat verbindlich aufgefordert, einen neuen Kulturartikel in die Verfassung einzubringen. Das war durchaus legitim, aber es bedurfte noch langer Jahre, bis die ganze Übung durchgeführt wurde.
Der Bundesrat hat den Parlamentariern geantwortet: Wir werden das tun, aber eine gewisse Zeit verstreichen lassen; über den Kulturartikel wird man jetzt neun Jahre später, also im Juni 1994, befinden.
Was will ich damit sagen? Dass die Volksentscheide die Geschichte dieses Landes nie gestoppt haben. Die gedankliche Darstellung langfristiger Entwicklungen ist immer eine Verpflichtung, sie darf nicht verhindert werden. Das war in der Vergangenheit so, und das bleibt auch heute so.
Ich komme jetzt noch zu einigen kurzen Thesen über die Europapolitik des Bundesrates, die ich unmissverständlich als Begründung des strategischen Zieles des Bundesrates darlege.
Die erste ist folgende: Die Europäische Union ist weit mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluss. Die EU ist vielmehr der zentrale, politische Akteur Europas, der letztlich Frieden, Sicherheit und Stabilität ermöglicht hat und auch in Zukunft ermöglichen wird. Herr Eggly hat hier einen zentralen Spruch gebracht, als er sagte: «La stabilité en Europe n'est pas imaginable sans la réussite de l'Union européenne.»
Ich könnte sein Zitat fast mit einem Zitat von Jean Monnet vergleichen, als er sagte: «Faire l'Europe, c'est faire la paix.»
Wenn wir Europa als einen nur wirtschaftlichen Zusammenschluss betrachten, dann gehen wir selbstverständlich an seinen Zielsetzungen vorbei. Darf ich kurz auf die Geschichte unseres Landes zurückkommen und einen Vergleich zwischen dem anstellen, was Europa schon im Willen seiner Gründer war, und dem, als was unser Land Europa während langer Zeit betrachtet hat? Wir haben noch – Sie können sich daran erinnern – vor kurzer Zeit den Spruch gehört: «Europafähig werden, um nicht beitreten zu müssen.»
Das war wohlverstanden nicht ein aus der Luft gegriffener Spruch, das war vielmehr die logische Konsequenz einer langjährigen Politik der Schweiz. Wenn ich jetzt diese Politik der vergangenen Jahrzehnte schildere, so tue ich es nicht, um sie zu kritisieren, sondern nur um zu sagen, dass wir jetzt eindeutig vor eine Wende gestellt werden.
Wir haben der Entstehung der EU, damals der EWG, mit Bedenken, ja mit Zweifeln und Kopfschütteln zugeschaut. War das ein Fehler? Sicher nicht, denn viele in diesem Lande haben einfach nicht geglaubt, dass plötzlich eine Institution in Europa das würde verhindern können, was vorher immer wieder passiert war, dass Konflikte fallengelassen würden und dass man zu einer Politik der Befriedung übergehen würde.
Die Schweiz hat diesen Zielen mit Misstrauen entgegengeschaut, und sie hat kurz darauf, parallel dazu, geholfen, die Efta ins Leben zu rufen, welche keine politischen Zielsetzungen hatte, welche sich lediglich auf das Wirtschaftliche bezog. Die Schweiz war natürlich in Gesellschaft von bedeutungsvollen Partnern, denken Sie an Grossbritannien, Dänemark, Portugal, Norwegen usw. Man glaubte einfach nicht, dass die EU – damals EWG – überhaupt den Frieden herstellen könne.
Auch hat man in diesem Lande oft mit einer gewissen inneren Genugtuung den Schwierigkeiten bei der Entwicklung der EU zugeschaut. Man hat auch lange nach ihrer Entstehung nicht an sie geglaubt. Aber heute darf festgestellt werden, dass die Hauptziele der EU, die nicht im Wirtschaftlichen bestehen, ganz eindeutig und klar erreicht worden sind.
Herr Moser, Sie haben auf die dramatischen Gemetzel in Ex-Jugoslawien und auf die diesbezügliche Ohnmacht der EU hingewiesen. Wohl mit Recht; aber Sie haben vergessen zu sagen, dass viel schwerwiegendere Gemetzel nicht vor Jahrtausenden oder vor Jahrhunderten, sondern vor wenigen Jahrzehnten in den Ländern um uns herum entstanden waren und dass diese Konfliktmöglichkeiten nun – wenn nicht alles täuscht – weitgehend ausgeräumt worden sind. Sie haben von einer Ohnmacht der EU gesprochen, welche sich auf geographische Regionen bezieht, über die sie keinen Einfluss hat; aber Sie haben zu erwähnen vergessen, dass sie die Kriege um uns herum, in den Ländern der heutigen EU, in den befreundeten Ländern, heute definitiv – das hoffen wir wenigstens – beseitigt hat.
Das muss doch einmal von dieser Tribüne aus gesagt werden, wenn immer wieder von dem Feindbild EU gesprochen wird, wenn es immer wieder Schweizer gibt, die – gleichsam von der Kanzel sprechend – meinen, besser zu sein als die anderen. Das sage ich hier, weil das die Grundvoraussetzung ist, damit überhaupt ein richtiges Verständnis dieser EU entsteht.
Wenn ich das, mit etwas erhitztem Gemüt, behaupte, dann verschweige ich natürlich in keiner Weise alle Schwierigkeiten, alle Widersprüchlichkeiten, alle Probleme, welche die EU auch heute noch hat. Sie haben diese Schwierigkeiten ausführlich beschrieben; ich komme nicht mehr darauf zurück.
Der Vertrag von Maastricht ist noch weit entfernt von seiner Realisierung. Man spricht von Währungsunion, und das bescheidenere Währungssystem ist bei den ersten Schwierigkeiten gescheitert. Es besteht tatsächlich Ohnmacht jenseits der Grenzen der EU, und es gibt wesentliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU, auch was die künftige institutionelle Entwicklung anbetrifft. Dennoch muss ich sagen, «eppur si muove», es geht trotzdem vorwärts, und wenn ich an das Kopfschütteln denke, das in diesem Lande immer wieder ausgelöst wurde, wenn man glaubte, die EU stehe vor dem Abgrund, muss ich betonen: «Eppur si muove.»
Die letzte Bewegung haben wir vor kurzem mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland gesehen.
Wir haben geholfen, die Efta zu gründen, um in irgendeiner Form der EU entgehen zu können, um vor ihrer Reichweite fliehen zu können. Wir haben festgestellt, dass alle unsere Efta-Partner, einer nach dem anderen, den anderen Weg gewählt haben, von den Briten und den Dänen am Anfang bis hin zu den letzten Efta-«Cousins». Das ist die Realität, und mit dieser Realität wird sich dieses Land abfinden müssen.
Alle diejenigen, die glauben, kleinere Länder, die sich in Richtung EU bewegt hätten, hätten irgend etwas von ihrem Selbstbewusstsein oder von ihrer Unabhängigkeit verloren, Herr Blocher, möchte ich auffordern: Sprechen Sie einmal mit den Dänen, mit den Holländern, den Belgiern, um zu sehen, ob sie

glauben, sie wären inzwischen weniger machtbewusst, weniger selbstbewusst geworden. Man wahrt die Unabhängigkeit auch dadurch, dass man dort mitentscheidet, wo je länger, je mehr Entscheide, die auch uns betreffen, fallen.
Wenn Sie schliesslich an das Paradebeispiel der Volksabstimmung in Dänemark denken, wo das Volk klar nein gesagt hat zu einer bestimmten Lösung und wo dann mit der EU aufgrund dieses Volksentscheides wesentliche Ausnahmen vereinbart werden konnten, können Sie mir doch nicht sagen, die EU wäre nicht offen für flexible Lösungen. Das ist eine Tatsache, die uns unsere österreichischen, finnischen und schwedischen Freunde in den letzten Tagen und Wochen immer wieder bestätigt haben. Es wird ohne Zweifel eine wesentliche Entwicklung in der EU geben.
Ich habe oft den Eindruck, dass gewisse Personen in diesem Land folgende Überlegung machen: Geben Sie mir die EU, ich mache ihr ein Schirmbild, stelle fest, dass sie heute noch Unzulänglichkeiten und Widersprüche aufweist; aufgrund dieser Widersprüche hänge ich sie auf – am besten irgendwo auf dem Bundesplatz. So geht es natürlich nicht.
Die europäische Entwicklung ist ein langer, langer Prozess. Vierzig Jahre lang ist die EU gewachsen, trotz Widerständen innerhalb und Zweifeln ausserhalb, aber sie ist bei weitem nicht am Ziel. Ich bin überzeugt, dass wesentliche Elemente der Demokratisierung, der Dezentralisierung, des Föderalismus – wir wissen, das sind heute zentrale Diskussionsthemen innerhalb der EU – in den nächsten Jahren vermehrt zur Sprache kommen werden.
Heute gibt es für uns Zuschauer nur zwei Alternativen: Entweder warten wir gleichsam am Ufer des Flusses und schauen zu, wie das EU-Schiff an uns vorbeisegelt, versuchen in nobler Zurückhaltung zu «riechen», ob es salonfähig ist, und steigen dann in dem Moment ein, wo die Salonfähigkeit gegeben ist; oder wir denken daran, dass die EU eben ein Prozess ist, der von denjenigen bestimmt wird, welche das Recht haben, mitzuentscheiden.
Es ist ein langfristiger Prozess. Deshalb ist es wichtig, dass der Bundesrat heute eine klare Sprache spricht, dass heute gesät wird, damit einmal, wenn endlich eine andere Philosophie herrscht, die Ernte kommt. Wann sie kommt, können wir nicht sagen, aber der Sämann ist auf alle Fälle mit seinem Gewissen im klaren.
Ich möchte nach diesem Hinweis auf den langen Prozess nicht auf die Möglichkeit verzichten, noch zwei, drei Schlussbemerkungen zu machen. Es wurde gesagt, dass die Erklärung des EU-Beitritts als strategisches, längerfristiges Ziel unsere bilateralen Verhandlungen behindern würde. Der Kommissionspräsident hat ja selber schon diese sehr seltsame These gekontert.
Darf ich ein kurzes Beispiel anführen? Österreich hat ja die EWR-Verhandlungen in dem Moment aufgenommen, in dem es, aus institutionellen Gründen, ein Beitrittsgesuch stellte. Im Sinne der Logik des erwähnten Einwandes müsste man fragen: Wurden die EWR-Verhandlungen dadurch verhindert, dass das Beitrittsgesuch in Brüssel schon auf dem Tisch lag? Die Antwort ist klar: Nein! Die EWR-Verhandlungen sind für Österreich erfolgreich verlaufen und haben jetzt ihren Abschluss gefunden.
In allen Kontakten, die ich in den verschiedenen EU-Ländern hatte, konnte ich hören, dass die klare, langfristige Zielsetzung des Bundesrates eine gute Atmosphäre für die bilateralen Verhandlungen schaffe. Dass die bilateralen Verhandlungen aus anderen Gründen schwieriger werden, dass die bilateralen Verhandlungen ein hartes Unterfangen sein werden, darüber besteht kein Zweifel. Aber das mit dem langfristigen Ziel des Bundesrates in Zusammenhang zu bringen, ist falsch; die Wirkung wird umgekehrt sein.
Noch eine paar Antworten auf Fragen, wobei ich bemerken möchte, dass es mir nicht möglich sein wird, auf alle einzugehen. Wenn Sie einverstanden sind, werden wir zum Teil schriftlich Stellung nehmen. – Ich sehe, Sie sind einverstanden. Sie bringen mich sogar etwas unter Druck; ich habe Verständnis für die Debatte, die nachher auf der Tagesordnung steht, aber die Aussenpolitik ist auch für Frauen wichtig, wenn Sie gestatten!

Herr Bonny hat sehr treffend festgestellt, dass die Föderalisierung auch in der EU in den nächsten Jahren durchaus im Rahmen des Möglichen liegen könnte. Das entspricht dem Prozessdenken, das ich vor einer Minute erwähnt habe. Herr Bonny meint, dass der EWR nach den Entscheiden in Österreich, Schweden und Dänemark wesentlich an Bedeutung verlieren könnte. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Volksentscheide noch nicht gefallen sind. Es besteht aber kein Zweifel, dass sich, wenn diese Länder der EU beitreten würden, die Bedeutung des EWR, wenn er dann überhaupt noch eine hat, wesentlich verringern würde. Da teile ich Ihre Auffassung.
Eine letzte Frage möchte ich beantworten: die Frage, welches die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen sind, auf welche der Bundesrat in seinem Bericht hinweist. Diese Hinweise sind verschiedener Natur. Innenpolitisch ist es eine vordringliche Aufgabe, zusammen und im Gespräch mit dem Schweizervolk unsere Aussenpolitik zu realisieren; als aussenpolitische Voraussetzung gilt das, was Herr Bonny sagte: nämlich die grosse Bedeutung der Entwicklung der EU selbst und des allfälligen Hinzukommens einer Reihe anderer Länder zur EU.
Zur Neutralitätspolitik kann ich leider wegen der von Ihnen, Frau Präsidentin, mir gesetzten zeitlichen Grenzen keine Antwort mehr geben. Ich bedaure das ausserordentlich, aber nehmen Sie es mir bitte nicht übel; ich bräuchte dafür mindestens noch 20 Minuten. Ich werde bei anderer Gelegenheit, zu allererst nächste Woche im Ständerat, darüber ausführlich sprechen können. Eines möchte ich nur betonen: Der Bundesrat wiederholt in diesem Bericht, was er seit jeher gesagt hat; der Bericht zur Neutralitätspolitik ist in keiner Weise umwerfend. Neue Akzente setzt der Bundesrat eher in den anderen Fragen. Der Bundesrat will an der Neutralität festhalten; er ist nach wie vor der Auffassung, dass sie ein wichtiges Instrument unserer Politik darstellt. Und nach wie vor ist er der Auffassung, dass die Neutralität neben den wesentlichen Grundpfeilern auch einen politischen Aspekt hat, der immer wieder an die Entwicklung der internationalen Lage adaptiert werden muss.
Ich erwähne nur ein kleines Beispiel, das sich auch an Sie richtet, Herr Blocher: Wir sind in diesem Lande etwa 13 Jahre lang dem Europarat ferngeblieben, weil wir glaubten, eine Mitgliedschaft sei nicht mit unserer Neutralität vereinbar. Wir sind später dem Europarat beigetreten, und wir sind neutral geblieben! Es gibt also einen politischen Gehalt der Neutralität, der immer wieder mit der jüngsten Entwicklung konfrontiert werden muss.
Ein weiteres Beispiel: Wir haben im Golfkrieg zum erstenmal Uno-Überflüge humanitärer Art über die Schweiz gestattet, was wir nie vorher gemacht hätten. Vor kurzem haben wir sogar Überflüge mit teilweise militärischem Charakter in Richtung Ex-Jugoslawien gestattet. Das ist der Beweis dafür, dass auch bei einer grundsätzlichen Wahrung des Neutralitätsbegriffes dieser immer wieder überdacht werden muss. Ich lade Sie ein, sich in nächster Zeit an diesem ständigen, fortwährenden Überdenken des Neutralitätsbegriffs zu beteiligen.
In der Vergangenheit wurde das zuwenig mit dem Parlament gemeinsam gemacht, das räume ich ein. In Zukunft sollten wir uns immer wieder zusammen auf dieses wesentliche Instrument besinnen und es überdenken, und wir sollten immer wieder darstellen, dass es der beste und geeignetste Weg für unsere Sicherheitspolitik ist.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: De ce débat de neuf heures que vous avez consacré au rapport de politique extérieure, j'aimerais tout d'abord tirer, pour ce qui me concerne, deux constats majeurs du point de vue économique.
Le premier: il n'y a qu'une politique extérieure de la Suisse. La politique économique extérieure est tout simplement l'une des composantes de cette politique globale. Et l'efficacité de la Suisse à l'étranger continue de passer, peut-être plus encore à l'avenir que jusqu'à aujourd'hui, par la parfaite cohérence de toutes les formes de notre comportement en Europe et dans le monde. Cette cohérence a un nom. Elle s'appelle l'ouverture:

ouverture des marchés à la concurrence, ouverture des pays industriels aux pays en développement, ouverture du commerce international à des règles modernes. C'est dans cette direction que vont les quelque 2000 accords économiques que la Suisse a passés, bilatéralement ou multilatéralement.
C'est dans cette direction toujours que le Conseil fédéral conçoit la politique économique extérieure de demain, qui, dès cette année, sera marquée par trois accents principaux. Tout d'abord, ce sera le début de la procédure, ici, de ratification des Accords de l'Uruguay Round commençant formellement en automne. Ce sera, ensuite et simultanément, le rapprochement bilatéral sectoriel avec l'Union européenne. Enfin et je n'en parlerai plus, ce sera, troisième accent principal, l'intensification des contacts sur les autres continents, soulignés par des voyages mixtes qui seront organisés au Vietnam, en Inde, en Indonésie, au Chili et en Argentine, pour parler du programme 1994.
Le deuxième constat que je veuille faire est celui de noter que les effets de la politique économique extérieure sur l'intérieur sont de plus en plus grands. Notre prospérité, en effet, nous ne la devrons qu'à une consommation intérieure activée et à un flux grossissant d'exportations et d'investissements à l'étranger. Pour l'heure, j'observe que la consommation intérieure continue d'être bien maussade, mais que, fort heureusement, depuis le quatrième trimestre de l'année dernière, les espoirs renaissent par l'augmentation des exportations, par l'accroissement de nos investissements à l'étranger, par une certaine reprise du produit intérieur brut et, pour la première fois depuis février, par une interruption de la croissance continue du chômage.
Me préoccupent et doivent nous préoccuper deux choses importantes. La première est que, entre 1990 et 1992, des entreprises suisses ont créé 110 000 emplois à l'extérieur de nos frontières, principalement dans les pays communautaires, mais qu'elles ont supprimé 124 000 emplois à l'intérieur du pays. C'est dire que la place économique suisse, en d'autres termes le «Standort Schweiz», doit être améliorée sans cesse.
La deuxième préoccupation, vous la connaissez, c'est celle du décalage entre la reprise économique qui se dessine enfin et la diminution du chômage. Il y aura, à cause de la nature de ce chômage, un certain décalage, mesurable en mois, par rapport à la reprise économique. Fin de mes premières remarques sur le rapport et sur le débat qu'il a engendré.
J'en viens au deuxième chapitre, qui est celui du Gatt. Il occupera, je viens de le dire, la classe politique et la classe économique suisses durant la deuxième partie de cette année et durant la première partie de l'année prochaine. Je rappelle que le cycle de l'Uruguay Round permet, au plan économique, une relance de l'économie mondiale, au plan juridique, un renforcement des règles commerciales internationales et, enfin, au plan politique, une stabilisation des relations internationales. Il contribue donc directement à la cause de la paix.
Mais attention, le Gatt, qui s'appellera Organisation mondiale du commerce, n'est pas une pommade miracle. Il offre un cadre moderne au commerce mondial, mais ce sera aux décideurs privés de donner du contenu à ce cadre plus favorable. Les nouveaux accords ne sont pas faits pour les frileux, ils sont faits pour les audacieux, pour ceux qui investissent, pour ceux qui innovent, pour ceux qui travaillent et qui s'engagent.
Les messages qui seront traités aux Chambres fédérales dès l'automne, après les délais de consultation, sont deux messages passibles l'un et l'autre du référendum facultatif. Nous souhaiterions que toute la procédure puisse se terminer en été 1995, de manière que nous ne soyons pas en retard par rapport à toutes les autres parties contractantes.
J'aimerais insister sur le fait, afin que cela soit dit dès le début même de nos réflexions cette année au Conseil national, que l'adhésion aux nouveaux accords est indispensable à qui veut rester dans un système d'accords commerciaux internationaux. A contrario, si nous décidions de ne pas ratifier les accords du Gatt, nous perdrions alors non seulement le bénéfice des nouveaux accords, mais aussi le bénéfice des accords actuels. C'est une très grande différence avec le processus d'intégration européenne, où nous avons pu conserver ce qui existait déjà en dépit du non à l'Espace économique européen. Il n'en irait pas du tout de même avec les accords du Gatt. En réponse à deux questions posées dans le débat, j'insiste sur le fait que le Gatt et l'Union européenne sont complémentaires et que l'adhésion au Gatt ne constitue nullement une alternative à nos engagements européens.
J'en viens précisément à cette négociation bilatérale sectorielle avec l'Union européenne. On s'est demandé – entre autres MM. Frey Walter, Steffen, Moser, Mme Sandoz, M. Müller – si le but de notre politique d'intégration, tel qu'il est exposé dans le rapport du Conseil fédéral, ne mettrait pas en danger, à Bruxelles, la crédibilité de notre approche bilatérale actuelle.
La réponse est non, car l'Union européenne n'est prête à négocier des accords préférentiels avec la Suisse que parce qu'il y a des intérêts partagés et une volonté confirmée d'adhérer. Preuve en est une lettre adressée par le président de la Commission au président de la Confédération le 25 janvier dernier, que je cite: «Les négociations bilatérales que la Commission prépare actuellement, suite aux conclusions du Conseil les 8 et 9 novembre dernier, permettront d'approfondir les relations étroites qu'entretiennent d'ores et déjà l'Union et la Suisse. A cet égard, j'ai eu le plaisir de noter le maintien, par le Conseil fédéral, de l'adhésion à l'Union européenne comme but final de la politique suisse d'intégration.»
Quelle est la situation à ce jour en matière de négociations bilatérales? J'observe que discrètement, sans que personne ne s'en aperçoive, est entré en vigueur au 1er janvier de cette année un premier accord sur les règles d'origine et que, d'autre part, du côté de l'Union européenne, s'agissant des autres accords, aucune négociation ne peut démarrer immédiatement.
L'Union européenne serait prête sous peu, dans un délai d'un à trois mois, dans le domaine des transports routiers et des transports aériens – encore que la nouvelle donne née de l'acceptation de l'initiative des Alpes doive probablement modifier ce calendrier. En outre, l'Union européenne serait libre, à terme, pour commencer les négociations sur la circulation des personnes et sur la recherche.
Du côté suisse, on est prêt à débuter immédiatement, si le feu vert nous est donné demain matin, dans les domaines des transports routiers, des transports aériens, des médias et de la statistique. On est prêt à négocier dans un délai un tout petit peu plus long, de l'ordre d'un ou deux mois au maximum, dans le domaine de la recherche, dans tous les domaines du libre-échange – obstacles techniques au commerce, produits agricoles transformés, marchés publics. Enfin, la Suisse est capable, dans les autres domaines où elle serait saisie d'une demande de la Communauté, en dehors des 16 demandes que nous avons proposées et que nous maintenons, de démarrer très rapidement.
Vous voyez que la négociation bilatérale sectorielle est prise au sérieux de notre côté et qu'aucun retard n'est imputable au Conseil fédéral – ni à son administration ou à sa diplomatie –, lequel a saisi l'importance et l'urgence de réussir un maximum dans ce domaine difficile, mais indispensable et, pour le moment, incontournable de l'intégration via les accords bilatéraux sectoriels.
Etablir une stratégie n'implique pas une étude détaillée des implications, économiques notamment, mais il est bien clair que vous devrez savoir, lorsque vous aurez à vous prononcer sur des accords obtenus par négociation bilatérale, quelles en sont les conséquences économiques. Je vous promets qu'à ce moment-là il y aura chaque fois, d'accord en accord, actualisation de ce que nous vous avons exprimé dans notre rapport du 18 mai 1992 sur la question d'une adhésion de la Suisse à la Communauté.
L'ancrage dans la politique interne du volet extérieur passera certainement et doit continuer de passer, comme pour le Gatt, par un effort d'information considérable. M. Iten Joseph en a parlé, M. Steffen a craint la perspective d'une transformation de l'information en manipulation. Je prends ici l'engagement clair et net qu'il n'en sera rien.
Mme Spoerry a posé la question de l'opportunité d'un rapport d'intégration qui pourrait intervenir en fin d'année. Elle voit comme thème de ce rapport l'élargissement de l'Union européenne, la mise à jour, le processus bilatéral, le bilan de l'Espace économique européen un an après son entrée en vi-

gueur, les développements de l'Union européenne, les initiatives relatives à l'Europe, celle des jeunes et celle de la Lega. Le Conseil fédéral avait de toute façon annoncé au Parlement qu'à la fin de cette année, il ferait le point s'agissant de l'Espace économique européen. Il est prêt à étendre davantage encore le traitement de son rapport à votre intention. Il est prêt à suivre, dès lors, la proposition constructive qui a été faite dans ce débat. Je note au passage, deux orateurs l'ont soulevée, l'importance des programmes de coopération inter-régionale transfrontières pour lesquels nous vous présenterons incessamment un message d'appui de la Confédération aux cantons.
Je termine cette évaluation de notre situation européenne dans les délais et vous dis que la position et la phase sont ingrates que celles que l'on passe dans les salles d'attente. Les salles d'attente ne sont jamais très accueillantes. Et de la salle d'attente où nous sommes actuellement, nous voyons partir les trains des autres, le train autrichien, le train finlandais, le train suédois, peut-être, demain, le train norvégien ou le train hongrois. J'espère qu'on ne verra pas partir notre propre train parce qu'il vaut mieux être dans le train que dans la salle d'attente quand le train suisse se met à rouler.
Pour l'instant, nous travaillons d'arrache-pied à obtenir cette ouverture bilatérale tant convoitée qui est notre seule solution de comportement actuellement et, en même temps que nous travaillons à cela par toutes les initiatives politiques et diplomatiques possibles, nous devons préparer la Suisse de demain en Europe qui ne soit pas une Suisse île au milieu de la mer européenne, mais qui soit bien une Suisse ouverte et solidaire avec le continent. C'est ingrat, la position que nous occupons actuellement! Particulièrement à l'égard de toute une partie de notre opinion et, singulièrement, de notre jeunesse à qui la vertu de la patience est difficilement enseignable. Nous devons néanmoins passer par cette phase ingrate. Sachons l'abréger tant qu'il nous sera possible et, pour l'instant, travaillons sans états d'âme à la réussite de nos opérations.
Mais, voyez-vous, les négociations internationales, singulièrement les négociations internationales économiques sont devenues très âpres ces derniers temps. Elles sont objectivement très difficiles et la situation économique pas favorable dans laquelle se trouve plongée une partie importante du monde explique cette âpreté, explique ces difficultés. Mettez-nous, Conseil fédéral, en état de nous renforcer, mettez-nous en état de confiance et d'appui de la part du Parlement, de la part du pays tout entier auprès duquel vous êtes les relais. Vous devez être les propagateurs de ces réalités de demain, car, à défaut de cet appui, nous nous trouverons confrontés à des difficultés encore plus dures dans la négociation et nous nous trouverons en position de plus grande faiblesse que si nous disposons de votre appui. L'article 47bis a LREC qui permet, très heureusement, d'intéresser davantage et plus systématiquement le Parlement à l'approche de la politique étrangère. Merci, de faire de cette disposition un renforcement du Conseil fédéral, un renforcement, par conséquent, de la défense de nos intérêts, un renforcement de notre rayonnement! Nous ne faisons pas de cette nouvelle disposition un affaiblissement.
C'est ce que je vous demande en vous priant impérativement de nous renforcer aujourd'hui en recevant, comme il doit l'être, ce rapport d'intention sur la politique extérieure des années 1990.

Erste, namentliche Abstimmung
Premier vote, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Aguet, Aregger, Aubry, Bär, Baumann, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Berger, Bircher Peter, Blatter, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann, Bührer Gerold, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Comby, Couchepin, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, von Felten, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Gardiol, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Matthey, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Perey, Philipona, Pini, Poncet, Raggenbass, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Wick, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis (130)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité:
Binder, Bischof, Blocher, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Daepp, Dreher, Fehr, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Frey Walter, Giezendanner, Hafner Rudolf, Hari, Hess Otto, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Maspoli, Maurer, Meier Hans, Miesch, Moser, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruf, Sandoz, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmied Walter, Schwab, Seiler Hanspeter, Stalder, Steffen, Steinemann, Vetterli, Zölch (40)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Allenspach, Bezzola, Bonny, Dettling, Iten Joseph, Schnider, Stamm Luzi, Steiger Hans, Tschuppert Karl (9)

Abwesend sind – Sont absents:
Bodenmann, Camponovo, Caspar-Hutter, Cincera, Columberg, Fritschi Oscar, Früh, Jaeger, Jäggi Paul, Leuenberger Moritz, Marti Werner, Mauch Rolf, Pidoux, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss Paul, Züger, Zwahlen, Zwygart (20)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Haller (1)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
Für den Antrag Fehr 36 Stimmen
Dagegen 133 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote
Für den Antrag Hafner Rudolf 35 Stimmen
Dagegen 131 Stimmen

Vierte Abstimmung – Quatrième vote
Für den Antrag der SD/Lega-Fraktion 30 Stimmen
Dagegen 137 Stimmen

Präsidentin: Sie haben vom Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren Kenntnis genommen.

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Elfte Sitzung – Onzième séance

Dienstag, 15. März 1994, Vormittag
Mardi 15 mars 1994, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Jagmetti Riccardo (R, ZH)

93.098

Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren
Politique extérieure de la Suisse dans les années nonante

Bericht des Bundesrates vom 29. November 1993 (BBl 1994 I 153)
Rapport du Conseil fédéral du 29 novembre 1993 (FF 1994 I 150)

Beschluss des Nationalrates vom 9. März 1994
Décision du Conseil national du 9 mars 1994

Antrag der Kommission
Kenntnisnahme vom Bericht
Proposition de la commission
Prendre acte du rapport

Flückiger Michel (R, JU), rapporteur: La Commission de politique extérieure de votre Conseil vous propose de prendre acte du rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante et de son annexe, le rapport sur la neutralité.
La commission a traité de manière approfondie les deux rapports en question. Elle a apprécié que les thèmes soient clairement identifiés et que l'importance croissante que prennent les aspects de la politique étrangère – politiques, économiques, scientifiques, techniques, culturels – dans la conception et la conduite de la politique générale de la Suisse soit pleinement reconnue. De même, les prochaines échéances de la politique européenne de la Suisse sont analysées avec soin et réflexion quant à leur traitement, tant sur le fond que du point de vue procédural. Aussi, le président de la commission est-il fondé à déclarer que, mis à part l'une ou l'autre réserve mineure touchant telle analyse ou conclusion, le rapport a été accueilli positivement par tous les membres.
Dans son rapport, le Conseil fédéral dresse un état des lieux. La situation de la Suisse dans un monde interdépendant est analysée dans la perspective des objectifs de notre politique étrangère qu'il appartient aux Chambres et au Conseil fédéral de définir et de conduire conformément aux compétences respectives des deux pouvoirs. Les instruments pour atteindre les objectifs désignés sont répertoriés, de même que les conclusions du rapport indiquent quels sont les principes fondamentaux et les priorités essentielles qui doivent guider les options en matière de politique extérieure. L'adhésion et la participation à des organisations internationales sont proposées en tant que moyen de permettre à notre pays de vivre en paix dans la prospérité et la stabilité, schématiquement dit. Le Conseil fédéral mentionne spécialement l'adhésion à l'Union européenne et à l'Organisation des Nations Unies en tant qu'objectifs stratégiques.
Face à l'opinion publique qui demeure divisée et, dans l'expectative, semble chercher ses marques et ses repères, le Conseil fédéral réaffirme avec raison et pertinence sa volonté de permettre à la Suisse de devenir, aux côtés de tous ses voisins et partenaires économiques européens de longue date, membre de l'Union européenne. Il veut maintenir le cap, montrer la voie, parce qu'il est de l'intérêt évident de la Confédération de coopérer au sein d'une organisation qui englobera sous peu l'ensemble des Etats de l'Europe occidentale en attendant de s'élargir plus à l'est.
Que la Suisse demeure absente ou non de l'Union européenne – et ici les avis sont, à l'évidence, nuancés au sein de la commission, sinon contrastés –, force est d'admettre que la question reste posée et qu'elle réclame étude et délibérations et, en définitive, définition d'une attitude, toutes choses sur lesquelles le Conseil fédéral insiste dans son rapport, à telle enseigne que, dans la discussion en commission, certains points forts se sont trouvés parfois relégués au second plan. Je vous propose d'en évoquer quelques-uns.
Premièrement, le constat de l'interdépendance dans laquelle se trouvent l'ensemble des pays du monde mérite d'être souligné. La prise de conscience de cette interdépendance renforcée ne doit pas nous amener à un repli fataliste et renfrogné sur nous-mêmes, mais tout au contraire à un esprit d'ouverture, à l'affirmation de nos valeurs propres et surtout à une volonté proclamée autant qu'avérée de pratiquer la coopération aussi lorsqu'elle implique la révision de certains de nos comportements institutionnels.
Deuxièmement, le rapport fait observer que les décisions prises au niveau international interfèrent toujours plus sur notre situation intérieure, sur notre bien-être et sur la sécurité du pays. La politique étrangère a précisément pour vocation, pour but, de prévenir des décisions prises à l'extérieur, dont les conséquences aboutiraient à une perte d'une partie de notre indépendance. Pour remplir cette mission, notre politique étrangère doit pouvoir s'exprimer en termes d'égalité au sein des organisations de coopération interétatiques ou supranationales. C'est par une participation aux décisions internationales que la Suisse peut le mieux affirmer sa souveraineté.
Troisièmement, les limites entre politique extérieure et politique intérieure s'estompent toujours plus. La politique extérieure doit donc s'harmoniser avec la politique intérieure, tout comme la politique intérieure devrait être en accord avec la politique extérieure. Pour favoriser et soutenir une évolution harmonieuse et coordonner les deux, il s'agira de mieux ancrer la relation entre citoyens et politique extérieure. Les défis qui nous attendent sont de comprendre et de faire comprendre les évolutions, l'interaction et les conséquences de l'approche extérieure et intérieure.
Quatrièmement, la prospérité économique dépend largement de la possibilité d'avoir des échanges avec l'étranger. L'importance de la position économique de la Suisse contraste avec sa relative insignifiance dans les grandes instances de décision en matière de politique et de sécurité telles que l'Union européenne et l'Organisation des Nations Unies. C'est pourquoi la politique étrangère doit contribuer, sans présomption, mais aussi sans modestie excessive, à assurer à la Suisse la place qui lui revient dans le concert des nations. J'ajouterai qu'il est important de ne pas situer le débat sous le seul angle économique, mais aussi et surtout sous l'angle politique et sous l'angle de la solidarité, de la collaboration et de la sécurité commune.
La neutralité permanente et armée demeure l'un des principes fondant la politique étrangère du Conseil fédéral, mais elle laisse à ce dernier une assez grande marge de manoeuvre et la référence traditionnelle à la sécurité par la neutralité et l'indépendance devra être complétée par la sécurité par la coopération. Je crois pouvoir affirmer que la commission a salué que, sans sacrifier les principes de neutralité, d'universalité, de solidarité, de disponibilité qui caractérisent la politique extérieure de la Suisse, le rapport accentue encore la notion de solidarité en tant que constante de cette politique.
Dans cette perspective, tout au plus aurait-on souhaité que le rapport inclût davantage de références aux événements et développements dont l'influence est ou sera ressentie en Suisse, par exemple l'évolution du monde islamique proche de nous ou, en terre plus lointaine, les transformations de la Chine, du Vietnam, sans compter la prise en compte de la puissance économique et politique de l'Asie du Sud-Est et des transformations qui se préparent dans cette région du monde. Par ailleurs, l'intérêt que nous devons porter aux relations Nord-Sud n'apparaît pas suffisamment affirmé, des lacunes qui seront

probablement comblées par le rapport Nord-Sud qui sera soumis prochainement aux Chambres.
Enfin, ne conviendrait-il pas d'étendre nos réflexions à ce que peut et pourra apporter la Suisse en tant que membre dans les organisations internationales par son expérience, son histoire, son système politique et pourquoi pas ses idées et son génie propre? La Suisse a sans doute fait de bonnes expériences dans les organisations internationales dont elle est membre à part entière comme le Fonds monétaire international, la Banque mondiale, la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, sans oublier l'AELE dont la Suisse est membre depuis 1960, mais qui ne semble pas être mentionnée dans le rapport du Conseil fédéral. Il est permis d'affirmer que les autres pays membres de ces organisations apprécient la présence et l'apport de la Suisse.
Et puis, le témoin privilégié que je suis ne saurait manquer d'ajouter que l'adhésion de la Suisse au Conseil de l'Europe constitue un exemple frappant de l'évolution des mentalités en Suisse. En effet, en 1949 et jusqu'en 1957, le Conseil fédéral estimait qu'une adhésion de la Suisse au Conseil de l'Europe poserait certains problèmes concernant le statut de neutralité. Ce n'est qu'en 1963 que la Suisse a adhéré à une institution forte aujourd'hui de 32 Etats. Dans l'intervalle, la Suisse a gagné la réputation d'être un membre très actif dans l'organisation. Elle y joue un rôle non négligeable, qu'il ne viendrait à l'idée de personne de remettre en cause aujourd'hui.
Quant au Parlement, il se trouve, depuis l'entrée en vigueur de l'article 47bis a de la loi sur les rapports entre les Conseils, associé plus étroitement à l'élaboration de la politique étrangère. Cette nouvelle disposition, comprise dans le sens d'un dialogue continu et constructif entre le Conseil fédéral et le Parlement, devrait également favoriser une plus large assise de la politique étrangère, d'abord aux Chambres mêmes, ensuite dans la population.
Le rapport du Conseil fédéral constitue le meilleur instrument de base que les Chambres aient jamais eu à disposition en matière d'approche large et documentée de la politique extérieure de la Suisse. Il constitue le fil conducteur qui n'exclut pas les adaptations d'opportunité, bien au contraire, sans dénaturer l'essentiel de la ligne à suivre. En suscitant une réflexion globale, ce rapport contribuera à stimuler le débat dans le sens de l'ouverture au sein de la population. Pour cela, il importe que les Commissions de politique extérieure des deux Chambres soient curieuses du suivi et qu'on revienne au plénum en temps opportun sur tel aspect forçant l'attention.
Il serait souhaitable que ledit rapport fasse l'objet de débats dans les sphères économiques, qui sont forcément concernées, syndicats inclus comme il se doit, dans les partis et les universités. De cette façon, on parviendra à intérioriser la politique étrangère pour prévenir certaines déconvenues difficiles à gérer dans nos relations extérieures.
La commission a reçu le rapport du Conseil fédéral comme une orientation au sujet des lignes de force de la politique extérieure de la Suisse. Implicitement, nous avons admis que la situation internationale s'inscrivait dans le mouvement et que, par conséquent, les analyses doivent être remises à jour constamment, qu'à tout le moins, les Chambres seront au bénéfice d'un rapport annuel du Conseil fédéral.
Pour ces motifs, la commission propose un postulat invitant le Conseil fédéral à «présenter annuellement un rapport sur la politique extérieure de la Suisse et sur la réalisation des buts de notre politique extérieure. Il y a lieu d'examiner dans quelle mesure ce rapport pourrait être combiné avec le rapport sur la politique économique extérieure.» Nous sommes impatients de savoir si le Conseil fédéral est prêt à accepter notre postulat.

Bloetzer Peter (C, VS): Der Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren darf insgesamt als vorzügliche Arbeit bewertet werden. Er ist umfassend, er geht der Materie im wesentlichen auf den Grund, und er weist in die Zukunft. Der Bericht definiert klar, was Aussenpolitik ist, nämlich Interessenwahrung nach aussen. Seinem Verfasser kommt das Verdienst zu, eine klare Trennung zwischen den Zielen unserer Aussenpolitik und den Mitteln, welche zu diesen Zielen führen sollen, vorzunehmen.
Der Bericht kann in allen wesentlichen Punkten nachvollzogen werden, und er verdient als Ganzes unsere Zustimmung.
Die zentralen Aussagen über das Wesen der Aussenpolitik und die in fünf Punkten umschriebenen Ziele unserer Aussenpolitik werden wohl allgemeine Zustimmung finden, nicht nur im Parlament, sondern sicher auch in der breiten Öffentlichkeit.
Insgesamt und als Ganzes kann auch die vorgesehene Wahl der Mittel unterstützt werden. Sie ist im Grunde genommen die logische Folgerung, welche sich mit Blick auf die Ziele unserer Aussenpolitik aus der Analyse und Beurteilung der aussenpolitischen Lage zwingend ergibt.
Dass bezüglich der Wahl dieser Mittel sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den parlamentarischen Kommissionen unterschiedliche Meinungen herrschen, ist unvermeidbar.
Angesichts der Fülle von Aussagen, die der Bericht anbietet, ist es allerdings bedauerlich, dass sich die Diskussionen in der Öffentlichkeit im wesentlichen um die als strategische Ziele formulierten Mittel des Uno- und EU-Beitrittes drehen. Dass dem EU-Beitritt als Ziel der vom Bundesrat formulierten Integrationspolitik sowie dem Uno-Beitritt strategische Bedeutung beigemessen werden, ist ebenfalls folgerichtig.
Für die sicherheitspolitische Interessenwahrung unseres Landes ist die Nato sicher ebensobedeutungsvoll wie unsere bewaffnete Neutralität. Das gleiche gilt für die stabilisierende Wirkung der Europäischen Union in Westeuropa und deren sicherheitspolitische Bedeutung, insbesondere auch für unser Land.
Bei aller Bedeutung dieser Mittel oder instrumentalen Ziele – wie man es auch formulieren will – müssen doch zwei Feststellungen gemacht werden:
1. Es ist zu sagen, dass die Nato Strukturen aufweist, welche auf die Zeit der Blöcke zurückgehen und auf den kalten Krieg ausgerichtet sind. Genügt dies angesichts der neuen Lage noch, um gemeinsam mit unserer bewaffneten Neutralität unsere Sicherheit zu gewährleisten? Ist es nicht vielmehr so, dass die europäischen Strukturen von ihrer zentralistischen, westeuropäischen Ausrichtung weggerückt werden müssen, damit sie auch in Zukunft ihrer Aufgabe, nämlich der Gewährleistung der europäischen Sicherheit, gerecht werden können?
Die zwingende Schlussfolgerung ist: Die EU muss föderalistisch werden und sich den zentral- und osteuropäischen Ländern öffnen. Nur so kann sich unsere Integrationspolitik vollends mit unseren aussenpolitischen Zielen der Friedens- und Wohlstandssicherung decken.
2. Es muss festgestellt werden, dass Bundesrat und Parlament nicht über das Mittel des EU-Beitrittes verfügen. Die innenpolitischen Voraussetzungen für den EU-Beitritt der Schweiz sind nicht gegeben. Über dieses Mittel von strategischer Bedeutung werden wir wohl über längere Zeit hinaus nicht verfügen können. Das ist die harte politische Realität.
Es ist deshalb richtig, wenn der Bundesrat vermehrte Priorität auf die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik setzt. Der Ansatz zu einer verbesserten Information allein genügt aber nicht. Wir müssen auch den Mut haben, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch unseren europäischen Partnern klar und unmissverständlich zu sagen, wie wir uns eine «Europäische Union» vorstellen, welche sich mit unseren aussenpolitischen Zielen voll und ganz decken kann. Deshalb muss es unser strategisches Ziel sein, nicht nur der EU beizutreten, sondern diese im gleichen Zuge so umzugestalten, dass sie sich mit unseren aussenpolitischen Zielen deckt.
Information allein und eine Integrationspolitik, die dem Grundsatz der Subsidiarität und Bürgernähe ein besonderes Gewicht beimessen will, genügen nicht, um unsere Aussenpolitik innenpolitisch abzustützen. Die glänzendste Formulierung einer folgerichtigen Aussenpolitik und deren gekonnte Propagierung allein genügen hierzu nicht. Es braucht hierzu aussenpolitische und innenpolitische Taten, die im Volke Gefolgschaft erzielen und Vertrauen erwecken; vor allem muss den Grundsätzen des Föderalismus und der Subsidiarität nicht nur aussenpolitisch, sondern vor allem auch innenpolitisch wieder vermehrt Gewicht beigemessen werden.
Die Intensität der Befassung mit dem Staate ist eine schweizerische Eigentümlichkeit, die darauf beruht, dass die Belange

der Öffentlichkeit nicht einer Elite, sondern von jeher der Gemeinschaft aller übertragen waren und sind. Der Gegenpol zum Staat ist hier nicht das einzelne Subjekt, sondern der kleine Bereich in unserem Staate, die kleine Gemeinschaft, in welcher gemäss Jacob Burckhardt die grösstmögliche Quote von Angehörigen Bürger im vollen Sinne des Wortes ist.
Eine Aussenpolitik, die Erfolg haben will, muss klar zeigen, dass Föderalismus und ebendiese Werte nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten gefördert werden. Sie muss glaubhaft machen, dass diese Werte auch in der europäischen Völkergemeinschaft von unten herauf wachsen und erhalten werden sollen. «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» Karl Schmid hat diesen Satz einmal auf die höhere Ebene übertragen, wo die Nation an die Stelle des Hauses und Europa für das Vaterland eintritt. Wenn es dem Bundesrat und dem Parlament gelingt, dies glaubhaft umzusetzen, so wird die Gefolgschaft für unsere Aussenpolitik nicht ausbleiben.

Béguin Thierry (R, NE): Denis de Rougemont définissait la décadence comme le moment où l'homme se demande ce qui va lui arriver plutôt que ce qu'il peut faire. C'est bien ce deuxième terme de l'alternative qu'a choisi le Conseil fédéral en publiant son rapport sur la politique extérieure dans les années nonante. Nous ne pouvons qu'approuver la démarche du gouvernement qui, au terme d'une analyse réaliste de la situation, assigne un but à sa politique et propose une méthode pour y parvenir.
En désignant l'adhésion, à terme, à l'Union européenne comme l'objectif stratégique de sa politique d'intégration, le Conseil fédéral opère un choix à la fois lucide et courageux. Quelle qu'ait pu être notre déception au soir du 6 décembre 1992, le verdict du peuple ne doit nous conduire ni à la colère ni au désespoir. L'échec est une école dont les enseignements préparent la prochaine victoire. Dans leur majorité, ceux qui ont refusé l'Espace économique européen ont certes fait une erreur d'appréciation, mais leur motivation profonde n'a en soi rien de blâmable. J'irais jusqu'à dire qu'ils ont démenti tous les constats pessimistes qui ont pu être faits à l'issue de la célébration du 700e anniversaire de la Confédération.
En effet, si le non a exprimé une certaine peur, il a aussi affirmé l'attachement à une certaine idée du pays et aux valeurs autour desquelles il s'est construit au cours des siècles. Les peuples comme les individus ont besoin du réconfort des grandes certitudes. Ce qui s'est dit en Suisse avant le vote sur l'EEE ressemble étrangement à ce qui s'est dit en France avant Maastricht. L'enjeu n'était pas le même, et le résultat fut inverse, c'est vrai, mais les ressorts psychologiques qui ont mû l'opinion publique ont été les mêmes. Ces remarques valent pour la Grande-Bretagne et l'Allemagne où le débat sur la ratification a connu les mêmes accents, sans parler du Danemark.
Le premier enseignement à retenir de cet échec, c'est que l'Europe ne se fera pas au mépris des nations qui ne sont ni des monstres froids ni des concepts arbitraires de l'esprit, mais des corps vivants, des unités organiques façonnées par l'histoire, lentement mûries par l'action conjuguée des nécessités souvent, du hasard parfois, de la volonté des hommes toujours. Les peuples savent d'instinct qu'une nation est l'espace privilégié où peut s'exprimer le mieux la solidarité. C'est sur le socle des nations que l'Europe se construira, comme la Suisse moderne s'est bâtie sur le socle des cantons.
Le deuxième enseignement, c'est que, pour réussir, un grand projet doit correspondre à une aspiration populaire. L'Europe technique et économique, qui est une nécessité, n'est cependant pas suffisante pour mobiliser l'ardeur des peuples; on meurt pour une idée, on ne meurt pas pour un traité économique, si bénéfique qu'il puisse être.
Rien de durable ne se fera sans le respect de ces réalités, mais une fois cela posé, un grand effort pédagogique reste à entreprendre. Il faudra, ici comme ailleurs, rendre les peuples sensibles aux réalités nouvelles; rappeler d'abord que si l'Union européenne peut apparaître comme une sorte de syndicat de nantis, dominé par des technocrates sans âme et sans légitimité démocratique suffisante, son fondement historique et sa raison d'être demeurent la construction de la paix.

Après l'horreur de 1914–1918, cette guerre civile européenne comme disait le maréchal Lyautey, après l'horreur de la guerre idéologique de 1939–1945 qui opposa la démocratie à la dictature, il était temps que l'on songeât à organiser les conditions de la paix de manière à éviter la répétition de l'absurde. Cette conviction fut celle des pères fondateurs de l'Europe, et le général de Gaulle, regardé à tort comme un adversaire de cette idée, n'exprimait pas autre chose lorsqu'il écrivait le 29 décembre 1948: «Nul plus que moi n'est convaincu de la nécessité de construire l'Europe. C'est le seul moyen d'aboutir à un règlement du problème allemand qui concoure à l'équilibre, je veux dire qui puisse ouvrir une carrière aux capacités du peuple allemand, sans mettre en danger ses voisins.» Helmut Schmidt, dans un article paru dans le «Figaro Magazine» à la veille du référendum sur Maastricht, tenait encore le même langage. Invitant les Français à dire oui, il insistait sur la nécessité d'arrimer définitivement l'Allemagne à l'Europe, rappelant que l'Allemagne restait dangereuse à cause de sa situation géographique et de son tropisme naturel vers l'Est.
Il est certain aussi que l'effondrement de l'empire communiste et la recomposition des nations étouffées par Staline commandent à l'Europe en construction de s'ouvrir à elles et de les recevoir pour poursuivre et parachever sa mission pacificatrice. Ce devoir est d'autant plus impérieux que la brutalité du passage d'une économie planifiée à un libéralisme sauvage sans véritable culture démocratique pour l'encadrer, a engendré le désordre, accentué la misère, favorisé la criminalité, exacerbé le problème des minorités gelées par la dictature et réveillé le vieux démon du nationalisme, perversion du patriotisme qui transforme un sentiment naturel d'amour de son pays en sentiment de haine de l'autre. Ce danger est d'autant plus grave que, paradoxalement, les nationalismes peuvent s'allier pour conclure une manière de «Sainte-Alliance» réactionnaire, autoritaire et raciste. J'en veux pour preuve le message de félicitations envoyé par Gerhard Frey, chef de la Deutsche Volksunion néonazie, à Vladimir Jirinovski, le lendemain des législatives russes: «Ta victoire ouvre la voie à la coopération étroite des deux plus grands peuples de l'Occident, les Russes et les Allemands.» Voilà qui a dû faire plaisir à Jirinovski, lui qui déclarait dans ses meeting électoraux que le national-socialisme est la philosophie de l'homme ordinaire. «Arrimer l'Allemagne à l'Europe», écrivait Helmut Schmidt: il est urgent aussi d'arrimer la Russie.
L'Europe est à faire, l'Union Européenne en a jeté les bases. Imparfaite, insuffisante, elle a au moins le mérite d'exister. C'est sur cet acquis qu'elle devra développer sa stratégie et surtout repenser sa structure. Il est illusoire de songer à un Etat supranational. Comme la Suisse, elle ne pourra pas faire l'économie de la Confédération d'Etats. Voilà une idée qui fait son chemin. François Mitterrand l'a déjà dit, rejoignant en cela Mme Thatcher.
Jacques Delors lui-même a évoqué le processus d'helvétisation de l'Europe. L'Europe, c'est la paix, c'est là toute sa justification. Si elle le veut, si les peuples le veulent – et comment ne le voudraient-ils pas? –, ce but peut être atteint. L'Europe romanisée, visitée par l'esprit grec, fécondée par le christianisme, comme l'écrivait Paul Valéry, reconnaît les mêmes valeurs. A côté de l'Amérique qui est sa fille, elle est devenue, dans ce monde plus incertain, plus dangereux et plus cruel que jamais, le sanctuaire des droits de l'homme.
La promotion de la paix est précisément l'un des objectifs essentiels du Traité de Maastricht, qui prévoit la possibilité de développer une politique de défense commune, appuyée par la création de forces armées autonomes. La Suisse ne pouvait rester indifférente à cette évolution. Elle se devait de réévaluer sa politique de sécurité comme sa conception de la neutralité. Elle l'a fait, dès la chute du mur de Berlin, et il faut souligner qu'elle fut un des premiers pays à formuler une conception nouvelle qui tienne compte des changements intervenus dans le monde.
L'idée maîtresse du rapport 90 du Conseil fédéral sur la politique de sécurité de la Suisse est qu'il faut compléter le concept de dissuasion fondé sur la neutralité par une coresponsabilité renforcée dans le domaine de la sécurité européenne. Il s'agit en effet de promouvoir activement la paix par la coopération,

l'aide économique et politique et, en même temps, de prévenir la guerre en maintenant une capacité de défense suffisante.
Conjuguer l'action politique et l'action militaire simultanément, c'est bien ce qui a manqué dans la gestion du conflit yougoslave. Comme le notait Manfred Wörner, secrétaire général de l'Otan: «Les difficultés qu'éprouvent les partenaires européens et transatlantiques à s'entendre sur une stratégie efficace pour faire face au conflit yougoslave témoignent des difficultés à réussir tant l'Union politique européenne qu'une entente transatlantique pour régler ce type de crise. Cependant, sans union politique européenne et sans alliance transatlantique forte, nos chances de stabilisation de l'Europe de l'Est sont virtuellement nulles.»
Nous devons bien sûr, cela va de soi après le vote du 6 décembre 1992, respecter le verdict du peuple qui, dans notre démocratie, a toujours le dernier mot, à défaut d'avoir raison. Cela n'empêche nullement les autorités de gouverner, c'est-à-dire d'analyser, de participer et de proposer. La tâche essentielle du Conseil fédéral est de mettre en oeuvre les moyens de sa volonté proclamée d'adhérer un jour à l'Union européenne, et notamment d'arrêter sa position sur les deux initiatives relatives à cet objet, celle de la Lega et celle des jeunes.
Enfin, le Conseil fédéral doit mettre en place sa stratégie en vue de l'adhésion et ne pas négliger les aspects psychologiques et affectifs qui ont pesé si lourd dans le refus de l'Espace économique européen. Il doit convaincre ceux qui restent attachés à un système politique qui a su sauvegarder les libertés, qui a permis aux entrepreneurs d'exercer sans contrainte excessive le génie de leur industrie et d'enrichir un pays que la nature avait fait pauvre, qui a su fonder un Etat central tout en respectant l'autonomie des cantons, qui a permis de faire vivre en paix des hommes si différents, parlant quatre langues et confessant au moins deux religions, que tout, à tout instant, aurait pu se faire dresser les uns contre les autres. Il doit dire que ce modèle a fait ses preuves, mais que dans ce monde qui change si vite et si profondément, où les vérités deviennent provisoires, où le temps rétrécit et les distances s'abolissent, dans ce monde d'aujourd'hui qu'il faut bien accepter comme il est, les solutions d'hier ne sont plus nécessairement celles d'aujourd'hui.
Il s'agira de dire enfin qu'en cherchant à se rapprocher de l'Europe on ne renie rien du passé, que le but demeure le même: assurer la sécurité et la prospérité, mais que l'évolution du monde exige d'autres moyens pour y parvenir.
Si le peuple et les cantons entendent ce message et se laissent instruire par les faits, ils admettront, le moment venu, cette vérité que, dans l'ordre politique comme dans l'ordre biologique, l'adaptation au milieu reste la condition de la survie.
Nous remercions le Conseil fédéral de nous montrer la voie de l'avenir, et nous l'assurons de notre concours.

Rüesch Ernst (R, SG): Der Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren ist ein übersichtliches und flüssig geschriebenes Dokument. Die Verfasser solcher Botschaften müssen ja immer anonym bleiben und nach der alten Devise arbeiten: Viel leisten und wenig hervortreten. Um so mehr sei dem Verfasser Dank und Anerkennung ausgesprochen. Diese anerkennende Feststellung will nun nicht heissen, dass wir mit der bundesrätlichen Aussenpolitik in allen Teilen einverstanden sind. Wir nehmen den Bericht schliesslich nur «zur Kenntnis» und nicht «zustimmend zur Kenntnis».
Der Bericht umfasst die gesamte Aussenpolitik, und trotzdem steht die Europapolitik – konkreter: die Integrationspolitik – im Vordergrund des Interesses. Wenn der Bundesrat das strategische Ziel eines Beitritts der Schweiz zur EU anvisiert, so ist dieser Tatbestand wohl derjenige mit dem allergrössten Gewicht in diesem Bericht. Denn ein Beitritt der Schweiz zur EU hätte in der politischen Finalität eines Tages sogar einen Verzicht auf eine eigenständige Aussenpolitik unseres Landes zur Folge. Damit dürfte klar sein, dass die Diskussion über den heutigen Bericht schwerpunktmässig auf die Europapolitik ausgerichtet ist.
Blenden wir zurück: Vor dem Entscheid von Volk und Ständen über den Beitritt der Schweiz zum EWR im Jahre 1992 hatte der Bundesrat das Gesuch um Aufnahme in die EG – wie die EU damals noch hiess – gestellt. In der Botschaft über den Beitritt zum EWR schrieb der Bundesrat: «Unser Ziel ist der vorbehaltlose Beitritt zur EG.» Diesen Satz musste man dreimal lesen, bevor man seinen Augen trauen konnte. Der Bundesrat wollte bedingungslos in die EG eintreten; dabei hatte Grossbritannien im Vertrag von Maastricht seine Sonderregelungen ausgehandelt, und den Dänen machte man alle Konzessionen, damit sie den Vertrag von Maastricht im zweiten Anlauf doch noch akzeptierten. Inzwischen handeln die neuen Beitrittskandidaten, insbesondere Österreich, ihre Bedingungen aus.
Mit diesem «vorbehaltlosen Beitritt» hat der Bundesrat der EWR-Abstimmung gewaltig geschadet. Der Präsident der nationalrätlichen Aussenpolitischen Kommission, Herr Mühlemann, bezeichnete in einem Interview diesen Schritt als Jahrhundertfehler. Das mag ein bisschen übertrieben sein, aber der Schaden war gross. Ich bin überzeugt, dass wir, die damals im Kampf für den EWR in vorderster Front gestanden sind, ohne diesen unseligen Beschluss wenigstens ein Volksmehr erreicht hätten – wenn auch kein Ständemehr –, und das hätte unsere Ausgangslage für die Zukunft stark verbessert.
Gegen ein Beitrittsgesuch im damaligen Zeitpunkt war im Prinzip nichts einzuwenden. Der Gedanke, mit den übrigen Efta-Staaten gemeinsam verhandeln zu wollen, war wohl richtig – aber im Sinne einer Option und nicht eines vorweggenommenen, bedingungslosen Entschlusses! Hätte man dem Volk erklärt, dass wir verhandeln, um alle Möglichkeiten offenzuhalten, und je nach Ergebnis die Frage des Beitritts zur Abstimmung vorlegen oder nicht, wie das der norwegische Ministerpräsident kürzlich gemacht hat, so hätte das Volk dies wohl auch begriffen.
Nun scheint der Bundesrat den gleichen Fehler ein zweites Mal zu machen. Für ihn ist der Beitritt der Schweiz zur EU das strategische Ziel. Für viele unter uns ist der Beitritt aber kein strategisches Ziel, sondern eine strategische Option. Wir wollen diese weiterverfolgen. Ob wir dann eines Tages beitreten oder nicht, hängt von drei Dingen ab:
1. vom Ergebnis der Verhandlungen, das ist ganz entscheidend, also von den Bedingungen, die wir aushandeln;
2. vom dannzumaligen Zustand der EU; wie sie sich weiterentwickelt, wissen wir heute noch nicht – ich erinnere an die berühmte Diskussion über Vertiefung oder Erweiterung als Priorität –;
3. vom dannzumaligen Zustand der Schweiz.
Ein alter Grundsatz in der militärischen Entschlussfassung heisst: «Prévoir loin, commander court.» Dieser Satz gilt auch für wirtschaftliche und politische Entschlüsse, sofern man das Kommandieren durch Beschliessen oder Entschliessen ersetzt.
Der Satz meint, dass wir weitsichtig überlegen und planen sollen, uns aber nicht durch präjudizierende, in die Ferne schweifende Entschlüsse die Handlungsfreiheit schmälern sollten. Heute fehlen uns die Unterlagen für Entschlüsse, die vielleicht im Jahre 2000 fällig werden. Bis dann passiert bei uns noch sehr viel und in der EU erst recht. So reduziert zum Beispiel eine neueste Studie der Hochschule St. Gallen die Prognose für den wirtschaftlichen Vorteil bei einem EU-Beitritt gewaltig: Der Unterschied des jährlichen Wachstums des BIP liege bei nur 0,3 Prozent; vor kurzem sprach man noch von 1 bis 2 Prozent. Von wie vielen Prozenten wird man wohl im Jahre 1998 oder im Jahre 2000 sprechen? Vielleicht von nur 0,1 Prozent, vielleicht aber auch von 3 Prozent; wir wissen es nicht. Die Entwicklung der Wirtschaft ist nicht so weit im voraus zu prognostizieren. Darum sollten wir heute auch nicht Entschlüsse fassen, welche in eine solche ferne Zukunft reichen.
Mit diesem strategischen Ziel statt mit einer strategischen Option verfolgt der Bundesrat eine Politik, die Zweifel aufkommen lässt, ob er es mit den bilateralen Verhandlungen überhaupt ernst meint. Mit der bundesrätlichen Politik des strategischen Ziels, des vorweggenommenen Entschlusses, wird in der Schweiz die politische Lage polarisiert. Es entsteht eine immer grössere Polarisierung zwischen den «Europhorikern», die

sich der EU bedingungslos unterwerfen wollen, und den EU-Gegnern, welche in Brüssel den Antichristen sehen. Diese Polarisierung schadet unserer Innen- und Aussenpolitik.
Der Bundesrat sollte auch die Option «EWR, 2. Auflage» mehr beachten. Sollten einer oder mehrere der Efta-Staaten in ihrer Volksabstimmung den EU-Beitritt verwerfen, dann hätte der EWR durchaus eine Chance, noch für einige Zeit am Leben zu bleiben. Das gleiche Bild gilt bei einer allfälligen Erweiterung der Efta nach Osten. Der Generalsekretär der Efta, Georg Reisch, hat gerade gestern in einem Interview erklärt, Efta und EWR seien noch nicht überflüssig; vielleicht in einem Jahr, vielleicht in zwei Jahren, aber jetzt sicher noch nicht. Eine zweite EWR-Abstimmung, und das sage ich als Kämpfer für den Beitritt bei der ersten EWR-Abstimmung von damals, ist als Option unbedingt weiterzuverfolgen.
Der Bundesrat sollte sich nun aber hauptsächlich auf die bilateralen Verhandlungen konzentrieren und daneben die beiden Optionen «Beitritt» und «EWR, 2. Auflage» weiterbearbeiten, aber eben als Optionen und nicht als vorweggenommene Entschlüsse für eine Zukunft, die noch unbekannt ist.
Bei den bilateralen Verhandlungen ist ein erster Erfolg zu verzeichnen; wir konnten uns im Rahmen der Ursprungsregeln mit der EU einigen. Unseren Unterhändlern ist für diesen Erfolg zu danken, und es ist ihnen dazu zu gratulieren. Vielleicht sollte man etwas mehr solche Erfolge hervorheben, als immer nur über die misslungene Abstimmung vom 6. Dezember 1992 zu jammern. Es hat keinen Sinn, jahrelang seine Wunden zu lecken, man muss handeln.
Die einseitige Konzentration des Bundesrates auf das strategische Ziel des Beitritts war auch Ursache vieler Jastimmen bei der Alpen-Initiative. Ich habe mit vielen Bürgern gesprochen, die gesagt haben: «Wenn sich der Bundesrat 'Brüssel' bedingungslos unterwerfen will, müssen wir ihm wieder einmal den Meister zeigen.» Natürlich gab das nicht den Ausschlag, aber es hat zur Niederlage, die wir bei der Abstimmung über die Alpen-Initiative erlitten haben, beigetragen.
Zweifellos hat auch der erfolgreiche Abschluss der Gatt-Verhandlungen der Uruguay-Runde den Nachteil des EWR-Nein etwas gemildert, wenn auch nicht aufgehoben. Aber für den Erfolg im Gatt dürfen wir ebenfalls unseren Unterhändlern danken, und wir gratulieren ihnen auch dazu.
Nicht unbedingt verstanden werden kann der Beschluss des Bundesrates, für die bilateralen Verhandlungen einen Koordinator einzusetzen. Während den ganzen EWR-Verhandlungen, die sehr kompliziert waren, war diese Institution unnötig. Wir haben in den Departementen EDA und EVD je einen hochqualifizierten Staatssekretär, und wir haben für die Zwecke der Koordination auch ein ausgezeichnet geführtes Integrationsbüro.
Eine Zeitung qualifizierte diese Überorganisation mit dem Begriff «byzantinische Verhältnisse». Wie gross wird der Koordinationsbedarf, wenn wir einmal 10 Staatssekretäre haben, oder wie gross würde er, wenn wir gar deren 21 hätten? Brauchen wir dann noch 10 Koordinatoren, oder wie geht das weiter? Wird die Hälfte der Staatssekretäre Oberstaatssekretäre, um die anderen zu koordinieren? Vielleicht muss das Parlament im Rahmen der Regierungsreform noch einmal über die Bücher, wenn solche Dinge notwendig werden.
Wir müssen vom Bundesrat in der Europapolitik eine Konzentration auf die bilateralen Verhandlungen verlangen. Dabei müssen wir aber verhindern, dass wir unsere Aussenpolitik nur noch nach «Brüssel» ausrichten, so, wie ein Kaninchen nur noch auf die Schlange starrt. Unsere Aussenpolitik muss umfassend, global aktiv sein. In dieser Richtung bedeutet dieser Bericht einen sehr guten Ansatz, den wir abschliessend positiv würdigen wollen.

Cavadini Jean (L, NE): On a fréquemment entendu dire que le peuple suisse, dans sa majorité, ne s'intéresse guère à la politique extérieure. De bons indices étaient cette affirmation et le résultat de votations récentes pourrait nous laisser croire au bien-fondé de cette triste hypothèse.
Nous ne pouvons, dans ces circonstances, que répéter quelques principes. Tout d'abord, que nous le voulions ou non, nous dépendons de l'étranger dans une mesure qui s'accroît, que ce soit dans le domaine politique ou économique. La simple affirmation de notre totale indépendance relève ici plus de l'hypothèse de travail que de l'analyse lucide de notre situation. Dans un proche avenir, notre territoire sera entièrement entouré par des Etats qui se réclameront tous de l'Union européenne, Liechtenstein compris. L'insularité à laquelle certains paraissent aspirer sera ainsi réalisée.
On pourra, dès lors, continuer à penser qu'on a raison, mais on se rappellera tout de même qu'il est dangereux d'avoir raison seul. L'évolution politique que connaît l'Europe nous touchera, nous concernera, nous obligera à une révision de notre politique extérieure qui pourrait être déchirante. Assurément, les premières atteintes au dogme défendu par un grand nombre ne seront pas mortelles et nos difficultés naîtront plus tard. L'Union européenne est une donnée décisive.
Il y a plusieurs années, on s'était parfois moqué du Marché commun et du Traité de Rome. Puis on voulu ironiser sur la Communauté européenne, sur les soubresauts de son élargissement et le développement de son administration. On sourit à peine maintenant de l'Union européenne et de la difficile naissance de sa monnaie unique. C'est reconnaître notre crainte d'être en retard d'une guerre, mais cela, les dinosaures qui peuplent parfois notre parc ne veulent ni le voir et encore moins le comprendre. Ils ne savent pas comment finissent les dinosaures, et c'est heureux!
De nombreuses voix s'élevaient pour refuser une demande d'adhésion à l'ancienne Communauté européenne en disant leur opposition aux décisions des juges étrangers qui siègent à Luxembourg. L'Espace économique européen permettait de respecter ce scrupule en créant une nouvelle juridiction. On n'en voulut pas plus. Mais puisqu'il faut continuer de vivre, on exige maintenant des négociations bilatérales. Fort bien, mais sait-on que certains des litiges juridiques devront, dès lors, être soumis à ces mêmes juges de Luxembourg qu'on voulait éviter à tout prix? Cette vision insulaire confine à l'hallucination. Nous souhaitons qu'elle n'évoque pas le cauchemar d'un pays livré à ses vieux démons, refusant toute perspective d'évolution.
Ces sombres propos nous engagent, d'ailleurs, à dire au Conseil fédéral qu'à notre sens il conviendrait que la Suisse dénonce le Traité sur le transit qu'elle a signé, parce qu'après la votation de l'initiative dite «des Alpes», elle se trouve dans l'incapacité de respecter les clauses qu'elle avait elle-même définies. Une lecture honnête du texte nous conduit à cette conclusion.
Nous croyons à la nécessité d'un projet, et la construction de l'Europe représente un beau projet. L'importance économique de la Suisse, heureuse, indiscutable, a masqué «l'insignifiance marquée de sa position vis-à-vis des grandes instances de décision en matière de politique et de sécurité». Cette affirmation, celle du Conseil fédéral, nous la faisons nôtre, et nous croyons qu'une bonne définition de nos objectifs de politique extérieure s'impose. Nous nous rallions à ceux qui ont été retenus et qui vont de la promotion de la sécurité et de la paix à l'engagement en faveur des droits de l'homme, de la démocratie et des principes de l'Etat de droit, en passant par l'accroissement de la prospérité commune, la promotion de la cohésion sociale et la préservation du milieu naturel.
Ces objectifs admis, quelles sont les routes qui y conduiront le plus sûrement? Est-ce celle de l'isolement ou celle de la collaboration avec les autres Etats? Celle d'un repli frileux sur un réduit que l'histoire a sanctifié ou celle d'une ouverture sur le continent qui se construit? Celle d'une supériorité qui s'autoproclame ou celle d'une participation aux travaux des différentes instances internationales? La raison et l'intérêt se conjuguent ici pour nous guider. Nous devons être actifs à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, à défaut de l'être par exemple à l'Otan. Nous devons être actifs au Conseil de l'Europe puisque nous ne pouvons l'être au sein de l'Union européenne. La paix et la sécurité en Europe sont aussi notre affaire, cette évidence peut d'ailleurs être étendue à l'ensemble du monde, mais on sait ce que le peuple a répondu quand on lui a posé la question d'une adhésion à l'Organisation des Nations Unies. Nous apportons donc notre approbation au Conseil fédéral dans la définition qu'il donne de sa prochaine action.

L'objectif d'une adhésion à l'Union européenne ne nous paraît nullement déraisonnable, bien au contraire. Nous pouvons approfondir notre coopération avec les Etats de l'Est, mais ce n'est pas encore de là que nous viendra le salut, tant l'atténuation de la différence de nos statuts prendra de temps. Nous avons à intensifier notre collaboration internationale en matière de recherche et de politique scientifique, mais nous devons savoir que nous ne sommes pas membre de plein droit dans tous les organismes, ce qui affaiblit assurément la portée de notre voix. Nous ne saurions être absents ni des développements sociaux ni du champ écologique, mais nous devons le savoir – et je citerai une dernière fois le Conseil fédéral: «Notre absence d'importantes organisations internationales ne constitue plus guère un atout.» Admirable litote! Disons plus crûment que cette absence-là représente un handicap de taille pour le développement heureux de notre politique extérieure.

Nous terminerons par quelques remarques sur la neutralité suisse qui nous paraît aujourd'hui diviser le pays quant à sa signification profonde. La neutralité suisse est-elle une finalité ou un moyen? Nous avons entendu tant de fortes affirmations que nous croyons nécessaire de rappeler que, tout d'abord, la neutralité nous a été imposée, et que nous n'en avons pas fait le choix. La défaite de Marignan et ses conséquences sur le service mercenaire, le Traité de Westphalie qui sanctionne un Etat souhaité par l'Europe, le Congrès de Vienne qui, sans ménagement, nous impose une neutralité déclarée d'intérêt européen, montrent bien qu'historiquement cette neutralité sacrée n'a pas été voulue de toute éternité. Elle a en revanche représenté un admirable moyen de garantir l'inviolabilité de notre territoire, à la condition qu'elle soit armée et permanente. Ce n'est ni un dogme ni une notion immuable: sans être à géométrie variable, elle peut être redéfinie dans la défense de nos intérêts. Mise à jour, adaptée aux pesanteurs des circonstances nouvelles, elle n'est pas la Pierre noire d'une Kaaba helvétique, n'en déplaise aux mollahs de l'immobilisme obsessionnel.

Nous ne disons pas que la neutralité est inutile ou dépassée, nous affirmons par contre qu'elle doit pouvoir être réorientée, mise au service de la paix, réactivée, pour nous permettre mieux encore de participer à la définition du monde et pour témoigner de notre solidarité internationale.

Rhinow René (R, BL): Der bundesrätliche Bericht versucht in erster Linie, die Grundausrichtung unserer Aussenpolitik in diesem Jahrzehnt zu definieren, ihre Rahmenbedingungen, Grundlagen, Ziele und Instrumente aufzuzeigen. Es ist für mich mehr als erstaunlich, wie selten der eigentliche Kerngehalt dieses Berichtes gewürdigt worden ist – nicht hier im Rat, sondern vor der Debatte in diesem Rat.

Der Versuch des Bundesrates ist meines Erachtens gelungen, gut gelungen sogar. Gewiss, auch ich könnte kritische Punkte ausmachen, Detailfragen hervorheben: etwa, warum die Notwendigkeit einer Revision der die Aussenpolitik betreffenden Artikel der Bundesverfassung oder warum der Bedarf an institutionellen Reformen bei den Behörden und auch bei den Volksrechten in aussenpolitischen Belangen nicht untersucht worden ist, oder warum die Efta in diesem Bericht «unter den Tisch» gefallen ist.

Aber ich möchte vielmehr dafür plädieren, beim Grundsätzlichen zu verweilen. Wenn sich viele Politiker und Politikerinnen vor allem über das strategische Ziel des EU-Beitritts aufhalten, dann weichen sie meines Erachtens letztlich den nicht bequemen Grundaussagen des Berichtes aus. Diese Grundaussagen bestehen doch, kurz zusammengefasst, aus folgenden drei Punkten:

1. Aussenpolitik ist immer auch, ja vorrangig, Interessenwahrung, Interessenwahrung eines Kleinstaates, die (wie der Bericht mit Recht ausführt) auf der Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen, auf der zutreffenden Einschätzung realer Machtverhältnisse – das vor allem! – und auf der Respektierung des Völkerrechts beruht. Und man möchte beifügen: nicht auf nationalen, rückwärtsgewandten Mythologien.

2. Die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz hat einen anderen Stellenwert erhalten, indem wir angesichts der wachsenden Verflochtenheit in internationalen Belangen, angesichts der zunehmenden Einbindung der Schweiz, auch immer mehr auf eine enge Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und auf eine umfassende Mitwirkung in internationalen und supranationalen Organisationen angewiesen sind. Der Bericht sagt es mit aller wünschbaren Deutlichkeit: Unabhängigkeit wird nicht mehr nur in der Abgrenzung gegen ein internationales Umfeld erreicht, sondern in der optimalen Mitwirkung bei der Gestaltung dieses Umfeldes. Oder an anderer Stelle heisst es, dass die aussenpolitische Öffnung zu einer notwendigen Voraussetzung für die innenpolitische Problembewältigung wird.

Ich habe dies hier im Rat vor einigen Jahren mit dem Motto «Mitwirken, um überhaupt noch wirken zu können» zum Ausdruck zu bringen versucht.

3. Eine weitere hauptsächliche Errungenschaft dieses Berichtes besteht in der überzeugenden Gliederung in fünf neu formulierte aussenpolitische Ziele einerseits und in die Formulierung der Mittel und Wege zur Erreichung dieser Ziele andererseits. Dabei wird mit Recht – ich habe das bis jetzt in der Diskussion noch selten angetroffen – von den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit, nach Wohlfahrt und nach Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ausgegangen, von der Existenzsicherung also, und nicht von den abstrakten Vorstellungen eines souveränen Staatsgebildes. Ebenfalls vollkommen zu Recht wird deshalb die Neutralität der Schweiz zu den wichtigen Instrumenten der Aussenpolitik gezählt, nicht zu deren Zielen an sich. Letztlich geht es doch darum, der realen Gefahr einer schleichenden politischen Marginalisierung der Schweiz entgegenzuwirken.

Gegenüber diesem Bericht sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Ich möchte sie kurz anführen und einige Gesichtspunkte dazu beisteuern.

Einmal wurde gesagt, es würden damit die Grundsäulen der Schweiz, nämlich Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Neutralität, eingerissen. Wer solchermassen, von keines Zweifels Blässe angekränkelt, tradierte Werte anspricht, müsste redlicherweise auch darlegen, wie und wo heute und morgen reine Selbstbestimmung zur Lösung unserer bedrängenden Probleme noch möglich und erfolgversprechend bleibt, wie wir etwa allein für unsere Wirtschaft Märkte in Europa offenhalten, Migrationsprobleme lösen, Hungerursachen bekämpfen, der Klimaproblematik begegnen, Frieden und Sicherheit gewährleisten können. Diesen Beweis aber sind die Gegner schuldig geblieben, denn dieser Beweis ist schlicht und einfach nicht zu führen.

Auch die vielgerühmte Zusammenarbeit mit anderen Staaten anstelle der Integration hat wenig mit klassischer Selbstbestimmung zu tun, denn für ein Abkommen braucht es mindestens zwei Partner, also nicht nur die Schweiz allein. Wie sehr der Bilateralismus künftig in Europa längerfristig noch gefragt ist, wird sich – vorsichtig formuliert – weisen.

Zudem binden wir uns ja auch auf diesem Weg, vielleicht weniger spektakulär, weniger spürbar, aber eben doch Schritt für Schritt, schon mit den über 2000 Staatsverträgen, die wir bereits abgeschlossen haben. Schliesslich wird dem Volk Sand in die Augen gestreut, wenn mit der Berufung auf die wohlklingende Metapher «Selbstbestimmung» der zunehmende faktische Zwang zum sogenannten autonomen Nachvollzug, das heisst, etwas drastischer ausgedrückt, zur zähneknirschenden faktischen Anerkennung der Fremdbestimmung, verschwiegen wird.

Ein zweiter Einwand gegen den Bericht betrifft das inzwischen berühmt-berüchtigte sogenannte strategische Ziel des EU-Beitritts der Schweiz. Hier – so meine ich – sind in den bisherigen Diskussionen die Proportionen verlorengegangen. Einmal – ich wiederhole es – ist das nicht die Kernaussage des Berichtes. Ich respektiere voll und ganz, dass man geteilter Meinung sein kann. In der Regel wird vor lauter Entrüstung übersehen, dass diese Zielsetzung überaus vorsichtig und verklausuliert formuliert worden ist. Es gehe darum, sagt der Bundesrat, in der nächsten Legislaturperiode die multilaterale Integration einzuleiten und «sofern die innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind, zu verhandeln». Damit ist für mich der Grundsatz «prévoir loin, commander court» er-

füllt. Denn das Offenlassen aller denkbaren und möglichen Optionen hat meines Erachtens nichts mit «prévoir loin» zu tun. Von «bedingungslosem» Beitritt ist in diesem Bericht nicht die Rede.
Ich stosse mich nicht an dieser Zielsetzung, wenn sie so offen zum Ausdruck gebracht wird, im Gegenteil. Der Bundesrat würde sich bei der EU unglaubwürdig machen, wenn er zuerst ein Beitrittsgesuch eingereicht, dieses nach der negativen Abstimmung vom 6. Dezember 1992 aufs Eis gelegt hätte und heute – vor Aufnahme der bilateralen Verhandlungen und ohne sichtbaren Grund – das mehrfach bekräftigte Ziel in eine blosse Option zurückverwandelte. Dabei müssen wir uns doch auch vergegenwärtigen, dass die Schweiz zwar in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen gut vertreten ist, dass sie jedoch in der weltweit wichtigsten politischen Organisation, in der Uno, im wichtigsten europäischen Entscheidungszentrum, in der EU, und im wichtigsten sicherheitspolitischen Verband, in der Nato, abwesend ist. Das sind die Realien, das sind die Fakten, die unser Gewicht bestimmen.
Heute steht für die Schweiz immer mehr ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Damit ist das oft gehörte Argument abzulehnen, *mit dieser strategischen Zielsetzung würden die bilateralen* Verhandlungen gefährdet. Das stimmt nun wirklich nicht. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass hier eine «Dolchstosslegende» aufgebaut wird. Wir gefährden nämlich diese Verhandlungen vor allem durch zwei andere Verhaltensweisen: einerseits, wenn wir uns durch eine Hüst-und-Hott-Politik unglaubwürdig machen, vertragsbrüchig werden, nicht mehr als verlässlicher Partner eingestuft werden, und andererseits, wenn wir nicht müde werden, die EU vom hohen Ross herab zu kritisieren, ihr Belehrungen im Stil eines helvetischen Oberschulmeisters zu erteilen. Man kann doch nicht demjenigen, mit dem man sich bilateral finden will und muss, zuerst Schläge austeilen und gleichzeitig hoffen, er zeige sich erfreut darüber und würde dies dann beim Vertragsabschluss erst noch belohnen. Da müssen sich doch diejenigen, die so unbeirrt auf die EU, unsere Vertragspartnerin, losdonnern, fragen, ob nicht gerade sie es sind, welche diese Verhandlungen ernsthaft in Frage stellen.
Viel wichtiger als die manchmal fast aus einer allergischen Reaktion heraus entstehende Kritik an dieser Zielsetzung ist es, den Bundesrat darauf zu behaften, dass über den Zeitpunkt der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – also darüber, wann die erwähnten innen- und aussenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sind – gemeinsam und offen diskutiert wird. Das ist des Pudels Kern, nicht die Zielsetzung an sich, die auch ein weiteres Hinausschieben des Beitritts ins nächste Jahrtausend durchaus offenlässt.
Freilich hat der Bundesrat auch einen sprachlich-methodischen Fehler gemacht. Er widerspricht sich nämlich, wenn er immer wieder von einem strategischen Ziel des EU-Beitritts spricht, denn nach dem Konzept dieses Berichtes ist dieser Beitritt bloss ein Mittel, um die eigentlichen aussenpolitischen Ziele zu erreichen, und kein selbständiges Ziel an sich. Mitgliedschaften in internationalen Organisationen stellen keinen Selbstzweck dar. Sie müssen unseren Interessen dienen.
Ein weiterer Punkt: Es wird gesagt, mit diesem Bericht werde der Volkswille, wie er sich bei der EWR-Abstimmung manifestiert habe, verhöhnt. Wer so etwas sagt, beweist für mich ein eigenartiges Demokratieverständnis. Ein Volksentscheid ist voll und ganz zu respektieren, aber nicht weniger und auch nicht mehr. Das heisst hier vor allem: keine Beteiligung am EWR, dafür ernsthafte Aufnahme bilateraler Verhandlungen. Es gehört aber nach wie vor auch zur Pflicht der Behörden und von uns allen, die Interessen der Schweiz optimal zu wahren, längerfristige Zielsetzungen zu verfolgen und dem Volk Gelegenheit zu geben, zu gegebener Zeit wieder Stellung zu beziehen. Hier sind auch Chancen offenzuhalten, damit das Volk künftig überhaupt entscheiden kann.
In einer Demokratie obliegt es den Behörden nicht nur, Volksentscheide rückwirkend zu beachten, sondern auch, das Volk zu überzeugen und sich an der Meinungsbildung an vorderster Front zu beteiligen. Der Volkswille ist keine vorgeformte, feststehende, unabänderliche Grösse. Er muss immer wieder neu gebildet werden, gerade in einem Bereich wie der Aussenpolitik, wo der Kenntnisstand eher gering ist und die Verhältnisse sich rasant verändern.
Noch zur Neutralität: Ich habe den Eindruck, dass viele Politikerinnen und Politiker nicht bereit sind, offen und vorurteilslos über den Stellenwert der Neutralität von heute und morgen zu diskutieren. Natürlich stellt die Neutralität für viele von uns ein wichtiges Element der Identität unseres Landes dar. Dies ist bedingungslos ernst zu nehmen. Aber es ist kein Grund, die Augen vor den Veränderungen in unserem Umfeld zu verschliessen, welche ein «Überdenken» dieser Neutralität eben zwingend notwendig machen. «Überdenken» heisst nicht einfach abschaffen, sondern klarstellen, was Neutralität im völkerrechtlichen Sinn überhaupt ist, ohne mythologische Überhöhungen und Glaubensbekenntnisse. «Überdenken» heisst auch, dass der Wert unserer Neutralität für die erwähnten Grundbedürfnisse der Schweizerinnen und Schweizer, dass die Eignung der Neutralität zur Existenzsicherung angesichts des veränderten Gefahrenspektrums vorurteilslos überprüft wird. Das ist unsere Aufgabe; es ist nicht unsere Aufgabe, Deklamationen vorzutragen.
Der Bericht des Bundesrates ist für mich auch in diesem Teil, *aufs Ganze gesehen, überzeugend.*

Onken Thomas (S, TG): Auch ich begrüsse diesen Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, und ich heisse ihn in seinen Grundzügen, in seiner Analyse und in seinen wesentlichen Folgerungen gut. Er ist dicht und differenziert, er ist folgerichtig und klärend. Aber er ist spürbar auf Akzeptanz getrimmt. Man hätte weiter gehen und sich dezidierter äussern, man hätte manchen Positionsbezug mutiger und markanter fassen können. Möglicherweise wäre dann allerdings auch die breit abgestützte Zustimmung verlorengegangen. Ich verstehe also, dass sich der Bundesrat etwas zurückgehalten hat. Sei's drum! Es bleibt jedenfalls viel Konkretisierungsarbeit zu leisten.
Dabei möchte ich den Bundesrat einladen, den Weg des problemorientierten Ansatzes, den er in diesen Bericht eingebracht hat, weiter zu beschreiten. Aussenpolitik muss stärker «operationalisiert» werden, um wirklich verständlich zu sein. Prinzipien allein bleiben zu abstrakt, zu unfassbar. Aussenpolitik als Instrument der Problemlösung jedoch – gerade auch der innenpolitischen Problemlösung – verleiht Anschaulichkeit und bringt sie auch den Menschen näher. Und diese grössere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir – vorab wir Parlamentarier übrigens – unbedingt suchen. Auch der Bundesrat schreibt auf Seite 10 des Berichts: «In diesem Sinn wird die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik zur vordringlichen Aufgabe der neunziger Jahre.» Es muss uns also gelingen, verständlich zu machen, dass nationale Souveränität wahrt, wer Aussenpolitik geschickt einsetzt und wer sich dort einbringt und dort mitwirkt, wo Entscheide gefällt werden, deren Folgen er sich nicht entziehen kann. Dieses neue assoziative Verständnis von Souveränität muss zum Durchbruch gelangen; die Fähigkeit also, gemeinsam mit anderen übergreifende Probleme zu lösen und Konflikte und Bedrohungen unter Kontrolle zu bringen; gemeinsam mit anderen das zu leisten, was im nationalen Rahmen allein nicht mehr möglich ist, bei allem Respekt für die weiterbestehende Bedeutung der Nationalstaaten, die Herr Béguin in seinem Votum betont hat.
Dieser Kerngedanke eines gewandelten, erneuerten Souveränitätsverständnisses ist auch in der Europafrage wichtig. Ich finde es richtig, dass der Bundesrat am strategischen Ziel des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union festhält. Der Bundesrat handelt damit vorausschauend. «Il prévoit loin», Herr Rüesch. Er handelt weitsichtig, wenn er sich zu dieser Zielsetzung bekennt, wohl wissend, dass der Weg nur mit dem Parlament und nur mit dem Volk gegangen werden kann. Von bedingungsloser Unterwerfung, wie sie Herr Kollege Rüesch evoziert hat, kann überhaupt keine Rede sein, noch nicht einmal bei den blauäugigsten «Europhorikern».
Aber warum, Herren Bundesräte, dieses europapolitische Bekenntnis unter dem Titel «Förderung der Wohlfahrt» ansiedeln, wie das hier im Bericht geschieht? Warum es bereits wieder

überdeutlich mit materiellen, wirtschaftlichen Erwägungen verknüpfen? Weil das Portemonnaie des Schweizers empfindlichste Stelle ist? Ich würde darauf nicht alleine bauen, wir haben es schon einmal getan und damit zu kurz gegriffen, beim EWR, wo wir etwas gar zu einseitig auf die ökonomische Schmalspur dieses Wirtschaftsvertrages gesetzt haben. Gerade der erwähnte Souveränitätsaspekt, auch die Schiene der kollektiven Sicherheitspolitik, der mögliche Beitrag der Schweiz zur politischen Stabilität in Europa, zum «Frieden in Freiheit», gerade diese ideellen Werte, die ja auch eine emotionelle Komponente haben, müssen stärker in die Diskussion eingebracht werden und den Kontext der Wohlfahrt, der an sich unbestritten ist, ergänzen.
Die Annäherung an das strategische Ziel und seine Verwirklichung will der Bundesrat von den «aussenpolitischen und den innenpolitischen Voraussetzungen», die erfüllt sein müssen, abhängig machen. Das haben wir nun schon einige Male gehört und gelesen. In diesem Wort steckt sehr viel Abwarten, sehr viel mögliche Passivität. Wenn man jedoch ein Ziel setzt, muss man es auch durch eine gestaltende Politik zu erreichen versuchen. Politik heisst schliesslich, das Notwendige möglich zu machen. Es heisst, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine Vision Realität werden zu lassen. Von dieser Wegbereitung auf das Ziel hin lese ich in diesem Bericht sehr wenig. Hier wird ganz sicher nachzuhaken sein, wenn es nicht bei papierenen Absichtserklärungen bleiben soll.
Aber weiten wir doch wieder den Blick: weltoffen, universell, über den engen eurozentrierten Horizont hinaus! Es ist schliesslich ein Bericht zur weltläufigen Aussenpolitik der Schweiz und nicht zur Europapolitik, zu dem ihn der Nationalrat durch seine einseitige integrationspolitische Fixierung gemacht hat. Es gibt leider auch einen Provinzialismus im kontinentalen Massstab. Unsere Offenheit, unsere Kooperationsbereitschaft, unsere Solidarität müssen umfassender, globaler sein, und sie sind es ja auch, wenn wir nur ein wenig helvetische Selbstgenügsamkeit abstreifen und diesen gelegentlichen Hang zur Selbstgerechtigkeit ablegen.
Was dem schweizerischen Auftritt jedoch noch fehlt, ist die Kohärenz. Unsere Aussenpolitik ist nicht frei von Zielkonflikten, von Widersprüchen, von Ambiguitäten, die unserem Ansehen und unserer Glaubwürdigkeit schaden. Wenn irgendwo in der Welt ein Despot gestürzt wird, führt die Spur der hinterzogenen, der veruntreuten Gelder leider in unser Land. Wenn der Aufbau des irakischen Militärpotentials von der Uno untersucht wird, stellt sich heraus, dass schweizerische Unternehmungen führend daran beteiligt sind. Wenn es gegenüber irgendeinem Drittstaat, der die Menschenrechte verletzt, eine konsequente, eine kompromisslose Haltung einzunehmen gilt, mischen sich Exportinteressen in die Erwägungen ein. Wenn die Dritte Welt einen unabhängigen und unerschrockenen Fürsprecher bräuchte, sieht sie die Schweiz in die Phalanx der Industrienationen und deren Interessen eingereiht. Wenn die hochgestimmte Eidgenossenschaft in ihrem Jubiläumsjahr einen grossherzigen Entschuldungskredit zugunsten ärmerer Entwicklungsländer beschliesst, geht das Parlament im nächsten Jahr aus Opportunitätsgründen hin und streicht ihn wieder zusammen. Und nicht nur in der Osteuropahilfe gibt gelegentlich die eine Hand, was die andere ungeniert wieder nimmt!
Das sind Probleme, mit denen alle Länder zu kämpfen haben; das gebe ich zu. Aber das ist kein Trost. Es muss unser Bestreben, es muss unser Ehrgeiz sein, den aussenpolitischen Einsatz der Schweiz noch konsistenter, noch unanfechtbarer, noch glaubwürdiger zu machen, beharrlich, in kleinen Schritten und auch in zäher innenpolitischer Diskussion und Umsetzung. Ich bin überzeugt davon, dass die Vorteile einer solchen Zuspitzung und Profilierung der aussenpolitischen Kohärenz die gelegentlichen Nachteile bei weitem überwiegen werden.
Das ist ein wichtiger Punkt, der Jahr für Jahr fortgeschrieben werden muss und über den der Bundesrat ohne Halbheiten Rechenschaft ablegen sollte – so, wie das die Aussenpolitische Kommission in ihrem Postulat betreffend die aussenpolitische Berichterstattung (94.3020; das Postulat wird später behandelt) wünscht.
Ich hoffe in diesem Sinne auf eine Erfolgsgeschichte in Fortsetzungen. Ich bin in dieser Zuversicht bereit, vom Bericht Kenntnis zu nehmen, und empfehle Ihnen ein Gleiches.

Roth Jean-François (C, JU): Permettez-moi, d'abord, quelques observations générales sur le rapport. Je parlerai ensuite de l'Europe.
Le rapport du Conseil fédéral consacre une certaine rupture par rapport aux lignes directrices antérieures. On y affirme clairement que pour la nouvelle période législative, l'accent devra être moins porté sur la neutralité que sur le renforcement de la solidarité internationale. Le grand mérite de ce rapport est de mettre en exergue les buts prioritaires de notre politique étrangère ainsi que les moyens dont nous disposons pour les atteindre. Nous avons pour résultat un rapport cohérent et complet parce qu'il ne met plus seulement le projecteur sur nos intérêts économiques à l'extérieur, mais touche à la sécurité et à la paix, aux droits de l'homme, à la cohésion sociale et à l'environnement. Ce «corps de doctrine» devrait nous permettre une politique offensive et se révéler un bon instrument pour guider notre politique étrangère.
L'Europe, qui n'est pas au centre du rapport, est en revanche au centre de toutes les discussions. Sur le plan extérieur, je pense que le Conseil fédéral a parfaitement raison dans ses objectifs: les négociations bilatérales avec l'Union européenne, un éventuel Espace économique bis demeureront toujours des routes d'accès, mais pas des buts en soi. Je partage l'objectif stratégique du Conseil fédéral qui est, à terme, l'adhésion à l'Union européenne.
Sur le plan interne, je constate que le psychodrame continue de se jouer principalement en Suisse alémanique. Je regrette profondément que les adversaires de toute intégration sérieuse ne prennent pas la mesure des événements qui se produisent actuellement et la vitesse à laquelle ils se produisent. Voilà la Suède, la Finlande et l'Autriche qui concluent un accord avec l'Union européenne. Voilà la Norvège qui se donne encore un peu de temps, mais qui va très certainement vers un accord à brefs délais. Voici, par conséquent, l'Espace économique déjà moins attractif sans compter que l'acquis pertinent sur lequel on a voté le 6 décembre 1992 s'est déjà, lui aussi, profondément modifié.
Et malgré cette évolution foudroyante, les discours restent les mêmes, les fronts ne bougent pas et, peut-être même, l'incompréhension se creuse. On l'a constaté après le 6 décembre 1992, on le constate encore après le vote de l'initiative des Alpes. Les critiques, entendues jusque dans l'enceinte du Conseil national à l'adresse de l'Union européenne, sur sa structure et son fonctionnement ne désarment pas et sont souvent d'autant plus aisées – mais aussi indécentes pour ceux qui les émettent – que nous ne participons à rien de sa construction. Je crains, malheureusement, que nous n'ayons pas actuellement, à l'intérieur du pays, les ressources morales suffisantes pour débloquer cette situation crispée.
Dans un autre débat, un de nos collègues du Conseil a déclaré que pour se convaincre que l'intégration européenne était nécessaire, les Suisses devaient d'abord constater qu'ils souffrent de leur isolement. Cet isolement risque bien de s'accentuer encore avec l'intégration de l'Autriche et des pays scandinaves. Les référendums populaires dans ces pays, qui se dérouleront cet été, pourront, suivant leur issue, provoquer, ici, le sursaut dont nous ne sommes pas actuellement capable. Ce n'est d'ailleurs pas le moindre paradoxe que notre pays si indépendant doive attendre la décision des autres pour se décider et déterminer sa politique étrangère.
Je tiens, cependant, cette nouvelle donne pour très importante dans le débat européen en Suisse. C'est la raison pour laquelle j'ai demandé le retrait de l'ordre du jour de ma motion (93.3443) qui invitait le Conseil fédéral à réactiver les négociations d'adhésion à l'Union européenne. Je juge qu'actuellement un tel débat tomberait dans un paysage politique bloqué, donc stérile, et je souhaite le reporter à l'automne après les votations populaires de l'Autriche et des pays scandinaves.
Pour l'heure, j'approuve le rapport du Conseil fédéral et ses objectifs parce que, d'abord, il s'agit d'un excellent rapport,

et parce que les objectifs du Conseil fédéral sont les seuls possibles.

Cavelty Luregn Mathias (C, GR): Ich habe im Hinblick auf die heutige Diskussion die Zeitungsberichterstattung über die dreitägige Debatte im Nationalrat nachgelesen. Die rund 70 Rednerinnen und Redner haben wohl alles gesagt, was sich in diesem Zusammenhang sagen lässt. Weil sie sich aber in Einzelfragen vielfach widersprochen haben, fragt es sich, welche Schlussfolgerungen sich aus der Debatte ziehen lassen.
Aus der einzigen Abstimmung im Nationalrat ergab sich eine deutliche Mehrheit gegen eine Rückweisung des Berichts an den Bundesrat. Also war die überwiegende Mehrheit des Nationalrates nicht gegen die vom Bundesrat anvisierte Gesamtrichtung der zukünftigen Europapolitik, und diese Gesamtrichtung heisst nach der klaren Sprache des Bundesrates: Europäische Union.
Dies ist für mich die einzige klare Schlussfolgerung aus der nationalrätlichen Debatte. Die Europäische Union als strategisches Ziel ist nach meinem Verständnis eine Richtungsangabe, wohin man sich bewegen will, nicht eine festumrissene, statische und unabänderliche Einheit, in die man sich hineinbegibt, koste es, was es wolle. Auf dem Weg in Richtung EU gibt es viele Probleme und Fragen, die zu beantworten und zu bewältigen sind. Dies müssen wir in erster Linie unter uns selbst tun und dann in zweiter Linie in Verhandlungen mit der EU.
Wir sind uns – das haben die Diskussion im Nationalrat und auch die heutige Diskussion gezeigt – in vielen relevanten Punkten noch nicht einig. Um aber nach aussen glaubwürdig verhandeln zu können, ist eine innere Einigung, wenigstens in den wichtigen Fragen, nötig. Ziel der künftigen Diskussionen muss es sein, auf diese Fragen mehrheitsfähige Antworten zu finden. Ob das Parlament das beste Gremium hierfür ist, wage ich zu bezweifeln. Der bisherige Verlauf des Prozesses hat jedenfalls gezeigt, dass sich Gegner und Befürworter immer weiter voneinander entfernt statt sich einander genähert haben. Praktisch verkehren Gegner und Befürworter nur noch über Interviews oder Statements vor den Medien miteinander. Dazu gehören auch undifferenzierte Vorwürfe an die schweizerische Wirtschaft, die wir vor kurzem auch in unserem Rat hören konnten.
In einem Vorstoss, den ich diese Woche begründen darf, spreche ich von einer vom Bundesrat einzuberufenden, über das Parlament hinaus, breit abgestützten Einigungsversammlung der wägsten Köpfe der Schweiz. Diese hätte zunächst die übereinstimmenden und die divergierenden Punkte zu inventarisieren und hernach einen Ausgleich anzustreben. Das Parlament sollte dann erst nachher in seiner Entscheidfunktion tätig werden. Im Gegensatz zur heutigen allgemeinen Diskussion sollte dann Punkt für Punkt über die verschiedenen Fragen abgestimmt werden. Das wäre die eine Seite.
Für die andere Seite, die Verhandlungen über den EU-Beitritt, dürfen wir entgegen dem, was uns immer wieder gesagt wird, davon ausgehen, dass es sehr wohl ein «Europa à la carte» gibt bzw. dass man sehr wohl über einzelne Bedingungen und Bestimmungen mit der EU verhandeln kann. Natürlich sagen uns die Verhandlungspartner das Gegenteil; sie wären keine guten Verhandlungspartner, wenn sie schon von Beginn der Verhandlungen weg Konzessionen anböten oder mindestens andeuteten.
Tatsache ist, dass etliche EU-Länder für sich Ausnahmen ausgehandelt haben, so Grossbritannien bezüglich der Sozialrechte, Luxemburg bezüglich der Gastarbeiter und Steuern, Dänemark bezüglich Verteidigung und Währung, Deutschland aufgrund des verbindlichen Urteils des Verfassungsgerichts. Zu erinnern ist auch an die soeben abgeschlossenen Verhandlungen mit Österreich bezüglich Transit- und Landwirtschaftsfragen und schliesslich an die Abstimmungsdiskussion in Frankreich. Die EU ist nicht mehr so zentralistisch und kompakt wie die EG vor Maastricht. Vor der Volksabstimmung in Frankreich und der Parlamentsabstimmung in Grossbritannien wurde dies klar zum Ausdruck gebracht. Die EU entwickelt sich, um mit John Major zu sprechen, immer mehr zu einer Union von souveränen Nationalstaaten.
Natürlich müssen wir dort, wo wir nicht gebunden sein wollen, auch dem Partner gestatten, nicht gebunden zu sein. Daraus könnte sich möglicherweise eine unvollkommene Mitgliedschaft ergeben, mehr eine Assoziation, so, wie es die Zugewandten Orte der Eidgenossenschaft waren. Auch dies schiene mir eine denkbare Lösung zu sein. Nicht alles muss vollkommen, rund und einheitlich sein. Wichtig ist, dass es zum Wohle aller funktioniert. Schliesslich wird nicht alles «für die Ewigkeit» geschaffen.
Aus all diesen Gründen ziehe ich den Schluss, dass der Bundesrat mit der als strategisches Ziel angegebenen Richtung EU richtigliegt und dass es nur darum geht, vorerst landesintern, unter uns, bezüglich der Einzelfragen eine tragfähige Plattform zu suchen, um hernach bilateral Punkt für Punkt mit der EU zu verhandeln, wozu wir ja bereits startbereit sind. Ob daraus schliesslich eine mögliche Vollmitgliedschaft, eine Assoziation, der Status eines «Zugewandten Ortes» oder überhaupt gar nichts herausschaut, wird das Ergebnis der Verhandlungen und schliesslich der dannzumaligen Entscheidung von Volk und Ständen sein. Bilaterale Verhandlungen sind über alles möglich, über alle Verhandlungsthemen, sofern wir und die EU dazu bereit sind.
Also lasst uns damit ohne viel Streit um Worte beginnen!

Ziegler Oswald (C, UR): Neutralität ist eine politische Verpflichtung zur Nichtkriegführung und zu einer rein defensiv ausgerichteten, praktisch auf Notwehr beschränkten Verteidigungsdoktrin. Neutralität ist ein Instrument unserer Aussenpolitik. Aussenpolitik ist aber immer auch Verteidigungspolitik. Damit ist gesagt, dass die Neutralität einen eminent sicherheitspolitischen Aspekt hat. Die Sicherheitspolitische Kommission hat es deshalb als ihre Aufgabe betrachtet, den sicherheitspolitischen Aspekt der Neutralität zu beurteilen und zu gewichten. Der Sitzungsplan der beiden Kommissionen, APK und SiK, hat es allerdings nicht erlaubt, den Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission der APK so zur Verfügung zu stellen, dass er von ihr noch hätte behandelt werden können. Der Präsident der APK war aber mit dem Vorgehen der SiK ausdrücklich einverstanden.
Die Berichterstattung, die ich hier als Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission mache, bezieht sich deshalb nur auf den Bericht zur Neutralität (im Anhang des Berichtes über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren). Die Behandlung des Berichtes in der Sicherheitspolitischen Kommission erfolgte in Anwesenheit von Herrn Bundesrat Villiger, Chef EMD, und Herrn Staatssekretär Kellenberger, EDA. Beide haben je aus ihrer Sicht ein einführendes Referat gehalten.
Ich werde nun unter drei Punkten Bericht erstatten: erstens Benotung und Antragstellung, zweitens Feststellungen und drittens Schlussfolgerungen:
1. Zu Benotung und Antragstellung: Der Bericht hat in der Sicherheitspolitischen Kommission gute Noten erhalten. Die Kommission beantragt deshalb, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Damit soll gesagt sein, dass man im allgemeinen mit den vom Bundesrat gezogenen Schlussfolgerungen einverstanden ist, aber in Einzelheiten und in Interpretationsfragen nicht vollumfänglich mit dem Bundesrat einig ist. Mit Bezug auf diese Punkte gibt es auch unter den Kommissionsmitgliedern Differenzen.
2. Zu den Feststellungen: Die Sicherheitspolitische Kommission stellt ein Doppeltes fest: Die dargestellte Neutralitätspolitik ist erstens die konsequente Fortführung der Politik, wie sie im «Bericht 90» des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz dargelegt ist. Der «Bericht 90» ist damals von National- und Ständerat zur Kenntnis genommen worden. Dieser Bericht hält fest, dass die Neutralität ein Mittel zur Verwirklichung der aussenpolitischen Ziele der Schweiz ist, ein Instrument, unsere Interessen im Ausland wahrzunehmen. Sie ist auf keinen Fall Ziel unserer Aussenpolitik, sondern Mittel. Die Neutralitätspolitik muss daher, gerade weil sie ein Instrument der Aussenpolitik ist, ständig auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft werden. Wir erwähnen dies ausdrücklich und absichtlich, denn im Grunde ist der Bericht zur Neutralität nichts anderes als eine Überprüfung der Neu-

tralität als Mittel unserer Aussenpolitik, unserer Interessenwahrung. In diesem Bericht legt der Bundesrat dar, wie er die Neutralitätspolitik künftig zu handhaben gedenkt. Er zeigt den Handlungsspielraum im Bereich der Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit auf, er steckt den Rahmen für das Verhalten der Schweiz gegenüber multilateralen Sanktionen ab, und er zeigt auch den Handlungsspielraum der neutralen Schweiz im Hinblick auf eine allfällige Integration in die Europäische Union auf.
Die Sicherheitspolitische Kommission stellt zweitens fest, dass die Neutralität im Volksbewusstsein nach wie vor tief verwurzelt ist. Wir müssen uns allerdings bewusst sein, dass viele von Neutralität sprechen, aber bei weitem nicht alle das gleiche meinen. Bei jedem ist aber seine subjektive Neutralität, was immer er darunter versteht, tief verwurzelt. Unter einer so verstandenen Neutralität kann vom Mythos bis hin zum völkerrechtlich geforderten Kerngehalt alles verstanden werden, auch wenn man nicht so weit gehen muss, wie man es etwa von anderen sogenannt neutralen Staaten hört: Was immer wir tun, wir nennen es neutral.
3. Zu den Schlussfolgerungen: Ich halte mich hier nicht an die «Schlussfolgerungen» gemäss Ziffer 6 des Berichtes zur Neutralität, um nicht in Einzelheiten in Widerspruch zu einzelnen Kommissionsmitgliedern zu geraten.
Erste Schlussfolgerung: Die Schweiz soll an der aussen- und sicherheitspolitischen Strategie der dauernden und bewaffneten Neutralität festhalten. Eine tragfähige Struktur, die für die Schweiz mindestens soviel Sicherheit brächte wie ihre Neutralität, ist nicht vorhanden und auch nicht in Sicht. Auch ein gesamteuropäisches Sicherheitskonzept existiert nicht. Die verschiedenen Sicherheitskonzeptionen mit nationaler Färbung genügen nicht. Das bedeutet, dass die Schweiz autonom und glaubwürdig verteidigungsfähig sein und bleiben muss. Sie muss ihre Pflichten aus der völkerrechtlichen Neutralität wahrnehmen. Die Schweiz darf auf jeden Fall nie zu einem «sicherheitspolitischen Vakuum» werden. Das müsste nach einigen Mitgliedern der Kommission im Bericht sogar klarer gesagt werden. Die Schweiz muss auf jeden Fall ausreichende militärische Vorkehrungen treffen, sich gegen Angreifer verteidigen können und sich nötigenfalls tatsächlich auch verteidigen.
Zweite Schlussfolgerung: Ausserhalb des Kerngehaltes der Neutralität soll die Schweiz eine möglichst grosse aussenpolitische Freiheit haben. Sie soll weiterhin – ja sogar vermehrt – im Sinne der Mitgestaltung des Friedens tätig sein. Der Leitsatz «Sicherheit durch Zusammenarbeit» ist richtig. Die internationale Zusammenarbeit wird immer wichtiger, die Schweiz soll eine aktive Aussenpolitik treiben. Nur mit aktiver Aussenpolitik können heute und in absehbarer Zukunft die Interessen der Schweiz gewahrt werden. Allerdings wird auch zu berücksichtigen sein, gerade weil die Neutralität im Volksbewusstsein tief verwurzelt ist, dass Art und Umfang der Konkretisierung der Neutralitätspolitik nicht einfach sein werden. Dies wird auch bei der erforderlichen Güterabwägung gelten.
Das wird zur Folge haben, dass bei der Beurteilung der Teilnahme an Wirtschaftssanktionen ausserhalb der Uno ein strenger Massstab angelegt werden muss. Das heisst aber wiederum nicht, dass nicht alle Ideen und alle Möglichkeiten, die sich bieten, eingehend geprüft und beurteilt werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für die «Partnerschaft für den Frieden».
Dritte Schlussfolgerung: Trotz Öffnung soll unsere Neutralitätspolitik glaubwürdig und berechenbar bleiben. Auch auf die Schweiz muss man sich weiterhin verlassen können.

Iten Andreas (R, ZG): Der Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren hat schon bei seinem Erscheinen und heute wieder im Rat positive Aufnahme gefunden. Positiv aus meiner Sicht ist, dass der Bundesrat einen problemorientierten Ansatz wählt, dass er von den Wechselwirkungen zwischen Innen- und Aussenpolitik spricht, dass er nicht von einer statischen, sondern von einer prozesshaften Aussenpolitik ausgeht. Es gibt Probleme, die heute nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden können. Zu ihnen gehören die Umwelt- und Verkehrspolitik, die Drogen- und die Sicherheitspolitik und anderes mehr.
Das Volks-Nein vom 6. Dezember 1992 ist nicht ein Nein für immer und ewig. Die Tradition der Schweiz und die politischen Erfahrungen zeigen, dass in der direkten Demokratie jede Veränderung nach einer neuen Beurteilung ruft. Die Geschichte lässt sich nicht planen und nicht «machen». Geschichte ist ein Prozess, der Reaktionen auslöst, aber auch nach Formung und Gestaltung ruft. Der Bundesrat will die Aussenpolitik gestalten. In diesem Willen ist er zu unterstützen.
Es ist vor allem der Satz in der Botschaft hervorzuheben, nach dem die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik eine vordringliche Aufgabe der neunziger Jahre sei. Herrscht nun aber im Bericht ein «innenpolitisches Klima»? Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Hier setzen meine Kritik und meine Fragen ein. Ich versuche, sie in einige Punkte zu fassen:
1. Der Bericht wird von einem Denken bestimmt, das von oben nach unten geht. Er erwähnt als selbstverständlich, dass die EU den Willen habe, eine «Politische Union» zu schaffen. Das wird als Fatum hingenommen. Was dies für die Schweiz, in der die Legitimierung der Politik durch die Zustimmung des Volkes zur Tradition gehört, bedeutet, wird zuwenig reflektiert. Der Bundesrat müsste deutlich machen, dass der schweizerische Weg nach Europa ein Weg von unten nach oben ist. Bei einem Bericht über die Aussenpolitik, der sich auch mit Integrationsfragen beschäftigt, müsste man den Mut haben, «Brüssel» zu erklären, wo am Weg nach oben die Grenzen sind.
Eine politische Union ist eine europäische Illusion und Utopie zugleich. Es fragt sich, ob ein monolithisch geprägter EU-Bundesstaat geschaffen werden muss, damit die anstehenden Probleme gemeinschaftlich gelöst werden können. Ein solches Gefüge würde der pluralistischen und polyzentrischen Völkergemeinschaft nicht gerecht. Warum müssen sich Staatswesen mit einer anderen Tradition und Geschichte, die an der internationalen Problemlösung mitwirken wollen, in die vorhandenen EU-Strukturen einfügen? Muss der Preis des Zusammenwirkens der Verzicht auf wesentliche Elemente unserer Demokratie sein? Nein! Dies müsste der Bundesrat offiziell und mit Nachdruck deutlich machen. Ich stosse im Bericht auf keinen derartigen Positionsbezug. «Brüssel» hat am Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik sicher Freude, nur stellt er eben bloss die halbe Wahrheit dar. Das Volksbewusstsein des Schweizers deckt sich mit einem Wort von Jacob Burckhardt: «Was uns bedroht, ist die Zwangseinheit, was uns rettet, die Vielheit.»
Eng mit diesen Gedanken verbunden wäre im weiteren zu fordern, dass im Bericht eine konstruktive und zukunftsoffene Interpretation des EWR-Neins vom 6. Dezember 1992 versucht worden wäre. Eine solche produktive Interpretation, wie sie zum Beispiel Daniel Thürer empfiehlt, wäre realistischer als das in schöne Worte wie Subsidiarität und Bürgernähe eingebettete Hinarbeiten auf das strategische Ziel des EU-Beitritts.
Wir Schweizer haben schon längst begriffen, dass in der EU ein hegemoniales Machtgefälle herrscht, und es sind vor allem eigengesetzlich und eigensinnig wirkende Kräfte der Wirtschaft, die einen EU-Beitritt wollen. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben aus staatsbürgerlichen Motiven – und nicht aus utilitaristischen – den EWR-Beitritt abgelehnt; das stellt ihnen doch eigentlich ein gutes Zeugnis aus. Sie wollen Europäer sein, aber nicht um den Preis einer erheblichen Beschränkung der staatlichen Souveränität. Sie fürchten Eingriffe in die staatlichen Strukturen. Sie wollen die Macht nicht einfach delegieren. In einer liberalen Demokratie wie der unsrigen gehört das Misstrauen gegen Machtanhäufung und Machtkonzentration zu den staatspolitischen Tugenden.
2. In produktiver Interpretation könnte «Brüssel» beliebt gemacht werden, dies positiv zu sehen. Das verstehen allerdings nur grosse Staatsmänner und -frauen. Dem Volk entfremdete und ihren Alltagssorgen enthobene Funktionärseliten haben dafür wenig Verständnis.
Elitäre Reaktionen auf den Ausgang der Abstimmung über die Alpen-Initiative zeigen nur, wie wenig Verständnis Minderheiten erwarten können.
In produktiver Interpretation des EWR-Neins müsste der Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik erklären, welches Europa für die Bürgerinnen und Bürger annehmbar ist. Die Schweiz als direkte Demokratie ist wie ein Stimmungsba-

rometer für Europa. In den parlamentarischen Demokratien werden zahlreiche Probleme durch Machtentscheid der Mehrheit endgültig gelöst, was dann sehr oft zu ihrer Verdrängung im Volk führt. Damit sind sie nicht bewältigt, sie schwelen im Unterbewussten weiter und steuern nicht selten auf offene Konflikte zu. Die Schweiz macht durch den Mechanismus der Volksabstimmungen eine Art psychoanalytischen – oder nennen wir ihn sozioanalytischen – Prozess durch, indem die Probleme bearbeitet und bewusstgemacht werden können. Volksabstimmungen sind reinigende Gewitter.
In produktiver Interpretation könnte «Brüssel» erfahren, wo die Probleme eines Volkes liegen. In diesem Sinne hielt sowohl die EWR-Abstimmung als auch diejenige über die Alpen-Initiative dem Ministerrat den Spiegel vor. Die Begriffe «Subsidiarität» und «Bürgernähe», die im Bericht einige Male vorkommen, deuten nicht darauf hin, dass sich in der Europapolitik viel ändert.
3. Der Bundesrat ist gemäss dem Bericht sowohl auf bilaterale Verhandlungen als auch auf das strategische Ziel des EU-Beitritts fixiert. Wer aber in ein und derselben Sache zwei unterschiedliche Ziele anvisiert, ist bei einem dieser Ziele unglaubwürdig. Wäre es nicht vielmehr angezeigt, der Bundesrat würde eine eigene Europapolitik, die dem Volk und auch anderen Völkern näherliegt, in die Diskussion bringen? Adolf Muschg spricht einmal von der Kostbarkeit des Minimums, und eben ein Minimalkonzept würde der Europapolitik wahrscheinlich die richtigen Perspektiven geben.
Ich schliesse mich Daniel Thürer an, der die Frage aufwirft: «Sollte sich der europäische Integrationsprozess im Grunde genommen nicht auf zwei elementare Ziele beschränken, nämlich auf die Sicherung des ökologisch fundierten Binnenmarktes auf der einen Seite und des Friedens im weiteren europäischen Raum auf der anderen Seite, wobei ein derartiges bipolares europäisches Minimalkonzept freilich die endgültige Verabschiedung der monistischen, im nationalstaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts verhafteten Pläne zur Errichtung eines europäischen Gesamtstaates bedeutete?»
Alt Ständerat Franz Muheim regt im Sinne eines Minimalkonzepts einen Teilbeitritt an. Er schreibt: «Sogar aus dem Munde eines EG-Kommissars wurde bereits vor Monaten eine neue Möglichkeit, nämlich jene eines Teilbeitritts, hörbar. Zurzeit ist dies in Brüssel kein offizielles Thema, doch gibt es in England wie auch in Frankreich und Deutschland politische Denker, die von Teilbeitritten sprechen und sich darüber publizistisch äussern. In diesem Zusammenhang sind für unser Land weitere Überlegungen von Bedeutung. Dazu wäre die Anregung zu zählen, wonach neue, vielfältige, föderative Strukturen in der Art eines polyzentrischen europäischen Baukastensystems weiterverfolgt werden sollten. Eine beachtliche weitere Idee verweist auf die Schaffung staatlicher oder staatsähnlicher Strukturen für einzelne Sachbereiche. Diese Staaten hätten nebeneinander, je mit angepassten Institutionen, ihr Eigenleben, dessen Bereich von der Aufgabe her vorgängig umschrieben würde.»
In produktiver Interpretation des EWR-Neins müssten der Bundesrat und die Europapolitiker neue Visionen entwickeln. Wozu wurden in den letzten Jahren in der Schweiz verschiedene Europainstitute gegründet? Neue Visionen sind aber mit diesem Bericht über die Aussenpolitik nicht entwickelt worden! Er erscheint mir viel zu passiv und reaktiv. Der Bundesrat verharrt vor einem Europabild, das nicht dasjenige der Bürger ist. Wie sollte da die zukünftige Europapolitik bürgernah werden? Es ist das Bild eines Europas der wirtschaftlichen Expansion. Die vorbehaltlose Zustimmung zum Bericht, wie es zum Beispiel Kollege Rhinow gemacht hat, ist natürlich auch nur eine lineare Fortschreibung einer Politik, die ohne Alternative und ohne Vision bis heute vor dem Volk gescheitert ist.
Der Bericht ist zuwenig selbstkritisch. Er hinterfragt die Position der Schweiz nach dem EWR-Nein nicht konstruktiv.
Ich kann dem Bericht in seiner Grundhaltung nicht zustimmen.

Schmid Carlo (C, AI): Der vorliegende Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren will nach eigenem Bekunden einen «Entwurf eines aussenpolitischen Konzeptes für die neunziger Jahre» darstellen. Wer diesen Bericht unter dieser Zielsetzung liest, fühlt sich unweigerlich an noch nicht allzulange vergangene Zeiten der Schweizer Fussballnationalmannschaft zurückerinnert: Gut im Aufbau, aber schwach im Abschluss. Zu diesen beiden Punkten – Aufbau und Abschluss oder Ergebnisse des Berichtes – will ich Stellung nehmen.
Ich will gerne bekennen, dass mich der Aufbau des Konzeptes – die Methode, wie eine Aussenpolitik gestaltet werden soll – durchaus anspricht.
Die Definition des Zieles, das die Aussenpolitik unseres Landes zu verfolgen hat, steht am Anfang des Berichtes. Dort steht auf Seite 7: «Aussenpolitik heisst: Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Stellung unseres Landes nach aussen», also Interessenwahrung. Diese grundsätzliche Zielsetzung teile ich voll und ganz. Wir befinden uns damit allerdings auf einer hohen Abstraktionsebene, aber da können wir uns finden. Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat mit mir der Meinung ist, Aussenpolitik sei gegenüber aussen die Wahrung des Bundeszweckes, wie er in Artikel 2 der Bundesverfassung niedergelegt ist.
Soweit ich diesen Zweckartikel der Bundesverfassung mit den fünf aussenpolitischen Zielen vergleiche, wie sie der Bericht erwähnt, stelle ich durchaus eine bemerkenswerte Übereinstimmung fest. Fragezeichen setze ich höchstens hinter die Erwähnung der «Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat» als Ziel unserer Aussenpolitik. Nicht so sehr deswegen, weil ich die universelle Anwendung dieser Prinzipien nicht unterstützen würde, sondern weil in deren Erwähnung ein missionarisches Element zum Vorschein tritt, das meines Erachtens unserer Aussenpolitik, mindestens in dieser plakativen Form, bislang fremd war. Neutralität, Universalität, Solidarität und Disponibilität waren bislang die Flaggen, unter denen wir bei aller handfesten Interessenwahrung international unprätentiös gesegelt sind. Ob es uns ansteht, als Praeceptores mundi aufzutreten, bedürfte für mich noch weiterer und vertiefterer Abklärungen und Überlegungen.
Auf alle Fälle ist die Zielsetzung im Ansatz richtig. Aussenpolitik ist nicht eine Veranstaltung für einige wenige über die Niederungen der schweizerischen Innenpolitik erhabene Weltgeister, sondern Umsetzung innenpolitischer Ziele auf internationalem Parkett. Damit wird Aussenpolitik zu dem, was sie sein muss: nämlich zur Dienerin der Innenpolitik.
Damit widerspreche ich allerdings deutlich dem Bericht, soweit er der Auffassung ist, es gehe bloss um die «bessere Verzahnung von Innen- und Aussenpolitik», nicht um die «Unterordnung des einen unter den anderen Bereich», wie der Bericht dies nennt. Dass die Aussenpolitik nichts anderes ist als die im Aussendienst tätige Dienerin der Innenpolitik, ist das Ergebnis einer innenpolitischen Lagebeurteilung.
Zum zweiten Element des Aufbaus dieses Berichtes: Sosehr ich dem Bericht zugute halte, dass er die Anlage des Konzeptes – nach der Definition der aussenpolitischen Ziele – auf einer «Beurteilung des aussenpolitischen Umfeldes und seiner mutmasslichen Entwicklung und der Stellung der Schweiz» in diesem aussenpolitischen Umfeld aufbaut, so sehr bedaure ich, dass es bei dieser einseitigen aussenpolitischen Lagebeurteilung geblieben ist. Die innenpolitische Lagebeurteilung fehlt fast vollkommen. Dies ist ein erheblicher Mangel. Wer ein Ziel verfolgt, muss eine Lagebeurteilung vornehmen. Aber diese Lagebeurteilung darf nicht nur die Möglichkeiten der fremden Akteure in Anschlag bringen. Er muss auch die eigenen Möglichkeiten beurteilen.
Zu dieser Beurteilung stösst der Bericht nicht vor. Es besteht, was später zu zeigen sein wird, eine Lücke zwischen dem, was der Bundesrat will, und dem, was er kann. Die innenpolitische Lage in der Schweiz wird nicht eingehend analysiert. Es bleibt bei Feststellungen, dass «sowohl der Uno-Beitritt wie auch die Teilnahme am EWR» in Volksabstimmungen abgelehnt wurden. Welche Bedeutung diese negativen Volksentscheide haben und welchen Einfluss diese innenpolitische Situation auf die Beurteilung der Lage hat, untersucht der Bundesrat nicht in umfassender Weise. Doch selbst bei der Beurteilung der aussenpolitischen Situation scheint mir eine gründliche Lagebeurteilung zu fehlen.

Die eigentlichen Kernsätze des Berichtes finden sich auf Seite 8f. (Ziff. 2): «Aussenpolitik muss daher heute auf Mitverantwortung und Mitbestimmung ausgerichtet sein. Der Wille zu Mitwirkung und Mitentscheidung wurzelt in der Einsicht, dass Entscheide, welche ausserhalb des Landes getroffen werden, immer häufiger und immer stärker unseren Handlungsspielraum beeinflussen. Mitwirkung und Mitentscheidung überall dort, wo die Schweiz betreffende Beschlüsse gefasst werden, ist daher unerlässlich, um die Interessen des Landes zu wahren. Sie werden somit zu eigentlichen Leitmotiven der Aussenpolitik, sie sind Ausdruck für die Würde und die Souveränität des Landes.»

Das vermag aus folgenden Gründen nicht zu überzeugen:

1. Man erweckt damit den falschen Eindruck, als ob erst heute solche Entscheide im Ausland getroffen werden, die im Inland von Bedeutung sind. Entscheide, die ausserhalb unseres Landes getroffen wurden, haben schon immer unseren Verhandlungsspielraum im Innern beeinflusst, ohne dass wir dabei auch nur die Möglichkeit gehabt, aber auch nicht den Willen aufgebracht hätten, damals einzutreten, mitzuentscheiden und mitzuwirken.

Wenn die Handelsherren von Lindau und Ulm in der Vergangenheit für sechs Monate die Überfahrt der Getreideschiffe vom deutschen Ufer nach Rorschach sperrten, trat in der Ostschweiz eine Hungersnot ein. Es gab und gibt – darüber besteht kein Zweifel – auswärtige Entscheidungen, auf die wir keinen Einfluss haben, nämlich dann, wenn sie nichtstaatlich sind. Wenn in Emmen Arbeitsplätze aufgehoben werden, so wird das der Bundesrat mit allen internationalen Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten nicht verhindern können, denn Rhône-Poulenc ist eine Unternehmung, die sich staatlicher, eidgenössischer Mitwirkung und Mitbestimmung entzieht.

Ich will damit sagen, dass ein grosser Teil jener Entscheidungen, die uns aufgrund der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der Globalisierung der Märkte im Innern des Landes wirklich zu schaffen machen, in Aufsichts- und Verwaltungsetagen von internationalen Gesellschaften getroffen werden, denen das aussenpolitische Konzept der Mitwirkung und Mitentscheidung nicht beizukommen vermag. Es herrscht hier eine Überforderung des Staates vor. Der Anwendungsbereich dieses an sich logisch klingenden Konzeptes schränkt sich damit drastisch ein.

2. Mitwirkung und Mitbestimmung sind dort, wo sie ihren Anwendungsbereich haben, nämlich in staatlichen oder überstaatlichen Gremien, auch kein Selbstzweck, kein Wert an sich, sondern nur insoweit von Bedeutung, als sie einen Erfolg in Aussicht stellen können. Hier komme ich zu einer anderen Beurteilung der Situation als einer meiner Vorredner:

Die Mitwirkung und die Mitbestimmung der Schweiz in der Uruguay-Runde des Gatt zeichneten sich – nach meiner Meinung – auf alle Fälle nicht dadurch aus, dass die Schweiz als gleichberechtigter Partner mitwirken und mitbestimmen konnte. Auf weite Strecken war die Schweiz, wie andere Staaten übrigens auch, Zaungast, dem die Rolle zufiel, zu akzeptieren, was die USA und die EU am Schluss miteinander aushandelten. Mitwirkung und Mitbestimmung solcher Art haben zwar einen semantischen Wert, aber als aussenpolitisches Konzept wenig Überzeugungskraft. Ich plädiere damit nicht für ein Abseitsstehen, aber für eine realistische Einschätzung unserer wirklichen Möglichkeiten. Sprechen zu dürfen ist noch nicht Zeichen staatlicher Würde und Souveränität; eine solche kommt auch dem Schwätzer zu.

3. Unter Mitwirkung und Mitbestimmung ist in der Schweiz nicht nur eine Verbandskompetenz angesprochen, sondern immer auch eine Organkompetenz mit eingeschlossen. Wenn unter Mitwirkung und Mitbestimmung der Schweiz nicht zugleich auch die Mitwirkung und Mitbestimmung des Souveräns gemeint ist, bleibt dieses aussenpolitische Konzept ohne innere Überzeugungskraft.

So ist der Unterschied z. B. zwischen einem EU-Beitritt und der Annahme des EWR-Vertrages in den Augen des Bundesrates ein erheblicher. Im ersten Fall wäre die Mitwirkung bzw. die Mitentscheidung der Schweiz eine eingeschränkte, im zweiten aber eine umfassende.

Der Souverän sieht das anders. Er kann in einem Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht des Bundesrates im Rahmen der EU so lange keine echte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeit der Schweiz sehen, als diese Möglichkeit ausschliesslich dem Bundesrat, unter Ausschluss des Souveräns, zusteht. Mitwirkung und Mitentscheidung verdienen diesen Namen nur, wenn der Souverän – nicht nur der Bundesrat, auch nicht unter allfälligem Einbezug der Aussenpolitischen Kommissionen oder des gesamten Parlamentes – Träger der Mitwirkung und der Mitentscheidung ist.

Zum Ergebnis: Diese nach meiner Ansicht auf unzureichender Analyse beruhende Konzeption führt dann im Ergebnis zu einem in seiner Einfachheit monumentalen Fazit: Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren heisst: alle internationalen Verträge unterschreiben, die wir noch nicht unterschrieben haben, allen internationalen Organisationen beitreten, denen wir noch nicht beigetreten sind. Da liegt die bereits erwähnte Schwäche des Spielabschlusses; Lattenschüsse, Schüsse über und neben das Tor als Folge davon sind vorprogrammiert. Die Liste der unter solchen Vorzeichen im Out endenden Vertragsabschlüsse ist beeindruckend. Es werden angeführt: drei Uno-Übereinkommen, die Europäische Sozialcharta, die fakultative Individualbeschwerde aus dem ersten Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, die Zusatzerklärung zum Übereinkommen über Rassendiskriminierung, vier noch nicht unterzeichnete Zusatzprotokolle zur EMRK, wovon eines, das erste, die Abschaffung der Gemeindeversammlungen und der Landsgemeinden zur Folge hätte. Der Jubel im Stadion bei diesen Fehlschüssen gellt mir heute schon in den Ohren!

Es ist meines Erachtens im Gegenteil nicht davon auszugehen, dass wir noch alle denkbaren internationalen Verträge abzuschliessen hätten. Wir sollten uns beim Abschluss internationaler Verträge vielmehr eine Mässigung auferlegen; denn wenn von einer Einschränkung der Souveränität die Rede sein soll, darf von der Einschränkung der Souveränität durch den Abschluss internationaler Verträge nicht abstrahiert werden. Wir haben nicht zu wenige, sondern zu viele internationale Verträge.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist einer der Gründe, weswegen dieses Volk in vielen Bereichen die Auffassung hat, es sei nicht mehr Herr im eigenen Haus. Überall, wo man zu bestimmten Problemen vernünftige Lösungen hat, heisst es, das könnten wir nicht tun, das sei nicht EMRK-konform. Das sind Schranken der Souveränität.

Der Beitritt zur EU und der Beitritt zur Uno werden als Schliessung von Lücken bei der aussenpolitischen Mitwirkung propagiert, der EU-Beitritt als strategisches Ziel des Bundesrates erwähnt. Ich teile weder das eine noch das andere Ziel.

Zur Uno äussere ich mich nicht und zur EU nicht eingehend. Ich will nur drei Bemerkungen anbringen:

1. Seit einigen Tagen erklärt der Bundesrat, er sei sich darüber im klaren, dass der Schweizer Souverän, vor die Wahl gestellt, der EU beizutreten oder seine Volksrechte zu wahren, der Wahrung der Volksrechte den Vorzug geben würde. Ich stelle schlicht fest, dass der Bundesrat eine andere Entscheidung getroffen hat. Unter Aufgabe der Volksrechte will er den EU-Beitritt. Im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz von 1988 stellte er die Volksrechte noch über den EU-Beitritt.

2. Im Bericht zur Neutralität (im Anhang) beurteilt der Bundesrat eine EU-Mitgliedschaft unter Aufrechterhaltung der Neutralität als rechtlich möglich. In Ziffer 52 dieses Berichtes hat er noch angeführt: «Sollte die EU eines Tages ihr Ziel einer soliden und dauerhaften gemeinsamen Verteidigungsstruktur erreichen, müsste unser Land auch bereit sein, seine Neutralität grundsätzlich zu überdenken.» «Grundsätzlich zu überdenken» heisst «aufzugeben»; denn der Bundesrat führt selbst an, dass die EU die Auffassung vertrete, der beitrittswillige Neutrale müsse ohne Vorbehalt und Mentalreservation bereit sein, alle bestehenden Vertragsverpflichtungen zu erfüllen und die sicherheits- und verteidigungspolitische Finalität der EU mitzutragen. Dazu ist der Bundesrat bereit, wie er in Ziffer 533 des Berichtes zur Neutralität erklärt. Das heisst, er ist bereit, die Neutralität einem gemeinsamen europäischen Sicherheitssystem zu opfern.

3. Volksrechte zugunsten eines EU-Beitrittes aufzugeben, Neutralität zugunsten eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems aufzugeben, darüber kann man sprechen, sine ira et studio. Aber man kann darüber nicht mehr mit einem Bundesrat sine ira et studio sprechen, der diesen Entscheid für sich bereits gefällt und den EU-Beitritt zum strategischen Ziel der schweizerischen Aussenpolitik der neunziger Jahre erklärt und damit zu Lasten der Volksrechte und der Neutralität entschieden hat. Hier gibt es nichts mehr zu diskutieren. Wenn der Bundesrat erklärt, Aussenpolitik müsse stärker als bisher in der Bevölkerung verankert werden, dann wäre er gut beraten gewesen, wenn er mit seinen Zielsetzungen zurückhaltender gewesen wäre, mit Zielsetzungen, welche die Volksrechte und die Neutralität im Kern aushöhlen.
Es geht indessen nicht darum, dass die Aussenpolitik in der Innenpolitik besser abgestützt sein muss. Es geht darum, dass die Aussenpolitik nichts anderes sein darf als die Projektion der Innenpolitik nach aussen. Es braucht nicht eine Abstützung der Aussenpolitik in der Innenpolitik, sondern eine Anbindung der Aussenpolitik an die Innenpolitik.
In diesem Sinne nehme ich den Bericht, mit dessen Ergebnissen ich aus den erwähnten Gründen nicht einverstanden bin, *zur Kenntnis*.

Seiler Bernhard (V, SH): Auch ich bin froh, dass sich der Bundesrat zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren äussert, auch wenn ich mich nicht mit allen Zielsetzungen einverstanden erklären kann. Viel zu lange war es doch so, dass die schweizerische Aussenpolitik eher als Stiefkind der Schweizer Politik behandelt wurde. Während private Firmen ihre internationalen Kontakte forcierten, spielte sich die Pflege der internationalen Beziehungen des Bundes meist hinter den Kulissen und geschlossenen Türen ab. Für den Bürger waren diese Anstrengungen nicht sichtbar. Es ist deshalb nur verständlich, wenn die Aussenpolitik in unserem Lande über Jahre hinweg einen eher negativen Beigeschmack hatte. Diese Feststellung trifft nicht nur auf unsere Bürgerinnen und Bürger zu, sondern sie trifft auch auf unser Parlament zu. Auch hier im Saal war das Interesse an aussenpolitischen Traktanden meistens eher gering; heute mag das vielleicht eine Ausnahme von dieser Regel sein. Wenn aussenpolitische Themen an die Reihen kamen, leerten sich die Bankreihen.
Innenpolitische Themen und vor allem Wirtschaftspolitik waren die Themen, die in der Prioritätenliste bei uns zuvorderst standen. Bundesrat und Parlament haben es in der Vergangenheit nicht verstanden, unserer Bevölkerung die Aussenpolitik zugänglich oder gar schmackhaft zu machen. Es muss einen deshalb nicht wundern, dass unser Volk zuerst dem Beitritt zur Uno und dann – am 6. Dezember 1992 – auch dem Beitritt zum EWR nicht zugestimmt hat, weil es dem Bundesrat und uns Parlamentariern nicht gelungen war, die Aussenpolitik klar darzulegen.
Mit Emotionen statt mit sachlichen Argumenten und unter dem Deckmantel einer strikten Neutralitätspolitik haben es die Gegner solcher aussenpolitischen Vorlagen jeweils leicht, das Volk zu einem Nein zu überreden. Dabei weiss man nicht erst seit heute, dass Aussenpolitik in der Schweiz auch Innenpolitik bedeutet. Das ist auch im Bericht nachzulesen, in dem der Bundesrat schreibt: «Die Trennlinie von Innenpolitik und Aussenpolitik wird in zahlreichen Bereichen aufgeweicht.» Deutlich sichtbar ist das auch, wenn Sie die fünf aussenpolitischen Ziele des Bundesrates im Detail studieren. Zwei Stichworte dazu: «Förderung der Wohlfahrt» und «Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen».
Vordringlich für mich ist, dass unsere Aussenpolitik transparenter gestaltet und so dem Bürger nähergebracht wird. Der Bundesrat muss unser Volk ebenso selbstverständlich über Verhandlungen mit dem Ausland und über Aktivitäten in internationalen Gremien informieren, wie er dies bei den Bundesfinanzen oder in Umweltschutzfragen tut. Damit soll ein Reifungsprozess in Gang gebracht werden, der es mittel- und längerfristig möglich macht, dass bei Abstimmungen über aussenpolitische Themen vermehrt sachlich und weniger emotional entschieden wird. Sonst bleiben die im Bericht ausgeführten und beschriebenen Ziele einfach bedrucktes Papier. Ein erfolgreiches Umsetzen wird nur dann möglich sein, wenn im Inland ein Verständnis und ein genügend breites Bewusstsein für die Aussenpolitik herangewachsen sind.
Dass das nicht von heute auf morgen geschehen wird, sollte klar sein. Vermutlich können die Früchte solcher Anstrengungen erst zu Beginn des nächsten Jahrhunderts geerntet werden. So lange, das wissen wir, will der Bundesrat allerdings nicht zuwarten. Denn er erklärt uns, dass er als strategische Ziele, in den neunziger Jahren wohlverstanden, unter anderem den Beitritt zur Europäischen Union und eine Vollmitgliedschaft bei der Uno anstrebe. Ich finde das politisch nicht sehr klug, denn die Zeit dafür ist einfach noch nicht reif. Oder – so frage ich mich – nimmt der Bundesrat einmal mehr ein Nein zur Frage eines Beitritts zu diesen beiden Institutionen einfach so in Kauf? Neueste Umfragen von 1994 durch die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich zeigen nämlich deutlich, dass Vorlagen zu einem Uno-Beitritt und zu einem EU-Beitritt heute und wohl auch in den nächsten paar Jahren beim Volk nicht ankommen würden. Ich meine, wir können uns das nicht mehr leisten.
Deshalb kommt für mich eine rasche Wiederholung einer EWR-Abstimmung sowie eine übereilte und innenpolitisch *nicht breit abgestützte Neuauflage einer Abstimmung über* einen Uno-Beitritt nicht in Frage. Ich denke da besonders an die nächste Zukunft mit den bilateralen Verhandlungen mit unseren Nachbarn; darauf ist heute schon verschiedentlich hingewiesen worden. Diese werden – darüber bin ich mir im klaren – immer schwieriger werden. Den Vorteilen eines Alleinganges, wie sie sich einige Leute – auch Politiker – vorstellen, stehen eben auch Nachteile gegenüber. Damit soll man sich nicht einfach abfinden. Man sollte vielmehr auf allen Ebenen damit zu leben lernen.
Der Bundesrat ersucht uns Parlamentarier, vom Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren Kenntnis zu nehmen. Einem grossen Teil dieses Berichtes kann ich ohne Vorbehalt zustimmen. Nicht folgen kann ich ihm aber – und das ist für mich ein sehr zentraler Punkt –, wo er das strategische Ziel eines Beitritts zu einer EU gemäss Maastrichter Massstab anstrebt. Weil ja eine Teilzustimmung oder eine Teilablehnung des Berichts unmöglich ist, bleibt mir deshalb wohl nichts anderes übrig, als vom Bericht Kenntnis zu nehmen, ihn aber inhaltlich abzulehnen.
Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass der Bundesrat und das Parlament die wichtige Aufgabe haben, die Akzeptanz der Aussenpolitik in unserem Land durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, so dass die Aussenpolitik mittel- und längerfristig auch in der Schweiz zur Routine wird.

Präsident: Herr Schallberger begründet nun auch seine Empfehlung (93.3496), die separat traktandiert ist.

Schallberger Peter-Josef (C, NW): Wenn ich mich heute einer gewissen Zurückhaltung befleissige, so wird sie mir durch drei Umstände erleichtert:
1. Der Aussenminister ist nicht nur Parteifreund, sondern er steht mir auch menschlich sehr nahe, weshalb ich ihn so gut wie möglich schonen möchte.
2. Die parlamentarische Initiative, die der Vorstand der Fraktion meiner Partei im Nationalrat eingereicht hat, beunruhigt mich nicht besonders. Als Bauer und Politiker ist mir bekannt, dass es in der Biologie und der Zoologie wie auch in der Politik ab und zu auch von guten Eltern Totgeburten gibt.
3. Ich vertraue unserem Volk voll; nur bedaure ich, dass es erst recht spät die Notbremse ziehen kann, wenn es die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung unseres Landes verteidigen will.
Nach diesen Vorbemerkungen kann ich vorerst dem Bundesrat attestieren, dass die fünf aussenpolitischen Ziele, die er bereits im einleitenden Überblick markiert und im Bericht detailliert erläutert, edle, erstrebenswerte Ziele sind. Welcher Schweizer wollte es ablehnen, wenn:
1. Sicherheit und Frieden gewahrt und gefördert;
2. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat gefördert;
3. die Wohlfahrt gefördert;

4. soziale Gegensätze abgebaut; und
5. die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden sollen?
Zu allen diesen Zielen stehen wir. Jedermann sieht ein, dass es zur Erreichung dieser edlen Ziele der Zusammenarbeit mit den anderen Staaten des europäischen Kontinentes und zum Teil weit darüber hinaus bedarf. Ich betone: Zusammenarbeit. Und diese sinnvolle und notwendige Zusammenarbeit ist vertraglich zu regeln. Abgeschlossene Verträge sind einzuhalten, und zwar besser einzuhalten, als dies kürzlich im Falle der Pflicht, einen Mörder auszuliefern, seitens unseres westlichen Nachbarlandes geschehen ist.
Wenn ich den Begriff «Zusammenarbeit» so stark betone, begebe ich mich in Widerspruch zum Bundesrat. Unsere Landesregierung hält am Ziel EU-Beitritt hartnäckig fest, will also den institutionellen Zusammenschluss, der unweigerlich mit der Aufgabe eines bedeutenden Teils unserer Selbstbestimmung verbunden sein wird. Im Bericht wird ja bestätigt, dass die Mitglieder der EU den Willen haben, nebst der wirtschaftspolitischen Verschmelzung eine politische Union zu schaffen, und dass sie einen Teil ihrer Kompetenzen auf überstaatliche Organe übertragen wollten. Im Bericht ist festgehalten: «Durch diesen Integrationsschritt haben sich die Mitgliedländer eine gemeinsame Ordnungsgewalt gegeben, welche es ihnen erlaubt, in ihren Beziehungen untereinander auf die traditionellen Formen internationaler Zusammenarbeit zu verzichten.»
Schon vor der EWR-Abstimmung hat ein hoher Schweizer Diplomat erklärt, der Friede in Europa könne am besten gesichert werden, wenn möglichst viel Entscheidkompetenz an eine zentrale europäische Stelle übertragen werde. All dies steht in totalem Widerspruch zu den ständigen Beteuerungen, ein EU-Beitritt komme natürlich nur unter Wahrung und Erhaltung unserer Volksrechte in Frage. Kein Volk Europas verfügt über so viele Rechte auf Mitbestimmung bei der Gesetzgebung wie das schweizerische. Diese Volksrechte zu erhalten und gleichzeitig Mitglied der EU zu sein ist schlicht nicht möglich. Wer solches glaubt, sieht in der EU ein nicht existierendes Traumgebilde. Wenn der Bundesrat tatsächlich daran glaubt, unser Beitritt könne bewirken, dass die EU ein demokratisches Gebilde nach schweizerischem Muster werde, dann frage ich mich ernsthaft, warum er die herrliche Gelegenheit verpasst hat, durch vorbehaltlose Akzeptierung des Volksentscheides vom 6. Dezember 1992 den europäischen Regierungen ein Musterbeispiel demokratischen Verhaltens zu geben.
Tatsächlich hat unser Volk in mehreren Abstimmungen seinen aussenpolitischen Willen kundgetan:
1. Bei der Ablehnung des EWR-Vertrages durch die überwiegende Mehrheit der Kantone und durch drei unserer vier Sprachkulturen liess es den Willen zur Selbstbestimmung und zur politischen Unabhängigkeit erkennen.
2. Auf den Tag genau ein halbes Jahr später hat es diesen Willen durch die klare Ablehnung der beiden armeefeindlichen Volksinitiativen eindrücklich bestätigt.
Diese Willenskundgebungen bedeuten aber keineswegs den sogenannten Alleingang. Anstelle der institutionellen Einbindung und Unterordnung – sprich EU-Beitritt – will der Souverän offensichtlich eine loyale Zusammenarbeit unseres frei entscheidenden Volkes mit den anderen Ländern auf der Grundlage von Verträgen. Die Bereitschaft zu dieser Zusammenarbeit wurde in verschiedenen Volksabstimmungen bestätigt. Es sei nur an die positiven Volksentscheide erinnert, als es um die Mitwirkung bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds ging. Auch die Annahme des Neat-Beschlusses bewies unsere Offenheit und die Bereitschaft, unseren Beitrag bei gemeinsamen Problemen zu leisten. Es braucht nicht besonders viel Phantasie, um aus all diesen Volksentscheiden den Willen unseres Souveräns zu erkennen. Daher, ich sage es offen, macht mich die Zielsetzung EU-Beitritt tief traurig. Doch ich bin überzeugt, dass die Antwort des Volkes um so deutlicher ausfallen wird, je stärker dieses Ziel forciert wird. Da schrieb doch kürzlich ein Kommentator in einer Aargauer Zeitung: «Auch hier wird sich weisen: Mit dem Kopf durch die Wand erreicht man hierzulande gar nichts, höchstens das Gegenteil des Erstrebten.»
Nach meiner Überzeugung ist es Pflicht unserer Regierung und unserer Diplomatie, unseren europäischen Partnern die Besonderheit der schweizerischen Demokratie, den in sieben Jahrhunderten gewachsenen Unabhängigkeitswillen unseres Volkes zu erklären. Ich hoffe, unsere Bundesräte haben den Widerwillen und die zunehmende Abwehrreaktion in der Bevölkerung gespürt, als sie im Jubiläumsjahr 1991 unseren Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen versuchten, unser Land sei ein ganz gewöhnlicher Kleinstaat, es sei alles andere als ein Sonderfall. Haben Sie schon einen grossen Wirtschaftsmanager oder einen Spitzensportler kennengelernt, der nicht an seine überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit glaubte? Das selbstbewusste Volk der Eidgenossen verdient eine Regierung, die sich imstande fühlt, im eigenen Hause Ordnung zu halten und gleichzeitig mit Nachbarn und Partnern nicht bloss korrekte, sondern freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Wenn Sie die Bereitschaft der Partnerländer zu vertraglich geregelten Beziehungen zum voraus, wie seit Monaten prophezeit, in Frage stellen, so frage ich ernsthaft zurück: Sind Sie tatsächlich bereit, sich in Abhängigkeit solcher Partner zu begeben, welche die besonderen demokratischen Verhältnisse und die einmaligen Volksrechte unseres Landes nicht akzeptieren?
Es ist höchste Zeit, mit voller Energie gute zwischenstaatliche Verträge anzustreben. Die Schweizer Unterhändler werden nur Erfolg haben, wenn sie das Ziel EU-Beitritt aus ihren Hinterköpfen ausräumen. Wenn sie im Unterbewusstsein mit der Absicht ans Werk gehen, unserem Volk beweisen zu müssen, dass es am 6. Dezember 1992 falsch gestimmt habe, fügen sie unserem Land Schaden zu!
Aus solchen Überlegungen habe ich in der Herbstsession 1993 zusammen mit vier Mitunterzeichnern den für heute traktandierten parlamentarischen Vorstoss eingereicht, der dem Bundesrat empfiehlt, auf die Option EU-Beitritt zu verzichten und sich ausschliesslich auf bilaterale Verhandlungen zu konzentrieren: «Die heutige Ausgangslage mit einer Auswahl an Optionen schwächt die Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber unseren Verhandlungspartnern enorm. Sie widerspricht den elementarsten Grundsätzen der Verhandlungstaktik.» Es braucht kein Psychologiestudium, dafür aber Lebenserfahrung, um dies einzusehen. Das vorerst im Hintergrund gehaltene, aber dem Verhandlungspartner doch auch bekannte Ziel EU-Beitritt wird mit grosser Wahrscheinlichkeit, wenn nicht mit Sicherheit, vom Partner schon unserer Milliarden wegen bevorzugt, bliebe aber in einer Volksabstimmung absolut chancenlos.
Nebenbei bemerkt – das ist auch Psychologie –: Sobald der EU-Beitritt vom Tisch ist, fühlen sich die Beitrittsgegner auch nicht mehr gezwungen, die effektiv vorhandenen negativen Seiten der EU je nach Temperament mehr oder weniger lautstark zu verkünden, und das Integrationsbüro EDA/EVD müsste sich nicht weiterhin in blauäugiger Schönfärberei üben.
Abschliessend zur Behandlung unseres parlamentarischen Vorstosses: Wir haben die Empfehlung am 7. Oktober 1993 dem Bundesrat abgegeben. Mit Datum vom 29. November 1993 hat der Bundesrat den zur Diskussion gestellten Bericht über die Aussenpolitik verabschiedet. Ich habe keine andere Wahl, als festzustellen, dass der Bundesrat unsere Empfehlung nicht berücksichtigt hat. Der parlamentarische Vorstoss ist damit hinfällig geworden und kann somit als nicht erfüllt abgeschrieben werden!
Den Bericht über die Aussenpolitik nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis.

Bühler Robert (R, LU): Ich spreche nur zum Anhang, d. h. zum Bericht zur Neutralität. Damit Sie meine Kritik am Bericht besser verstehen, muss ich einerseits zur Geschichte der Neutralität und andererseits zu den gewachsenen Funktionen der Neutralitätspolitik ein paar kurze Ausführungen machen.
Der Ursprung der schweizerischen Neutralität geht auf die Zeit nach den Mailänderkriegen zurück. Die Niederlage von Marignano 1515 bedeutete das Ende der Grossmachtpolitik der Eidgenossenschaft. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wurden wir dank der Staatsmaxime der Neutralität von Religions-

und Erbfolgekriegen verschont. Zur Zeit der Französischen Revolution erfuhren wir die schlimmste Neutralitätskrise unserer Geschichte. Die Schweiz wurde zum besetzten Land und Kriegsschauplatz. 1815 erfolgte die völkerrechtliche Anerkennung unserer Neutralität. Seither entwickelte sich die immerwährende, bewaffnete Neutralität nicht nur zu einem wesentlichen Mittel der Aussenpolitik, sondern zum Symbol für Unabhängigkeit und Freiheit, ja sie wurde zum Ziel einer politisch-ethischen Grundhaltung der Schweiz: Völkerfriede. Somit ist die Neutralität nicht nur Mittel, wie behauptet wird, sondern auch Ziel unserer Politik.
Die Grundmaxime der schweizerischen Neutralität blieb über die Jahrhunderte hinweg immer die gleiche: Es ist einerseits die Nichtteilnahme der Schweiz an einem Krieg oder an einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen anderen Staaten. Andererseits obliegt ihr die Pflicht, mittels einer ausreichend bewaffneten Armee die Unverletzbarkeit ihres Territoriums sicherzustellen.
Es ist mir bewusst, dass wir unsere Neutralitätspolitik, d. h. die Ausgestaltung der Neutralität, nicht losgelöst von den internationalen Gegebenheiten einmal definieren und dann immerwährend anwenden können. Die Neutralitätspolitik hat sich einer sich wandelnden Welt flexibel anzupassen. So übte – hier komme ich auf die Funktionen der Neutralitätspolitik zu sprechen – die ursprüngliche Neutralität vor allem eine wesentliche Integrationsfunktion aus. Sie diente dem inneren Frieden und der Zusammengehörigkeit. Später wurde sie insbesondere zum Schutzschild unserer Souveränität, zur Unabhängigkeitsfunktion. Die bewaffnete Neutralität wurde zum Hauptpfeiler unserer Unabhängigkeitsbehauptung. Wenn auch die Dienstleistungsfunktion sehr bald Teil unserer Neutralitätspolitik wurde – ich denke an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), an die Flüchtlingsaufnahme, an die Schweiz als Konferenzort und anderes mehr –, so hat heute ebendiese Dienstleistungsfunktion ganz wesentlich an Bedeutung gewonnen.
Den neuen Bedrohungsformen muss die Schweiz vermehrt durch grenzüberschreitende, solidarische, mitverantwortliche Zusammenarbeit begegnen. Hier denke ich insbesondere an die Verbesserung allgemeiner Lebensbedingungen, an die Stabilitätsförderung, an den Einsatz von Blauhelmen usw. Das Potential der Dienstleistungen ist noch lange nicht ausgeschöpft.
Die Integrations-, die Unabhängigkeits- und die Dienstleistungsfunktion sind die wesentlichen Bestandteile unserer Neutralitätspolitik. Je nach Zeitepoche gewinnt die eine oder andere Funktion mehr oder weniger an Gewicht. Deshalb ist die Neutralität auch heute noch aktuell und wird es auch in Zukunft bleiben.
Nun setzt meine Kritik am Bericht an: Mehrmals wird betont, dass die Neutralität an Bedeutung verloren habe. Nach der Dreifunktionalität der Neutralität stimmt dies nicht. Die einzelnen Elemente müssen, um der Zeit gerecht zu werden, jeweils unterschiedliche Stellenwerte haben; sie müssen flexibel gehandhabt werden. Die Gesamtheit unserer Neutralität und Neutralitätspolitik hat jedoch nicht an Bedeutung verloren; sie ist hochaktuell.
Weil wir in einer politischen Übergangszeit stecken würden, sei die Neutralität noch zu rechtfertigen, heisst es im Bericht. Wir leben in einer politisch dynamischen Zeit mit raschem Wandel und mit grossen Unsicherheiten. Aber ich finde es falsch, aus diesen Gründen von einer Übergangszeit zu sprechen, sonst wären alle Zeitepochen Übergangszeiten gewesen. Geschichte ist immer ein Prozess. Neutralität muss aus innen- wie aussenpolitischen Gründen auf Dauerhaftigkeit angelegt sein. Nur so bleiben wir für die anderen berechenbar und lassen im Innern keine Unsicherheiten aufkommen.
Schliesslich bezweifle ich die Aussage im Bericht sehr, dass unsere Neutralität mit einem EU-Beitritt vereinbar wäre. Die Absicht der EU ist eine gemeinsame, nichtneutrale Sicherheitspolitik. Somit wäre ein Beitritt aus neutralitätspolitischer Sicht für uns nicht unbedenklich. Daraus schliesse ich, dass bei Aufrechterhaltung der Neutralität der Beitritt zur heutigen EU kein strategisches Ziel sein kann und sein darf, denn zu viel steht auf dem Spiel.
Ich bin ohne Wenn und Aber für die Aufrechterhaltung der bewaffneten Neutralität, weil ich von der immerwährenden Notwendigkeit ihrer drei Funktionen Integration, Unabhängigkeit und Dienstleistungen überzeugt bin. Die Neutralität, flexibel angewendet, dient uns innen- wie auch aussenpolitisch. Solidarität mit anderen Staaten ist Teil unserer Neutralitätspolitik.
In diesem Sinne nehme ich vom nicht in jeder Beziehung überzeugenden Bericht Kenntnis.

Danioth Hans (C, UR): Der Bericht des Bundesrates besticht – das räume ich zu Beginn ein – durch eine umfassende Analyse der heutigen internationalen Stellung und Verflechtung unseres Landes mit seinem europäischen Umfeld. Auch die fünf aussenpolitischen Hauptziele – sie sind heute verschiedentlich genannt worden – verdienen allgemeine Zustimmung und Unterstützung.
Sobald es aber um die Mittel zur Erreichung dieser Ziele geht, die der Bundesrat zur Umsetzung einzusetzen gedenkt, ist die Einigkeit dahin. Man mag zwar dem Bundesrat zubilligen, sich nicht ein für allemal auf eine einzige Option zu fixieren; dass er mit diplomatischen Scheuklappen in den Hauptstädten Europas aufkreuzt und sich gedanklich auf eine einzige aussenpolitische Möglichkeit versteift, verlange ich nicht. Doch das Bekenntnis des Bundesrates zu einem EU-Beitritt der Schweiz ist nicht mehr bloss als eine unter verschiedenen möglichen Optionen zu verstehen, sondern als die einzige, schreibt doch der Bundesrat auf Seite 32 (Ziff. 413): «Allein der Beitritt garantiert ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen. In dem Sinne bestätigt der Bundesrat seinen Willen, der EU beizutreten.» Wobei der Beitritt sich ja nicht auf den Bundesrat bezieht, nehme ich an, sondern auf das ganze Land!
Diese Aussage sei überbewertet worden, hat es heute geheissen. Aber sie ist und bleibt die zentrale Aussage, auch in den Augen des Bundesrates. Doch mit Verlaub gesagt: Die zentrale politische Rahmenbedingung stellt doch wohl der Entscheid von Volk und Ständen vom 6. Dezember 1992 dar, mit dem der Beitritt schon zum EWR – geschweige denn zu weiter gehenden Integrationsmodellen der damaligen EG, gar nicht zu sprechen von der durch Maastricht noch höher gewordenen Hürde – klar verworfen worden ist.
Der Bundesrat hält den formellen EU-Beitritt schlicht für das strategische Oberziel, dem sich die taktischen Kurzschritte wohl unterzuordnen haben. Dabei schliessen sich gleichzeitige Aktivitäten für die grundlegend unterschiedlichen Modelle aus, d. h. für den vom Souverän gewiesenen Weg des Bilateralismus und den EU-Beitritt, der ja bilaterale Verhandlungen überflüssig und Beitrittsverhandlungen notwendig machen würde. Wie soll das Volk aus diesem Zickzackkurs klug werden?
Etwas unwirsch und auch etwas belehrend ist vereinzelt – vor allem von Herrn Rhinow – heute mit jenen umgesprungen worden, welche es wagen, Fragen zu diesem bundesrätlichen Höhenflug anzubringen. Sie hätten Ziel und Mittel verwechselt. Ein EU-Beitritt sei nur das Mittel, nicht Selbstzweck. Ich glaube, hier ist es ja doch vor allem eine akademische Frage, und ich meine: Eher der EU-Beitritt muss als Ziel, als politisches Ziel, bezeichnet werden, um den Zweck – nehme ich weiter an –, den der Bundesrat damit erreichen will, nämlich die Selbstbehauptung unseres Landes gegenüber aussen, auch nach dem Jahr 2000, sicherzustellen.
Die Einbussen an Grundwerten des schweizerischen Staatswesens sind unübersehbar. Föderalismus, Subsidiarität und direktdemokratische Mitsprache von Volk und Ständen in allen wichtigen Fragen wären durch einen EU-Beitritt nicht mehr garantiert. Sie schliessen sich gegenseitig und wohl auf absehbare Zeit aus.
Es geht hier keineswegs darum, besser sein zu wollen. Ich huldige auch nicht der Illusion, mit einem raschen EU-Beitritt könne die Schweiz die EU demokratisch umgestalten, wie ich das aus dem Votum meines geschätzten Kollegen Bloetzer herausgehört habe. Wir respektieren auch die anderen, lassen uns aber eine fundamentale Änderung der Struktur unseres Staates von aussen nicht aufdrängen.

Ein Vorkommnis, das sich vor kurzem ereignete, soll dies illustrieren. Es war nach dem Ja von Volk und Ständen zur Alpen-Initiative. Ein spanischer Europadiplomat zog die Zuverlässigkeit der schweizerischen Demokratie vor aller Öffentlichkeit in Zweifel – ähnlich, wie seinerzeit schon der schwedische Ministerpräsident die schweizerische Referendumsdemokratie mit harschen Worten apostrophiert hatte. So etwas ist doch wohl doppelt erstaunlich. Zum einen nimmt man mit Verwunderung zur Kenntnis, dass sich «Brüssel» mit den Eigenheiten eines direktdemokratischen Systems bisher offenbar wenig vertraut gemacht hat, und anderseits haben auch unsere Vertreter offenbar bisher zuwenig auf derartige «Risiken» der Volksabstimmungen hingewiesen.
Die direkte Demokratie wäre also heute in der EU wohl ein Fremdkörper. Dabei möchte ich keineswegs die Problematik verkennen, welche vor allem darin begründet ist, dass man bei einer stärkeren europäischen Integration unseres Landes (soll sie in bilateralen oder multilateralen Vertragsabschlüssen erfolgen) über kurz oder lang nicht um die grundsätzliche Stellungnahme herumkommt, wie abgeschlossene internationale Verträge – auch gegenüber späteren Entscheidungen von Parlament und Volk aufgrund von Volksinitiativen beispielsweise – respektiert werden können. Es ist wohl klar, dass auch und gerade für die Schweiz als kleines Land der Grundsatz «pacta sunt servanda» hochgehalten werden muss: Verträge sind einzuhalten.
Unser Ratspräsident hat zu Beginn der laufenden Session auf diese Problematik hingewiesen; übrigens wurden dieser Tage auch in einem Leitartikel des Chefredaktors der «NZZ» solche Fragen aufgeworfen. Bundesrat und Parlament können Fragen der Völkerrechtsverträglichkeit von Erlassen und Volksinitiativen inskünftig nicht mehr so einfach erledigen oder verdrängen – in der wohl trügerischen Hoffnung, es werde ja dann schon recht herauskommen. Vernünftigerweise wird es ohne Einbussen eigenstaatlicher Souveränität nicht gehen. Niemand behauptet, die Schweiz könne die grossen und grenzüberschreitenden Probleme im Alleingang lösen, sie ist auf Kooperation angewiesen. Ich teile die Auffassung von Herrn Kollege Schmid Carlo nicht, dass die Aussenpolitik nur die Dienerin der Innenpolitik sei. Sie ist die Fortsetzung der Innenpolitik und wesentlicher Bestandteil unserer gesamtpolitischen Anstrengungen.
Doch zu den politischen Realitäten: Laut einer kürzlichen Umfrage des GfS-Forschungsinstitutes befürworten zwar 40 Prozent der schweizerischen Stimmberechtigten einen Beitritt des Landes zur neugeschaffenen Europäischen Union; 48 Prozent sind jedoch klar dagegen eingestellt, und von den 12 Prozent Unentschlossenen dürfte kaum der grössere Teil europafreundlich sein. Wie die Reaktionen zur Volksabstimmung über die Alpen-Initiative zeigten, bekundet die überwiegende Mehrheit, nämlich 72 Prozent, die Absicht, an den direktdemokratischen Institutionen festzuhalten. Hingegen hat man für eine sektorielle Kooperation der Schweiz mit der EU durchaus Verständnis: Es sprechen sich bei den Bereichen Bildungswesen und Forschung 76 Prozent, beim Umweltschutz 73 Prozent, beim Luftverkehr 77 Prozent und beim Gütertransitverkehr 70 Prozent zur Einlösung des Verhandlungsmandates aus. Herr Staatssekretär Kellenberger hat im neusten «CH-Euro» erklärt, dass diese Dossiers verhandlungsbereit seien.
Das Volk ist misstrauisch. Polarisierungen werden verstärkt. Man misstraut dem Bundesrat – ob zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahingestellt. Man misstraut ihm, wenn er ein anderes Endziel propagiert, statt sich auf den ersten ihm übertragenen Schritt zu konzentrieren. Ein gewisses Misstrauen rührt vielleicht auch daher, weil der Bundesrat im Ausland nicht mit der gleichen Festigkeit auftritt. Es gibt gegenüber «Brüssel» und anderen Akteuren zu viele Erklärungs-, Beschwichtigungs- und auch Beruhigungsversuche. Die Schweiz ist wohl ein eigenartiger und auch knorriger Verhandlungspartner, jedoch alles in allem ein Staat, der trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Kleinheit seine internationalen Verpflichtungen erfüllt und vor allem Solidarität mit anderen Völkern und mit bedrängten Menschen bekundet. Wir brauchen uns also ob unserer Eigenart nicht zu schämen und schon gar nicht zu entschuldigen. Selbst Vorwürfe wie der des «Trittbrettfahrers» und andere, die dem Volk ein schlechtes Gewissen suggerieren, sind völlig fehl am Platz und wirken kontraproduktiv.
Es scheint mir unerlässlich, dass der Bundesrat, der um seine heutige Aufgabe – das gebe ich zu – sicherlich nicht zu beneiden ist, in klaren und auch für das Volk nachvollziehbaren Schritten seine Aufgaben im Innern und gegenüber aussen erfüllt und damit auch Vertrauen schafft, auf das er dann bei einer späteren Abstimmung zurückgreifen kann.

Delalay Edouard (C, VS): D'emblée, je déclare donner mon appui au rapport du Conseil fédéral sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante, même si je le trouve bien optimiste par rapport à l'état d'esprit qui domine actuellement dans notre pays. C'est la fonction d'une réflexion de ce type de ne pas céder à l'opinion dominante du moment, mais de jeter un regard sur l'avenir à plus long terme. Si je juge ce rapport bien optimiste pour l'heure, c'est parce que nous sommes, en Suisse, objectivement et profondément, divisés sur le type de relations que nous devons entretenir avec nos voisins.
Le vote sur l'Espace économique européen a mis en évidence nos divergences politiques et culturelles. Je n'y reviens pas davantage, la question a déjà été suffisamment évoquée ce matin. Les votations fédérales du 20 février dernier, même si elles n'avaient pas directement une connotation européenne, n'ont pas arrangé du tout nos relations extérieures, et l'actualité récente nous permet de mesurer la perception et les réactions de nos voisins quant à nos réflexes de Réduit national – pour ne pas dire de coffre-fort – qui nous isolent de plus en plus. Ces consultations populaires ont mis en évidence le fait que nous sommes pour l'Europe un partenaire peu fiable. Ne sommes-nous pas le seul membre de l'AELE qui a fait défaut dans la ratification de l'Accord sur l'Espace économique européen? N'avons-nous pas, récemment, tourné consciemment le dos à un accord de transit que nous avions appelé de nos voeux il y a quelques années?
Ces considérations m'amènent à une question que j'estime fondamentale, qui peut surprendre par son caractère direct et sans nuance, mais je la pose cependant en étant conscient que ce sont souvent les questions les plus candides qui renferment, en définitive, le bon sens. Le système politique suisse et nos institutions telles que nous les connaissons ne sont-ils pas, en définitive, incompatibles avec le cadre et le développement actuel de l'intégration européenne? Dès lors, notre tâche prioritaire ne serait-elle pas, comme l'a souligné déjà M. Iten Andreas tout à l'heure, d'abord de politique intérieure, avec pour objectif de définir à quelle sorte d'Europe nous sommes prêts à apporter notre plein concours?
Nous verrions rapidement alors que l'Europe qui conviendrait à la majorité de notre peuple et à nos institutions ne ressemble guère à celle qui s'élabore sous nos yeux autour de nous. Si nous voulons maintenir intacte la démocratie directe, la souveraineté absolue du pays, la neutralité, le fédéralisme et les droits populaires les plus étendus auxquels certains d'entre nous ne supportent aucune atteinte, l'Europe devrait revêtir la forme d'une Confédération d'Etat dans le sens le plus strict du terme où l'unanimité demeure la règle et d'où tout organisme supranational est évacué.
Nous serions alors confrontés, au terme de cette analyse intérieure, avec l'alternative ou bien de réformer fondamentalement et unilatéralement nos institutions, ou bien de prendre acte des difficultés réelles que nous avons à concilier leur fonctionnement avec les dispositions en vigueur dans l'Union européenne et avec ses objectifs. Je reconnais volontiers le simplisme de ce raisonnement et le manichéisme de tels propos. Ils ne se veulent cependant pas pessimistes, mais bien plus destinés à nous permettre de retrouver, dans la réflexion, la cohésion nationale indispensable, et à surmonter ce réel défi qui nous est posé dans nos relations extérieures aujourd'hui. Nous avons à compter d'abord sur nous-mêmes pour fixer nos priorités politiques, pour retrouver une certaine concordance au plan national et pour devenir de la sorte, pour nos voisins, un partenaire plus fiable et plus sûr que ce n'est le cas aujourd'hui.

Loretan Willy (R, AG): Ich werde mich als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission dem Bericht zur Neutralität (im Anhang) zuwenden, dies in durchaus pragmatischer Sicht. Aus zeitlichen Gründen muss ich mich ohnehin darauf beschränken, einige Nägel einzuschlagen. Herr Bundesrat, es werden nur teilweise «Sargnägel» auf Ihren Bericht sein. Ich möchte nicht so weit gehen wie Herr Schallberger und Ihnen gegenüber Wohlverhalten versprechen.
Unsere immerwährende und bewaffnete Neutralität wird angesichts der zunehmend unruhiger werdenden Lage in Ost- und Mitteleuropa und angesichts der Unschlüssigkeit der westlichen Bündnisse, wie dieser begegnet werden soll, wieder vermehrt als sicheres Schutzgehäuse betrachtet. Es macht allen Anschein, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger heute die Meinung vertritt, solange wir nur neutral seien, könne uns nichts Böses passieren. Vorherrschend dürfte auch die Überzeugung sein, solange wir neutral seien, komme ein EU- ebensowenig wie ein Uno-Beitritt in Frage.
Die innenpolitische Bedeutung der Neutralität ist heute also nicht mehr so sehr in der Klammerfunktion zwischen den verschiedenen Sprachen und Kulturen unserer Eidgenossenschaft, sondern vielmehr in dieser Gefühlslage angesiedelt, die Neutralität garantiere per se, quasi automatisch, Sicherheit, wobei diese Stimmung in der deutschsprachigen Schweiz verbreiteter sein dürfte als in den übrigen Landesteilen.
Wir haben bei der Beurteilung des vorliegenden Berichtes des Bundesrates von dieser Grundstimmung auszugehen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite eröffnet sich in der Feststellung, dass bei nüchterner Betrachtung der denkbaren Szenarien von Gewaltanwendung gegen unser Land, sei es unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konfliktes, sei es im Falle einer offenen Aggression, Sicherheit im Alleingang nicht mehr zu haben ist. Der Bundesrat nennt dies in Ziffer 32 des Anhangs («Bericht zur Neutralität») die «Grenzen der autonomen Verteidigungsfähigkeit».
Soweit kann ihm gefolgt werden. Mit seiner etwas apodiktischen Feststellung, die Schweiz würde auch nach einem EU-Beitritt ihre bewaffnete Neutralität beibehalten können – zu lesen auf Seite 83 –, begibt er sich jedoch auf gefährliches innenpolitisches Glatteis.
Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass ich anlässlich der Debatte über das Rüstungsprogramm 1992, wo es um die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 ging, im Namen der Sicherheitspolitischen Kommission ein Postulat begründete, welches am 19. März 1992 an den Bundesrat überwiesen wurde. Der Vorstoss lädt den Bundesrat ein, bis zur Herbstsession 1992 den eidgenössischen Räten einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie die Frühwarnung und Führung im Bereiche Luftverteidigung mit und ohne Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sichergestellt werden kann, welche Kosten das bringt und welche neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Folgen aus einer allfälligen Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten zu erwarten sind (AB 1992 S 294). Damals sprach noch niemand vom Nato-Projekt «Partnerschaft für den Frieden». Aber das Postulat geht genau in diese Richtung.
Der Bericht liegt bis heute nicht vor. Wie sich der Bundesrat diese Kooperation in der Luft vorstellt, darüber hat er uns noch zu rapportieren. Daran muss ich im Namen der Sicherheitspolitischen Kommission festhalten.
Mit seiner Feststellung, ein allzu enges Konzept der Neutralität – gemeint ist wohl: der Neutralitätspolitik –, das zu einer starken Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten führen müsste, würde für unser Land und für seine Bewohner zu einem Nachteil, liegt der Bundesrat nach meiner Meinung richtig. Gerade solche Überlegungen zum aussen- und sicherheitspolitischen Instrument «Neutralität» dürften auch dem Bürger einleuchten – es geht ja um seine von ihm hoch geschätzte Sicherheit –, viel mehr als die verklausulierten Argumentationsketten zur Aufrechterhaltung der Neutralität bei einem EU-Beitritt.
Auf diesen innenpolitischen, «egoistischen» Aspekt der Öffnung unserer Neutralitätspolitik ist Gewicht zu legen und nicht auf die Arabesken, wie sich die «NZZ» am 28. Dezember 1993, im Zusammenhang mit Neutralität und EU-Beitritt, ausdrückte. Der Bundesrat hat uns mit diesen kunstvollen diplomatischen Pirouetten für die Verankerung einer offeneren Neutralitätspolitik in der Bevölkerung – bei strikter Beibehaltung des völkerrechtlichen Neutralitätsstatus – nicht gerade einen guten Dienst erwiesen. Und das werden wir als Befürworter der Blauhelm-Vorlage im Vorfeld der Abstimmung vom 12. Juni 1994 zu spüren bekommen. Man wird uns dann in den rauchigen Veranstaltungslokalen, in den «Beizen» unter Zitierung des Berichtes des Bundesrates über die Aussenpolitik vorhalten, «wir in Bern» wollten die Neutralität der Schweiz auf dem Altar von EU und Uno opfern, der Bundesrat deklariere den Beitritt zur Europäischen Union und zur Uno ausdrücklich als «strategisches Ziel». Wir werden den Match um die Blauhelme also mit demselben Bleigewicht am Fuss auszutragen haben wie seinerzeit den Abstimmungskampf um die Mitwirkung im EWR. Nur hiess damals die Bleikugel «EG-Beitritt via Trainingscamp EWR»; so oder ähnlich haben seinerzeit Mitglieder der Landesregierung die damals gültige «strategische Zielsetzung» formuliert. Es scheint nun wirklich, dass der Bundesrat aus der Niederlage vom 6. Dezember 1992 – sie hat auch mich betroffen – nichts gelernt hat, wenn er im Vorfeld der Blauhelm-Abstimmung derartige strategische Überlegungen in seinem Bericht über die Aussenpolitik publiziert und durch alle Böden hindurch verteidigt wie letzte Woche im Nationalrat. Das mag in den Ohren ausländischer Regierungsstellen gut tönen, im Inland verunsichern solche Strategieerklärungen.
Ich appelliere an den Bundesrat, dass er der Ziffer 42 des Berichtes über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, betitelt «Innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik», ab sofort die oberste Priorität in seinen taktischen, operativen und strategischen Überlegungen einräumt, denn sonst sind weitere Abstimmungsniederlagen programmiert, zum Beispiel bei den Abstimmungen über die Blauhelme oder das Gatt. Es ist schade, und ich bedaure das ausdrücklich, dass sich der Eindruck bei der Bevölkerung immer tiefer einprägt, der Bundesrat und Teile des Parlamentes seien in der Aussenpolitik innenpolitisch nicht lernfähig und nicht bereit, Volksentscheide ohne Wenn und Aber – das heisst vor allem auch ohne Mentalreservationen – zu akzeptieren. Diesen Eindruck zu korrigieren, das ist auch eine Zielsetzung und Sinngebung für diese Debatte, die wir jetzt führen.
Ich kann von diesen Berichten über die Aussenpolitik und zur Neutralität nur mit einigen Vorbehalten Kenntnis nehmen.

Huber Hans Jörg (C, AG): Soll man, oder soll man nicht mehr? Das ist die Frage, die sich jetzt stellt. Die Empfindung sagt eher, man solle nicht mehr; aber die Überzeugung legt es nahe, dennoch einige Bemerkungen zu machen. Dafür spricht, dass man als Grenzbewohner sehr viele Dinge nicht mehr versteht, die in diesem Saal gesprochen werden. Ich habe beim Anhören einzelner Formulierungen meines verehrten Landsmannes und Kollegen Loretan den Gedanken gepflegt, dass 50 Kilometer Entfernung von der Landesgrenze die schweizerische Aussenpolitik differenzierter erscheinen lassen, als es der Fall ist.
Aus der Überzeugung des Grenzbewohners, aber auch aus der Meinung eines, der ehemals im Europarat die Bänke drückte, möchte ich Ihnen einige Überlegungen vortragen. Ich bin auch zentral der Auffassung, dass die Positionierung der Schweiz in Europa und in der Welt zu den wesentlichsten Aufgaben der Politik heute und in Zukunft gehört, und ich meine, dass die Frage, wie wir dieses Problem lösen, für unsere innerstaatliche Kohäsion von ausserordentlicher Bedeutung ist. Ich glaube, es gibt viele, die diesen Akzent eindeutig übersehen.
Ich bin dem Bundesrat dankbar, dass heute drei Berichte vorliegen: der Bericht über die Aussenpolitik, der Bericht zur Neutralität und derjenige, den wir nicht heute zu besprechen haben, über die Möglichkeiten und Grenzen der Aussenpolitik der Kantone. Dafür, dass das so rasch gekommen ist, sind wir aus den Grenzkantonen besonders dankbar. Rückblickend bin ich auch der Meinung, dass es richtig ist, jetzt – und nicht damals (1993) in der Session zu Genf – über Aussenpolitik zu diskutieren. Jetzt liegen nämlich Vorgaben der Regierung vor, zu der das Parlament Stellung nehmen muss, Stellung nehmen soll.

Wenn ich Bemerkungen zum Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren zu machen habe, dann scheint es mir zentral, dass wir uns auf die Grundelemente der Aussenpolitik besinnen. Sie muss für unseren Staat berechenbar, konstant, umfassend und evolutiv sein. Sie muss von einer ganzheitlichen Sicht geprägt sein. Gewiss geht es um die beschworenen eigenen Interessen – Talleyrand lässt grüssen! Aber diese Interessen sind nicht nur wirtschaftlicher Natur. Akzente sind zu setzen in den Fragen der Menschenrechte, für den Frieden, für die Verbreitung des demokratischen Konzeptes, für die Machtbegrenzung des Nationalstaates. Solidarität und Umweltschutz dürfen als internationale Aufgaben in Europa und in der Welt nicht übersehen werden.
Wenn wir uns fragen, was wir tun sollen, würde ich grundsätzlich meinen: weitermachen mit dem, was wir tun, den Bilateralismus, der verschrieben ist, ehrlich, intellektuell redlich betreiben. Ich zweifle nicht daran, dass Regierung und Verwaltung das tun – auch wenn ihnen das Gegenteil unterstellt wird. Ich wundere mich, wie diesbezüglich Mären in die Welt gesetzt werden, ohne dass konkrete Beweise genannt werden.
Weiter bin ich der Meinung, dass es darum geht, vorrangig das Gespräch mit dem Souverän zu suchen, zu vertiefen, sachlich zu führen. Politische Grundmuster einer Nation schlagen nur langsam um; technokratisch sind sie nicht zu bewältigen. Ich glaube, dass es darum geht, die Aussenpolitik von ihrer gegenwärtigen Europazentriertheit zu befreien. Ich möchte eine Regierung sehen, die global denkt und handelt, die den asiatischen Raum ebenso einbezieht wie beispielsweise den islamischen Raum – dessen Entwicklung mir Sorge macht, was aber offenbar von wenigen in diesem Lande geteilt wird.
Ich meine schliesslich, dass wir uns dort weiter engagiert einsetzen, wo wir dabei sind, sei es in der KSZE, sei es im Europarat, sei es in der OECD, sei es im Gatt. Aber etwas dürfen wir nicht tun: Wir dürfen nicht zum Lehrmeister Europas in Sachen Aussenpolitik werden wollen! Wer sich abseits stellt, der tut gut daran, sich Ratschlägen und Visionen an die Adresse anderer, die den europäischen Frieden seit 1945 tragen und stabilisieren, zu enthalten.
Eine der grossen alten Damen der deutschen Publizistik, Marion Gräfin Dönhoff – um auch noch jemanden zu zitieren – schreibt in ihrem neuen Buch «Im Wartsaal der Geschichte», es gehe für den Politiker darum, zu «sehen, was ist». Sie berichtet, Bismarck, der das Metier gewiss verstand, habe immer vor zwei Sachen gewarnt: vor der Kurzsichtigkeit und vor der Weitsichtigkeit. Sehen, was ist, das ist im Prinzip auch aussenpolitisch entscheidend. Und da kommen wir doch mit intellektueller Redlichkeit nicht darum herum zu sehen: Der dominierende Faktor der europäischen Politik ist die Europäische Union.
Wir kommen nicht darum herum, wenn wir uns gegenüber ehrlich sind, zu sehen, dass diese Gemeinschaft seit 1957 ungeheure Wege zurückgelegt und sich verändert hat. Diese Veränderbarkeit ihrer Struktur scheint mir von zentralem Interesse zu sein, und es ist unfair, den Blick einfach auf ihren jetzigen Zustand zu fixieren, wenn es darum geht, zukünftige Entscheide zu überlegen und zu legitimieren.
Wir haben alles Interesse daran, dass sich der deutsche, der österreichische oder der englische Kurs der Föderalisierung, der Demokratisierung gegen den Zentralismus durchsetzt. Aber europäische Entscheide fallen in der EU. Mitwirken ist nach meinem Verständnis ein Stück Unabhängigkeit, Nichtmitwirken ist Abhängigkeit.
Was die Frage des Zeitpunktes betrifft, was die Frage betrifft, ob das eine Option oder was immer auch sei, hat der Bundesrat mit konstanter Intensität immer wieder folgende Überlegung angestellt: Erst wenn die innen- und aussenpolitischen und wohl auch aussenwirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, wird an die Befragung des Souveräns im Sinne der Entscheidvorbereitung, der Entscheidfällung wieder herangegangen. Das zeigt mir, dass diese Entscheide eine lange Laufzeit haben, wenn man sich all das vornimmt.
Ich bin überzeugt davon, dass diese Voraussetzungen innen- und aussenpolitischer Natur den Wandlungen der Europäischen Union, die gegenwärtig im Gange sind, Rechnung tragen. Ich bin auch überzeugt, dass sie den Wandlungen in unserer Innenpolitik und in unseren aussenpolitischen Überzeugungen Rechnung tragen.
Der nächste Schritt, der meines Erachtens in der Aussenpolitik zu tun ist – nebst dem, was wir tun –, ist, die Frage des Beitrittes der Schweiz zur Uno wieder zu stellen. Hier haben wir uns, bei ganz objektiver Betrachtung, irgendwohin verrannt, und wir müssen zurückfinden zu dem, was ist: zur Realität, dass der zweite Sitz der Uno in Genf ist und bleibt, zur Realität, dass wir in allen Unterorganisationen dabei sind. Was hindert uns daran, dort zu sein? Was hindert uns daran, nach schweizerischer Art, Herr Schallberger, dort zu sein, wo die Entscheide fallen (statt dort nicht zu sein, wo die Entscheide fallen, sondern nur an den Rändern)? Das ist die entscheidende Frage.
Der Bericht zur Neutralität ist besprochen worden. Für mich ist er an gewissen Stellen zweifelhaft, und an anderen Orten ist er überzeugend. Es gibt ausser der Nato keine effiziente Sicherheitsstruktur in Europa. Es muss bei der freiwillig akzeptierten bewaffneten und dauernden Neutralität bleiben. Sie ist zu modifizieren und auf ihren Kern zurückzuführen. Es bleiben die drei Komponenten: Unabhängigkeitsfunktion, Dienstleistungsfunktion, Integrationsfunktion. Eine Anpassung ja, eine Aushöhlung nein!
Mit diesen Bemerkungen bin ich bereit, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen, und ich hoffe, dass er in unserem Land Diskussionen auslöst und zur aussenpolitischen Weiter- und Fortbildung beiträgt.

Schiesser Fritz (R, GL): Ich habe mein – als Kommissionsmitglied – wohlvorbereitetes Votum schon längst weggelegt, weil ich ohnehin keine neuen Elemente mehr einbringen könnte. Aber das Votum von Herrn Schmid Carlo und jenes von Herrn Schallberger haben mich dazu veranlasst, doch noch zwei Bemerkungen zu machen.
Herr Schmid hat unter anderem die Auswirkungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auf die Souveränität der Schweiz kritisiert. Man kann über gewisse Urteile aus Strassburg sehr wohl geteilter Meinung sein, Herr Schmid. Aber so, wie Sie sich ausgedrückt haben, schüren Sie – ich sage es ganz offen – Emotionen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, und das dürfen wir nicht tun.
Die Europäische Menschenrechtskonvention ist eine Grundlage für die Zusammenarbeit und den Frieden in Europa. Es zeigt sich nun bei der Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten, welch eminente Rolle diese Europäische Menschenrechtskonvention spielt. Auch wenn es für uns gewisse nachteilige Folgen hat, wenn wir Urteile aus Strassburg erhalten, die uns nicht in allen Punkten zusagen, dürfen wir nicht so argumentieren, als ob diese EMRK eine entscheidende Einschränkung der schweizerischen Souveränität darstellen würde. Wenn es sich tatsächlich so verhielte, müssten wir den Europarat verlassen, uns auch aus diesem europäischen Gremium verabschieden und uns weiter in die Isolation begeben.
Kollege Schmid hat weiter gesagt, mit dem strategischen Ziel, das der Bundesrat in seinem Bericht vorgegeben habe, sei eine Diskussion mit dem Bundesrat nicht mehr möglich. Ich teile diese Auffassung nicht. Zwar hat der Bundesrat ganz klar gesagt, für ihn sei der EU-Beitritt der Schweiz ein strategisches Ziel. Ob es sich dabei um ein Ziel oder eine Option handelt, ist für mich eine semantische Übung. Für breite Kreise der Bevölkerung ist massgebend, ob der Bundesrat einmal den Beitritt der Schweiz zur EU will oder nicht. Er will ihn. Der Bundesrat hat aber ganz klar gesagt, leider nicht unmittelbar anschliessend, massgeblich seien die «innen- und aussenpolitischen Bedingungen». Genau hier ist doch der Ansatzpunkt für eine eingehende Diskussion mit dem Bundesrat, nämlich über die Frage, wann diese Bedingungen erfüllt sein werden. Wenn der Bundesrat nur gesagt hätte, sein strategisches Ziel sei der EU-Beitritt der Schweiz, dann müsste ich Ihnen recht geben. Aber durch diese selbstverständliche Einschränkung hat der Bundesrat einen Spielraum für eine umfassende Diskussion eröffnet.
Hier komme ich nun zu einer Bemerkung an die Adresse von Kollege Schallberger: Was Sie so sympathisch macht, Herr

Schallberger, ist die Tatsache, dass Sie zum Ausdruck bringen, dass das, was Sie gesagt haben, Ihre tiefste Überzeugung ist. Das anerkenne ich vorbehaltlos. Inhaltlich gehe ich mit Ihrer Würdigung aber nicht einig. Was Sie möchten, Herr Kollege Schallberger, wäre ein Laufgitter für den Bundesrat. Möchten wir den Bundesrat in der Europapolitik wirklich in ein Laufgitter sperren? Lassen wir doch diesen Bundesrat gehen. Wir haben sieben Leute in den Bundesrat gewählt; sie sollen aufzeigen, wohin die Reise in der Aussenpolitik gehen soll. Es liegt in erster Linie an uns, am Parlament, dem Bundesrat zu sagen, er gehe in die falsche Richtung, wenn wir davon überzeugt sind. Es wird in zweiter Linie am Souverän liegen, dem Bundesrat zu sagen, jetzt sei er endgültig in die falsche Richtung gegangen. Solange diese Sicherungen bestehen, müssen wir doch keine Angst haben, der Bundesrat tue etwas, was er nicht tun sollte. Sonst müssen wir diesen Bundesrat auswechseln.
Herr Kollege Schallberger hat weiter gefordert, man solle endlich mit diesen bilateralen Verhandlungen fortfahren, das sei nun das eigentliche Thema. Ich bin mit Ihnen einverstanden, Herr Schallberger, aber für Verhandlungen braucht es zwei Partner, und heute morgen hat man in den Nachrichten vernehmen können, dass sich der französische Verkehrsminister gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweiz ausgesprochen habe. Das mag eine Stimme im grossen Konzert sein, aber es ist immerhin eine Stimme, die man wahrscheinlich nicht einfach überhören darf. Bilaterale Verhandlungen ja, aber es braucht zwei Verhandlungspartner, damit man überhaupt mit den Verhandlungen beginnen kann.
Ein letzter Punkt: Ich gehe mit Kollege Schallberger einig, wenn er die Unterschiede der Systeme herausarbeitet, die Eigenarten der Schweiz auf der einen Seite, die Eigenarten der Europäischen Union auf der anderen Seite. Ich bin damit einverstanden, dass man diese Unterschiede aufzeigt. Aber ich bin nicht damit einverstanden, dass man das eine System immer abschätzig als das schlechte bezeichnet und das andere als das gute. Wie wollen wir denn mit einem Partner verhandeln, wenn man ihm von vornherein sagt, eigentlich möchten wir mit ihm nichts zu tun haben, ausgenommen dort, wo wir allfällig Vorteile erlangen könnten? Das ist keine Strategie; so können wir nicht vorgehen. Ich bitte Sie, die Vor- und Nachteile auf beiden Seiten zu sehen und unseren Partnern der bilateralen Verhandlungen nicht ein Bild anzuhängen, das der Wirklichkeit nicht entspricht.
Ich danke dem Bundesrat für diesen Bericht. Ich stimme diesem Bericht zu, auch wenn man darüber streiten kann, ob der Beitritt zur EU ein strategischen Ziel sein soll oder nicht. Der Bundesrat hat mindestens eine klare Sprache gebraucht.

Gemperli Paul (C, SG): Das Interesse, das der Bericht des Bundesrates vom 29. November 1993 über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren gefunden hat, ist erfreulich. Es zeigt, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer vermehrt um die Probleme des internationalen Umfeldes und der Stellung unseres Landes Gedanken machen. Das Bewusstsein, dass wir nicht mehr allein den Weg ins und im nächsten Jahrtausend bestimmen können, sondern auf internationale Kooperation angewiesen sind, hat sich eindeutig verstärkt. Angesichts der globalen Herausforderungen ist die Schweiz genötigt, auch ihre Interessen zu vertreten und die entsprechenden Ziele zu formulieren.
Der vom Bundesrat in diesem Zusammenhang gewählte Ansatz ist richtig. Mit dem Konzept einer zielorientierten Aussenpolitik gelingt es, eine Orientierungshilfe in einem sich ständig verändernden Umfeld zu geben. Wenn wir am heutigen Tag den Bericht wieder durchlesen, stellen wir fest, dass sich schon seit der Veröffentlichung vieles geändert hat. Die Analyse des Umfeldes ist daher nie fertig, sondern die Entwicklung in ständiger Bewegung. Die Stellung und die Einflussmöglichkeiten des eigenen Landes sind immer wieder neu zu umschreiben und zu definieren. Um so wichtiger ist es aber, Ziele zu haben, auf die man sich in einem von Veränderungen geprägten Umfeld ausrichten kann. Der Bundesrat verdient daher Dank, dass er diese neue Dimension in den Bericht zur Aussenpolitik hineingetragen hat. Es geht letztlich um die Vertretung unserer Interessen nach aussen und um die Grundbedürfnisse, die in gleicher Weise auch in der Innenpolitik eine entscheidende Rolle spielen: um Sicherheit, Wohlfahrt, Erhaltung der Lebensgrundlagen und um die Verteidigung der grundlegenden Rechte des Menschen. Danach hat sich letztlich die Aussenpolitik auch auszurichten.
Positiv werte ich auch, dass der Bericht nicht einfach westeuropaorientiert ist. Zu Recht wird darin auch von den osteuropäischen Ländern und von den globalen Problemen gesprochen. Aussenpolitik bedeutet für die Schweiz mehr als nur Pflege der Nachbarschaft. Zwar darf sie durchaus im Vordergrund stehen, aber wir dürfen gute und dauerhafte Beziehungen mit Staaten und Völkern in anderen Kontinenten nicht vernachlässigen. Der amerikanische Kontinent, der asiatische Raum, die Völker Afrikas und der ehemaligen Sowjetunion sind für uns ebenfalls von grosser Bedeutung. Unsere Zukunft hängt nicht unwesentlich von der Lösung der Probleme der Dritten Welt ab. Wir können und dürfen das Blickfeld nicht einfach einengen.
Ein wichtiger Teil des Berichtes musste sich aber notwendigerweise mit Westeuropa und unserem Verhältnis zur EU befassen. Mit diesen Ländern sind wir aufgrund unserer geographischen Lage politisch, kulturell und wirtschaftlich schicksalshaft verbunden. Auch die Lebensgrundlagen sind gemeinsam. Aussenpolitik im Sinne der Wahrnehmung unserer Interessen hat sich daher vor allem hier zu bewähren. Selbst wenn wir uns noch abschotten wollten, würde das nichts bringen, weil uns die Fakten wieder einholen würden. Was in der EU getan und gestaltet wird, hat direkte Auswirkungen auf unsere Zukunft.
Ich habe mit grossem Interesse den Ausführungen von Kollege Schmid Carlo zugehört. Eines muss man aber dazu sagen: Die Probleme sind einfach anders, vielfältiger geworden, und die globalen Zusammenhänge sind intensiver. Ich komme aus der Bodenseeregion; und es geht hier natürlich nicht mehr nur um die Kornschiffe, die von Deutschland her nach Rorschach gekommen sind. Heute hat die Stadt St. Gallen ihr Trinkwasser aus dem Bodensee, aber gleichzeitig auch die Stadt Stuttgart. Man sieht daraus: Das gibt Probleme, die andere Dimensionen haben und viel stärker zusammenhängen. Es ist daher zweifellos richtig, festzustellen, dass es irgendwie unbefriedigend ist, wenn wir zusehen müssen, wie von aussen Politik gemacht wird, ohne dass wir mitgestalten können. Die Verzahnung bei allen wichtigen Fragen ist heute derart, dass eine Isolation keine Dauerlösung beinhalten kann. Die EU ist Realität, ob wir das gerne haben oder nicht.
Nun ist auf der anderen Seite aber ebenso anzuerkennen, dass das Schweizervolk am 6. Dezember 1992 den Beitritt zum EWR abgelehnt hat. Diese Ablehnung war aber kein Abschied von Europa, sowenig wie das Ja zur Alpen-Initiative. Es kamen dabei der Wille zu möglichst grosser Eigenständigkeit und ein Nein zu einer bestimmten Art von wirtschaftlicher und institutioneller Zusammenarbeit zum Ausdruck. Mehr bedeutet dieser Entscheid nicht.
Der Bundesrat ist in dieser Situation zweifellos verpflichtet, das Dossier Europa nicht einfach auf die Seite zu legen. Zurzeit steht aber keine andere Möglichkeit zur Verfügung, als den Weg über bilaterale Verhandlungen zu suchen. Wir müssen mit Geduld und langem Atem auf Gebieten von gemeinsamem Interesse zu den bestehenden Verträgen neue Felder der Zusammenarbeit suchen. Schwierigkeiten und Rückschläge sind nicht auszuschliessen. Aber es ist doch nicht zu verkennen, dass auch die meisten EU-Staaten ein eminentes Interesse daran haben, wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem Modus vivendi zu kommen. Ralf Dahrendorf hat das letzthin sehr eindrücklich in einem Artikel dargestellt.
Ich bin aber überzeugt, dass der Bundesrat bezüglich des Zeithorizontes zuviel erwartet. Es wird nicht möglich sein, schon Ende 1995 eine abschliessende Beurteilung, mit Zwischenbilanz Ende 1994, vorzunehmen. Wir müssen uns hier sicher auf längere Fristen einrichten.
Niemand kann schliesslich den Bundesrat daran hindern, über den Bilateralismus hinauszuschauen. Mit Einzelverträgen können wir Zeit gewinnen, aber nicht für alle Zeiten unsere

Stellung in Europa sichern. Wir sind ein Teil dieses Kontinentes, und wir werden auf die Dauer nicht jeder Entwicklung hinterherlaufen können. Wir werden nicht darum herumkommen, eine umfassende Vereinbarung mit der EU an die Stelle von Einzelverträgen zu setzen. Aber man muss hier auch sehen: Das ist nicht von heute auf morgen denkbar. Dabei dürfen wir zweifellos davon ausgehen, dass sich auch die EU in Zukunft ändern wird. Der Zwang, auch den Osten Europas einzubeziehen, und die Notwendigkeit, gerade nach Maastricht, die Ziele der EU genauer zu definieren und den Vorstellungen der Menschen innerhalb der EU breiten Raum zu geben, werden zu grundlegenden Änderungen führen. Auch hier wird sich ein Prozess abspielen.
Die europäische Einigung ist nicht nur politisch, sie ist auch institutionell unvollendet, und es kann nicht gesagt werden, dass der Maastrichter Vertrag schon den Abschluss bedeute. Vielleicht löst dann am Tag X eine solche EU in der Schweiz weniger Ängste aus. Vielleicht ist aber nach der ersten Euphorie auch mit der EU eine flexiblere und angepasstere Gesamtlösung, die den Interessen unseres Landes Rechnung trägt, zu haben.
Wenn wir deshalb heute als strategische Zielvorstellung einen EU-Beitritt anvisieren, kann ich dem nur bedingt zustimmen. Zwar ist eine Gesamtlösung anzustreben, die zukunftsgerichtet ist und uns einen Platz in Europa einräumt. Aber es wird gerade Aufgabe unserer Diplomatie sein, sich in diesem Umfeld zu bewähren und einen Fächer von Möglichkeiten zu öffnen. Wir dürfen nicht einseitig nur an einen EU-Beitritt denken. Es sind hier eben Optionen zu schaffen, die uns im entscheidenden Augenblick Handlungsfreiheit geben.
Schliesslich dürfen wir eines nicht vergessen: Jede Annäherung an Europa wird – ob wir es wollen oder nicht – zu Einschränkungen unserer Souveränität führen. Direkte Demokratie, aber auch Neutralität im strikten Sinne werden nicht aus der Diskussion ausgeklammert werden können. Zu diesen Fakten gilt es schon heute offen zu stehen. Es wäre tragisch und die Wiederholung eines Fehlers, wenn wir dem Volke vorgaukeln wollten, ein Beitritt zur EU sei in Zukunft zum Nulltarif zu haben, man müsse nur dieses Ziel anvisieren. Das wird zweifellos nicht der Fall sein.
Auf der anderen Seite gilt es aber auch zu bedenken, dass wir ohne umfassende Regelung Gefahr laufen, ohne eigene Verantwortung nachvollziehen zu müssen, was uns andernorts «vorgekocht» wird. Auch dieser Aspekt ist in die Betrachtungen einzubeziehen.
Hier stellt sich für mich vor allem das innenpolitische Problem. Wir kommen nicht darum herum, klar Stellung zu nehmen und auch hier und heute schon zu sagen, was wir im Zweifelsfalle bevorzugen: die direkte Demokratie oder die internationale Mitwirkung. Wenn wir hier nicht Klarheit schaffen, kommen wir innenpolitisch in der Diskussion nicht vom Fleck. Das muss entschieden werden, und das muss auch offen ausdiskutiert werden.
Es bleibt im Zusammenhang mit Europa für unser Land viel zu tun. Ich würde gelegentlich wünschen, dass man mit mehr Selbstvertrauen, aber auch mehr Selbstbewusstsein und mehr Glauben an die eigenen Werte in diese Diskussionen hineingehen könnte.
In diesem Sinne bin ich für Kenntnisnahme des Berichtes.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Ich möchte zu dieser vorgerückten Stunde nicht auch noch in diese Europadebatte eingreifen, um mein Bekenntnis zur Offenheit der Schweiz gegenüber der Welt abzugeben. Ich schliesse mich in diesem zentralen Punkt der heutigen Debatte meinen europafreundlichen Vorrednern an, insbesondere den Kollegen Onken und Rhinow. Ich nehme in ihrem Sinne vom Bericht zustimmend Kenntnis.
Ich möchte aber, in einer Art Arbeitsteilung mit den genannten Kollegen, kurz einen speziellen Aspekt des schweizerischen Verhältnisses zu Europa beleuchten, zu dem der Bundesrat in seinem Bericht ausserordentlich wenig gesagt hat; andere meiner Vorredner haben einiges schon selber dazu beigefügt. Es geht um die besonderen Probleme, welche die direkte Demokratie im Zusammenhang mit unserer Aussenpolitik aufwirft. Der Erfolg der Alpen-Initiative, der von vielen nicht erwartet worden war, hat ins Bewusstsein gerückt, dass unser Volk eine eigene Auffassung vom Umgang mit den Vertragspartnern der Schweiz hat. Es hat einen Beschluss zu fassen gewagt, der mit dem Grundsatz «pacta sunt servanda» in einem gewissen – sagen wir einmal – dialektischen Spannungsverhältnis steht. Das Volk hat zwar seinerzeit die Neat gutgeheissen und hat – für mich konsequenterweise – auch beschlossen, den Gütertransitverkehr auf diese teure Anlage zu verlegen, es hat dabei auch den vom Bundesrat ausgehandelten und vom Parlament beschlossenen Transitvertrag zwar zur Kenntnis genommen, aber auch ein wenig malträtiert – nicht irreparabel zerstört, wie viele meinen, aber ein bisschen angeritzt.
Es geht mir nun keineswegs um diesen einen Fall, sondern ich führe ihn nur als Beispiel an. Es geht mir um die Frage, ob wir trotz der direkten Demokratie europafähig sind, die bei uns eine Ausgestaltung hat, wie sie anderswo in Europa nicht zu finden ist. Wie sollen wir in Zukunft mit den Volksrechten umgehen, um diese Reibereien so weit als möglich vermeiden zu können? Müssen wir allenfalls eine Hierarchie der Rechtsebenen akzeptieren, in welchen einfach das Völkerrecht – eingeschlossen die Staatsverträge – über unserem direktdemokratisch gesetzten Verfassungs- und Gesetzesrecht steht, oder gibt es vielleicht bessere Wege?
Vorausschicken möchte ich noch mein Bekenntnis zur direkten Demokratie, das ich entlang eines Kommentars aus der «SonntagsZeitung» so formulieren möchte: Ich erlebe sie als eine politische und kulturelle Leistung erster Güte, welche die Idee der Machbarkeit dem Zweifel aussetzt und dadurch die Verhältnismässigkeit des staatlichen Handelns im Innern und Äussern garantiert und trotzdem den Fortschritt keineswegs verhindert. Für mich ist die direkte Demokratie kein Relikt, sondern ein Konzept für die Zukunft. Ich bin überzeugt, dass wir sie nie abbauen werden.
Da dies unsere Botschaft sein muss – denn es besteht kein Zweifel, dass das Volk in dieser Sache genau so denkt, wie ich es Ihnen dargelegt habe –, müssen wir uns überlegen, wie wir die Innenpolitik, die direkte Demokratie, gestalten wollen, damit sie der lebensnotwendigen, für das wirtschaftliche und sicherheitspolitische Überleben der Schweiz notwendigen Aussenpolitik nicht immer in die Quere kommt. Ich habe – wie alle andern auch – keine pfannenfertigen Lösungen. Aber ich habe immerhin den einen oder anderen Gedanken:
Ein erster Vorschlag: Wie wäre es, wenn wir das Parlament förmlich verpflichten würden, jeder nicht völkerrechtskonformen Volksinitiative – um bei diesem Volksrecht einmal anzufangen – eine möglichst gleichlautende, aber völkerrechtskonforme Version zuzugesellen? Nicht im Sinne eines Gegenvorschlags, sondern um dem Volk ein völkerrechtskonformes Urnenvotum zu ermöglichen? Sie erinnern sich, dass dies bei der Alpen-Initiative einzelne, insbesondere Urner Standesvertreter, versucht haben; aber ihre Bemühungen wurden von jenen unterlaufen, denen das Argument der Völkerrechtswidrigkeit gerade recht kam, die es gegen die Volksinitiative verwenden wollten. Nun, sie haben anderen eine Grube gegraben und sind selbst hineingefallen. Jetzt haben wir die Bescherung! Aber ich glaube doch, dass wir uns überlegen sollten, ob wir nicht eine förmliche Verpflichtung in dieser Richtung ins Gesetz aufnehmen wollen.
Ein zweiter Vorschlag: Wie wäre es, wenn wir zukünftige Staatsverträge, die eine so umfassende Bedeutung haben, wie sie der EWR-Vertrag hatte oder wie sie vielleicht einmal der EU-Vertrag haben könnte, nach einem entsprechenden Beschluss des Parlamentes in einem zweistufigen Verfahren dem Volke vorlegen würden? In einem ersten Schritt – Jahre vor dem Vertragsabschluss, vor den Verhandlungen – wäre über ein Rahmengesetz abzustimmen, das wir dem obligatorischen Referendum unterstellen könnten. Darin müsste das Verhandlungsmandat definiert sein, natürlich nicht im Sinne der Unterhändler, die schon alle ihre Verhandlungspositionen preisgeben müssten, aber in dem Sinne, dass der Rahmen definiert würde, die Gewichte gesetzt würden, die Konsequenzen durchleuchtet würden und die Grenzen des Entgegenkommens des Volks abgesteckt würden.

Das Volk würde dann zu einem solchen Rahmengesetz, das die Verhandlungen erst ermöglichen würde, ja sagen, und man hätte immerhin die Gewissheit, dass dieser Boden schon vorbereitet, dass eine gewisse Übereinstimmung vorhanden ist. Dann käme allenfalls, falls das Volk ja sagt, später der zweite Schritt dazu, nämlich die Genehmigung des Vertragswerkes selbst. Aber er käme erst nach Abschluss der Verhandlungen dazu. Das hätte den Vorteil, dass die Verhandlungen in voller Kenntnis des ersten Volksentscheides und der dabei geführten Diskussionen geführt werden könnten. Man könnte also davon ausgehen, dass diese Verhandlungsergebnisse sehr viel näher beim schon sondierten Volkswillen lägen, als sie das andernfalls sind, wo sie vor allem von wirtschaftlichen Interessen geprägt sein können, wie wir das ja erfahren haben. Ich denke, so liessen sich unangenehme Überraschungen durch die direkte Demokratie vermeiden, und wir hätten erst noch den Vorteil, dass die Diskussion mit dem Volk über schwerwiegende, schicksalshafte Entscheidungen und Weichenstellungen der Schweizer Aussenpolitik nicht erst drei Monate vor der Abstimmung zu einem Vertrag geführt werden müssten, sondern schon Jahre vorher und während der Jahre der Verhandlungen, und das auf einem Niveau, das sehr viel höher wäre, als es heute ist.

Ein dritter Vorschlag: Wie wäre es, wenn wir die Regelung für das konstruktive Referendum, die wir ja schon einmal vorläufig übernommen und gutgeheissen haben – also Referendum mit Gegenvorschlag, wenn ich das so nennen darf –, bald ausarbeiten und nicht lange darauf warten würden? Könnten wir dem Volk dadurch nicht auch die Möglichkeit schaffen, differenziert auf jene Gesetzesvorlagen zu reagieren, die wir infolge künftiger staatsvertraglicher Verpflichtungen werden vorlegen müssen, sei das nun eine EWR-Mitgliedschaft, eine EU-Mitgliedschaft, eine Uno-Mitgliedschaft oder eine Gatt-Mitgliedschaft? In all diesen Fällen werden Gesetzesänderungen folgen, die wir jetzt dem Volk nur «à prendre ou à laisser» vorlegen können. Warum sollten wir dem Volk nicht eine differenziertere Antwort als ein Ja oder ein Nein erlauben, damit es uns allenfalls völkerrechtskonform diejenigen Änderungen anzeigen kann – mittels des konstruktiven Referendums –, die es in diesen Fällen wünscht?

Das sind meine drei Vorschläge. Es ist sicher, dass sie noch ausgegoren werden müssen; das können wir nur alle zusammen tun. Aber ebensosicher ist, dass wir die Volksrechte und die damit verknüpfte Volkssouveränität in diesem Lande nicht abbauen können, weder heute noch in Zukunft. Wir könnten das vielleicht in einem europäischen Bundesstaat tun, dessen Verfassung die Garantien übernimmt, die unsere Verfassung unseren Bürgern gibt, und sie sozusagen von einer höheren kontinentalen Warte herab auch wieder garantieren würde. Auch bräuchten wir einen genügenden Minderheitenschutz: so, wie unsere Verfassung unseren Minderheiten Schutz gewährt. Aber wir sind weit, weit von einer solchen Konstruktion entfernt, und es ist ungewiss, ob sie überhaupt je Gestalt annehmen wird. Wir können also unsere Volksrechte sicher in absehbarer Zukunft nicht abbauen.

Aber gerade darum müssen wir uns heute Gedanken darüber machen, wie wir unserer direkten Demokratie als politischer und kultureller Leistung den ihr gebührenden hohen Stellenwert auch auf dem aussenpolitischen Parkett verschaffen könnten – nicht nur innenpolitisch –, statt uns nach jedem demokratischen Aufbegehren des Volkes schamhaft bei unseren Nachbarn zu entschuldigen, als hätten wir einen Mangel. Wir haben keinen Mangel, sondern wir haben etwas, das wir gut finden und zu dem wir stehen können. Mit dieser Scham über unser Volk, das so viel mitzureden hat, mit diesem schwächlichen Eingeständnis, dass es halt bei uns schwierig sei, weil bei uns das Volk auch etwas zu sagen habe, kommen wir nicht weiter, weder bei unseren europäischen Nachbarn noch beim eigenen Volk. Wir sollten jetzt anfangen, über Modifikationen der direkten Demokratie nachzudenken.

Cottier Anton (C, FR): Je souscris au rapport sur la politique extérieure de même qu'à l'objectif stratégique défini par le Conseil fédéral. Le gouvernement a en effet un rôle de conduite à accomplir et doit ainsi annoncer où il entend mener le pays.

Je voudrais brièvement m'exprimer tout d'abord pour répondre à un argument avancé par les adversaires à toute intégration européenne, et ensuite sur la politique d'information du Conseil fédéral. Pour les adversaires, participer à l'intégration, et en somme participer à la vie internationale, équivaut à une perte d'indépendance pour un Etat. Les adversaires en font un argument massue. Or, il n'en est rien. L'expertise du pouvoir de codécision permet à notre pays de prendre une influence directe sur les décisions qui le lient au même titre que les autres Etats engagés par le traité. La coopération internationale et la codécision deviennent ainsi une pleine expression de la souveraineté nationale. La codécision ne limite pas ses effets et son impact à un seul pays, mais les étend à d'autres Etats. Et un plus grand engagement de la Suisse en Europe ne met donc nullement en cause son indépendance, mais au contraire la renforce.

M. Schmid Carlo a cité tout à l'heure l'exemple des négociations du Gatt, menées entre les Etats-Unis, d'une part, et la Communauté européenne, d'autre part, pour appuyer sa thèse que la souveraineté de la Suisse était mieux sauvegardée si notre pays restait seul, non engagé, en dehors des communautés internationales. Or, l'exemple utilisé prouve le contraire. L'Etat membre de la Communauté européenne, que ce soit la Hollande ou même un petit pays comme le Luxembourg, est en mesure d'influencer, à l'intérieur de la Communauté, le résultat des négociations spéciales du Gatt, menées seules entre les Etats-Unis et la Communauté européenne. En revanche, le pays non membre, comme la Suisse, n'a pas eu voix au chapitre. Il a dû simplement prendre acte de l'accord qui le lie également, et ainsi subir toute cette procédure. La Suisse a été mise devant le fait accompli. C'est la meilleure preuve pour vous dire que participer aux communautés internationales, c'est renforcer son propre pouvoir de codécision, donc sa propre souveraineté.

Enfin, pour conclure, j'admets, comme certains l'ont relevé, qu'en matière de politique européenne un fossé existe entre les responsables et le peuple, attesté par au moins deux votations populaires. C'est le peuple, en dernier ressort, qui légitime la politique gouvernementale, qui approuve ou rejette le résultat négocié par le Conseil fédéral. Il est dès lors indispensable d'informer la population, déjà au stade de la procédure des négociations, sur l'état d'avancement et sur les progrès réalisés. Or, le rapport du Conseil fédéral – peut-être n'était-ce pas son rôle – reste muet à ce sujet, ou est trop abstrait lorsqu'il propose comme seule mesure une meilleure information de la population ou la création de commissions consultatives extraparlementaires «qui serviront de forum de discussion».

Un climat de confiance doit s'instaurer entre le pouvoir politique et le peuple. Un dialogue doit s'engager rapidement et se renouveler constamment. Le Conseil fédéral devra établir un concept d'information en procédant régulièrement au contrôle du progrès des négociations dans les seize domaines soumis pour négociation par la Suisse à l'Union européenne.

C'est dans ce sens que je déposerai une motion sur la réalisation des conditions intérieures et extérieures nécessaires à la politique européenne: informer régulièrement le peuple sur l'appréciation et les contrôles que le Conseil fédéral exercera sur les négociations bilatérales d'abord, multilatérales ensuite. C'est ce que nous demandons au Conseil fédéral. Et c'est ainsi que notre gouvernement assumera véritablement son rôle de conduite et entraînera le pays dans son grand projet.

Martin Jacques (R, VD): Plus d'un an nous sépare de la votation sur l'Espace économique européen. Force est de constater, comme les partisans du traité l'avaient annoncé, que le statu quo n'est viable ni politiquement ni économiquement. Ce pays ne peut continuer à vivre dans le flou, à disperser ses énergies dans diverses stratégies complémentaires contradictoires ou en menant des négociations bilatérales ardues, déséquilibrées, à l'issue incertaine. La Suisse ne se trouve pas en position de force pour négocier. Elle dépend de la bonne volonté de la Commission européenne d'entrer en matière.

Ainsi, cette même Commission choisit les domaines de négociation, édicte ses conditions, détermine ses priorités. Ce procédé est parfaitement normal. Il suit la logique que nous-mêmes avons choisie; une logique de l'enfermement dont les conséquences s'accentuent avec la progression rapide des négociations d'adhésion de l'Autriche, de la Suède et de la Finlande, ajoutées au désir d'aboutir de la Norvège. La carte de l'Union européenne telle qu'elle se dessine avec ses 16 prochains membres est suffisamment éloquente quant à nos difficultés futures. Elle me fait curieusement penser – permettez la comparaison – au village d'irréductibles d'une bande dessinée célèbre .... La comparaison s'arrête là, car cette vision ne saurait nous amuser, bien au contraire.
Cet état de fait met notre gouvernement dans une situation toujours plus délicate. D'abord, parce que nous n'avons plus qu'un choix, celui d'acquiescer ou de renoncer. Ensuite, parce que la négociation s'engage dans les domaines fortement contestés lors du débat sur l'Espace économique européen, qui, si nous les acceptons dans le cadre d'un accord bilatéral, risquent fort d'être soumis au référendum. Or, pourquoi trouveraient-ils grâce aux yeux du peuple à ce moment-là? Cette position est inconfortable. Elle risque à terme de miner totalement notre crédibilité auprès de nos partenaires européens. Nous l'avons encore récemment constaté lors de l'acceptation de l'initiative pour la protection des régions alpines, ce qui contredit partiellement l'Accord de transit signé il y a quelques mois.
Nous devons donc impérativement sortir de cette double impasse. Que faire alors? Revoter sur l'EEE? Nous savons bien que cela ne servira à rien dans les faits puisque nous rallierions un espace déserté par la plupart de ses membres actuels, candidats à l'entrée dans la Communauté. Nous devons nous faire là à l'idée que le train est définitivement passé. Il nous reste un objectif, et un seul, comme le souligne le rapport du Conseil fédéral: l'adhésion à l'Union européenne.
Nous devons aujourd'hui soutenir le gouvernement dans la définition claire de cet objectif, non pas comme une idée lointaine et floue, mais comme un but à atteindre dans un délai raisonnable. J'appelle «délai raisonnable» celui agréé par nos partenaires, comprenant la longue période de négociations, période pendant laquelle nous conduirons l'effort de sensibilisation nécessaire auprès de notre population.
Qu'on le veuille ou non, cette démarche est incontournable. Nous sommes européens, nous ne pouvons rester en dehors de la construction européenne, dont l'architecte ne saurait être que l'Union européenne. Une union vécue, non pas comme un produit fini et figé, mais en constante évolution. Ces derniers mois, notamment les négociations avec les petits pays candidats nous ont d'ailleurs prouvé que le cadre rigide de Maastricht pouvait être assoupli. D'autres idées sont lancées, plus fédéralistes, plus proches de la conception helvétique de l'Europe. Nous avons notre place, notre expérience à faire valoir dans ce débat passionnant dont dépend l'avenir de notre continent.
Le Parlement doit soutenir son gouvernement dans la politique extérieure ainsi définie. J'irai même plus loin: nous devons l'inciter à dégeler notre demande de négociation maintenant. Ce n'est pas le choix de la facilité, j'en conviens. Nous devons convaincre sur deux tableaux: nos partenaires, pour qu'ils nous acceptent à la table de négociation dès que possible, et le peuple suisse, du bien-fondé de cette décision. C'est un défi. Un défi à relever par tous ceux qui veulent pour la Suisse un avenir actif au sein du continent, le seul sans doute qui soit à la hauteur des attentes de la jeunesse, de son enthousiasme, de son engagement pour l'idée européenne.
Il est primordial que nous acceptions le rapport du Conseil fédéral pour renforcer sa position dans les difficiles négociations qu'il s'apprête à entamer avec les partenaires de l'Union européenne, et que nous nous engagions – comme élus – à expliquer sa position, à sensibiliser la population aux enjeux de la politique européenne de la Suisse. Nous devons aller à la rencontre des sceptiques pour dialoguer et pour convaincre.
Nous devrons aussi avoir le courage d'examiner les questions délicates de la neutralité et des droits populaires. L'incertitude quant à leur avenir dans le cadre de l'Union européenne nourrit l'inquiétude et la méfiance. Pour les dissiper il n'y a qu'une voie, celle de la clarification et de la transparence.
Ne laissons pas le Conseil fédéral porter seul les relations de la Suisse avec l'Europe. Soutenons-le dans cette démarche politique lucide. Approuver ce rapport est le premier pas d'une démarche à long terme que nous avons le devoir d'entamer sans attendre.

Bisig Hans (R, SZ): Wie Herr Kollege Huber meine ich auch: Wir sollen, nein, wir müssen uns äussern. Die wirtschaftliche Stellung der Schweiz verlangt vom Bundesrat eine Interessenwahrung an den Orten, wo die Entscheide gefällt werden. Eine Absicherung des Erreichten kann dabei nicht genügen, schon gar nicht eine Zementierung der vorhandenen Schwächen und Lücken.
Wie die Studie «Öffnung oder Isolation der Schweiz?» der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich feststellt, lassen sich die behördlichen Zielvorstellungen über den aussenpolitischen Kurs des Landes aber nur realisieren, wenn diesen die Gefolgschaft durch die Bevölkerung nicht verweigert wird, wenn «politische Führung» nicht bloss die Formulierung von Zielen, sondern auch die Herstellung von Konsens beinhaltet. So frei ist der Bundesrat letztlich eben doch nicht, lieber Fritz Schiesser. Dieser Konsens ist sicher dann nicht zu erreichen, wenn sich Europastürmer und Isolationisten hinter ihren Mauern von Besserwisserei, Selbstgerechtigkeit und Trotz verschanzen.
Die erwähnte Studie kommt in ihrem vorläufigen Fazit zur Feststellung, dass eine integrative, harte Kooperationsstrategie politisch, wirtschaftlich oder auch militärisch in der Schweiz auch weiterhin nicht mehrheitsfähig sei. Eine vorsichtige Öffnung mit möglichst wenig Souveränitätsverlust komme der aktuellen Grundstimmung am nächsten. Nicht die völlige, wohl aber ein Maximum an nationaler Unabhängigkeit sollte gewahrt bleiben. Es darf nicht übersehen werden, dass die Tendenz nicht in Richtung Öffnung der Schweiz geht; der 20. Februar 1994 hat das erneut bestätigt. Eine Öffnung der Schweiz ist nicht schmerzlos zu realisieren, sie lässt eigentliche Verlierer zurück. Ängste bezüglich Entwurzelung und Identitätsverlust sowie der Gefährdung der inneren Sicherheit müssen ernst genommen werden.
Der Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik ist für mich eine Gesprächsgrundlage. Ich erachte es als eine vordringliche Aufgabe des Parlamentes, den Dialog aufzunehmen und in die Bevölkerung zu tragen. Wir müssen die Blockierung der Bereitschaft zur aussen- und sicherheitspolitischen Öffnung lösen. In diesem Sinne nehme ich den Bericht zur Kenntnis.
Wie für viele Kolleginnen und Kollegen besteht auch für mich eine Divergenz in der strategischen Zielsetzung des EU-Beitritts. Volk und Stände haben den EWR-Vertrag nicht zuletzt darum abgelehnt, weil der Bundesrat am 18. Mai 1992 die Vorlage mit einem EG-Beitritt verknüpft hat. Der Respekt vor diesem demokratischen Entscheid verbietet mir, die Mehrheitsmeinung zu missachten und ohne wirtschaftliche oder politische Not den nächsten Schritt zu fordern, nachdem wir beim ersten Schritt gestolpert sind. Selbstverständlich kann man immer wieder auf einen Entscheid zurückkommen. Reine Besserwisserei darf aber als Begründung nicht genügen. Ich anerkenne dabei, dass der Bundesrat seit seinem Entscheid vom 18. Mai 1992 in einer anderen Situation ist.
Der Bundesrat geht in seinem Bericht über die Aussenpolitik davon aus, dass die Unabhängigkeit der Schweiz durch Mitwirkung besser gefördert werden könne als durch Abgrenzung. Diese Behauptung mag richtig sein oder auch nicht. Jedenfalls wird es unterlassen, wie die eingangs erwähnte ETH-Studie auch zeigt, eine Kompatibilität mit unseren demokratischen Institutionen herzustellen. Das ist eine grosse Herausforderung, der wir uns noch stellen müssen. Die Mitwirkenden im Aussenbereich sind nicht die gleichen wie im inneren Bereich. Nach aussen sind es Diplomaten, der Bundesrat oder eventuell noch das Parlament. Das Volk ist weitgehend ausgeschaltet. Es verliert Mitwirkungsrechte, die es ausüben könnte, wenn die entsprechenden Fragen innenpolitisch gelöst würden.

Einem «bundesrätlichen Eiertanz» gleicht die Stellungnahme zur Neutralität. Der Bundesrat hält eine EU-Mitgliedschaft unter Aufrechterhaltung der Neutralität für möglich, dies, obwohl die EU beschlossen hat, in Richtung Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft zu marschieren. Als Beitrittswilliger kann er sich der sicherheits- und verteidigungspolitischen Finalität der EU natürlich nicht widersetzen; er kann aber anderseits auch nicht sagen, er wolle die Neutralität aufgeben. Auch hier handelt sich der Bundesrat mit seinem strategischen Ziel Probleme ein, die im heutigen Zeitpunkt unnötig wären.
Schliesslich gibt es vor dem Entscheid für das strategische Ziel des EU-Beitrittes noch wirtschaftliche Fragen zu klären. Europa hat in den letzten Jahren gegenüber den USA und dem Fernen Osten Terrainverluste hinnehmen müssen. Man muss sich darum die Frage stellen, ob wir tatsächlich Konkurrenzvorteile erhalten, wenn wir uns voll in die EU integrieren. Die Gefahr ist nicht auszuschliessen, dass wir vielmehr an den essentiellen Nachteilen gegenüber den anderen Märkten partizipieren. Die Probleme müssten in aller Offenheit untersucht und besprochen werden.
Eine nüchterne Lagebeurteilung darf nicht einfach durch Europabegeisterung ersetzt werden. Es gilt jetzt, den klaren Auftrag für bilaterale Verhandlungen entschlossen und zielgerichtet zu erfüllen. Bilaterale Vereinbarungen sind keine Zwischenstationen zum Vollbeitritt, sondern Auffangnetze.
Letztlich gilt es auch im Rahmen des Gatt die erforderliche Ellbogenfreiheit zu bewahren.
So gesehen kann der Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik im Sinne einer Dialoggrundlage zur Kenntnis genommen werden.

Morniroli Giorgio (D, TI): Vorrei innanzi tutto ringraziare il Consiglio federale per questo rapporto che permette al Parlamento di formulare le proprie osservazioni, benché non abbia altro da fare che semplicemente prenderne atto.
Für mich liegt das Hauptproblem der ganzen Diskussion bei der Zukunft unserer Neutralität. Es ist schon richtig, dass die Neutralität als ein Instrument unserer Aussenpolitik zu verstehen ist. Dieses Instrument kann wohl den Umständen und der Entwicklung der internationalen Politik angepasst werden, wobei aber gewisse Grenzen gesetzt sind. Man muss jedenfalls der historisch-traditionellen, d. h. der rationalen Auffassung, zugleich aber auch der emotionalen Interpretation, also der Stimme des Herzens der Bürgerinnen und Bürger, Rechnung tragen, welche zusammen die Neutralitätsauffassung unseres Volkes prägen. Wir dürfen deshalb nicht nur vom völkerrechtlichen Inhalt dieses aussenpolitischen Prinzips ausgehen.
Im Bericht zur Neutralität (Anhang) ist nachzulesen, «dass die Schweiz an der aussen- und sicherheitspolitschen Strategie der dauernden Neutralität festhalten soll» (Seite 68, Ziff. 22). Damit wird bestätigt, was der Bundesrat bereits in seinem Bericht über die Sicherheitspolitik und im Armeeleitbild 95 ausgesagt hat. In diesem Zusammenhang wiederhole ich, was ich schon einmal in diesem Rat gesagt habe: «Solange keine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik besteht und solange keine vereinigten europäischen Streitkräfte alle Völker des Kontinents, vom hohen Norden bis ganz unten in den Süden, inklusive der Schweiz, schützen, so lange können und dürfen wir auf unsere Neutralität, im restriktiven Sinn, nicht verzichten.»
Der Wille, ein vereinigtes Europa aufzubauen, ging – nach zwei Weltkriegen – von der Hypothese eines Nichtangriffspakts aus, also von der Idee eines militärischen Bündnisses. Ob dieses Endziel erreicht wird, die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas, wird letztlich davon abhängen, ob eine gemeinsame Sicherheitspolitik realisiert werden kann. Mir scheint, dass wir heute sehr weit von diesem Ziel entfernt sind und die Gefahr einer Renationalisierung der Militärpolitik immer grösser wird.
Ein europäischer Staatschef hat vor einigen Monaten bei seinem Besuch in unserem Land bemerkt – Sie wissen das, meine Herren Bundesräte –: Wenn Europa nicht in kurzer Zeit einen grossen Schritt in Sachen gemeinsame Sicherheitspolitik weiter komme, bestehe die grosse Gefahr, dass die EU-Mitgliedstaaten wieder auseinanderdriften.
Im Bericht finde ich folgende Aussage: Die Staaten und die EU-Kommission vertraten die Ansicht, dass es in erster Linie vom neutralen Staat selbst beurteilt werden müsse, ob die EU-Mitgliedschaft mit dem Status der Neutralität vereinbar sei. Der beitrittswillige Neutrale müsse ohne Vorbehalt und Mentalreservation bereit sein, alle bestehenden Vertragsverpflichtungen zu erfüllen und die sicherheits- und verteidigungspolitische Finalität der Europäischen Union mitzutragen.
Es wird dann auf den Beitritt von Österreich, Schweden bzw. Finnland hingewiesen; aber die Neutralitätsauffassung dieser Staaten ist doch recht verschieden, verglichen mit jener der Schweiz.
Eine weiteren Aussage, die nicht sehr überzeugend wirkt und in welcher man zwischen den Zeilen eine gewisse Unsicherheit herausmerkt, lautet: «Die EU-Mitgliedschaft würde die Neutralität in künftigen Kriegen nicht ausschliessen.» Es heisst «würde .... nicht ausschliessen», und nicht «wird die Neutralität nicht in Frage stellen». Ich stelle somit fest: Es besteht ein Widerspruch zwischen den beiden Zielen des Bundesrates: einerseits an der Neutralität unbedingt festhalten und andererseits der Europäischen Union beitreten zu wollen. Diese soll ja letzten Endes zu einer militärischen Union werden, und wer beitritt, muss sich verpflichten – wie schon gesagt –, alle sicherheits- und verteidigungspolitischen Vertragsbedingungen zu erfüllen.
Ich bin deshalb der Ansicht, dass der Bundesrat in diesem Bericht zwischen den beiden folgenden Optionen hätte entscheiden sollen:
1. An der Neutralität der Schweiz wird vorläufig festgehalten, bis die Konsequenzen eines EU-Beitritts einwandfrei abgeklärt sind und dann die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Form der Neutralität neu beurteilt werden kann.
2. Ein EU-Beitritt kommt nur in Frage, wenn die Neutralität in der gegenwärtigen Form nicht in Frage gestellt wird – diese Option ist sicher eine Hypothek.
Eine letzte Bemerkung: Am 12. Juni 1992 habe ich eine parlamentarische Initiative mit dem folgenden Titel eingereicht: «Für eine freie Schweiz. EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» (AB 1993 S 248) Inzwischen ist auch eine analog formulierte Volksinitiative deponiert worden.
Zur Verfassungsmässigkeit eines EU-Beitrittsgesuches will ich mich nicht äussern. Die Rechtsgelehrten streiten sich darüber, ob ein solches in der Kompetenz des Bundesrates liege. Ich verweise lediglich auf Arikel 102 Ziffer 9 der Bundesverfassung: «Er (der Bundesrat) wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.»
Das Argument, dass unsere Regierung gemäss Ziffer 8 des gleichen Artikels für die Gestaltung der Aussenpolitik zuständig sei, kann kaum überzeugen, denn hier handelt es sich nun wirklich nicht um Aussenpolitik; ein EU-Beitritt käme doch einer einschneidenden Änderung unserer Rechts- und Staatsordnung gleich.
Wie es sich schon für das EWR-Beitrittsgesuch gerechtfertigt hätte, halte ich für ein Gesuch um Aufnahme in die EU in noch viel höherem Masse einen prinzipiellen Volksentscheid für angebracht. Das Schweizervolk soll entscheiden, ob EU-Verhandlungen überhaupt aufgenommen werden sollen. Um die Meinungsbildung zu gestatten, würde eine Auflistung der hauptsächlichsten Folgen eines Beitritts genügen.
Nebst den politischen und juristischen Aspekten eines solchen Vorgehens besteht auch ein praktisches Argument, das ich aufzeigen möchte. Man könnte die nicht zu vernachlässigenden Kosten einsparen, wie sie beim EWR mit den Verhandlungen, den zahllosen Kommissionssitzungen und der Sondersession entstanden sind – Millionen von Franken, die verschwendet worden sind, da ja das Schweizervolk dem EWR-Abkommen am 6. Dezember 1992 nicht zugestimmt hat.
Besonders aus diesem Grund hoffe ich, dass das Schweizervolk die Initiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» annehmen wird.

Schoch Otto (R, AR): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich darauf, Ihnen einfach meinen vorbereiteten Sermon zu verlesen. Ich will mich vielmehr darauf beschränken,

ganz bewusst nur die drei Kernaussagen des Votums wiederzugeben, das ich vortragen wollte:
1. Ich möchte dem Bundesrat in bezug auf die formale Seite des Berichtes meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Der Bericht ist genau so ausgefallen, wie ich mir ein bundesrätliches Positionspapier zu wesentlichen, für unser Land wichtigen Fragen vorstelle. Er ist klar und präzis formuliert, und er bedient sich einer schnörkellosen Sprache. Der Bericht liest sich dementsprechend flüssig und ist problemlos verständlich. In diesen Dank schliesse ich auch jene ein, die am Bericht gearbeitet und dessen Ausformulierung massgebend mitbestimmt haben. Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen.
2. Inhaltlich, das ist noch wesentlicher als das Formale, kann ich mich dem Bericht vollumfänglich anschliessen, und zwar mit Bezug auf alle darin erläuterten Positionen, auch mit Bezug auf die vieldiskutierte strategische Zielsetzung hinsichtlich EU, auch mit Bezug auf das Neutralitätsverständnis, wie es im Bericht formuliert ist, auch mit Bezug auf das, was der Bundesrat zur Uno sagt. Ich mache keine Einschränkungen, bringe keine Vorbehalte an.
3. Gerade weil mir der Bericht und die darin zum Ausdruck gebrachte mutige und klare Haltung des Bundesrates imponieren, habe ich nicht wenig Mühe, verschiedene Mitglieder dieses Rates zu verstehen, und zwar habe ich nicht in erster Linie mit jenen Ratsmitgliedern Mühe, die dem Bericht nicht zustimmen können oder nicht zustimmen wollen – also zum Beispiel mit den Herren Schallberger, Schmid Carlo oder Iten Andreas. Ich meine, es sei durchaus legitim, die im Bericht vorgezeichnete Marschrichtung abzulehnen, und mit dieser Haltung wird wohl auch eine Auffassung zum Ausdruck gebracht, die im Volk vermutlich recht breit abgestützt sein dürfte. Das verkenne ich durchaus nicht, auch wenn sie meiner Auffassung nicht entspricht.
Mühe habe ich vielmehr mit jenen Ratsmitgliedern, die dem Bundesrat zwar zunächst Dank und Anerkennung aussprechen, die sich dann aber sogleich mit Sorgfalt und Akribie darauf kaprizieren, den Finger auf jene Stellen im Bericht zu legen, von denen sie glauben, sie könnten vielleicht irgendwann einmal Anlass zu Diskussionen geben und es handle sich vielleicht um Äusserungen, die möglicherweise in der einen oder anderen Hinsicht mit ihrer eigenen Auffassung nicht haargenau deckungsgleich seien. Ich habe also Mühe mit jenen Ratsmitgliedern, die sich zwar mit Müh und Not eine grundsätzliche Zustimmung zum Bericht abringen, sich aber alsogleich jenen Bereichen zuwenden, in denen sie sich mit ihren Wenn und Aber, mit ihren Vorbehalten und Einwendungen, ausleben können.
Ich empfinde diese Haltung als bedauerlich, als nahezu nörglerisch. Nehmen wir doch zur Kenntnis, dass der Bundesrat bereit ist, seine Führungsaufgabe wahrzunehmen, und seien wir doch dankbar dafür, dass wir eine Landesregierung haben, die stark genug ist, in aussenpolitischen Bereichen auch klare Zielvorstellungen zu entwickeln.

Uhlmann Hans (V, TG): Lassen Sie mich vorerst zwei Feststellungen machen:
1. Die Aussenpolitik eines Landes ist, wie wir gehört haben, etwas Dynamisches – dem stimme ich zu –, etwas, das sich laufend verändert. Das Umfeld und die internationale Lage verändern sich ja, wie wir wissen, fast täglich und verlangen deshalb auch nach Neuorientierung. Aber auch die Lage im Innern kann sich verändern, Ziele können sich verändern und Stimmungen können umschlagen.
2. Ein Bericht über ein so lebendiges Gebiet wie die Aussenpolitik kann gezwungenermassen nur eine Momentaufnahme sein. Aus dieser Erkenntnis heraus muss man sich fragen, welchen Ansprüchen ein solcher Bericht gerecht werden soll. Schon im Vorfeld, aber besonders im Nachgang zur EWR-Abstimmung konnte im Volk und auch bei vielen Politikern eine grosse Verunsicherung in aussen- und europapolitischen Fragen festgestellt werden.
Der Bundesrat hätte also mit diesem Bericht eine ausgezeichnete Chance gehabt, Unklarheiten zu beseitigen, seine Absichten klar darzulegen und besonders – und das betone ich – beim Volk Vertrauen zurückzugewinnen. Ich muss es leider sagen: Diese Chance wurde nicht wahrgenommen, im Gegenteil, mit dem Bericht zur Aussenpolitik wurde einer neuerlichen und zusätzlichen Polarisierung Vorschub geleistet.
Es ist aber nicht so, dass der vorliegende Bericht nur negative Seiten hat. In einigen Teilen ist er sogar sehr gut und hilfreich; das anerkenne ich durchaus. Die Analyse und die Einschätzungen des aussenpolitischen Umfeldes der Schweiz sind absolut realistisch und zutreffend. Wenig bietet der Bericht aber dort, wo er von der Lagebeurteilung her zur Darlegung der Ziele und der Mittel zur Erreichung dieser Ziele übergeht. Was fehlt, sind klare Positionen und Prioritäten. Der Bericht wirkt streckenweise fast wie ein Selbstbedienungsladen. Es wird aufgezählt, wo die Aussenpolitik überall ansetzen könnte und welch vielfältige Betätigungsfelder die Aussenpolitik der Schweiz bieten kann. Er lässt aber leider offen, welche dieser Ziele in der Realität zu forcieren sind und welche weniger wichtig sind.
Unbefriedigend ist für mich der europapolitische Teil dieses Berichtes und die darin aufgezeigten Zielvorstellungen. Die Realität gibt dem Bundesrat einen – nur einen! – europapolitischen Weg vor: die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union mittels bilateraler Verhandlungen. Alles andere steht heute und zurzeit nicht zur Diskussion. Die bilateralen Verhandlungen sind so rasch wie möglich in Angriff zu nehmen. Die Bereitschaft der anderen Seite darf man nicht bereits jetzt negieren, wenn jemand irgendeine Bemerkung macht. Wann der Zeitpunkt kommt, um Bilanz zu ziehen, ist völlig offen, und das lässt sich auch heute nicht absehen. Ich warne auch davor, zu glauben, man könne innert einigen Monaten bereits eine Bilanz ziehen. Wer so spricht, der ist gar nicht an einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen interessiert. Man kann immer nur einen Weg auf einmal beschreiten. Das heisst, dass alle anderen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der EU vorläufig aus praktischen Gründen zurückzustellen sind. Sie können, das räume ich ein, für einen späteren Zeitpunkt einmal Optionen darstellen. Das lässt sich jetzt noch nicht beurteilen. Optionen bleiben immer offen, sie sind im Auge zu behalten und gegebenenfalls hervorzuholen und neu zu beurteilen. Aus der heutigen Sicht können sie aber keine Ziele darstellen.
Ein Beitritt zur EU von «Maastricht» ist nicht das Ziel der schweizerischen Aussenpolitik und wird es in nächster Zukunft sicher auch nicht werden. Wer heute mit einem Beitritt liebäugelt – ich stelle fest, dass das doch einige sind in diesem Saal –, hat die Rechnung ohne das Volk gemacht. Das Ziel EU-Beitritt hat in diesem Bericht deshalb nichts verloren.
Der Bericht wirft auch weitere Fragen auf, die unnötig belasten. Müssen wir jetzt wirklich über den Uno-Beitritt sprechen? Müssen wir die Neutralität jetzt hinterfragen?
Damit komme ich noch zum Anhang, zum Bericht zur Neutralität: Die damit ausgelöste Diskussion ist nach meinem Dafürhalten völlig überflüssig. Eine Relativierung des Neutralitätsbegriffes ist ebenso unsinnig wie unnötig. Die Schweiz hatte in der Vergangenheit nie Probleme mit ihrem Neutralitätsverständnis. Die Neutralität stellt eine unverzichtbare und wichtige, aber auch eine fest verankerte Grundlage für unsere Aussen- und Sicherheitspolitik dar. Sie hat die sich wandelnden Anforderungen immer erfüllt. Unsere Neutralität hat sich als sehr flexibel erwiesen. Ein pragmatischer und zweckmässiger Umgang mit dem traditionellen Neutralitätsbegriff wird sich auch in Zukunft bewähren.
Wir dürfen keine Relativierung oder Verwässerung dieses Neutralitätsbegriffes vornehmen. Das würde uns in der praktischen Anwendung der Neutralität überhaupt nichts bringen, sondern mit Sicherheit nur Schaden zufügen.
Der einzige Effekt wäre eine weitere Verunsicherung des Volkes. Wir haben es heute morgen oft gehört: Man muss innenpolitisch zuerst das Klima ändern, um aussenpolitische Erfolge erzielen zu können. Das Volk steht zur traditionellen Neutralität, diesem Gesichtspunkt hätte stärker Rechnung getragen werden müssen.
Wenn ich heute den Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik zur Kenntnis nehme, dann tue ich dies nur unter dem Vorbehalt, dass ich mit den europapolitischen Zielen des Berichtes und mit dem Anhang, dem Bericht zur Neutralität, nicht

einverstanden bin und die diesbezügliche Sicht des Bundesrates auch in keiner Weise teilen kann.
Das oberste Ziel der schweizerischen Aussenpolitik muss nach wie vor – das hat nichts mit Abschottung zu tun – die in der Bundesverfassung in Artikel 2 festgeschriebene Maxime «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen» bleiben.

Frick Bruno (C, SZ): Es scheint, dass sich jeder einleitend entschuldigen muss, wenn er zu dieser mittäglichen Stunde noch das Wort ergreift. Ich werde trotzdem zwei Gedanken äussern, einen allgemeinen zum Bericht und einen persönlichen Vorbehalt.
Es ist ein grosses Verdienst des Bundesrates, dass er die schweizerische Aussenpolitik gründlich neu orientiert. Er legt überzeugend dar, wie die Innenpolitik immer mehr international verflochten ist und dass der einzelne Staat die Realitäten immer weniger allein steuern kann. Er folgert richtig, dass die Aussenpolitik in erster Linie unserer Interessenwahrung und Existenzsicherung dient. Die Unabhängigkeit wahren wir dann am besten, wenn wir international am effizientesten mitwirken.
Ich unterstütze die fünf aussenpolitischen Ziele, die der Bundesrat im Bericht nennt, vollauf, wozu unter anderem die Förderung von Sicherheit und Frieden, die Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes, aber auch der Schutz der Menschenrechte und der natürlichen Lebensgrundlagen gehören. Ein solches aussenpolitisches Verständnis führt die Schweiz zur nötigen Offenheit gegenüber Europa und der Welt. Zu lange haben wir Aussenpolitik nur mit Aussenwirtschaftspolitik gleichgestellt.
Ich habe die Kritiken gehört, dass die neuen Elemente unserer Aussenpolitik Ausdruck von missionarischem Ehrgeiz seien. Ich bin ganz anderer Ansicht. Auch ein Kleinstaat wie die Schweiz hat eine aussenpolitische Verantwortung und hat für ethische Ziele einzustehen. Wo wir Aussenpolitik nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betreiben, werden wir zu «Trittbrettfahrern». Soweit unterstütze ich den Bericht des Bundesrates vollauf und spreche dem Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesrat meine volle Anerkennung aus.
Mein einziger, aber entscheidender Vorbehalt gilt der Aussage – darauf möchte ich kurz eingehen –, dass der EU-Beitritt unser strategisches Ziel sei. Zum einen ist der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union höchstens ein Mittel, um unsere Interessen zu wahren, nie ein Ziel, genauso wie die Neutralität ein sicherheitspolitisches Mittel des Kleinstaates ist, um seine Interessen zu wahren. Warum im aussenpolitischen Bericht unter dem Titel «Die Mittel» ein Mittel unvermittelt zum Ziel erklärt wird, ist für mich nicht verständlich.
Zum anderen ist die Aussage, der Beitritt zur EU sei das strategische Ziel, in der Wortwahl verfehlt. Diese Aussage scheint mir wenig auf gründliche Überlegungen abgestützt zu sein. «Strategisch» ist ein Ziel, dem alle anderen Ziele unterzuordnen sind und auf das jedes Handeln auszurichten ist. So versteht jedermann das Wort «strategisches Ziel», und diese Vorbehalte sind nicht bloss «semantisches Geschwätz».
Durch seine Aussage hat der Bundesrat die Diskussion selber auf die Frage «EU-Beitritt: ja oder nein?» fokussiert. Die Frage ist aber heute falsch gestellt und unnötig. Wer sie heute stellt, und das tut der Bundesrat, der lenkt die Diskussion in eine falsche Richtung. Die Debatte des Nationalrates hat das auch bewiesen. Jene Debatte war weitgehend die Perpetuierung der EWR-Diskussion anstatt die notwendige Auseinandersetzung mit dem Bericht selber.
Das Mittel des EU-Beitrittes ist aber heute bei weitem noch nicht spruchreif. Die aussen- und innenpolitischen Voraussetzungen, die der Bundesrat selber anspricht, fehlen. Dazu folgendes:
1. Der Bericht berücksichtigt – so meine ich – das Votum von Volk und Ständen vom 6. Dezember 1992 in ungenügender Weise. Das Nein zum EWR war ein noch deutlicheres Nein zur EG. Wer aus der Sicht des Volkes nein zum kleineren Übel gesagt hat, sagt nicht zwei Jahre später ja zum grossen Übel. Ich vermisse im Bericht, ähnlich wie Kollege Iten Andreas, eine Analyse dieses Ereignisses, aufgrund derer wir eine optimistische und selbstbewusste Basis für unsere Zukunft schaffen könnten.
2. Der EU-Beitritt ist mit unseren politischen Grundwerten nicht vereinbar. Die schweizerische Identität über alle Landesteile und fast alle politischen Gruppierungen hinweg ist von den Werten wie direkte Demokratie, Föderalismus, Gewährleistung der kulturellen Vielfalt, Kündbarkeit der Verträge und Selbstbestimmung in den wesentlichen Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik geprägt. Diese Werte sind beileibe nicht überholt, im Gegenteil: Wo neue Staaten in Europa Frieden und neue Wertordnungen suchen, orientieren sie sich – in den letzten Monaten – an ihnen. Die EU in ihrer heutigen Ausgestaltung wahrt diese, unsere Grundwerte nicht genügend. Solange – als Beispiel – zwölf Minister in geheimen Sitzungen endgültig entscheiden, was für 360 Millionen Menschen auch in wichtigsten Bereichen Brauch und Ordnung ist, ist das mit unserer demokratischen Auffassung nicht vereinbar. Damit sei nicht die EU als politisches Institut disqualifiziert. Wer dieses politische System für sich als richtig erachtet, soll sich anschliessen. Für uns ist es nicht das richtige.
Nun räumen auch immer mehr EU-Exponenten ein, dass sich die EU umgestalten müsse. Ich nenne als unbefangenen Zeugen Herrn Martens aus Belgien, der in seinem Land und in der früheren EG höchste Ämter bekleidete. Auch für ihn ist unabdingbar, dass die EU demokratischer, föderaler und subsidiärer werden muss, wenn sie überhaupt Bestand haben soll. Solange aber die EU mit unseren Grundwerten und politischen Überzeugungen nicht vereinbar ist – heute ist sie es nicht –, darf ein EU-Beitritt nicht als unser Ziel deklariert werden. Wenn der Bundesrat heute selber einräumt, dass die Schweizer – vor die Wahl zwischen EU-Beitritt und direkter Demokratie gestellt – sich für den Wert der direkten Demokratie entscheiden, dann gibt der Bundesrat damit auch zu, dass der Beitritt nicht ein strategisches Ziel sein kann, so, wie man «strategisches Ziel» landläufig verstehen muss. Und wenn wir Schweizer entscheiden müssten, ob unsere Aussen- und Sicherheitspolitik in Brüssel oder in Bern gemacht werden solle, dann würden wir uns klar für Bern entscheiden.
Meine Aussage, dass der EU-Beitritt nicht unser Ziel sein kann, gilt für den heutigen Zustand der EU. Doch auch in der EU ist nichts so konstant wie die Veränderung. Unsere Annäherung an die EU ist ein gegenseitiger Prozess. Es gibt internationale Verflechtungen nur mit Abstrichen auch an eigener Entscheidungsbefugnis. Eine unantastbare, volle Souveränität ist nirgends auf Dauer erreichbar. Wer heute darum sagt: «EU nie!», begeht den gleichen Fehler wie jene, die heute einen Sprint in die EU auf die politische Bahn legen möchten. Wir werden das Resultat würdigen, wenn es nach Abschluss des ganzen Prozesses und aller Verhandlungen vorliegt. Die EU aber bleibt immer ein Werkzeug, ein Mittel, das wir für unsere aussenpolitischen Ziele einsetzen und annehmen können.
Ich fordere darum den Bundesrat auf, die Verhandlungen und künftigen Gespräche mit der EU in bilateralen Verhandlungen und anderen Kontakten und – im Bewusstsein unserer Grundwerte – selbstbewusst zu führen. Wir pilgern nicht nach Brüssel, aber wir schliessen die Augen auch nicht an der Grenze in Basel! Jedes Verhandlungsergebnis muss an unseren Grundwerten gemessen werden. Darum kann – ich wiederhole es ein letztes Mal – der EU-Beitritt nicht unser strategisches Ziel, sondern nur eine der verschiedenen Möglichkeiten sein, eine der Optionen, wenn Sie wollen.
Im Vordergrund stehen heute klar bilaterale Verhandlungen. Wie wollen wir aber erfolgreich bilateral verhandeln, wenn wir heute schon erklären, diese «lästige Zwischenphase» müsse schon Ende 1995 abgeschlossen sein? Offenheit für alle Lösungen muss uns auszeichnen: auch die Möglichkeit einer assoziierten Mitgliedschaft, die Möglichkeit eines späteren EWR-Beitritts, wenn der EWR Bestand hat, die Möglichkeit vertiefter bilateraler Verträge.
Ich nehme vom Bericht Kenntnis, seiner Grundtendenz zustimmend, aber mit dem klaren Vorbehalt, dass ich das strategische Ziel ablehne. Wenn wir uns nicht für eine Rückweisung des Berichtes entschliessen, dann heisst das nicht, dass wir das strategische Ziel des EU-Beitritts annehmen, wie es uns Herr Cavelty in seinem Votum erklärt hat. Nicht jeder, der nicht

für Rückweisung spricht, spricht sich für das strategische Ziel aus. Das sei hier klar gesagt.

Meier Josi (C, LU): Vor zwei, drei Jahren hat die GPK unseres Rates untersucht, wieweit sich die verschiedenen Departemente mit Aussenpolitik befassen. Das Ergebnis war in seinem Ausmass überraschend. Es bestätigte, dass es praktisch keine eidgenössischen politischen Themen ohne aussenpolitische Bezüge mehr gibt – oder anders ausgedrückt, dass wir zur Lösung der meisten innenpolitischen Probleme in hohem Mass auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen sind.
Die Übung liess damals Zweifel aufkommen, ob all diesen diplomatischen Aktivitäten noch ein einheitliches Konzept zugrunde liege und wie dieses Konzept aussehe. Der heute vorgelegte Bericht gibt darauf eine erlösend positive Antwort. Das Konzept existiert. Wir haben es vor uns, und ich begrüsse es.
Wir sind die oberste gesetzgebende Behörde, unter Vorbehalt des Volkes. Das beruht auf der Vorstellung, dass wir die Regeln des Zusammenlebens innerhalb unserer Grenzen selbst bestimmen. Ein Blick auf unsere beiden Bücherschränke genügt, um diese Illusion zu zerstören: Der Umfang der internationalen Abkommen läuft der internen Gesetzessammlung längst den Rang ab. Wenn für uns heute rund 2000 internationale Abkommen gelten – die meisten davon bilateral –, dann zeigt das, dass wir längst dazu übergegangen sind, uns für die Lösung internationaler Probleme die Mitarbeit anderer Staaten zu sichern. Niemand wird annehmen, wir hätten das getan, um unsere Unabhängigkeit, um unsere Selbständigkeit zu vermindern. Im Gegenteil, wir wollten uns nicht von den äusseren Entwicklungen überrollen lassen, sondern versuchten stets, in gegenseitiger Interessenwahrung soweit wie möglich mitgestaltend auf die Entwicklung einzuwirken und derart unsere Souveränität zu bewahren, statt sie vermindern zu lassen.
Die Interessenwahrung: Staaten haben keine Freunde, sie haben Interessen. Talleyrand wurde hier schon zitiert.
Ich schätze es, dass der Bericht klar darstellt, welche zentralen Ziele sich der für die Aussenpolitik primär zuständige Bundesrat setzt und welche Mittel er zu ihrer Erlangung einsetzen will. Das ermöglicht uns, den Dialog mit ihm auf einer klaren Grundlage zu führen; es beschneidet das Gespräch in keiner Weise. Diesen Dialog haben wir bei der Einführung von Artikel 47bis a in unser Geschäftsverkehrsgesetz deutlich gefordert, und das wurde verständlicherweise auch vom Volk akzeptiert.
Die fünf Ziele, die der Bericht auf Seite 6 formuliert, stellen für mich eine Art moderne Fassung des Zweckartikels unserer Verfassung dar. Ich akzeptiere sie, insbesondere auch das Ziel «Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat». Hier teile ich die Zweifel von Kollege Schmid Carlo ebensowenig, wie das Herr Schiesser soeben getan hat. Es liegt in unserem Interesse, dass die Menschenrechte international Anerkennung finden – oder sagen wir besser «Grundfreiheiten» statt «Menschenrechte», weil Demokratie und Rechtsstaat zutiefst zu unserer Identität gehören. Welch anderem Ziel als der Aufrechterhaltung von Menschenrechten in den widerlichsten Umständen eines Krieges dient schliesslich die Unterstützung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz? Man kann doch nicht gleichzeitig ein Demokratiedefizit einer EU kritisieren und dagegen sein, dass die Demokratie international und damit auch bei der EU gefördert wird. Das ist ein ganz eindeutiger Widerspruch.
Ich verzichte darauf, lange bei meiner Freude darüber zu verweilen, dass bald vergessene Dossiers wie das zur Uno oder zur Sozialcharta endlich wieder auf den Tisch kommen werden. Ich akzeptiere auch die Festlegung von Schwerpunkten im globalen Umfeld, wie sie der Bericht aufzeigt. Auch da geht es für mich immer um den zentralen Satz im Bericht, auf Seite 19, nämlich darum, «der Schweiz einen ihr entsprechenden Platz in der Staatengemeinschaft jenseits von Selbstüberschätzung und Selbstunterschätzung zu sichern».
Umstritten sind im allgemeinen auch nicht die Ziele, sondern eher die Mittel, die der Bericht zur Interessenwahrung vorschlägt, und zwar besonders im Europadossier. «Strategie», das wurde verschiedentlich gesagt, bedeutet Zusammenlegen von Mitteln, und ich teile die Auffassung von Kollege Rhinow, wenn er einen EU-Beitritt, der für viele der Stein des Anstosses wäre, als Mittel und nicht als Zweck ansieht.
Mit dem Bericht halte ich den Entscheid über einen Beitritt zur EU langfristig für unausweichlich. Wie lange diese Frist nun dauern wird, bestimmen wiederum nicht wir allein. Dies hängt davon ab, wann die Grenzen der bilateralen Verhandlungen erreicht sein werden, wann diese Möglichkeiten ausgeschöpft sein werden. Ich erinnere nochmals daran, dass nicht einmal das Verhandlungsmandat erteilt ist. Da ist nicht nur die Bemerkung des französischen Verkehrsministers, was auch immer einzelne Redner sagen mögen. Wir können noch nicht verhandeln, sondern wir müssen warten, bis dieses Mandat endlich formuliert ist. Die Frist hängt auch davon ab, wie unsere Efta-Partner durch den Beitritt zur EU die europäische Landschaft verändern werden. Sie hängt nicht zuletzt auch von der inneren Veränderung dieser Europäischen Union ab, besonders in Richtung Subsidiarität und Demokratie. Verschiedene Redner sprachen davon.
Letztlich aber müssen Volk und Stände für eine solche Mittelände rung gewonnen werden.
Zum Thema Neutralität, das in der Debatte eine grosse Rolle spielte: Für mich ist sie ebenfalls, wie für andere, ein Mittel der Aussenpolitik, nicht ein Zweck an sich. Natürlich setze ich Pflichten und Rechte des Neutralitätsrechtes voraus, so wie sie im Haager Landkriegsrecht formuliert sind.
Zur Neutralitätspolitik habe ich aber noch einiges beizufügen: Neutralität sei, so sagt auch der Bericht, im Bewusstsein des Volkes verankert. Mich stört, dass dieses Bewusstsein teilweise gespalten ist. Viele verdrängen die Geschichte und sehen die Neutralität als homogenes Verhalten über die Jahrhunderte hinweg. Das ist sie nicht! Das sich dauernd verändernde Verhalten gibt mir vielmehr Anlass zur Warnung: Schwöre nicht beim Mond, dem wandelbaren! Ich erinnere nur an zwei Beispiele für diese enorme Wandelbarkeit der Neutralität. Am Ende des letzten Jahrhunderts haben sich freisinnige Aussenminister durch die Neutralität nicht einmal daran hindern lassen, den Franzosen einerseits und den süddeutschen Staaten andererseits mit dem Einmarsch der schweizerischen Armee zu drohen, wenn diese Staaten sich nicht nach unserem Wunsch verhalten würden. Oder ich erinnere an unseren Eintritt in den Völkerbund Anfang der zwanziger Jahre und an unsere Beteiligung an den damaligen Sanktionen. Dann kam Ende der dreissiger Jahre wieder der Rückzug, weil wir mit diesen Sanktionen schlechte Erfahrungen gemacht hatten, weil nur wir allein sie konsequent durchführten. Daran zeigt sich doch der ständige Wandel im Einsatz dieses Instruments Neutralität.
Das Ziel ist nicht die Neutralität, das Ziel ist die Erhaltung einer möglichst grossen Unabhängigkeit. Man kann das nicht oft genug wiederholen. Wobei ich keineswegs ausschliesse, dass es sich lohnt, mit der Europäischen Union darüber zu diskutieren, wenn wir einmal zu Beitrittsverhandlungen kommen, ob es für sie nicht von Interesse wäre, unsere Neutralität klarer zu anerkennen als bei anderen Staaten.
Gestatten Sie mir noch eine Frage an verschiedene Votanten zum Thema Neutralität: Was bedeutet eigentlich die Aussage, das Volk stehe zur traditionellen Neutralität, nach dem, was ich soeben ausführte? Steht es zu jener von 1890? Oder steht es zu jener von 1920? Oder steht es zu jener von 1938? Ich betone nochmals: Man sollte aus der Neutralität keine heilige Kuh machen, sondern sie nutzen, wie wir es bisher immer getan haben, nämlich zur Stärkung unserer Position.
Ich nehme den Bericht nicht nur zur Kenntnis; ich stimme ihm in seinen Grundzügen zu. Ich begrüsse ihn als Grundlage für den Dialog mit dem Volk. Aber ich bitte den Bundesrat darum, das Volk dort abzuholen, wo es steht. Das bedeutet heute ein klares Bekenntnis zur vollen Ausnützung der zweiseitigen Verhandlungen mit der EU.
Noch eine Bemerkung zum Votum von Herrn Plattner: Die Kommission für Rechtsfragen unseres Rates hat schon einen Arbeitsausschuss bestellt, der überprüft, wie weit allenfalls Änderungen an unseren Volksrechten gemacht werden müssen, um die heutigen Probleme besser zu bewältigen.

Cotti Flavio, Bundesrat: Nachdem heute zwei Bundesräte das Wort ergreifen, werde ich mich der deutschen Sprache bedienen. Es ist nicht nur eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Herrn Bundesrat Delamuraz und mir, denn die Voten, die in irgendeiner Weise gewisse Zweifel über die Inhalte dieses Berichtes aussprachen, wurden ausschliesslich auf deutsch gehalten; da ist es auch von der Materie her richtig, dass ich heute die Sprache unserer Mehrheit brauche.

Ich möchte bei aller Bewertung der Meinungsverschiedenheiten, die – es ist häufig gesagt worden – im Volke herrschen und die selbstverständlich im Parlament wieder vertreten werden, eine Grundfeststellung machen – ich weiss nicht, ob Sie ihr beipflichten können oder nicht –: Der Ton der Debatte beweist mir, dass wir im Begriffe sind, auch in der Aussenpolitik über die Grenzen oder, wenn Sie wollen, über die Kriegsgräben zu springen und eine korrekte, eine im Sinne unserer Demokratie absolut unentbehrliche Dialektik zu übernehmen. Darüber freue ich mich, besonders wenn ich an Zeiten und Erfahrungen zurückdenke, wo dies nicht ohne weiteres der Fall war. Es ist halt so: Man muss immer ein bisschen lernen.

Nachdem die Aussenpolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kaum je im Mittelpunkt des Interesses des Schweizervolkes stand, ist es verständlich, dass die erste Annäherung besondere Leidenschaften hervorruft. Um so mehr bin ich für die Form dieser heutigen Debatte und für deren Inhalt dankbar. Es war in meinen Augen – bitte nehmen Sie das nicht einfach als Kompliment, ich mache eine reine Feststellung – eine sehr hochstehende Debatte. Wenn jetzt Ihr Rat fünf Stunden dafür in Anspruch genommen hat, so entspricht dies meines Erachtens der Bedeutung des Geschäftes.

Ich möchte auch ein paar zusätzliche Vorbemerkungen machen: Dieser Bericht über die Aussenpolitik, Herr Uhlmann hat das gesagt, muss tatsächlich – so wird er auch vom Bundesrat präsentiert – als eine Diskussionsgrundlage aufgenommen werden. Es gibt ja in der Aussenpolitik nichts Definitives und nichts Absolutes. Wenn also in einem Bericht beurteilt werden muss, wie die Entwicklung langfristig weiterlaufen wird, so möchte ich Sie einfach mit der Frage konfrontieren: Wie hätte ein Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik ausgesehen, wenn wir ihn im Jahre 1985 verfasst hätten, als die grossen Entwicklungen der späten achtziger Jahre noch gar nicht vorauszusehen waren? Man hätte an der strategischen Sicht gar manches verändern müssen.

Nehmen Sie deshalb bitte dieses Papier für das, was es ist: für den Versuch, gewisse Grundsätze, gewisse zentrale Elemente und Kriterien zu präsentieren, die eine heute absolut nicht voraussehbare Entwicklung – wir sind ja keine Propheten – kennzeichnen sollten. Wir wollten einen kurzen, straffen Bericht, in dem nicht nur das Parlament, sondern auch das breite Volk relativ schnell eine durchaus lesbare Unterlage finden würde. Ich glaube, diese Aufgabe ist gelungen.

Wir hatten im weiteren vom Nationalrat den Auftrag, ein strategisches Papier auszuarbeiten. Es ist kein Legislaturplan. An diesem Bericht werden wir uns jährlich messen. Der Bundesrat stimmt dem Antrag der Aussenpolitischen Kommission zu, in dem Sinne, dass er den Bericht jährlich aufdatieren wird. Ob das im Rahmen des aussenwirtschaftspolitischen Berichtes oder des Geschäftsberichts geschehen soll, die «sedes materiae» lassen wir offen. Aber die Aufdatierung ist sinnvoll, und wir werden sie machen.

Ich komme zum Inhalt des Berichtes: Lassen Sie mich eine Bemerkung zur Feststellung von Herrn Uhlmann machen, dass der Bericht unklar sei und die Dinge nicht so präsentiere, wie sie seien. Wenn ich Einstimmigkeit über diesen Bericht gefunden habe, so bezüglich seiner Klarheit, seiner Unmissverständlichkeit. Das ist heute schon zigmal gesagt worden. Es ist von Ehrlichkeit gesprochen worden. Es ist von intellektueller Redlichkeit gesprochen worden, Herr Huber. Man kann nicht sagen, der Bundesrat habe nicht klaren Wein eingeschenkt. Der Bundesrat hat mit offenen Karten gespielt, damit die nötige Diskussion in diesem Lande endlich entfacht wird.

Ich kann auch die Vorwürfe, dass der Bundesrat polarisiere, in keiner Weise annehmen. Ich muss sie bedingungslos zurückweisen. Wir haben in diesem Lande Meinungsverschiedenheiten, und die Meinungsverschiedenheiten sind nicht da, um in irgendeiner Form unter den Teppich gekehrt zu werden, sondern wir müssen sie austragen – und zwar in einer Art und Weise, die beweist, dass in diesem Lande politische Meinungsverschiedenheiten voll und ganz ausgetragen werden, im Sinne einer echten politischen Kultur. Ich bin denjenigen dankbar, die Vorbehalte angebracht haben. Wir wollen keine Kriege führen, wir wollen Meinungsverschiedenheiten offen austragen.

Bezüglich des Inhaltes möchte ich nicht lange werden. Interessenwahrung ist das alles durchdringende Element. Unabhängigkeit bedeutet auch – Herr Schmid Carlo, ich muss das betonen –, dass wir dort mitentscheiden, wo Entscheide gefällt werden, die uns betreffen; Frau Meier Josi hat das klar und trefflich gesagt. Ich räume ein: Das war auch vorher so. Aber die Entwicklung geht je länger, desto mehr in die Richtung, dass anderswo auch Entscheide getroffen werden, die uns nicht indifferent lassen können. Der sogenannte autonome Nachvollzug ist ein Beweis, dass diese internationale Entwicklung vonstatten geht, und diese Entwicklung ist erfreulich, denn trotz aller Verschiedenheiten auf internationaler Ebene wächst die Zusammenarbeit weiter.

Die Teilnahme an internationalen Organisationen ist tatsächlich ein Mittel, um gewisse Ziele zu erreichen. Aber der Bundesrat wollte auch bekunden, dass diese Teilnahme auch als Ziel präsentiert werden kann. Nehmen Sie das, wie Sie es wollen; intellektuell ist es vielleicht richtig zu sagen, dass diese Teilnahme ein Mittel zur Erreichung der Ziele ist.

Herr Onken, wenn ich jetzt schon Europa anspreche: Der Beitritt zur EU ist nicht nur ein Mittel, um Wohlstand zu erreichen. Sie haben den Bericht gelesen, und wir haben in der Kommission darüber gesprochen: Auch in Ziel 1, Friedenserhaltung, ist klar enthalten – und es ist klar eine Neuerung dieses Berichtes –, dass «Europa» nicht nur als wirtschaftliches Gebilde zu sehen ist, sondern als ein Gebilde mit einer Zielsetzung, die weit über die Wirtschaft hinausgeht.

Es wurden Elemente wie die Kohärenz erwähnt. Das Ziel der Kohärenz ist ein ständiger Kampf – nicht nur in der Aussenpolitik –, und es soll so bleiben. Wir haben objektiv verschiedenartige Interessen. Die Kohärenz muss deshalb ein ständiges Suchen sein, und dazu verpflichten wir uns.

Herr Huber hat von der Zusammenarbeit mit den Kantonen, und zwar nicht nur bei Fragen, die von grenzüberschreitendem Interesse sind, gesprochen. Wir haben vor wenigen Tagen einen Anschlussbericht an diesen Bericht präsentiert, der auf die Zusammenarbeit mit den Kantonen eingeht. Wir werden mit dem Kontaktgremium am kommenden 18. März eine erste Diskussion darüber führen.

Auf das Thema der Beziehungen zur Dritten Welt und auf die Entwicklungshilfe möchte ich heute nicht eingehen. Ein Nord-Süd-Bericht des Bundesrates wird zusammen mit der Botschaft zu den Rahmenkrediten für die nächste Vierjahresperiode voraussichtlich im April 1994 präsentiert werden können.

Wir haben in unserem Bericht eine Reihe von Themen behandelt. Ich erwähne sie nur stichwortartig: Uno, allgemeine Sicherheitsarchitektur, Umweltproblematik auf weltweiter Ebene, Menschenrechte, Friedenserhaltung und Friedenssicherung durch aktivere Tätigkeit der Schweiz – eine Reihe von Elementen, die eigentlich nicht sehr viel mit der Europafrage zu tun haben. Ich wäre gerne auf einzelne dieser Elemente eingetreten, aber nachdem – verständlicherweise, wenn auch inhaltsmässig nicht sehr korrekt – die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Europa- und die Neutralitätsfrage gelenkt worden ist, werde ich mich auf diese zwei Probleme beschränken müssen.

Noch kurz zu einigen Interventionen, denjenigen der Herren Béguin, Rhinow, Roth, Onken, Cavadini Jean und auch von anderen, die mich heute ganz besonders beeindruckt haben. Dort wurde, ganz im Sinne unseres Berichtes, Europa endlich ins richtige Licht gerückt, und die Argumentation wird, Herr Schallberger, auch jenen Teil der Bevölkerung, der immer noch zweifelt – es gibt aber noch den anderen Teil, darüber müssen wir uns im klaren sein –, sicher überzeugen: Das Ziel «Europa» ist weniger als wirtschaftliches Ziel denn als Ziel der Befriedung eines Kontinents, der dieses Ziel nie erreicht hat, zu sehen. Wenn ich ab und zu höre, die EU sei nicht in der

Lage gewesen, in Ex-Jugoslawien die Dramen zu reduzieren und die Massaker zu vermeiden, muss ich sagen: Leider stimmt das.
Werfen wir aber einen Blick auf die Geschichte der EU: Es sind schliesslich nur 50 Jahre vergangen, seit es gelungen ist, viel schwerer wiegende, dramatischere Massaker zu vermeiden – Massaker waren das Kennzeichen der Geschichte dieses Kontinents während Jahrhunderten.
Wenn ich auf alle Schwierigkeiten, die die EU noch zu bewältigen hat, blicke, kann ich also nicht vergessen – es wurde von verschiedenen Rednern betont –, dass die EU heute ihr Hauptziel erreicht hat, nämlich die Befriedung zwischen alten Feinden. Ich möchte unsere Bevölkerung fragen, mindestens die Älteren unter uns, ob sie vor 40 oder 50 Jahren geglaubt hätten, dass zum Beispiel zwischen Deutschland und Frankreich Friede, sogar Freundschaft entstehen könnten.
Deshalb glaube ich, dass die Neuerung dieses Berichtes darin liegt, dass man Europa in eine langfristige Entwicklung einbettet, die einfach nicht gestattet, Herr Schmid Carlo, heute eine Fotografie zu machen, Mängel, Schwächen, Lücken festzustellen und dann einen Entscheid zu fällen – fertig! Man kann auch nicht einfach sagen: Vielleicht werden die Lücken behoben, und dann wird «Europa» salonfähig. «Europa» ist ein langwieriger Prozess, und es hat nur einen kleinen Teil dieses Prozesses hinter sich. Als solchen Prozess müssen wir Europa beurteilen. Deshalb räume ich ein: Die Schwierigkeiten, die Widersprüchlichkeiten der EU sind gross.
Ich erwähne einige der Schwierigkeiten stichwortartig: Das «Platzen» des EWS im Moment, als man von einer Währungsunion gesprochen hat; die inneren Kämpfe bei den Gatt-Verhandlungen; die erwähnte Ohnmacht gegenüber der Situation in Ex-Jugoslawien; die grossen Spannungen, die sich bis zur Beurteilung des innersten Gehalts der EU bewegen – wir wissen, dass sich die heutigen Kämpfe, Sperrminorität 23 oder 27 Stimmen, auch mit grundsätzlichen Gedanken dieser Art befassen –, bis hin zu den grossen, bevorstehenden institutionellen Auseinandersetzungen. All dies beweist, dass die EU bei weitem nicht das Muster darstellt, welches sie sein müsste – für einige, zum Glück nicht für viele von Ihnen –, damit sie überhaupt in Betracht gezogen werden kann.
Ich betone noch einmal: Alle diese Schwierigkeiten dürfen uns nur zwei Schlussfolgerungen ziehen lassen:
1. Die EU ist ein Prozess, welcher noch lange währen wird.
2. Die EU hat trotz den Schwierigkeiten ihr Hauptziel erreicht.
Ich weiss auch nicht, ob dieses Ziel definitiv erreicht worden ist. Die grössten Staatsmänner der EU haben oft – einer sogar in der Schweiz – betont, auch der Friede in Westeuropa sei nicht definitiv gesichert. Ich teile diese Auffassung. Diese absolute Friedenssicherung ist nie gegeben, es wird immer einen harten Kampf in dieser Richtung geben.
Jetzt komme ich auf die Schweiz zu sprechen, denn ich habe verschiedene Redner gehört, die immer wieder – Herr Gemperli und Herr Danioth, Sie haben das mit Recht getan – betonen: Schämen wir uns nicht, seien wir selbstbewusst, betrachten wir die grossen Werte einer Geschichte, auf die wir überhaupt sehr stolz sind. Dieser Stolz auf unsere Geschichte ist ja wirklich nicht ein Monopol der EU-Gegner in diesem Lande; das möchte ich dreimal betonen!
Selbstverständlich müssen wir selbstbewusst sein. Ich wage sogar die Behauptung, dass wir unser strategisches Ziel nur erwähnen konnten, weil wir an dieses Land glauben, an seine Werte und auch an das, was es – ohne Überheblichkeit – auch nach aussen tragen könnte. Dieses Selbstbewusstsein wird in uns dadurch gestärkt, dass sehr viele Gleichgesinnte im nahen, befreundeten Europa immer wieder auf die Schweiz zu sprechen kommen und sagen: «Wir wären froh, wenn wir in unseren Diskussionen für ein dezentraleres Europa, für ein subsidiäreres Europa, für ein föderalistischeres Europa, ja sogar für ein demokratischeres Europa auch die Unterstützung derjenigen auf diesem Kontinent hätten, die von ihrer Geschichte und von ihrer Tradition her diese Werte teilen und pflegen.» Gerade deshalb möchte ich versuchen, jetzt in einem langen Prozess diese Gedanken einzubringen, und ich wage die Behauptung: Das ist eine echte Neuerung. Denn seien wir ganz offen: Wir folgten bis vor wenigen Jahren einer ganz anderen Linie. Es war die Linie, die unser Land seit den fünfziger Jahren verfolgt hat. Wir haben dazu beigetragen, eine Efta zu gründen, um der damaligen EWG auszuweichen, welche politische Ziele hatte. Wir haben versucht, diese Efta mit anderen damals Gleichgesinnten zu gründen und darin lediglich wirtschaftliche Ziele zu verfolgen. Dann haben wir festgestellt, dass die Efta trotz ihrer Erfolge immer mehr erodiert wurde. Die ersten Mitbegründer haben uns verlassen; Sie kennen sie. Grossbritannien ist als grosses Land kaum mit uns zu vergleichen, wohl aber Dänemark, ein Land, welches sich wahrhaftig in bezug auf mehrere Elemente mit uns vergleichen lässt, dann Portugal usw.
Was stellen wir jetzt fest? Dass auch die vollständig gleichgesinnten Länder, die neutralen Mitgliedstaaten der Efta – Österreich, Schweden, Finnland –, allmählich einen anderen Weg gehen. Ich möchte keine Prognosen darüber abgeben, wie die direktdemokratisch zu fällenden Entscheide in jenen Ländern ausfallen werden.
Aber Tatsache ist, dass wir in den späten fünfziger Jahren aus einem gewissen Misstrauen heraus eine Strategie – sagen wir es offen – gegenüber der damaligen EWG, welche auch viele Fehler hatte, entwickelt haben. Das Misstrauen versandet allmählich, und bald bleiben wir allein da, nachdem wir – ich möchte es betonen – 30 Jahre lang einen anderen Weg gegangen sind.
Dazu möchte ich nur folgendes sagen: Das Gesagte soll nicht ein Vorwurf gegenüber denjenigen sein, die damals diese Strategie gewollt haben. Es ist in meinen Augen sehr verständlich, dass wir nicht sosehr an gewisse Zielsetzungen glaubten, die gewisse aufgeklärte Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg aufgestellt hatten. Dieses Land hatte so viele unerfreuliche und dramatische Erfahrungen gemacht – mit der Bedrohung, die gerade von den Nachbarn ausging –, dass es für die Schweizer sicher schwieriger war, an diese Entwicklung zu glauben, als etwa für die Holländer oder die Belgier, die trotz ihrer Neutralität zweimal überrumpelt worden waren. Ich mache also niemandem einen Vorwurf. Ich stelle faktische, geschichtliche Entwicklungen fest, die wir halt ernst zu nehmen haben.
Ich glaube, allmählich wird auch unser Volk von den neuen Entwicklungen Kenntnis genommen haben, denn ich bin überzeugt: Die Verwandtschaft mit Österreich, mit Schweden, mit Finnland verspüren jede Schweizerin und jeder Schweizer, trotz aller Differenzen. Deshalb befinden wir uns heute – ich wage die Behauptung – in einem besonders delikaten, wichtigen, zentralen Moment unserer Geschichte, und es war wichtig, dass der Bundesrat mit seinem Bericht über die Aussenpolitik dieses Moment noch hervorheben konnte.
Noch ein Wort zur zentralen Frage der demokratischen Rechte in diesem Land: Dazu möchte ich ganz offen sagen, dass ich voll und uneingeschränkt die Haltung derjenigen teile, die sagen, es werde für dieses Land keinen Weg in Richtung «Europa» geben, wenn unsere demokratischen Rechte nicht gewahrt werden könnten. Ein Europa, das kleinkrämerisch würde, entspräche – ich möchte das noch einmal betonen – nicht meiner Idee und würde für mich jede Bedeutung verlieren. «Europa» ist eine Idee, eine Vision. Ich glaube gar nicht, dass es ein Europa geben kann, welches von diesem Lande einen Verzicht auf diese zentralen Werte verlangen könnte.
Übrigens sagen wir das in unserem Bericht über die Aussenpolitik auch, und zwar unmissverständlich, wenn auch vielleicht etwas zu kurz, das räume ich ein. Aber es gibt Sätze, die in ihrer Trefflichkeit alles widerspiegeln, was der Bundesrat denkt. Folgendes sagen wir im Bericht: Dass sich der Bundesrat im ganzen Integrationsprozess – also nicht nur beim allfälligen EU-Beitritt, sondern auch beim allfälligen zweiten EWR-Gang und sogar beim bilateralen Gang – stets für die Wahrung der Grundelemente der politischen Kultur und der Identität der Schweiz einsetzen wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass diese Elemente auch ein zentrales Element aller Verhandlungen sein müssen, darüber sind wir uns im klaren. Jetzt aber schon das definitive Rezept zu haben, wie die künftige Form der Versöhnung und der Vereinbarkeit zwischen diesen beiden wesentlichen Werten aussieht, ist leider nicht möglich. Niemand weiss das, und es ist unsere Aufgabe, daran zu ar-

beiten. Ich hoffe, wir werden das in Zusammenarbeit mit dem Parlament tun können.
Ich komme zum Thema der Neutralität und werde mich wirklich sehr kurz fassen. Der Bericht zur Neutralität (Anhang) soll wirklich als das verstanden werden, was er tatsächlich ist. Ich kann ohne Zweifel sagen, dass der Bericht über die Aussenpolitik mehr Neuigkeiten über unsere europäischen Strategien enthält als der Neutralitätsbericht. Der Neutralitätsbericht sagt aber klar – was wir immer gesagt haben –, dass die Neutralität ein Instrument, und zwar ein wichtiges und wesentliches Instrument, unserer Aussenpolitik ist.
Herr Robert Bühler, Sie haben absolut recht: Dass die Neutralität tief in der Seele von uns allen liegt, ist unbestritten. Dass das politische Konsequenzen haben muss, bestreite ich in keiner Weise. Aber die Neutralität nicht als Instrument, sondern als ewiges Ziel zu betrachten – das werden Sie mir zugestehen – würde jeglichem geschichtlichen Sinn widersprechen.
Die Neutralität als solches Instrument ist immer wieder den nötigen Anpassungen unterstellt worden. Ich erwähne drei Beispiele:
1. Ich komme auf die fünfziger und sechziger Jahre zurück: Wir blieben mehr als zehn Jahre lang vom Europarat fern, in der Meinung, ein Beitritt sei mit unserer Neutralität nicht vereinbar. Plötzlich stellten wir dann im Jahre 1963 fest, dass sich unsere Wahrnehmung der Problematik geändert hatte. Wir traten dem Europarat bei und sind neutral geblieben! Materiell hätte es auch im Jahre 1955 keine Verletzung der Neutralität gegeben. Aber die politische Bewertung der Neutralität in diesem Land hat diesen Schritt erst später erlaubt.
2. Als wir im Bundesrat im Jahre 1991 während des Golfkrieges die berühmten humanitären Überflüge des Landes gestattet haben, haben wir eine absolute Neuheit eingeführt. Ich kann mich noch gut an die heftigen Diskussionen im Bundesrat erinnern. Die humanitären Überflüge wurden erlaubt. Selbstverständlich gab es überhaupt keine Verletzung der Neutralität. Wir haben ja autonom einen Entscheid des Sicherheitsrates ausgeführt. Aber es war eine absolute Neuheit, die wenige Jahre zuvor gar nicht denkbar gewesen wäre.
3. Als wir im letzten Dezember die Awacs-Überflüge der Schweiz gestattet haben, die humanitäre Ziele, aber auch gewisse militärische Zielsetzungen – Beobachtung – hatten, hat sich fast niemand gerührt. Wiederum: Es wurde damit eine weitere Interpretation des politischen Begriffs der Neutralität gemacht. Der Bundesrat sagt überhaupt nichts Neues, wenn er behauptet, die Neutralität müsse immer wieder überprüft werden.
Zur Frage der EU: Sollte die Entwicklung der EU in ihrer Verteidigungs- und in ihrer Aussenpolitik in jene Richtung gehen, dass eine Frage betreffend die Neutralität auftauchen könnte, werden wir darüber diskutieren können. Ich darf daran erinnern: Die genau gleiche Haltung haben die drei neutralen Länder, die jetzt die Beitrittsverhandlungen beendet haben.
Niemand weiss, ob im Rahmen der EU jemals eine geschlossene Verteidigungsorganisation entstehen wird. Es wäre durchaus denkbar, dass die Nato diese Aufgabe übernimmt. Sie spielt heute noch eine zentrale Rolle – ich will hier auch einmal auf die USA hinweisen: Es wurde heute bereits daran erinnert, dass es nicht nur Europa gibt. Die Sicherheit dieses Kontinentes wird nicht nur von Europa gewährleistet. Sollte jemand Zweifel hegen, müsste er einmal die Kriegsfriedhöfe auf unserem Kontinent besichtigen, auf denen jungverstorbene Amerikaner begraben sind.
Ich komme nochmals darauf zurück: Es ist klar, die Nato wird eine zentrale Verteidigungsfunktion einnehmen. Irland beispielsweise ist als neutrales Land in der EU, macht in der Nato nicht mit, ist aber trotzdem in der EU. Wir werden die Frage in jenem Moment prüfen, falls – entgegen der Erwartung einzelner – die EU doch ein eigenes Heer schaffen sollte. Aber noch eines ist hier zentral: In genau dem Moment können wir auch die letzte Entscheidung für uns selbst treffen. Denn jeder Entwicklung, die weiter geht als die heutigen Aussagen im Maastrichter Vertrag, muss einstimmig von allen Mitgliedern zugestimmt werden. Sollten wir also einmal Mitglied der EU sein, wären wir immer in der Lage, uns auf dieses zentrale Einstimmigkeitsprinzip, welches auch etwas über die allzuoft beschworene Zentralisierung der EU aussagt, zu berufen. Wir müssten also aus heutiger Sicht überhaupt keine Verletzung der Neutralität riskieren. Die Frage könnte sich irgendwann stellen; aber aus heutiger Sicht ist kaum abzusehen, dass sie sich stellen wird.
Herr Loretan, über die Blauhelme werden wir uns bei anderer Gelegenheit unterhalten können, ich möchte jetzt nicht darauf eingehen.
Die direkte Demokratie, die uns sehr am Herzen liegt, wird auch nicht zum voraus von der EU abgeurteilt. Ich darf Sie daran erinnern, dass es unsere Aufgabe sein muss – wir versuchen, sie wahrzunehmen –, in unseren Kontakten mit der EU immer wieder diese Werte der direkten Demokratie darzulegen. Ich werde das in Griechenland in einer Woche tun, wo ich eine sicher nicht leichte Aufgabe übernehmen muss. Wir müssen auch klarstellen, dass wir diese Werte verteidigen wollen. Aber teilweise rennen wir offene Türen ein. Wenn Sie sehen, was mit der direkten Demokratie zum Beispiel im kleinen Dänemark erreicht wurde – welches ja «Maastricht» nicht wollte und den Vertrag in der ursprünglichen Form bachab schickte –, und wenn Sie bedenken, wieviel Flexibilität die EU gezeigt hat, nachdem sich ein Volk frei – frei wie unser Volk, im gleichen System wie unser Volk – ausgesprochen hatte, dann werden Sie merken, dass hier der Weg in keiner Weise versperrt ist, sondern dass sich in den Verhandlungen eine übrigens sehr faszinierende Aufgabe für uns abzeichnet.
Ich bin dem Rat für die breite Diskussion dankbar. Es ist unsere Aufgabe, diesen Bericht nicht nur in den nächsten 14 Tagen, sondern in den nächsten Jahren mit unserem Volk zu diskutieren. Ich möchte nur bitten, dass auch das Parlament wesentlich zu dieser Debatte beiträgt.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je limiterai ma réflexion à trois sujets. Tout d'abord, une remarque d'ordre général sur la politique économique extérieure, ensuite une allusion à l'objet numéro un de la politique économique de cette année qui est la ratification des accords du Gatt par la Suisse, et enfin des réflexions sur la coopération bilatérale sectorielle de la Suisse avec l'Union européenne.
J'aimerais insister sur le fait qu'il n'y a pas une politique extérieure économique et une politique extérieure politique, précisément, ou une politique du développement, ou encore une autre politique humanitaire. Il y a, en réalité, et ce rapport comme cet excellent débat le montrent, une seule politique extérieure et, en toute cohérence, un des chapitres de cette politique extérieure de la Suisse est notre politique économique extérieure.
Cette complémentarité doit être harmonieuse. Elle est cohérente. Nous devons en renforcer la cohérence sans cesse. Si les nécessités de l'analyse, de la conduite des politiques, nous obligent aussi bien au Parlement que, parfois, au gouvernement à établir des priorités dans le temps, à tenir des débats séparés pour les besoins de la didactique, en quelque sorte, en réalité, il doit y avoir, et il y a, une conception unique. Cette conception, nous sommes heureux, le chef du Département fédéral des affaires étrangères et le chef du Département fédéral de l'économie publique, d'avoir pu vous la présenter globalement et d'avoir pu en discuter globalement dans votre Conseil.
Cette politique extérieure générale, que la Suisse conduit et dont le Conseil fédéral est responsable, a un nom générique, c'est l'ouverture. En effet, aussi bien dans les domaines qu'a abordés M. Cotti, conseiller fédéral, dans sa réponse que dans les domaines dont j'ai la charge, il s'agit d'ouverture: l'ouverture des marchés à la concurrence, l'ouverture des marchés internationaux, mais l'ouverture aussi du marché national à la concurrence. C'est l'ouverture des pays industriels aux pays en développement qui, pour la première fois, ont eu accès à une enceinte internationale de négociation, et qui ne sont pas les parents pauvres de la société économique internationale. C'est l'ouverture du commerce international à des règles modernes. Bref, ce thème essentiel de l'ouverture s'impose dans la conduite de notre politique extérieure, dans la conduite de notre politique économique extérieure en particulier.

C'est sous cet éclairage que la Suisse a passé, dans un passé plus ou moins récent, plus de 2000 accords économiques bilatéraux ou multilatéraux qui ont créé un réseau extrêmement dense dont notre pays avait besoin, s'il voulait d'une part assurer sa prospérité, mais d'autre part être à même d'assumer ses tâches de solidarité. Sachez que c'est toujours sous le même éclairage et que c'est toujours avec la même volonté d'ouverture que la politique économique extérieure de notre pays continuera de se développer.

Si je vois le programme des 18 prochains mois qui nous attend dans le domaine de la politique économique extérieure, je vois, comme première tâche, la ratification par la Suisse des nouveaux accords du Gatt; je vois la poursuite inlassable de notre volonté d'approche bilatérale sectorielle avec l'Union européenne, et je vois la poursuite non moins inlassable de contacts nouveaux et renforcés avec ceux qui sont devenus, ou qui deviennent, ou qui deviendront dans le monde des partenaires et des interlocuteurs économiques de plus en plus importants. C'est ainsi, pour n'avoir plus à revenir sur ce troisième point, que nous opérerons cette année, avec la participation pleine et entière de l'économie suisse, des voyages mixtes de meilleur ancrage économique et commercial au Vietnam, en Inde, en Indonésie, au Chili, en Argentine, venant s'inscrire à la suite des voyages mixtes très nombreux que nous avons faits les quatre dernières années.

Nous en avons besoin parce que si, heureusement, les signaux économiques se sont inversés dans le bon sens, au quatrième trimestre de l'année passée pour ce qui nous concerne, et si les signes d'embellie semblent heureusement toujours se confirmer maintenant, ce n'est pas là l'effet du miracle, mais sans doute celui d'une situation mondiale qui se détend quelque peu. Ce doit être d'abord et surtout l'effet de notre volonté, à nous décideurs publics et aux décideurs privés, d'intensifier notre politique économique et notre politique commerciale dans nos relations avec l'étranger.

Fait partie de ce programme également le soin que nous avons à apporter à notre marché intérieur, à l'amélioration de nos «Rahmenbedingungen». Si des sociétés suisses ont créé 110 000 emplois à l'étranger entre 1990 et 1992, notamment en Europe communautaire, ces mêmes en ont supprimé plus de 124 000 dans le marché intérieur; c'est dire que la parfaite complémentarité de notre politique économique extérieure et de notre politique intérieure doit être soulignée et des efforts consentis dans ce sens également.

Deuxième chapitre: c'est cette année, dans le courant de l'été, après les consultations, et l'année prochaine que se déroulera la procédure d'adoption – nous l'espérons – et de ratification des nouveaux accords du Gatt. Vous en savez la valeur, vous en savez l'intérêt. Il me suffira de dire pour aujourd'hui trois choses qui me paraissent avoir leur importance au vu du débat qui vient de se dérouler.

La première de ces choses est que la ratification de la trentaine d'accords nouveaux du commerce international n'est pas une alternative à l'Espace économique européen ou à une autre politique d'intégration européenne plus poussée. C'est un complément. Nous sommes à l'échelon mondial. Nous nous battons pour des règles modernes pour le commerce mondial. Nous n'opposons pas cette vocation mondiale indispensable à une autre vocation non moins indispensable qui est notre volonté et notre vocation européenne.

Deuxièmement, on a dit – en particulier M. Cottier répondant à M. Schmid Carlo – que la Suisse avait été à un moment donné quasiment absente de la négociation de l'Uruguay Round. C'est vrai, il y a eu une période qui a tourné au dialogue presque exclusif entre la Communauté européenne et les Etats-Unis d'Amérique, mais sur les sept ans qu'a duré cette négociation de l'Uruguay Round, il y a eu tous les autres temps forts. Je peux attester, pour avoir suivi de bout en bout cette longue négociation, qu'un petit pays comme le nôtre – je ne parle pas de son chiffre de population, qui le classe au 140e rang des pays du monde, mais de sa capacité commerciale, de sa création industrielle et de sa force d'exportation et d'importation – a eu sa place dans la négociation et y a joué son rôle. Pour seul exemple illustrant cela, je citerai les résultats concernant l'agriculture obtenus dans la négociation finale au sujet de la sauvegarde et la multifonctionnalité: ils ne sont rien d'autre que la proposition suisse faite dans le cadre du Gatt et qui a été retenue dans l'accord final.

Enfin, troisièmement, j'aimerais insister, dernière remarque sur le Gatt, que nous aurons, avec 114 autres partenaires, à mettre sous toit ces accords modernes. Nous en attendons beaucoup. Mais de grâce, n'imaginons pas que ce sera là, en soi, un remède à tous les maux dont nous souffrons encore dans notre économie. Ce sera un cadre meilleur, mais un cadre exigeant, et ces accords déploieront leurs effets positifs si, à l'intérieur, il y a encore des entrepreneurs et des travailleurs décidés qui sont capables d'innover, qui ont la volonté de commercer et d'investir, bref, qui soient entreprenants. Les accords du Gatt ne sont pas faits pour les frileux, ni pour les protectionnistes. Les accords du Gatt auxquels nous vous proposerons de participer pleinement sont des accords pour gens audacieux.

Troisième et dernier chapitre: les négociations bilatérales sectorielles avec l'Union européenne. Ne croyez pas que le fait d'avoir annoncé comme but final de notre politique européenne la participation pleine et entière de la Suisse à l'Union européenne nous prive de munitions, nous affaiblisse dans la négociation bilatérale sectorielle. La Commission elle-même, à la suite de l'insistance que nous avons mise à l'ouverture de ces négociations, a écrit au président de la Confédération suisse, le 25 janvier dernier: «Les négociations bilatérales que la commission prépare actuellement, suite aux conclusions du Conseil des 8 et 9 novembre derniers, permettront d'approfondir les relations étroites qu'entretiennent d'ores et déjà l'Union et la Suisse. A cet égard – ajoute le président de la Commission –, j'ai eu le plaisir de noter le maintien, par le Conseil fédéral, de l'adhésion à l'Union européenne comme but final de la politique suisse d'intégration.»

Nous avons observé que l'Autriche, qui a déposé il y a belle lurette sa demande d'adhésion, pendant toutes les années où cette demande n'a pas été suivie d'effets à Bruxelles, a pu continuer, elle aussi, de négocier bilatéralement, puis ensuite multilatéralement – c'était l'Espace économique européen –, sans que cette perspective d'adhésion ne l'affaiblisse le moins du monde, au contraire.

Qu'en est-il de la situation? Je me livre à un bilan extrêmement rapide pour vous dire qu'un accord bilatéral est sous toit depuis le 1er janvier 1994: c'est l'accord sur les règles d'origine; que du côté de l'Union européenne on est prêt à débuter un certain nombre de négociations dans quelque temps, mais on ne nous a pas encore donné le feu vert: ce serait le transport routier, le transport aérien, la libre circulation des personnes, les domaines de la recherche et du développement, mais nous ne constatons pas de transformation concrète de cette volonté, en dépit de notre insistance de tous les jours. Il est évidemment clair que les décisions prises en ce qui concerne le transit alpin ne vont pas améliorer le climat.

Du côté suisse – et c'est cela que vous devez savoir, c'est cela que le peuple doit savoir d'une manière claire et nette –, nous sommes prêts à faire démarrer des négociations bilatérales dans tous les domaines qui sont les nôtres. Nous sommes prêts à le faire demain matin ou après-demain. Dans certains cas, l'article 47bis a de la loi sur les rapports entre les conseils (LREC) devrait encore pouvoir jouer avec les présidents des Commissions de politique extérieure, mais nous n'avons aucun retard à nous imputer. Ce serait impardonnable, nous qui sommes partie prenante et désireux de réaliser ces accords, que nous n'y soyons pas parfaitement préparés. Le Conseil fédéral, permettez-moi cette expression un peu vulgaire, a fait son «boulot» dans ce domaine.

J'aimerais dire à M. Rüesch que, si nous sommes relativement brefs sur l'avenir de l'AELE, dans le rapport que nous avons sous les yeux, c'est parce que l'AELE n'est évidemment pas porteuse de lendemains triomphants probablement. J'ignore quelle sera sa géométrie et si on peut imaginer une géométrie de développement comme nous la souhaitons nous-mêmes, avec les pays d'Europe centrale, éventuellement quelques pays de l'Europe de l'est. C'est dans ce sens que nous travaillons, mais nous sommes seuls à y travailler, car les autres membres principaux de l'AELE ont leurs soucis ailleurs. Ils

sont membres de l'Espace économique européen, devenu opérationnel le 1er janvier de cette année, et trois d'entre eux ont conclu leurs négociations d'adhésion à l'Union européenne, et l'un d'entre eux, l'Autriche, votera le 19 juin prochain sur cette adhésion.
A supposer que tous nos cousins finissent par adhérer à l'Union européenne, tôt ou tard, nous resterons, la Confédération suisse et l'Islande, seuls membres de l'AELE. Dans l'état et dans la configuration qu'elle a aujourd'hui, cela représentera pour notre commerce international 100 bons millions de francs suisses par année, sans doute, mais sur un total d'échanges de la Suisse de 180 milliards de francs suisses par année, vous voyez que notre commerce intra-AELE ne représentera jamais plus que 0,6 pour mille. Pour aussi sympathique et nécessaire que reste cette association, ce n'est donc pas de ce côté-là que nous avons un espoir et une perspective particulièrement dynamisante.
Le coordinateur de ces négociations bilatérales a été désigné par le Conseil fédéral comme étant le plus apte et le mieux qualifié par son expérience et par son talent, à être le coordinateur précisément de toute une série de négociations séparées les unes des autres et qu'il faut bien relier en une gerbe. Cela correspond parfaitement à la géométrie que la Communauté a *elle-même engagée, il n'y a plus de négociateur en chef* comme il y en avait lors de la négociation sur l'Espace économique européen. Nous avons donc une formule parfaitement symétrique et je peux rassurer les journalistes inquiets dont vous vous êtes fait l'écho, Monsieur Rüesch, en disant que Berne n'est pas encore devenue Byzance, ça viendra peut-être un jour, le climat y sera peut-être plus amusant, mais pour le moment Berne n'est pas Byzance!
La dernière remarque que je voudrais faire sur l'Europe, c'est à vous que je l'adresse, Monsieur Onken. Vous avez en effet parfaitement raison de dire que classer la négociation bilatérale sous le chapitre «Wohlfahrt» est discutable. En fait, c'est parce qu'elle a une prédominance économique incontestable, mais on aurait bien tort, et de plus en plus tort, de limiter les négociations et les accords économiques à un seul aspect économique, cela aussi bien pour les accords européens que, par exemple, pour certains accords du nouveau Gatt que nous vous proposerons et qui ont un contenu extraéconomique extrêmement dense – propriété intellectuelle, relations avec les pays en développement, etc.
Je termine pour que le dessert ne soit pas trop froid. Dans notre action concertée d'une politique extérieure, dont la politique économique extérieure est un aspect, et dans l'action parfaitement cohérente aussi de la politique économique, dont l'extérieur et l'intérieur sont étroitement mêlés, la difficulté et la nécessité de conduire des accords nouveaux sont considérables parce que les domaines embrassés par ces accords nouveaux et futurs sont plus nombreux, donc plus difficiles. Et surtout, le nombre des partenaires est plus important qu'auparavant – nous ne sommes plus dans un club qui savourait le petit nombre des nantis, nous sommes dans une grande société, de plus en plus mondialisée, et, dans cette perspective, la Suisse, comme les autres partenaires, devra être la plus habile, la plus performante et la plus capable. Elle devra affronter des conditions de négociation qui sont subjectivement plus lourdes et plus compliquées qu'avant.
Dès lors, je demande au Parlement, et par le Parlement, au peuple suisse, d'être en effet les «appuis feu» de la politique dont le Conseil fédéral a la responsabilité pour la conclusion de tels accords. Je demande en particulier que les dispositions de ce nouvel article 47bis a (LREC), qui associe plus étroitement le Parlement à la conduite et à la responsabilité de la politique économique extérieure et à la politique extérieure tout court, soient des dispositions de renforcement de notre action à l'étranger, de consolidation de la place du gouvernement suisse et de ses diplomates à l'égard de l'étranger. C'est cet appel à la synergie que je crois pouvoir vous adresser, après un débat si fructueux et si positif.

Präsident: Die Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Zustimmung – Adhésion

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral